

„Städtische Kreativität“ und strategische
Planung - eine Erfolgskombination im
Umgang mit schrumpfenden Städten?
Untersucht am Beispiel der
Städte Leipzig und Manchester.

Diplomarbeit von Julian Thomas



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN

Vienna University of Technology

Diplomarbeit

„Städtische Kreativität“ und strategische
Planung - eine Erfolgskombination im
Umgang mit schrumpfenden Städten?
Untersucht am Beispiel der
Städte Leipzig und Manchester.

**ausgeführt zum Zwecke der Erlangung
des akademischen Grades eines Diplom-Ingenieurs**

unter der Leitung von:

Ao.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Andreas Voigt

Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung
E280/4 Fachbereich Örtliche Raumplanung

eingereicht an der Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung

von

Julian Johannes Thomas 1128726

Steinmetzstr. 3

10783 Berlin I Deutschland

Abstract:

Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben sich Städte, die von rückläufigen demographischen Entwicklungen und von rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklungen - also von Schrumpfungsprozessen betroffenen sind, zu einem Phänomen globalen Ausmaßes entwickelt. Viele Städte und Kommunen konzentrieren sich bei der Lösung der schrumpfungsbedingten Probleme sehr einseitig auf städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Konzepte und setzen in erster Linie dort zur Heilung der aktuellen Symptome der Schrumpfungsprozesse an. Jedoch ist es im Zusammenhang mit Schrumpfungsprozessen wichtig, Städte nicht ausschließlich als gebaute Umwelt wahrzunehmen, sondern auch als Systeme und Netzwerke. Das bedeutet nicht, dass städtebauliche Maßnahmen keine Rolle mehr spielen, sondern dass sie in ein breiteres Verständnis von Regenerierung eingebunden werden sollen. Um mit den Schrumpfungsprozessen umzugehen, müssen neue Perspektiven für die Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen entwickelt werden und zwar in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, baulicher und wohnungswirtschaftlicher Hinsicht. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, herauszufinden, wie es Leipzig und Manchester gelungen ist die Abwärtsspirale in der Entwicklung zu durchbrechen und welche Bedingungen notwendig waren, um eine Stabilisierung und Regeneration zu erreichen. Das Ziel der Untersuchung ist es nachzuweisen, ob eine eigene „städtische Kreativität“ und strategische Planung beim Umgang mit schrumpfungsbedingten Missständen existiert und ob diese eine wichtige Rolle bei der Regenerierung gespielt haben.

During the 20th century cities affected by a declining demographic development and a declining economical development have become a global phenomenon. Many cities and municipalities concentrate only on the urbanistic and housing concepts, when searching for a solution for the shrinking processes. Nevertheless, it is important to understand cities, not only as our physical environment, but rather as complex systems and networks. That does not undermine the necessity of urban concepts, which should integrate the understanding of regeneration. In order to handle problems lead on by shrinking processes new economic, social, cultural and physical perspectives for the urban development need to be created. The intention of this thesis is to analyze how the cities Leipzig and Manchester were able to avert the problems created by shrinking processes and which requirements were necessary to stabilize and regenerate the cities. The research aim is to find out, if „urban creativity“ and strategic planing exist and whether they were important for the regeneration processes in the two cities.

Danksagung:

Danke an all jene, die mich während meines Studiums begleitet und motiviert haben! Diese Arbeit wäre ohne die Unterstützung einiger wichtiger Menschen in meinem Leben nicht zustande gekommen.

Ich danke daher meiner Familie und meinen Freunden für die Unterstützung in den letzten sechs Jahren meines Studiums. Besonderer Dank gilt meinen Eltern und Andrea für die Unterstützung während meiner Diplomzeit.

Zudem möchte ich meinem Betreuer Ao.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Andreas Voigt für immer neue Anregungen, sowie für die professionelle und zugleich freundschaftliche Betreuung während meiner Arbeit danken.

1 Einleitung

1.1	Problemstellung und Abgrenzung des Themenbereiches	12
1.2	Zielsetzung und Fragestellungen der Arbeit	13
1.3	Aufbau und Struktur der Arbeit	14
1.4	Methodik zur Erstellung der Arbeit	15

2 Theoretische Grundlagen

2.1 Stadt und Stadtplanung 20

2.1.1	Die Stadt im Wandel der Zeit / Entstehung der Stadtplanung	20
2.1.2	Definition des Begriffs „(Stadt-) Planung“	29
2.1.3	Auseinandersetzung mit dem Planungsverständnis nach Schönwandt	32
2.1.3.1	Die „erste“ und „zweite“ Generation von Planung	32
2.1.3.2	Die „dritte Generation“ der Planungstheorie	34
2.1.3.3	Der problemorientierte Planungsansatz „problems first“	37

2.2 Innenentwicklung 42

2.2.1	Innenentwicklung vor Außenentwicklung!	42
2.2.2	Das Zentrenprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“	44

2.3 Wirtschaftspolitischer Kontext 46

2.3.1	Großbritannien	46
2.3.2	Deutschland	49

2.4 Schrumpfung 54

2.4.1	Eine Annäherung an den Begriff Schrumpfung	54
2.4.2	Globale Schrumpfungsprozesse	58
2.4.3	Schrumpfende Städte in der Geschichte	60
2.4.4	Schrumpfende Städte im 20. und 21. Jhdt.	63
2.4.5	Das Phänomen der Schrumpfung in Deutschland	66
2.4.6	Ursachen von städtischen Schrumpfungprozessen	70
2.4.6.1	Der Demographische Wandel als Ursache von Schrumpfung	70
2.4.6.2	Deindustrialisierung als Ursache von Schrumpfungprozessen	78
2.4.6.3	Suburbanisierung als Ursache von Schrumpfungprozessen	80
2.4.6.4	Die postsozialistische Transformation als Ursache von Schrumpfung	82
2.4.7	Folgen von städtischen Schrumpfungprozessen	84
2.4.8	Umgang mit städtischen Schrumpfungprozessen	90
2.4.8.1	Das Leitbild der „Perforierten Stadt“	92
2.4.8.2	Das Leitbild der „Hybriden Stadt“	96
2.4.9	Chancen und Risiken von Schrumpfungprozessen	99

3 „Städtische Kreativität“ I Strategische Planung

3.1 „Städtische Kreativität“	104
3.1.1 Kreativität - eine Annäherung	104
3.1.2 „Städtische Kreativität“ in der Fachliteratur	106
3.1.3 Auslöser „städtischer Kreativität“	109
3.1.4 Der Kreislauf „städtischer Kreativität“	112
3.1.5 10 Thesen zur „städtischen Kreativität“	118
3.2 „Strategische Planung“	124
3.2.1 Herkunft und Gebrauch strategischer Planung	124
3.2.2 Bedeutung und Anwendung in der Raumplanung	126
3.2.3 Strategische Planung	128
3.2.3.1 Strategisches Denken - Simultaner Umgang mit Raum, Zeit und Organisation	128
3.2.3.2 Strategisches Handeln und Entscheiden	130
3.2.4 Entwicklung und Einsatz planerischer Strategien	131
3.2.5 Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung	135
3.2.5.1 Abgrenzung zur integrierten Stadtentwicklungsplanung und zum Planungsinkrementalismus	135
3.2.5.2 Strategische Akteurs- Kooperationen	139
3.2.5.3 Stärken- Schwächen- Analyse (SWOT)	139
3.2.5.4 Strategische Leitbilder	140
3.2.5.5 Strategische Impulsprojekte	141
3.2.5.6 Erfolgskontrolle	143
3.2.5.7 Orientierung und Umsetzung	143
3.2.6 Regenerierungsstrategien	144

4 Leipzig I Manchester

4.1 Leipzig	148
4.1.1 Stadtporträt Stadt - der „Leipziger Weg“	148
4.1.2 Maßnahmen und Initialprojekte	154
4.1.2.1 Standort- und Infrastrukturpolitik	154
4.1.2.2 Revitalisierung der Leipziger City und der innerstädtischen Wohnquartiere	157
4.1.2.3 Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012	167
4.1.3 Zwischenfazit zum „Leipziger Weg“	169
4.1.4 Leipzig überprüft auf „städtische Kreativität“	171
4.1.5 Leipzig überprüft auf „strategische Planung“	178

4.2	Manchester	183
4.2.1	Stadtporträt Manchester - „Urban Regeneration“ in Manchester	183
4.2.2	Maßnahmen, Initialprojekte und Ereignisse	190
	4.2.2.1 Infrastrukturausbau und Wirtschaftsförderung	190
	4.2.2.2 Bewerbung für die Olympischen Spiele 1996 und 2000	192
	4.2.2.3 Attraktivierung der Innenstadt	194
	4.2.2.4 Profilierung durch Stadtkultur	198
4.2.3	Zwischenfazit zur „Urban Regeneration“ in Manchester	199
4.2.4	Manchester überprüft auf „städtische Kreativität“	204
4.2.5	Manchester überprüft auf „strategische Planung“	210

5 Betrachtung der Erkenntnisse / Schlussfolgerungen

5.1	Können PlanerInnen aus den Erfahrungen von Leipzig und Manchester lernen?	218
5.2	Handlungsempfehlungen für schrumpfende Städte	227

6 Verzeichnisse

6.1	Abkürzungsverzeichnis	238
6.2	Literaturverzeichnis	239
6.3	Tabellenverzeichnis	247
6.4	Abbildungsverzeichnis	248

1 Einleitung

Im Abschnitt 1 „Einleitung“ wird die Motivation zu der vorliegenden Arbeit dargestellt. Aufbauend auf der Problemstellung und der Abgrenzung des Themenbereiches werden die Zielsetzung und die Fragestellungen definiert. Zudem werden der Aufbau und die Vorgehensweise zur Erstellung der Arbeit erläutert.

1.1 Problemstellung und Abgrenzung des Themenbereiches

Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben sich Städte, die von rückläufigen demographischen Entwicklungen und von rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklungen - also von Schrumpfungsprozessen betroffenen sind, zu einem Phänomen globalen Ausmaßes entwickelt. Im besonderem Maße sind die alten Industriezentren Westeuropas, der USA und Russlands von Schrumpfungsprozessen betroffen (vgl. Owzar 2008 : XV). Lange Zeit wurden schrumpfende Städte überwiegend als singuläre oder regional begrenzte Ausnahmeerscheinungen betrachtet und das globale Ausmaß nicht wahrgenommen oder sogar verdrängt (vgl. Rieniets 2004: 20). Erst um das Jahr 2000 herum, wo schrumpfende Städte in einigen Ländern bereits zu unübersehbaren Problemfällen geworden sind, ist ein Bewusstsein für die Tragweite dieser Entwicklung entstanden.

Betroffene Städte sind in der Regel durch demographische und wirtschaftliche Schrumpfungsprozesse, überregionale Abwanderung, anhaltende Suburbanisierung, sowie durch einen erheblichen Wohnungsleerstand gekennzeichnet. Diese Städte müssen ihre Entwicklungsziele kritisch überprüfen und strukturell neue, integrierte Entwicklungskonzepte erarbeiten, um auf die Schrumpfungsprozesse reagieren zu können.

Viele Städte und Kommunen konzentrieren sich bei der Lösung der schrumpfungsbedingten Probleme sehr einseitig auf städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Konzepte und setzen in erster Linie dort zur Heilung der aktuellen Symptome der Schrumpfungsprozesse an. Jedoch ist es im Zusammenhang mit Schrumpfungsprozessen wichtig, Städte nicht ausschließlich als gebaute Umwelt wahrzunehmen, sondern auch als Systeme und Netzwerke. Das bedeutet nicht, dass städtebauliche Maßnahmen keine Rolle mehr spielen, sondern dass sie in ein breiteres Verständnis von Regenerierung eingebunden werden sollen (vgl. Liebmann/ Robischon 2003b: 58). In Anbetracht der Komplexität der Problemlagen in den betroffenen Städten, erfordern zukunftsfähige Problemlösungen ein „neues Denken“. Um mit den Schrumpfungsprozessen umzugehen, müssen neue Perspektiven für die Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen entwickelt werden und zwar in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, bauli-

cher und wohnungswirtschaftlicher Hinsicht.

1.2 Zielsetzung und Fragestellungen der Arbeit

Der Fokus der vorliegenden Arbeit besteht in der Untersuchung der beiden Städte Leipzig und Manchester. Beide Städte sind über einen langen Zeitraum von ausgeprägten Schrumpfungsprozessen betroffenen gewesen. Erst ab der Jahrtausendwende lässt sich in beiden Städten eine Stabilisierung und sogar eine wachsende EinwohnerInnenzahl nachweisen.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, herauszufinden, wie es Leipzig und Manchester gelungen ist die Abwärtsspirale in der Entwicklung zu durchbrechen und welche Bedingungen notwendig waren, um eine Stabilisierung und Regeneration zu erreichen. Das Ziel der Untersuchung ist es nachzuweisen, ob eine eigene „städtische Kreativität“ und strategische Planung beim Umgang mit schrumpfungsbedingten Missständen existiert und ob diese eine wichtige Rolle bei der Regenerierung gespielt haben. Dabei liegt bei der Untersuchung bezüglich des Vorhandenseins von strategischer Planung der Fokus auf dem Nachweis von Regenerationsstrategien. Diese streben nach einer demographischen, sozioökonomischen und städtebaulichen Erneuerung der Stadt und haben das Ziel dem Beschäftigten- und EinwohnerInnenschwund, sowie dem baulichen Leerstand und Verfall entgegenzuwirken. Zudem soll im Laufe der Arbeit die Frage beantwortet werden, wie groß die Bedeutung von „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung für zukunftsfähige Problemlösungen im Kontext von Schrumpfungsprozessen ist.

Der Arbeit liegt die folgende Forschungsfrage und These zugrunde:

Forschungsfrage:

Sind „städtische Kreativität“ und strategische Planung im Hinblick auf städtische Schrumpfungsprozesse eine Erfolgskombination, um zukunftsfähige Problemlösungen zu erarbeiten und eine demographische, sozioökonomische und städtebauliche Regenerierung zu erreichen?

These:

„Städtische Kreativität“ und strategische Planung leisten zusammen einen wichtigen Beitrag zur Erstellung von zukunftsfähigen Problemlösungen im Zusammenhang mit schrumpfenden Städten.

Als Ergebnis der Arbeit sollen die zentralen Fragestellungen geklärt werden und es sollen Handlungsempfehlungen für den Umgang mit schrumpfenden Städten gegeben werden.

1.3 Aufbau und Struktur der Arbeit

Die Herangehensweise an das Thema „Städtische Kreativität‘ und strategische Planung - eine Erfolgskombination im Umgang mit schrumpfenden Städten? Untersucht am Beispiel der Städte Leipzig und Manchester“ führt in einem ersten Schritt zur Darstellung der theoretischen Grundlagen.

Im Abschnitt 2 „Theoretische Grundlagen“ werden die wichtigsten Begriffe und Hintergründe, die der Arbeit zugrunde liegen, dargestellt. Zunächst werden im Kapitel 2.1 die Begriffe „Stadt“ und „Stadtplanung“ in ergänzender Weise erläutert und das zugrundeliegende Planungsverständnis vorgestellt. Das Kapitel 2.2 widmet sich dem Thema der Innenentwicklung und damit dem haushälterischen Umgang mit der nicht vermehrbaren Ressource Boden. Im Kapitel 2.3 wird der wirtschaftspolitische Hintergrund, in den die beiden Städte eingebettet sind, dargestellt. Im Kapitel 2.4 wird das Phänomen „Schrumpfung“ erläutert und die bedeutensten Ursachen und Folgen von Schrumpfungsprozessen, sowie ein möglicher Umgang mit rückläufigen Entwicklungen dargestellt.

Im Abschnitt 3 „Städtische Kreativität‘ | strategische Planung“ wird erläutert, wie „städtische Kreativität“ und strategische Planung definiert werden und durch welche Thesen/ Kriterien man deren Existenz im Planungskontext nachweisen kann.

Der Abschnitt 4 „Leipzig | Manchester“ setzt sich intensiv mit den beiden

Städten Leipzig und Manchester auseinander. Nach einem kurzen Stadtporträt werden jeweils die wichtigsten Maßnahmen, Initialprojekte und Ereignisse beschrieben, die einen bedeutenden Beitrag zur Regenerierung der Stadt geleistet haben. Anschließend werden beide Städte bezüglich „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung untersucht und beurteilt.

Im Abschnitt 5 „Betrachtung der Erkenntnisse / Schlussfolgerungen“ wird zunächst die Frage beantwortet, ob PlanerInnen von Leipzig und Manchester bezüglich des Umgangs mit Schrumpfungprozessen lernen können. Anschließend werden im Rahmen einer zusammenfassenden Betrachtung die zentralen Fragestellungen der Arbeit beantwortet und daraus Handlungsempfehlungen für die Planung abgeleitet.

1.4 Methodik zur Erstellung der Arbeit

Um die der Arbeit zugrunde liegenden Fragestellungen zu beantworten, wird vordergründig auf die Analyse vorhandener Literatur zurückgegriffen. Hierbei werden sowohl die einschlägige Fachliteratur sowie aktuelle Quellen aus dem Internet miteinbezogen. Zudem werden zur Gewinnung von Informationen ExpertInneninterviews durchgeführt. Zum Thema der „städtischen Kreativität“ ist ein ExpertInneninterview mit dem Politikwissenschaftler Dr. Tobias Robischon durchgeführt worden, zum Thema Schrumpfungprozesse hat ein ExpertInneninterview mit Prof. Gerlind Weber von der Universität für Bodenkultur Wien stattgefunden und mit Stefanie Komm vom Stadtplanungsamt in Leipzig gab es ein ExpertInneninterview bezüglich des Umgangs mit den Schrumpfungprozessen in Leipzig.

1. Schritt: Die Identifikation der Schlüsselbegriffe und der theoretischen Grundlagen

Zu Beginn der Arbeit werden die wichtigsten Begriffe und die theoretischen Grundlagen, welche die Basis der Arbeit bilden, mit Hilfe der vorhandenen Literatur definiert und erläutert. Hierbei liegt ein besonderes Augenmerk

auf der Erläuterung von „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung sowie auf der Herausarbeitung von Merkmalen, mit denen man die Existenz von „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung im Planungskontext nachweisen kann. Besonders im Bezug auf die „städtische Kreativität“ hat das ExpertInneninterview mit Dr. Tobias Robischon zur Qualitätssicherung der gewonnenen Erkenntnisse gedient.

2. Schritt: „Städtische Kreativität“ und strategische Planung in Leipzig und Manchester

Nach der Abklärung der Theorie zu Schrumpfung, „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung folgen die beiden Fallbeispiele Leipzig und Manchester. Auch hier steht die Analyse der vorhandenen Literatur im Vordergrund um die Prozesse im Umgang mit Schrumpfung zu analysieren und so die Entwicklung der Städte und ihre Regenerierung nachvollziehbar zu machen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist an dieser Stelle die Überprüfung der beiden Städte bezüglich „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung mit der Hilfe der herausgearbeiteten Merkmale. Hier hat das ExpertInneninterview mit Stefanie Komm vom Stadtplanungsamt Leipzig einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der erlangten Erkenntnisse geleistet.

3. Schritt: Relevanz „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung“ beim Umgang mit Schrumpfungprozessen

Unter der Zuhilfenahme der einschlägigen Literatur und des angeeigneten Wissens über das Thema erfolgt die Beurteilung der Relevanz von „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung für den Umgang mit städtischen Schrumpfungprozessen. Zudem werden abschließend Handlungsempfehlungen für die Planung unter Schrumpfungsbedingungen gegeben.

2 Theoretische Grundlagen

Im Abschnitt 2 „Theoretische Grundlagen“ werden die wichtigen Begriffe und Hintergründe, die der Arbeit zugrunde liegen dargestellt. Dazu werden zunächst die Begriffe „Stadt“ und „Stadtplanung“ vorgestellt und das Planungsverständnis, das der Arbeit zugrunde liegt erläutert. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem Begriff „Innenentwicklung“. Zudem wird der wirtschaftspolitische Kontext der zu untersuchenden Städte dargestellt. Im Anschluss wird der Begriff „Schrumpfung“ erläutert und die bedeutensten Ursachen und Folgen von Schrumpfungsprozessen, sowie ein möglicher Umgang mit rückläufigen Entwicklungen dargestellt.

2.1 Stadt und Stadtplanung

Das folgende Kapitel „Stadt und Stadtplanung“ stellt die Stadt im Wandel der Zeit und die damit einhergehende Entwicklung der Stadtplanung dar. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Stadtentwicklung in der Industriegesellschaft, also in der Zeit nach 1850. Zudem befinden sich in dem Kapitel Ansätze zur Definition des Begriffs Stadtplanung sowie Erläuterungen zum Planungsverständnis nach Schönwandt.

2.1.1 Die Stadt im Wandel der Zeit / Entstehung der Stadtplanung

Die Stadt hat ihre Wurzeln einerseits in der Funktion als Sitz der weltlichen und religiösen Macht und andererseits in der Funktion als Markt. Sie dient somit als Stätte des Austausches von zunächst landwirtschaftlichen Gütern, die von den Produzenten selbst angeboten werden. Mit der Zeit kommen Handwerker und Händler hinzu und es zeigen sich erste Ansätze einer arbeitsteiligen Gesellschaft. Diese Funktionen haben die Stadtbildung maßgeblich beeinflusst (vgl. Hotzan 2004: 31).

Durch Ausgrabungen wissen wir, dass neben unregelmäßig und zufällig erscheinenden Gebäudeanordnungen in vielen Kulturen schon früh das Ordnungsprinzip des rechten Winkels auftaucht. In diesem Zusammenhang ist der griechische Städteplaner Hippodamos von Milet zu nennen, dem für die griechische Welt die Entwicklung des konsequent rechtwinkligen Straßenrasters („hippodamisches System“) zugeschrieben wird. Hippodamos ist jedoch nicht der Erfinder des orthogonalen Systems selbst, da derartige Strukturen im vorderen Orient und in Ägypten schon früher existierten. Neben dem orthogonalen System spielt der Platz der Volksversammlung, in der griechischen Kultur die Agora, bei der physischen Struktur antiker Städte eine bedeutende Rolle (vgl. Albers/ Wékel 2008: 19).

Mit dem zunehmenden Wachstum der Städte, den gesellschaftlichen Ver-

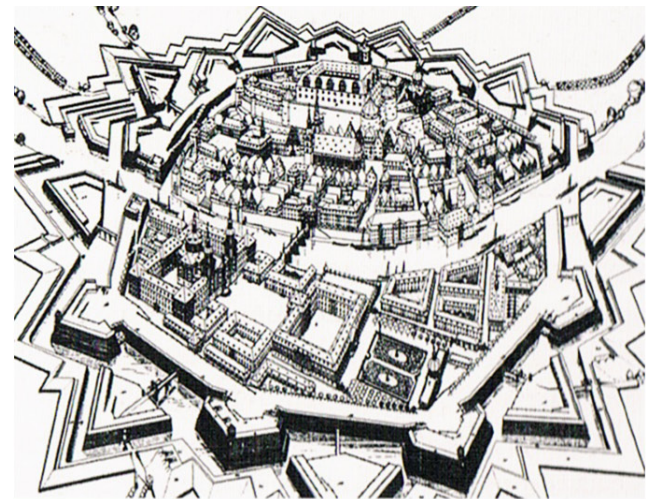
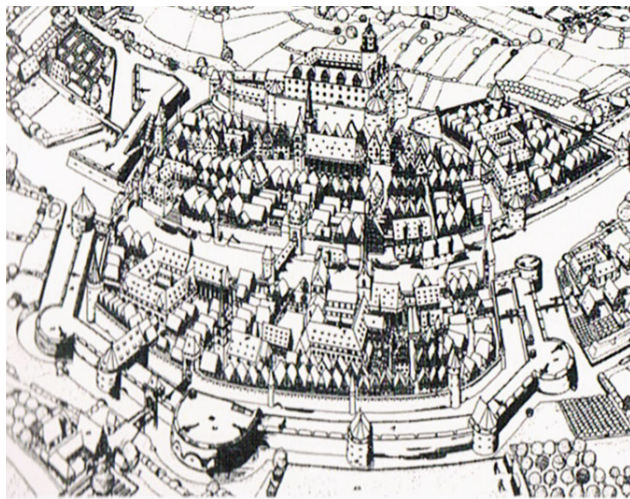
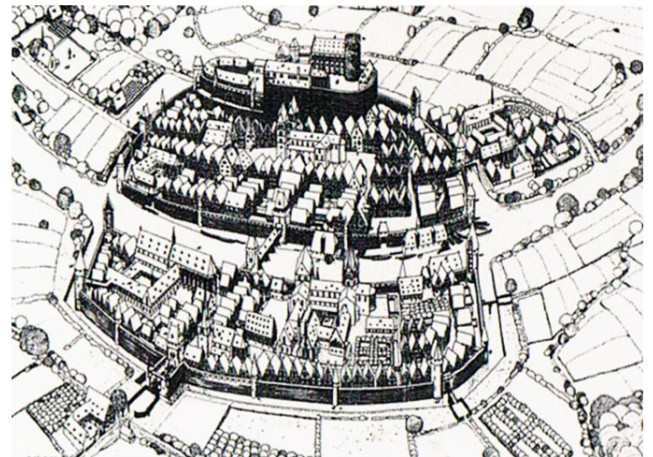
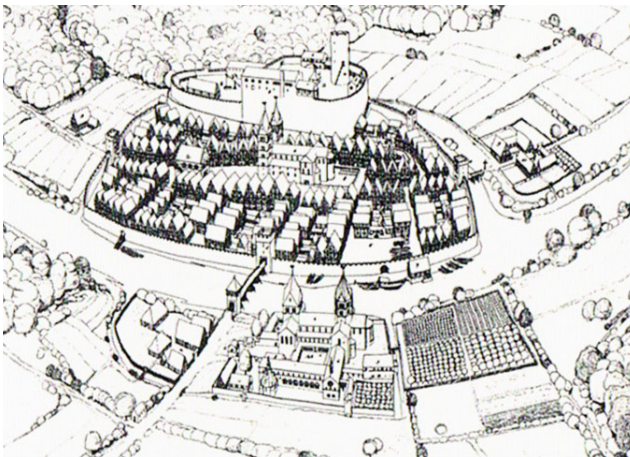


Abbildung 1:
 Vier Entwicklungsphasen der historischen Stadt am Beispiel einer deutschen Stadt um 1250, 1350, 1550 und 1750

Quelle:
 (Albers/ Wékel 2008: 19).

änderungen und der Entwicklung der Bautechnik kommt es zu einer Veränderung der Stadtgestalt. Besonderen Einfluss auf die Gestalt der Stadt hat die Entwicklung der Kriegstechnik gehabt. Zunächst gibt es nur einfache Stadtmauern, zur Zeit der Renaissance verstärkte Befestigungsanlagen und schließlich die weiträumigen Erdbefestigungen des Barocks. Diese zum Schutz der Stadt errichteten Verteidigungs- und Befestigungsanlagen werden zu kaum überwindbaren Hindernissen für die räumliche Ausdehnung der Städte, wie man in (siehe Abb. 1) erkennen kann. Durch die Weiterentwicklung der Kriegstechnik werden die Verteidigungs- und Befestigungsanlagen wirkungslos und deshalb kommt es zur Schleifung der Anlagen, wodurch viele Städte einen Modernisierungs- und Stadterweiterungsschub erlebten (vgl. ebd.).

Fortschritte in der Landwirtschaft und der Industrialisierung sowie hygieni-

sche Verbesserungen tragen dazu bei, dass es im 19. Jahrhundert einerseits zu einem nicht gekannten Bevölkerungswachstum in den Städten und andererseits zu großer Landflucht kommt (vgl. Benevolo 2000: 781). Der Grund für die Landflucht ist vor allem die beginnende Industrialisierung und die damit in den Städten geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten. Infolgedessen verliert die Stadt an herrschaftlicher Bedeutung, wandelt sich zum Industriestandort und damit auch von der Bürger- zur Arbeiterstadt (vgl. Albers/ Wékel 2008: 19).

Während die Industrialisierung und Verstädterung in England schon früher begann, setzt der Prozess in Deutschland erst Mitte des 19. Jahrhunderts ein. Das rasante Wachstum der Städte und die damit verbundene Bautätigkeit übertrifft alle bisher bekannten Maßstäbe (vgl. ebd.: 20). Die ersten Aufgaben der Stadtplanung beschränken sich vor allem auf das Lösen von Ingenieursproblemen, wie der Hygiene, der Feuersicherheit und der Wasserversorgung, da diese die Stadtentwicklung maßgeblich prägen. In anderen Bereichen glaubt man an „das Erwachsen einer sinnvollen Ordnung aus dem freien Spiel der Kräfte“ (Ebd.) heraus und greift so wenig wie möglich in Entwicklungsprozesse ein.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigen sich die ersten Missstände des rasanten Städtewachstums vor allem im Bereich des Wohnungswesens, hervorgerufen durch die zunehmende bauliche Verdichtung und hygienische Missstände. Auf die Missstände reagiert man mit dem Abbruch von vorindustriellen Bauten ohne sanitäre Einrichtungen und ohne Wasserversorgung. Die Maßnahmen werden zunächst unter dem Begriff „Assanierung“ und nach der Jahrhundertwende unter dem Begriff „Sanierung“ durchgeführt. Die zuvor von Ingenieursproblemen dominierten Aufgaben der Stadtplanung werden nun aufgrund der Probleme im Wohnungswesen um sozialpolitische Themen ergänzt (vgl. ebd.).

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wird deutlich, dass eine umfassendere Betrachtung des Städtebaues an Bedeutung gewinnt. Es gibt Wettbewerbe, um Gesamtpläne für die Stadterweiterung zu entwickeln und es werden Vorschläge für die zukünftige Stadtentwicklung gemacht, die

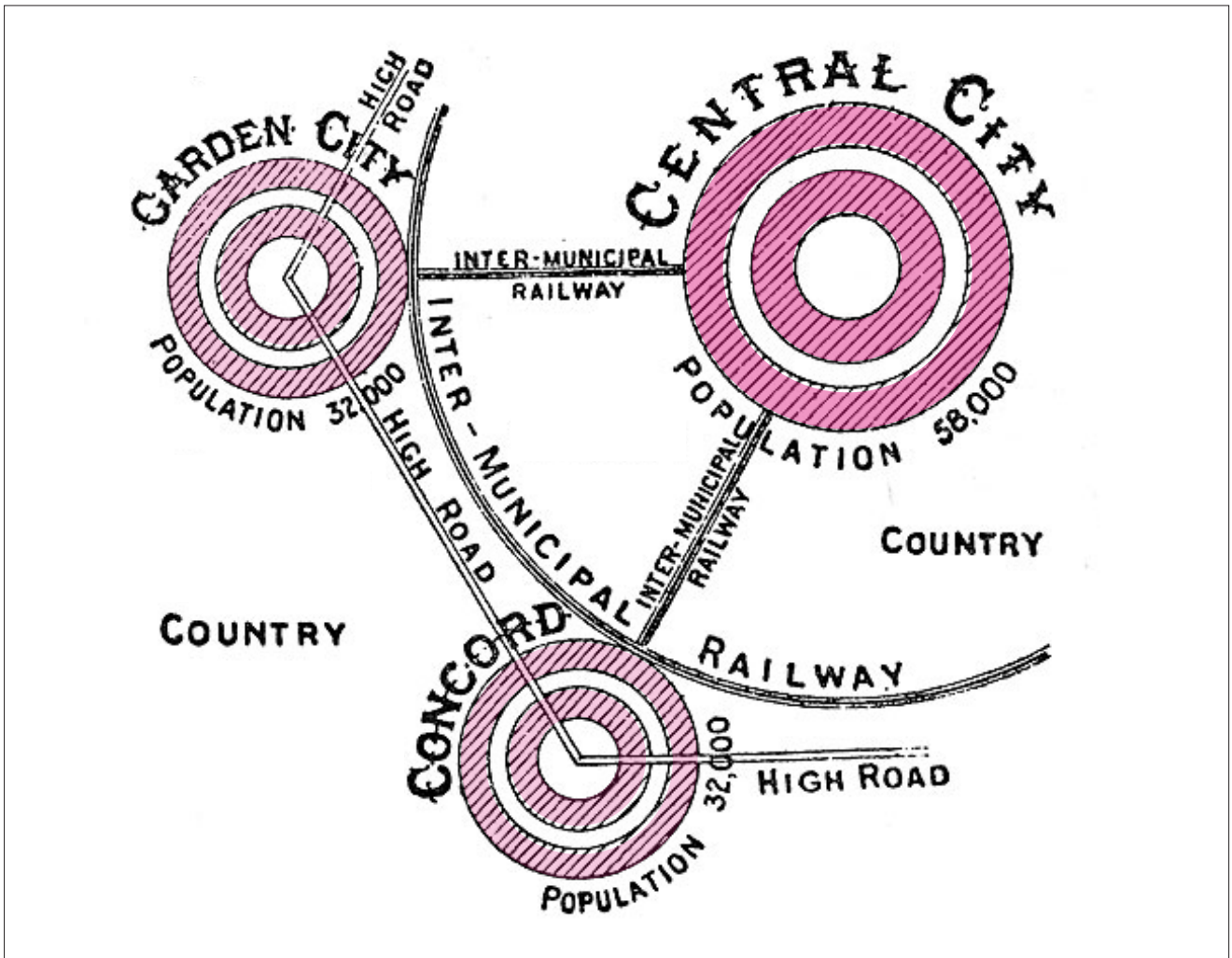


Abbildung 2:
Schema der Gartenstadt

eigene Darstellung,
nach Howard

Quelle:
(<http://www2.klett.de/sixcms/media.php/76/gartenstadt2.jpg>).

sich mit der Nutzungsstruktur, den Grundsätzen der Steuerung des Stadtwachstums und auch mit den Grundbesitzverhältnissen in der Stadt auseinandersetzen.

In diesem Zusammenhang ist der Begriff der „Gartenstädte“ zu nennen, der auf Ebenezer Howard zurückzuführen ist und diese Zeit geprägt hat. Das Prinzip der Gartenstadt ist es, das stetige Wachstum der Städte nicht durch Vergrößerung der bestehenden Städte, sondern durch den Neubau ländlicher Städte mit Anbindung an die Großstadt zu kompensieren (siehe Abb. 2). Die ländlichen Städte sollen in ihrer Einwohnerzahl begrenzt sein. Trotzdem sollten sie groß genug sein, um ein eigenständiges städtisches Leben zu ermöglichen, gleichzeitig klein genug, damit alle Stadtteile für

Fußgänger erreichbar sind. Zudem sehen die Pläne von Ebenezer Howard vor, dass die Gartenstädte von einem Landschaftsgürtel („rural belt“) umgeben sind, der die Versorgung der Stadt sichert und dass das gesamte Land öffentliches Eigentum ist oder treuhänderisch für die Gemeinschaft verwaltet wird. In nur wenigen Diagrammen hat Howard es geschafft, seine stadtplanerischen Vorstellungen und das System der Gartenstädte darzustellen (vgl. Hotzan 2004: 49). Die Verbreitung der idealen Gartenstädte nach Howards Vorstellungen konnte sich aber nicht durchsetzen. Von der ursprünglichen Gartenstadtidee wurden, bis auf einige Ausnahmen wie z.B. die englische Stadt Letchworth, meist nur wenige Grundsätze realisiert, wie beispielsweise die Planmäßigkeit von Wohnsiedlungsanlagen oder eine offene und durchgrünte Bebauung. Die Wirkung der Gartenstadt-Idee hat die Stadtplanung jedoch nachhaltig beeinflusst.

Nach der Jahrhundertwende nimmt die Kritik an der Stadtplanung des 19. Jahrhunderts überhand. Es entstehen die ersten berufsständigen Vereinigungen und parallel dazu verändern sich auch die Vorstellungen, was Stadtplanung leisten soll. Bis zu diesem Zeitpunkt war Stadtplanung das Anpassen des Stadtgefüges an die Entwicklungen der Gesellschaft und der Wirtschaft, welche weder vorhersehbar noch steuerbar erschienen. Dies änderte sich durch die ersten wissenschaftlichen Forschungsergebnisse über das „Wesen der Stadt“, wodurch es möglich schien zumindest teilweise zukünftige Entwicklungen zu prognostizieren und damit einen räumlichen Rahmen für die Entwicklung vorzugeben (vgl. Albers/ Wékel 2008: 24).

Die Zeit zwischen den Weltkriegen ist von einer allgemeinen Ablehnung der Stadtentwicklung des späten 19. Jahrhunderts geprägt, die durch hohe Bebauungsdichten, Mietskasernen und Mangel an Freiflächen gekennzeichnet ist. Uneinig ist man sich aber wie die zukünftige Stadt aussehen soll. Man kann sagen, dass sich zwei Richtungen erkennen lassen. Auf der einen Seite die „Retrospektive“, diese sieht die Industrialisierung als Unglück und versucht sie zurück zu drängen. Auf der anderen Seite die „Progressive“, diese erhofft sich eine Befreiung der Menschen von Schwerarbeit und eine Eröffnung neuer Horizonte von der Intensivierung

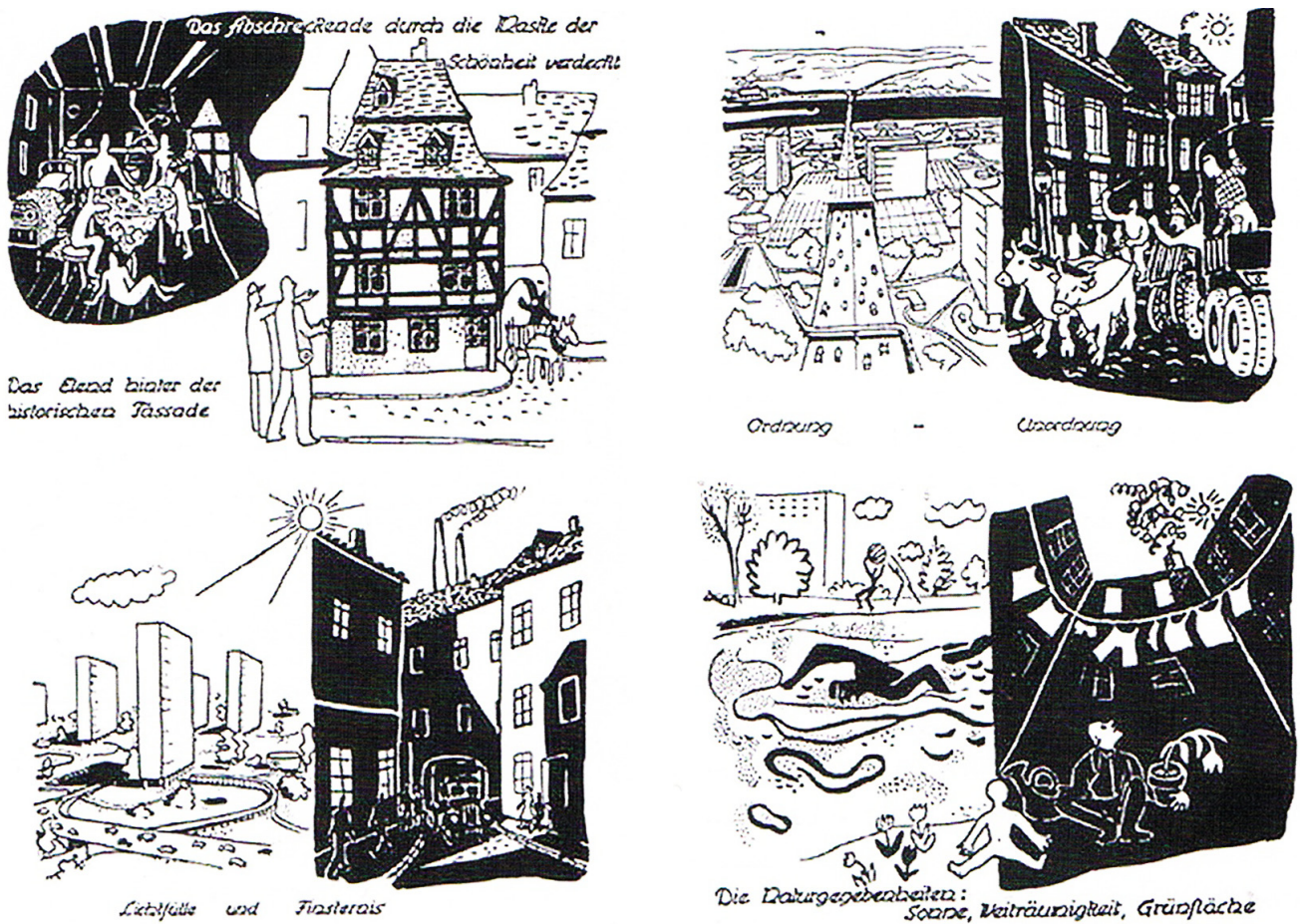


Abbildung 3:
Zeichnungen von Hannes Meyer, Mitarbeiter von Le Corbusier, verdeutlichen die Ziele der Charta von Athen

Quelle:
(Albers/ Wékel 2008: 26).

und der Weiterführung der industriellen Entwicklung zum Nutzen aller Bevölkerungsschichten. Im Fokus der Stadtplanung stehen zu dieser Zeit die Verbesserung der Wohnbedingungen und die funktionale Gliederung der Stadt, sowie die Auflockerung und die Dezentralisierung der „versteinerten Stadt“ (vgl. ebd.).

Die „Charta von Athen“ gilt als Meilenstein der Stadtplanung in der Moderne (siehe Abb. 3). Die Charta ging aus dem „internationalen Kongress für neues Bauen“ (Congrès International d'Architecture Moderne - CIAM) mit dem Thema der „funktionalen Stadt“ hervor, der 1933 auf einer Seereise zwischen Marseille und Athen abgehalten wurde (vgl. ebd.: 26). Die Charta beinhaltet Grundsätze für eine funktionale Stadtplanung, die später von Le Corbusier in 95 Leitsätzen zur Verbesserung des modernen Städtebaus zusammengefasst wurde (vgl. Hotzan 2004: 59).

In den 1930er Jahren wird eine Veränderung im Grundverständnis der Stadtplanung sichtbar. Stadtplanung wird nicht nur als Stadterweiterung begriffen, sondern es wird deutlich, dass mit der Stadterweiterung an den Rändern auch immer Veränderungen im bisher bebauten Teil der Stadt einhergehen. In diesem Zusammenhang werden die Bauordnungen und Baugesetze einer Reform unterzogen, damit sie dem neuen Verständnis von Stadtplanung gerecht werden. (vgl. Albers/ Wékel 2008: 27).

Schon ab dem Jahr 1910 setzt sich die Vorstellung durch, das Ziel der Planung sei es einen räumlichen Rahmen zu schaffen in dem die Entwicklungskräfte von Wirtschaft und Gesellschaft möglichst reibungslos aufgenommen werden können. Es geht also nicht um die Beeinflussung der sozioökonomischen Entwicklung, sondern um die Koordination ihrer räumlichen Auswirkungen (vgl. Albers/ Wékel 2008: 28). Dies beschreibt auch der britische Planer Patrick Abercrombie im Jahr 1936: „Die Planung von Stadt und Land sucht der natürlichen Entwicklung eine lenkende Hand zu bieten. Das Ergebnis sollte mehr sein als eine wirtschaftlich und technisch solide Leistung- es sollte ein sozialer Organismus sein und zugleich ein Kunstwerk.“ (Ebd.).

Die ersten Jahre der Nachkriegszeit sind durch die eben dargestellte Auffassung bestimmt, dass es sich bei Planung um eine Koordinationsaufgabe handelt. In den 1960er Jahren gewinnt die Vorstellung an Bedeutung, dass die Entscheidungen über die räumliche Entwicklung politischer Natur sind und dass nicht nur die räumlichen Probleme, sondern auch die zugrunde liegenden Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft planerischer Einflussnahme bedürfen (vgl. ebd.). In dieser Zeit taucht der Begriff „Planung“ zunehmend in anderen Gebieten wie z.B. der „Finanzplanung“ und der „Bildungsplanung“ auf. Dadurch wird Stadtplanung zum „Bestandteil einer integrierten Planungspolitik mit dem Ziel, die Gesamtentwicklung der Gesellschaft auf der Grundlage politischer Entscheidungen zu steuern“ (Ebd.).

In den frühen 1970er Jahren wird die Bürgerbeteiligung ein zentrales Thema, um Konflikte zwischen der Verwaltung und den von Planungsmaßnah-

	Anpassungsplanung	Auffangplanung	Entwicklungsplanung	Perspektivplanung
Zeitliche Einordnung	1860 bis 1900	1900 bis 1960	1960 bis 1980	ab 1980
Sicht der sozioökonomischen Entwicklung	nicht prognostizierbar, nicht steuerbar	prognostizierbar, nicht steuerbar	steuerbar, deshalb nur bedingt prognostizierbar	bedingt steuerbar, deshalb Szenario statt Prognose
Aufgaben der Stadtplanung	Marktkorrektur in Teilbereichen, Behebung von Missständen	Setzung eines Rahmens für Koordination der Entwicklungskräfte	Präzises Zielsystem, Auswahl aus Handlungsalternativen	Aufgreifen von Chancen unter Wahrung allgemeiner Ziele
Rolle der Verwaltung	Eingriffsverwaltung: Gefahrenabwehr	Leistungsverwaltung: Daseinsvorsorge	Planende Verwaltung: Gesellschaftspolitik	„Urban Management“ mit tagespolitischem Einschlag
Umgriff und Werkzeuge	öffentlich- rechtliche Fluchtlinie	„Angebots“-Pläne, räuml. Gesamtplanung, Bodenordnung; Nutzungsordnung	In Politik integrierte Entwicklungsplanung, öffentlich- rechtliche Durchsetzungsmittel	Schwerpunktsetzung, informelle Planung, Public- Private- Partnership
Wesen der Planung aus Sicht der Planer	Technik und Kunst, jeweils Aufgabenbezogen	Schöpferische Leistung aus der Gesamtschau des Planungsraums	Ergebnis rationaler Denk- und Abwägungsprozesse	Rationalität überlagert durch politische und wirtschaftliche Opportunität
Selbstverständnis des Planers	Experte für technische Verbesserung und für Verschönerung der Stadt	„Arzt“ der kranken Stadt, missionarischer Anwalt des Allgemeinwohls	Fachlich kompetenter und sozial engagierter Politikberater, zunehmend mit Parteibindung, um im politischen Entscheidungsprozess mehr Gewicht zu gewinnen	
Beziehung zur Politik	rudimentär	Politik bestätigt den „richtigen“ Plan	Entscheidungsfunktion	Entscheidungsfunktion
Beziehung zur Wissenschaft	Einzelkontakte (z.B. Hygiene)	Erkenntnishilfe	Entscheidungshilfe (verlässlich)	Entscheidungshilfe (nicht immer verlässlich)
Schlüsselbegriffe der Zeit	fortschrittlich	gesund, organisch, „Ordnung“	urban, dynamisch, „Zukunft im Griff“	human, sanft, ökologisch, „sustainable“

Tabelle 1:
Entwicklung des
Planungsverständnisses

eigene Darstellung,
nach Albers/ Wékel

Quelle:
(Albers/ Wékel 2008:
19).

men Betroffenen zu verringern. Durch die Partizipation wird die Planung demokratisiert (vgl. ebd.: 29). Der Wandel im Planungsverständnis hat Auswirkungen auf die Planungsmethodik. Diese wird nun erstmals Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen, was dazu führt, dass Planung in drei Phasen gegliedert wird:

- 1. Bestandsaufnahme und Bestandsanalyse**
- 2. Planaufstellung**
- 3. Verwirklichung des Plans**

Durch die kritische Auseinandersetzung mit der Abfolge der Schritte des Planungsprozesses und den verfügbaren Methoden findet neben der „Demokratisierung“ auch eine „Verwissenschaftlichung“ der Planung statt. Das politische Element der Planung wird erkannt und das Verständnis der Planung entwickelt sich weiter. Ging es bei der „Auffangplanung“ (siehe

Tabelle 1) noch darum den besten Plan zu finden, um erwartete Entwicklungen aufzufangen, so geht es bei der „integrierten Entwicklungsplanung“ um die Auswahl möglicher alternativer Entwicklungen: Einer Auswahl aus verschiedenen möglichen „Zukünften“. (vgl. Albers/ Wékel 2008: 29). Welche „Zukünfte“ zur Auswahl stehen hängt von den Zielen und den gewählten Methoden der Planung ab.

Der Versuch „alles“ in einen großen Plan zu integrieren führt zu hoher Komplexität und geringer Transparenz. In der Entwicklungsplanung wird die zukünftige Entwicklung als steuerbar, aber nur bedingt prognostizierbar angesehen. Jedoch wird Ende der 1970er Jahre Kritik an der „integrierten Entwicklungsplanung“ geübt, sodass der Ansatz zwar nicht aufgegeben, aber aufgrund von methodischen und sachlichen Hindernissen deutlich zurückgenommen wird. Die Skepsis gegenüber dem Ansatz hat ihre Wurzeln in der Erkenntnis, dass politische und wirtschaftliche Entscheidungen aufgrund ihrer Kurzatmigkeit nur wenig Raum für Rationalität und langfristige Planung lassen (vgl. ebd.).

Kennzeichnend für die 1980er Jahre ist das Planungsmodell des „perspektivischen Inkrementalismus“, das damit das Modell der „integrierten Entwicklungsplanung“ ablöst. Mit der Parole „Stadtentwicklung in kleinen Schritten“ wendet man sich von der langfristigen und umfassenden Gesamtplanung ab und wendet sich der schrittweisen Abarbeitung der wesentlichen und notwendigen Aufgaben zu.

Ab dem Jahr 2000 lässt sich eine erneute Nachfrage nach integrierten Stadtentwicklungskonzepten und somit auch nach „integrierter Entwicklungsplanung“ feststellen. Der Bedarf an den „großen Plänen“, die grundsätzliche und langfristige Orientierung geben ist hoch, einerseits weil die Grenzen der unkoordinierten Projektplanung eingesehen werden - andererseits aufgrund veränderter Rahmenbedingungen im Bereich der Bevölkerung (veränderte Anzahl, Zusammensetzung und Verteilung), des Wirtschaftsgefüges, bei den Methoden zur Raumgestaltung, sowie Veränderungen im Lebensstil und der Lebensqualität. Dazu kommen spezifische Anforderungen, die an den Umgang mit schrumpfenden Städten gestellt werden. Diese veränderten Rahmenbedingungen führen dazu, dass die

Kommission des deutschen Städtetages im Jahr 2003 „langfristig orientierte, integrierende, strategische Stadtentwicklungsplanung als das geeignete Instrument“ (Albers/ Wékel 2008: 30) bezeichnet um künftige Herausforderungen zu lösen.

Eine Stadt kann in ihrer Entwicklung nie einen Endzustand erreichen, so lange sie lebendig ist - gleiches gilt für die Stadtplanung.

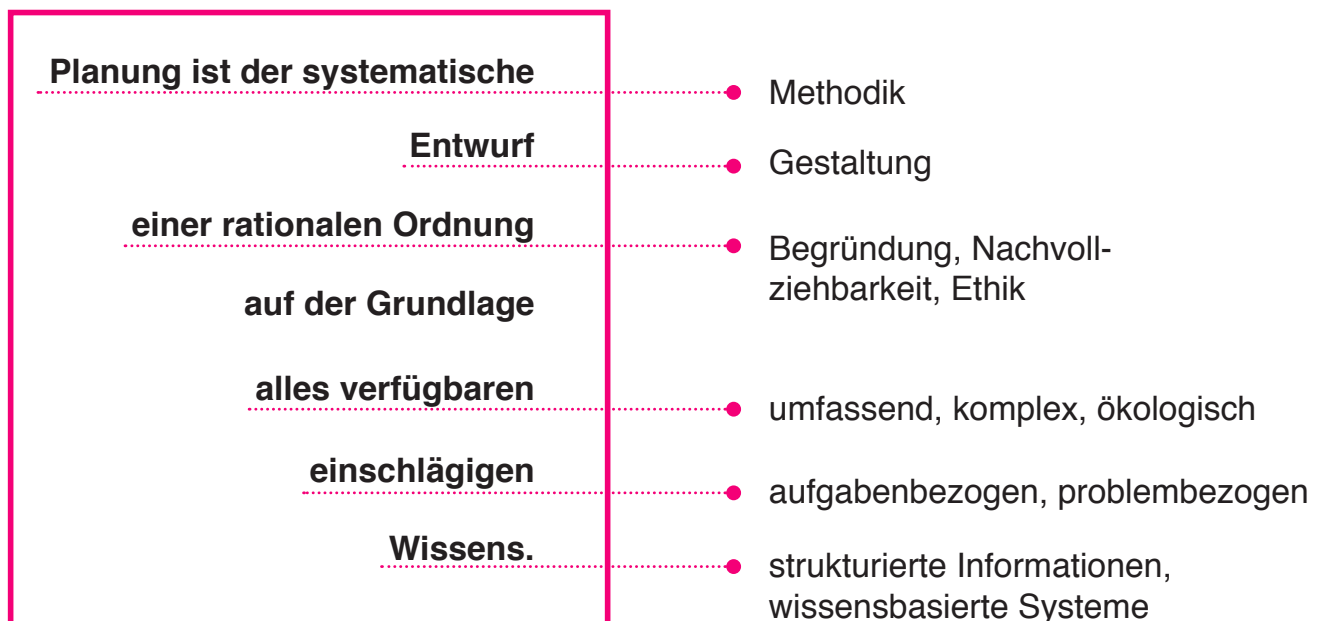
2.1.2 Definition des Begriffs „(Stadt-) Planung“

Der US-amerikanische Stadtplaner Kevin Andrew Lynch, der das Buch „The Image of the City“ verfasst hat, beschäftigte sich intensiv mit der Stadtgestalt und deren Elementen. Er bezeichnet die Stadt als Bauegefüge im Raum. Dieses Gefüge kann aufgrund seines großen Maßstabs erst im Verlauf ausgedehnter Zeitabschnitte erfasst werden. Lynch definiert Städteplanung als eine zeitbemessene Kunst, „für die jedoch kaum die kontrollierten und begrenzten Sequenzen anderer zeitbemessener Künste - wie z.B. der Musik- in Anwendung gebracht werden können.“ (Lynch 2007: 10). Zudem sieht Lynch Städteplanung als Kunst, die jeder Witterung und Beleuchtung ausgesetzt ist (vgl. ebd.).

Abbildung 4:
Definition von Planung
nach Ellwein

eigene Darstellung,
nach Streich

Quelle:
(Streich 2005: 16).



Professor Bernd Streich bezieht sich bei der Definition von „Planung“ in seinem Buch „Stadtplanung in der Wissensgesellschaft“ auf die Definition von Joachim Kaiser und Thomas Ellwein aus dem Jahr 1968 (siehe Abb. 4). Demnach ist Planung „der systematische Entwurf einer rationalen Ordnung auf Grundlage alles verfügbaren einschlägigen Wissens.“ (Streich 2005: 16). Die Komplexität der Definition zeigt sich, wenn man die einzelnen Teile der Begriffsdefinition betrachtet. Als „systematisch“ wird die methodische Vorgehensweise bei Planungsaktivitäten bezeichnet. Der „Entwurf“ beschreibt Planung als Gestaltungsaufgabe bzw. die Verbindung von Planung und Entwerfen im Sinn einer städtebaulichen und architektonischen Methode Neues zu erschaffen. Bei der „rationalen Ordnung“ geht es vor allem um die Begründung und Nachvollziehbarkeit, die Planungsaktivitäten erfordern und darum, die einzelnen Teile und Elemente einer Planung zu einem zweckmäßigen Ganzen zusammenzufügen. Die Bezeichnung „einschlägiges Wissen“ meint, dass es sich bei dem heranzuziehenden Wissen, um für die Planungsaufgabe relevantes Wissen handeln sollte. Dabei kann sich die Wahrnehmung welches Wissen relevant ist und welches nicht im Verlauf der Planung ändern (vgl. ebd.: 16- 17).

Fürst und Ritter charakterisieren „Planung“ als „ein Instrument gesellschaftlicher Problembearbeitung und Steuerung“ (Fürst/ Ritter 2005: 766) und verdeutlichen so den gesellschaftlichen und politischen Nutzen der Planung. Die Planung steht vor neuen Herausforderungen. Sie muss lernen mit begrenztem Wissen und mit Unsicherheiten umzugehen und darf sich nicht anmaßen die Zukunft kontrollieren zu wollen (vgl. ebd.: 768). Aufgrund von hohem Entwicklungstempo und sich verändernden Wertvorstellungen muss sich die Planung zunehmend eine flexible und situationsbezogene Vorgehensweise aneignen. Dabei ist es wichtig auch weiterhin neben den hoheitlich hierarchischen Steuerungsformen mit informellen Instrumenten (Kooperation/ Moderation) zu agieren, wodurch sie sich in erster Linie als Prozessmanagement begreift (vgl. ebd.). Wichtig ist, dass sich die Planung ihrer Koordinationsfunktion und gleichzeitig auch ihrer Umsetzungsfunktion bewusst ist. Planung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie als integrativer Managementprozess gestaltet wird. Dazu müssen Konzeption und Umsetzung, Beobachtung und Kontrolle, Personalführung und Res-

sourceneinsatz, klare Zielvorgaben und mitdenkendes Engagement der Beteiligten, sowie die ethische Dimension des Handelns beachtet werden (vgl. ebd.: 769).

Albers und Wékel charakterisieren „Planung“ als einen Begriff, der einerseits den Vorgang des Planens und andererseits das Ergebnis oder den Plan beschreibt. „Stadtplanung“ definieren sie als „das Bemühen um eine den menschlichen Bedürfnissen entsprechende Ordnung des räumlichen Zusammenlebens- auf der Ebene der Stadt oder der Gemeinde.“ (Albers/Wékel 2008: 11). Man kann sagen, dass Stadtplanung unterschiedliche Akteure und Interessen mit einbezieht und dass sich in ihr die Planung zeitlicher Abläufe, zukünftiger Entwicklungen und die Planung zum Einsatz von begrenzten Ressourcen vereinen.

Zudem greifen Albers und Wékel eine amerikanische Definition von Stadtplanung aus den 1930er Jahren auf. Diese bezeichnet Stadtplanung als „eine Wissenschaft, eine Kunst und eine politische Bestrebung, die sich auf die Formung und Lenkung des physischen Wachstums und der Ordnung von Städten im Einklang mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen richtet.“ (Ebd.).

Albers unterscheidet in seinem Werk aus dem Jahr 2005 „Planung“ in zwei Arten. Die erste Art ist mehr der großräumigen Landesplanung und Raumordnung verwandt, während die Zweite der Architektur und dem Bauen nahe steht. Die Überlagerung dieser beiden Arten von Planung ist kennzeichnend für die Stadtplanung. Das Tätigkeitsfeld der Stadtplanung ist dementsprechend groß und reicht von der langfristigen Disposition der räumlichen Ressourcen über Entwicklungsaufgaben bis zur rechtlichen Rahmensetzung für Baumaßnahmen (vgl. Albers 2005: 1086). Nach Albers ist der zentrale Gegenstand der Planung die anzustrebende Stadtstruktur, diese wird „als das Gefüge von Flächen, die bestimmten Nutzungen dienen, und von [...] verbindenden Netzwerken für Verkehr und Versorgung“ (Ebd.: 1089) definiert.

2.1.3 Auseinandersetzung mit dem Planungsverständnis nach Schönwandt

Professor Walter Schönwandt von der Universität Stuttgart unterscheidet drei Generationen von Planung. Im nachstehenden Kapitel wird die Entwicklung der drei Generationen von Planung dargelegt. Zudem wird in dem Kapitel der Planungsansatz „problems first“ sowie beispielhaft die Komponenten eines Planungsansatzes vorgestellt.

2.1.3.1 Die „erste“ und „zweite“ Generation von Planung

Schönwandt ist der Meinung, „Planen müssen wir mehr oder weniger alle.“ (Schönwandt 1999: 25). Um die begrenzten Ressourcen möglichst effizient zu nutzen plant jedes Land, jede Gemeinde und jeder Bauherr. Die Planungstheorie und das Planungsmodell verändern sich jedoch mit der Zeit. Die 1960er Jahre sind davon geprägt, dass die Möglichkeiten, was durch Planung erreicht werden kann zu hoch eingeschätzt wurden. Bereits in den 1970er Jahren werden die Grenzen dessen, was mit den mehr technischen und weniger sozio- politischen Planungsmethoden erreicht werden kann, erkannt (vgl. ebd.).

Die „erste Generation“ von Planung wird als rationales Planungsmodell bezeichnet. Diesem Modell liegt die Annahme zugrunde, dass der Mensch rational handelt und das Entscheidungen aufgrund von nachvollziehbaren Kriterien und Überlegungen getroffen werden. Dadurch wird aus verschiedenen Lösungsalternativen immer diejenige mit dem größten erwarteten Nutzen ausgewählt (vgl. ebd.).

Der Planungsprozess wird in der „ersten Generation“ von Planung in die folgenden Phasen untergliedert:

- **„Verstehe das Problem**
- **Sammele Informationen**
- **Entwickle Lösungen**
- **Bewerte Lösungen**

- **Führe aus**
- **Teste**
- **Modifiziere die Lösung, falls nötig**“ (Ebd.: 25)

Die Voraussetzungen für das rationale Planungsmodell sind die Vollständigkeit der Informationen, eindeutige Bestimmung von Zielen und Wünschen und die vollständige Verarbeitung der Informationen durch den Planer. Diese Voraussetzungen werden im Bezug auf viele Planungsaufgaben als geradezu unrealistisch angesehen (vgl. ebd.: 26). Aufgrund dessen kommt es zu Kritik am rationalen Planungsmodell und es folgt die „zweite Generation“ von Planung.

Die „zweite Generation“ von Planung steht im Widerspruch zur „ersten Generation“, da es von jetzt an nicht mehr um das reine Bearbeiten von „gutartigen“ Problemen, sondern um die „böartigen“ Probleme geht. Bei den „gutartigen“ Problemen war die Aufgabe, die zulässigen Lösungswege und das zu erreichende Ziel klar definiert und damit eine Systematik vorhanden um das Problem zu lösen. Bei den „böartigen“ Planungsproblemen wird jedes Problem als einzigartig angesehen, infolgedessen kann es keine Systematik zur Lösung des Problems geben (vgl. ebd.). Als Reaktion auf den Zusammenbruch des rationalen Paradigmas gab es eine Reihe von Versuchen, die Diskussion um die Nachfolge des rationalen Modells voranzutreiben. Die Ergebnisse der entstandenen Arbeiten lassen sich wie folgt einordnen:

- **Die rituelle Reaktion** (Festhalten am rationalen Planungsmodell)
- **Die Vermeidungsreaktion** (geringfügige Modifizierung des rationalen Planungsmodells)
- **Die Fluchtreaktion** (Ablehnen jeglichen Prozessmodells)
- **Die Suchreaktion**

(vgl. ebd.)

Die Suchreaktion lässt sich in die relativ allgemeinen Ansätze und in die auf Einzelaspekte konzentrierten Ansätze aufschlüsseln. Schönwandt stellt

den „mittleren“ Bereich zwischen diesen beiden Ansätzen in den Fokus seiner Betrachtung und bezeichnet diese als Planungstheorien der „dritten Generation“. (vgl. ebd.: 27)

2.1.3.2 Die „dritte Generation“ der Planungstheorie

Um das komplexe Thema „Planung“ zu strukturieren nimmt Schönwandt vorerst Bezug auf das „System- Umwelt- Paradigma“ der „Systemtheorie“. Laut „diesem Paradigma bestehen Systeme aus einem Systemkern, der in eine Umwelt eingebettet ist.“ (Schönwandt 1999: 27). Nach der „Systemtheorie“ besteht notwendigerweise eine Beziehung zwischen Systemkern und der Umwelt. Der Begriff „Umwelt“ meint nicht den Rest des Universums, sondern die Komponenten der Umwelt, die den Systemkern beeinflussen oder die vom Systemkern beeinflusst werden können (vgl. ebd.).

Schönwandt legt die These zugrunde, dass es keine Planung „per se“ gibt. Laut Schönwandt ist Planung immer von Menschen, die eine bestimmte biologische und psychologische Eigenschaft besitzen, gemacht. Die Planenden interagieren im Allgemeinen in Organisationen oder Kooperationen, leben und arbeiten in einem bestimmten sozialen und kulturellen Umfeld und sind mit bestimmten Fähigkeiten, Fertigkeiten und Fehlern bzw. Restriktionen ausgestattet (vgl. ebd.). Als Beispiel für Restriktionen nennt Schönwandt, dass die Wahrnehmung der Menschen selektiv und Ausschnitthaft ist und damit nicht theorieunabhängig stattfinden kann. Als weitere Beispiele sieht Schönwandt die Beschränkung der menschlichen Erkenntnisfähigkeit und der Handlungsfähigkeit (vgl. ebd.). Schönwandt ist der Meinung, dass ein Planungsmodell diese Bedingungen und Begrenztheiten einbeziehen sollte.

Ein Modell, das den systemtheoretischen Ansatz, die Beschränkungen der Wahrnehmungsfähigkeit, die Grenzen der Handlungsfähigkeiten und die eben erwähnten Restriktionen berücksichtigt ist der „Funktionskreis“ des Biologen Jacob von Uexküll. Von Jacob von Uexkülls „Funktionskreis“ ausgehend definiert Schönwandt das Grundsche-
ma der „dritten Generati-

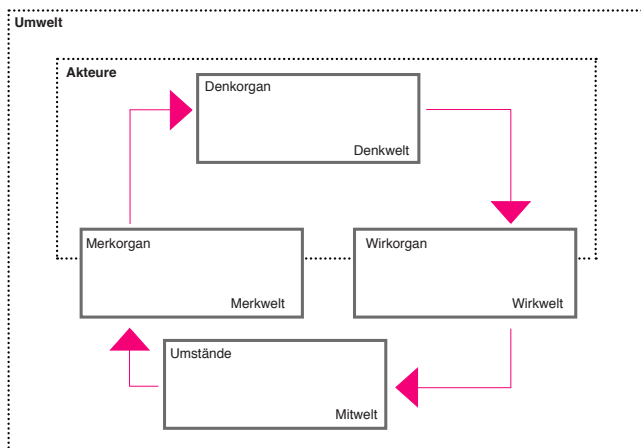


Abb. 5

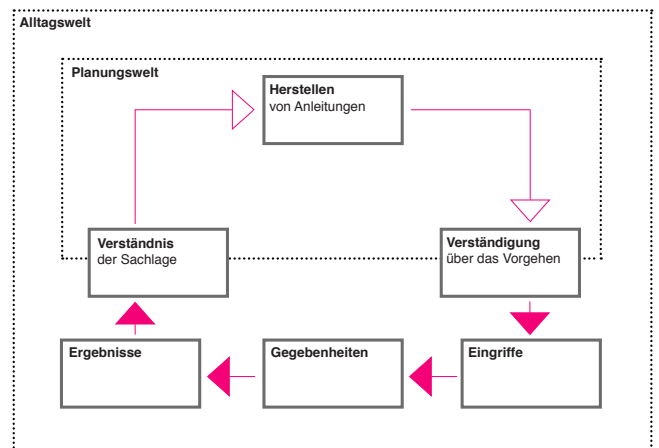


Abb. 6

Abbildung 5:

Funktionskreis nach von Uexküll

eigene Darstellung, nach Schönwandt

Quelle:

(Schönwandt 1999: 28).

Abbildung 6:

Grundschema Planung

eigene Darstellung, nach Schönwandt

Quelle:

(Schönwandt 1999: 28).

on“ der Planung (vgl. ebd.). Die Abbildungen 5 und 6 stellen von Uexkülls „Funktionskreis“, sowie das Grundscheema der „dritten Generation“ der Planung von Schönwandt dar.

Schönwandt unterscheidet in seinem Planungsmodell zwei Welten, wobei die „Planungswelt“ in die „Alltagswelt“ eingebettet ist. Beide Welten stehen in Wechselbeziehung zueinander. In der „Planungswelt“ sind die Teilabschnitte „Verständnis der Sachlage“, „Herstellen von Anleitungen“ und „Verständigung über das Vorgehen“ verortet (vgl. ebd.: 30). Die Teilabschnitte „Verständnis der Sachlage“ und „Verständigung über das Vorgehen“ werden als Übergang von der „Planungswelt“ zur „Alltagswelt“ angesehen. Die „Planungswelt“ ist der Bereich, wo Pläne und Anleitungen durch die beteiligten Akteure erarbeitet werden. Das Ergebnis eines Planungsprozesses ist demnach im Wesentlichen davon abhängig, welchen Planungsansatz die Akteure der „Planungswelt“ wählen und welche Weltansichten sie vertreten (vgl. ebd.).

In der „Alltagswelt“ sind die Teilabschnitte „Eingriffe“, „Gegebenheiten“ und „Ergebnisse“ eingebettet und sie umgibt die „Planungswelt“. Im Zusammenhang mit der „Alltagswelt“ ist es wichtig das Themenpaar „Agenda“ und „Arena“ zu erörtern. Unter „Agenda“ versteht man einen Katalog möglicher Diskussions- oder Streitpunkte, die Anstöße für Planungsprozesse sein können. Als „Arena“ werden die beteiligten Akteure z.B. Bürger, Interessensvertretungen, Unternehmen, Behörden und Planer bezeichnet

(vgl. ebd.: 31). Besonders wichtig an der jeweiligen Arena-Agenda-Konstellation ist, dass sich in ihr alle politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen einer Planungsaufgabe widerspiegeln sollen (vgl. ebd.).

Schaut man sich die einzelnen Teilabschnitte des Grundschemas der Planung von Schönwandt genauer an, dann lässt sich sagen, dass es sich beim „Verständnis der Sachlage“ um eine wesentliche Grundlage handelt. In diesem Teilabschnitt geht es um die „Erarbeitung einer Beschreibung des Planungsproblems“ (Ebd.). Diese Beschreibung soll so sein, dass sie die Planungsaufgabe valide repräsentiert. Im Teilabschnitt „Herstellen von Anleitungen“ des Planungsmodells geht es um das Erstellen von Plänen und Konzepten, die hier als „Anleitungen“ bezeichnet werden. Diese beschreiben, welche Teilaufgaben ausgeführt werden müssen, um zu einem bestimmten Ergebnis zu gelangen. Schönwandt bezeichnet „Anleitungen“ als Beschreibungen von Eingriffen. Sie haben die Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Eingriffe gelingen und dass die erreichten Ergebnisse auch mit den angestrebten übereinstimmen (vgl. ebd.). Wenn eine „Anleitung“ in ihren Grundzügen erstellt worden ist, dann müssen sich die Beteiligten über das weitere Vorgehen beraten und verständigen, das findet im Teilabschnitt „Verständigung über das Vorgehen“ statt. Das Ergebnis der Beratungen sind Abmachungen, die festlegen, „wer was wie wann und wo zu tun hat.“ (Ebd.: 32). Die Abmachungen kennzeichnen den Abschluss der „Planungswelt“ und durch sie werden die Anleitungen und Pläne für alle Beteiligten verbindlich (vgl. ebd.).

Wenn die „Anleitungen“ erstellt und von den Beteiligten akzeptiert wurden, erfolgen die nächsten Teilabschnitte in der „Alltagswelt“. Der erste Teilabschnitt der „Alltagswelt“ ist der der „Eingriffe“. Unter „Eingriffen“ versteht man das, was aufgrund der erarbeiteten Anleitungen in der Realität tatsächlich getan wird (vgl. ebd.). Der nächste Teilabschnitt sind die „Gegebenheiten“. Unter ihnen versteht man die Dinge der Alltagswelt, an denen etwas durch Planung verändert werden soll oder die bewahrt werden sollen. An dieser Stelle hat der Planer entscheidenden Einfluss darauf, wie groß der Ausschnitt der „Alltagswelt“ ist, der in den Planungsprozess ein-

bezogen wird (vgl. ebd.). Der letzte Teilabschnitt sind die „Ergebnisse“. Als „Ergebnisse“ versteht man die Resultate nach den „Eingriffen“ in die „Gegebenheiten“. Diese können der ursprünglichen Intention entsprechen oder auch nicht.

2.1.3.3 Der problemorientierte Planungsansatz „problems first“

In der Regel ist der Grund einer Planung entweder ein konkreter Anlass oder eine bestimmte Fragestellung. Die komplexen Planungsaufgaben der Raumplanung umfassen zahlreiche Standpunkte, Interessen, Akteure und Fachdisziplinen. An dieser Stelle kann man sich die Frage stellen, ob die Raumplanung dazu fähig ist eben diese komplexen Aufgaben effizient zu lösen (vgl. Schönwandt/ Jung 2007: 773). Kritiker beanstanden an der traditionellen räumlichen Planung vor allem, dass sie nicht mit dem befasst ist, was die BürgerInnen interessiert sowie deren mangelnde Politikrelevanz (vgl. ebd.).

Schönwandt und Jung sehen den Grund für diese Kritik vor allem darin, dass der Phase der Problemdefinition zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Erfahrungen zeigen, dass das nicht problemorientierte Vorgehen in der Planung leider keinen Einzelfall darstellt. Oft werden unmittelbar Lösungen vorgeschlagen und Ziele anvisiert („Lösungsreflex“), anstatt die Probleme in den Vordergrund zu stellen. Diese werden fälschlicherweise häufig als „völlig klar“ angesehen. Dabei sind Probleme nicht „selbstevident“ und auch keine „objektiv“ identifizierbaren Situationen. Vielmehr sind sie abhängig von der Wahrnehmung der Akteure und infolgedessen immer „sozial konstruiert“ (vgl. ebd.: 774). Deshalb ist es bei Problemlösungen wichtig frühe kognitive Fixierungen zu vermeiden, damit man zu einer gemeinsamen Erarbeitung des Problemverständnisses kommen kann. Bei der gemeinsamen Erarbeitung des Problemverständnisses ist die Kenntnis der Planungsansätze, die die einzelnen Akteure verwenden besonders wichtig (vgl. ebd.).

Der Beitrag „Planungsansätze“ von Schönwandt und Voigt greift das Konzept des argentinischen Philosophen und Physikers Mario Bunge aus

dem Jahr 1996 auf. Jede Planung verwendet einen „dahinterliegenden“ Planungsansatz, also eine Vorgehensweise um Probleme und Fragestellungen zu bewältigen. Es gibt viele verschiedene Planungsansätze. Diese können als „professionelle Brille“ verstanden werden durch die wir die Dinge wahrnehmen.

Mario Bunge hat den Begriff „Ansatz“ („approach“) geprägt. Nach Bunge beziehen sich „Ansätze“ in der Planung auf die „Art und Weise, wie wir die Dinge der uns umgebenden Alltagswelt betrachten, gedanklich bearbeiten und dieses Arbeitsergebnis via Planung umsetzen.“ (Schönwandt/ Voigt 2005: 772). Laut Bunge kann man einen Planungsansatz („approach“) als einen Satz von Problemen, Zielen, Methoden und einem bestimmten Hintergrundwissen beschreiben. Dabei haben alle vier Komponenten ihre eigenen Inhalte, stehen aber in enger Abhängigkeit zueinander (vgl. ebd.).

Räumliche Planung hat die Aufgabe, raumbezogene **Probleme** zu lösen. Diese Probleme sind der Ausgangspunkt für eine Planung und können entweder positiv oder negativ bewertete Ist-Zustände sein. Negativ bewertete Ist-Zustände sollen verbessert werden. Bei positiv bewerteten Ist-Zuständen geht man davon aus, dass sie sich nicht selber erhalten, sondern dass etwas unternommen werden muss, damit sie erhalten bleiben (vgl. Schönwandt/ Jung 2007: 775).

Ähnlich wie die Probleme, kann man auch die **Ziele** einteilen. Erstens die positiv bewerteten Soll-Zustände, in welche die als negativ angesehenen Ist-Zustände überführt werden sollen. Und zweitens die als vorteilhaft empfundenen Ist-Zustände, die bewahrt werden sollen (vgl. ebd.).

Die dritte Komponente eines Planungsansatzes ist die **Methode**. Die Methoden sind Vorgehensweisen und Techniken, bei denen man der Meinung ist, dass sie die definierten Probleme lösen können (vgl. ebd.). Die Vielfalt der Planungsansätze ist verbunden mit einer Vielfalt an Methoden, allerdings steht je nach gewähltem Planungsansatz nur ein bestimmtes Methodenrepertoire zur Verfügung (vgl. Schönwandt/ Voigt 2005: 772).

Das **Hintergrundwissen** stellt die vierte Komponente eines Planungsansatzes dar.

satzes dar und ist eine Kombination aus disziplinspezifischen und philosophischen Hintergrundwissen. Das disziplinspezifische Hintergrundwissen bezieht sich auf einzelne Fachdisziplinen verschiedener Wissensgebiete wie z.B. Rechtswissenschaften, Siedlungssoziologie, Architektur und Raumökonomie (vgl. ebd.).

Das philosophische Hintergrundwissen lässt sich in drei Bereiche gliedern. Der Bereich Ontologie beschäftigt sich mit der Frage, was die reale Welt ist, bzw. was sie enthält und woraus sie besteht. Im Bereich Epistemologie geht es um die Theorien der Kognition und des Wissens. Genauer gesagt, wie sich gedankliche Prozesse vollziehen und was deren Produkte/ Ergebnisse sind. Im Bereich Ethik geht es um Wert- und Moralvorstellungen, die einer Planung zugrunde liegen (vgl. ebd.).

Die Tabelle 2 zeigt einen Planungsansatz aus der Landschaftsökologie und soll die oben beschriebenen Komponenten beispielhaft verdeutlichen.

Tabelle 2:
Planungsansatz Landschaftsökologie

eigene Darstellung,
nach Schönwandt/ Voigt

Quelle:
(vgl. Schönwandt/ Voigt
2005: 773).

Planungsansatz aus der Landschaftsökologie	
Probleme	Mangelnde Quantität und Qualität natürlicher Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft, Fauna/ Flora; Gefährdung derselben durch Verschmutzung, Verwüstung, Überlastung; Menschen, die unter Immissionen, Umweltkrankheiten leiden,
Ziele	Langfristige Sicherung eines leistungsfähigen Natur- und Landschaftshaushaltes; Verbesserung der Umweltbedingungen, der Gesundheit der Lebewesen und des menschlichen Wohlbefindens; Erhaltung der Artenvielfalt,
Methoden	Erhebung naturräumlicher Systemelemente und Analyse ihrer Systemrelationen; Modellbildung und Simulation von Prozessen (gegebenenfalls mithilfe von mathematischen Modellen, Flussdiagramme, GIS-gestützter Modellierung); Umweltverträglichkeitsprüfung; Schaffung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten; evtl. Veränderung menschlicher Wahrnehmung und menschlichen Verhaltens im Umgang mit der Natur durch Bewusstseinsbildung
Disziplinspezifisches Hintergrundwissen	Kenntnisse in Biologie, Ökologie, Land- und Forstwirtschaft, Systemtheorie, Umwelttechnik (z.B. Abwasserklärung, Rohstoffrecycling, Prozesssteuerung), Umweltpsychologie
Philosophisches Hintergrundwissen	Wertvorstellungen über die Rechte von Tieren (animal Rights); Umwelt als wertvolles natürliches Habitat (nicht als Ressource auf der Basis einer anthropozentrischen Weltsicht), gegebenenfalls als Erbe früherer Generationen oder als Gabe Gottes

Jeder einzelne Planungsansatz hat eigene Inhalte (Probleme, Ziele, Methoden, Hintergrundwissen), die den Rahmen für das konkrete Vorgehen bilden. Dadurch kommt es zu bestimmten Einschränkungen. Zum Beispiel lassen sich mit bestimmten Methoden nur bestimmte Ziele verwirklichen und andere nicht. Zudem werden aufgrund eines bestimmten Hintergrundwissens nur bestimmte Probleme ausfindig gemacht, während andere als unbedeutend eingestuft werden oder gar nicht als solche wahrgenommen werden (vgl. Schönwandt/ Voigt 2005: 774).

Aufgrund dessen erzeugen wir, wenn wir einen bestimmten Planungsansatz benutzen, zum einen Verständnismöglichkeit aber auch partielle Blindheit, da die Sicht eingeschränkt ist, auf das was der Ansatz leisten kann. Schönwandt und Voigt vertreten die Meinung, dass die Wahl des Planungsansatzes die Problemlösung bestimmt, da in der Regel verschiedene Ansätze bei gleicher Ausgangslage zu unterschiedlichen Lösungen führen. Hierbei bezeichnet man die verschiedenen Planungsansätze nicht als „richtig“ oder „falsch“, sondern als für die Bearbeitung mancher Probleme geeignet und für andere wiederum nicht (vgl. ebd.).

Alle Komponenten eines Planungsansatzes sind miteinander verkoppelt und sind deshalb nicht einzeln, sondern nur als „Viererpäckchen“ verfügbar. Aufgrund der Abhängigkeit zwischen den vier Komponenten eines Planungsansatzes ergibt sich die Notwendigkeit, sich Gedanken zu der Reihenfolge der Bearbeitung der Komponenten zu machen. Im Sinne des problemorientierten Planungsansatzes „problems first“ ist es eine sachgemäße Vorgehensweise, sich zunächst mit allen Beteiligten auf eine von allen akzeptierte Problemdefinition zu einigen. Anschließend werden wünschenswerte Ziele, geeignete Methoden und das einschlägige Hintergrundwissen gesucht und präzisiert. Dieses Vorgehen wird „problems first“ genannt (vgl. Schönwandt/ Jung 2007: 778).

2.2 Innenentwicklung

Das nachstehende Kapitel „Innenentwicklung“ widmet sich dem Thema des haushälterischen Umgangs mit der nicht vermehrbaren Ressource Boden. Die Innenentwicklung stellt insbesondere im Zusammenhang mit der Schrumpfung eine wichtige Strategie dar, mit der ein „gesundes“ Schrumpfen auf funktionierende Kerne angestrebt wird. Zudem wird an dieser Stelle kurz das Zentrenprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ vorgestellt.

2.2.1 Innenentwicklung vor Außenentwicklung!

Bis zum Beginn dieses Jahrhunderts war die Außenentwicklung ein kaum hinterfragter und selbstverständlicher Ansatz der Stadtentwicklung, die z.B. in Deutschland durch die Eigenheimzulage und durch die Pendlerpauschale gefördert wurde. Die Mobilität durch das Auto, der steigende Wohnflächenbedarf pro Kopf und billiger Baugrund für Einfamilienhäuser auf der grünen Wiese führten zu einer Auflösung der Siedlungsstrukturen und damit zu Suburbanisierung und Entdichtung. Der Prozess der Abnahme von der Dichte der Stadt wurde in vielen Städten durch die demographische Entwicklung zusätzlich beschleunigt (vgl. Topp 2006: 13).

Um Raumentwicklung nachhaltig zu gestalten, ist es jedoch notwendig, den zukünftigen Flächenbedarf durch die Nutzung von bereits vorhandener Infrastruktur sowie bereits erschlossenen innerörtlichen Flächen zu decken und weitgehend auf die Ausweisung von Flächen auf der „Grünen Wiese“ zu verzichten. Damit wird das Ziel verfolgt nicht noch mehr wertvolles Kulturland für Siedlungszwecke zu nutzen. Professor Bernd Scholl von der ETH Zürich bezeichnet diese Strategie als „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ (vgl. Scholl 2007: 3).

Auf Basis von Erhebungen und Schätzungen ist bekannt, dass theoretisch zehn bis zwanzig Prozent der für Siedlungszwecke benutzten Flächen als innere Reserven zur Verfügung stehen. Praktisch sind es weniger. Das liegt

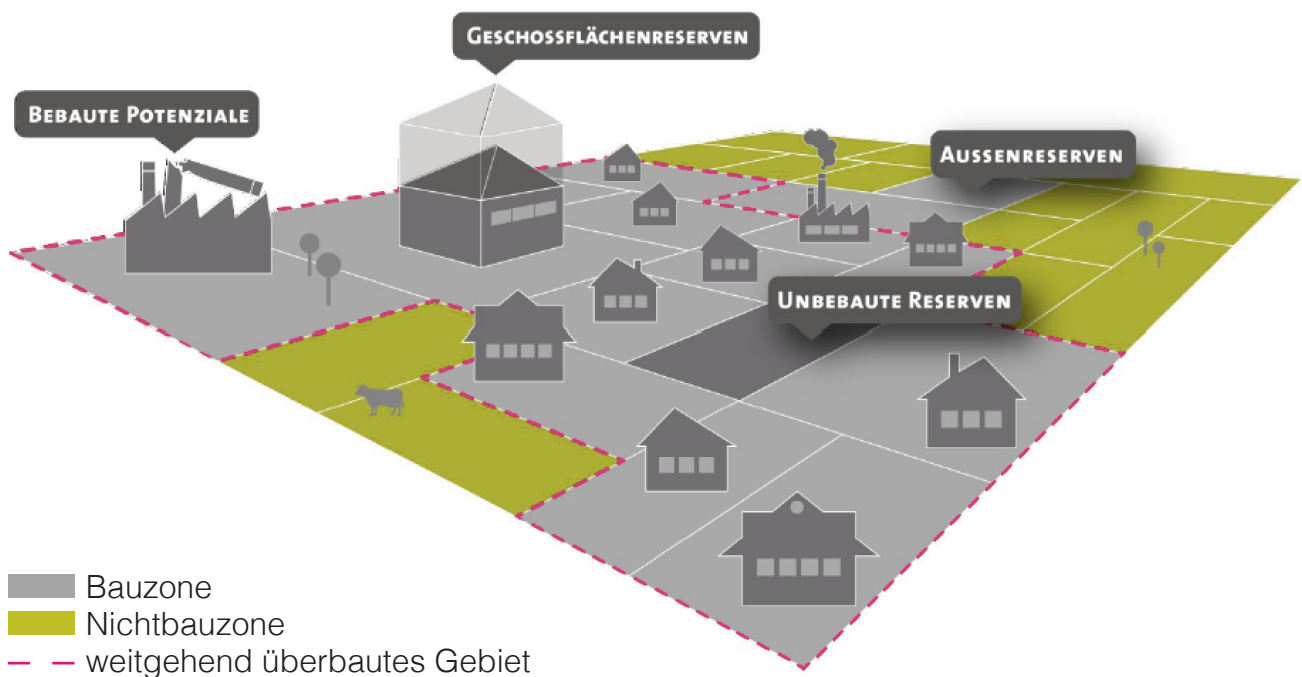


Abbildung 7:

Kategorien der
Innenentwicklung und
der Flächenreserven

IRL / ETH Zürich

Quelle:

(https://www.ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/zukunftsblog/archiv/2013/10/raumplanung-innenentwicklung-vor-aussenentwicklung/_jcr_content/news_content/fullwidthimage_1/image.imageformat.lightbox.1298923601.png).

vor allem daran, dass viele von diesen Flächen aus diversen Gründen nicht oder noch nicht entwickelt werden können. Zu diesen Gründen zählen z.B. Risiken von Altlasten, Fragen der Erschließung, Schwierigkeiten bei der zeitlichen Verfügbarkeit der Areale, sowie die Unkenntnis über die inneren Reserven und deren Möglichkeiten. Diese Gründe tragen dazu bei, dass die Aktivierung der inneren Reserven so schwierig ist (vgl. ebd.).

Der größere Anteil der inneren Reserven (zwei Drittel in Baden- Württemberg) lässt sich in kleinen und mittleren Kommunen ausfindig machen. Auf der anderen Seite sind in den kleinen und mittleren Kommunen auch die größten Flächenreserven für Außenentwicklung zugegen, was dazu führt, dass die Konzentration auf Innenentwicklung trotz guter fachlicher Argumente erschwert wird.

Der Anreiz den dichter besiedelten Räumen, mit neuem, günstigerem Bauland EinwohnerInnen und Arbeitsplätze zu entziehen, um mehr Steuern einzunehmen, ist noch immer sehr groß, obwohl ökonomische und demographische Entwicklungen für eine Innenentwicklung sprechen. Zudem gehen vielerorts auch Standortvorteile durch die negativen Folgen der Zer-

siedlung verloren (vgl. ebd.).

Nicht nur in Fachkreisen, sondern auch auf der politischen Ebene ist der haushälterische Umgang mit der nicht vermehrbaren Ressource Boden zunehmend ein Thema. Die Bundesregierung in Deutschland hat das Vorhaben, den täglichen Flächenverbrauch von gegenwärtig ca. 100 Hektar pro Tag bis 2020 auf ca. 30 Hektar zu reduzieren. Zudem hat sich der deutsche Städtetag in einem Positionspapier für die Innenentwicklung ausgesprochen und es werden zahlreiche Schwerpunktprogramme durchgeführt, die sich mit dem Thema beschäftigen (vgl. ebd.).

Trotz der positiven Tendenzen im Bereich der Innenentwicklung muss man sich vor Augen führen, dass Innenentwicklung nicht zügig machbar ist, sondern dass es einiger Ausdauer bedarf. Die Fachleute der beteiligten Disziplinen haben, neben der Intensivierung des fachlichen Diskurses, die Funktion, den politischen Vertretern den Zugang zur Innenentwicklung zu erleichtern.

In einigen Städten konnten mit der Innenentwicklung auch Fehlentwicklungen der Vergangenheit beseitigt werden und es wurden integrierte Lösungen für Städtebau, öffentliche Räume sowie für die verkehrliche Infrastruktur gefunden (vgl. ebd.: 4).

Man muss sich im Zusammenhang mit Innenentwicklung bewusst machen, dass diese nicht immer mit einer Flächensparnis einhergeht. Das ist z.B. bei ehemals in Städten angesiedelten „sperrigen“ Nutzungen der Fall. Diese werden bei einer Umsiedlung an einem neuen Ort meist flächenintensiver und auf der „grünen Wiese“ errichtet (vgl. ebd.).

2.2.2 Das Zentrenprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“

Attraktive Innenstädte, lebenswerte Stadtteilzentren und Ortskerne haben eine wichtige Bedeutung, im Bezug auf die Zukunft der Städte und Gemeinden. Aufgrund dessen hat in Deutschland der Bund das Förderpro-

gramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ ins Leben gerufen und versucht damit einen wesentlichen Beitrag zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden beizutragen (vgl. BMVBS 2009: 5).

Viele Innenstädte und Ortsteilzentren sehen sich derzeit jedoch mit Funktionsverlusten der zentralen Versorgungsbereiche und Gebäudeleerständen konfrontiert. Als zentrale Versorgungsbereich gelten: Innenstadtzentren (vor allem in Städten mit größerem Einzugsbereich), Nebenzentren (in Stadtteilen), sowie Grund und Nahversorgungszentren (in Stadtteilen, Ortsteilen und Gemeinden). Das Zentrumsprogramm hat das Ziel „die stadtbaukulturelle Substanz, die städtebauliche Funktionsfähigkeit, die soziale Vitalität und den kulturellen Reichtum zu erhalten und wiederzuentwickeln.“ (Nationale Stadtentwicklungspolitik 2008: o.S.).

Das Förderprogramm dient der Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben, sowie als Standort für Wirtschaft und Kultur (vgl. ebd.). Die finanziellen Hilfen des Förderprogramms werden beispielsweise für Investitionen zur Standortaufwertung und zur Profilierung der Zentren genutzt. Dies geschieht z.B. durch die Aufwertung des öffentlichen Raumes, durch die Instandsetzung und Modernisierung von stadtbildprägenden Gebäuden und durch Citymanagement. Zudem werden Bau- und Ordnungsmaßnahmen für die Wiedernutzung von Grundstücken mit leerstehenden, fehl- oder mindergenutzten Gebäuden und Brachen sowie vertretbare Zwischennutzungen unterstützt und dadurch Standorte aufgewertet und Zentren gestärkt (vgl. ebd.).

Erfolgreiche Innenentwicklungen haben den Trend „zurück in die Stadt“ und damit die Renaissance der inneren Stadt eingeleitet (vgl. Topp 2006: 14).

2.3 Wirtschaftspolitischer Kontext

Das folgende Kapitel „Wirtschaftspolitischer Kontext“ befasst sich mit den unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Systemen, in die die zu untersuchenden Städte eingebettet sind.

2.3.1 Großbritannien

Großbritannien ist das erste Land gewesen, dass seit Ende des 18. Jahrhunderts einen tief greifenden Prozess kapitalistischer Industrialisierung durchlaufen hat. Im Zuge der Industrialisierung kamen für die Produktion in immer mehr Betrieben Maschinen zum Einsatz. Durch die Fabrikorganisation der Arbeit wurde die moderne Arbeiterklasse hervorgebracht, die mit der Zeit ein charakteristisches, sozioökonomisches, politisches und kulturelles Eigenleben entfaltete. Mit der Industrialisierung ist eine starke Urbanisierung verbunden gewesen, da die Menschen vom Land in die Städte strömten, um in einer der Fabriken Arbeit zu finden. Durch die Industrialisierung stieg die Beschäftigungsrate in den Städten rasant an, das Wohnungsangebot für die Bevölkerungsmassen in den Städten hielt jedoch kaum Schritt mit dem Zuzug, was zu einer extrem hohen Belegungsrate der Wohnungen führte. Mit der Zeit wurde das Wohnungsangebot erhöht und der Konsum wuchs stetig (vgl. Munck 2004: 50).

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ist der Anteil der Industrie am Gesamtbeschäftigungsaufkommen in Großbritannien auf 48% angestiegen. Kurz nachdem diese Höchstmarke erreicht wurde wandelte sich der „Circulus virtuosus der Industrialisierung in einen Circulus virtuosus der Deindustrialisierung“ (Ebd.) und machte Großbritannien, den ehemaligen Pionier der Industrialisierung, zum Pionier der Deindustrialisierung. Durch den Verlust der Konkurrenzfähigkeit und den Verlust von Absatzmärkten, wie z.B. den ehemaligen Kolonien, sank zwischen 1955 und 1983 die Beschäftigung in Industriebetrieben von 48% auf 34% und damit stärker als in jedem anderen industrialisierten Land.

Dem langfristigen Verfall der britischen Industrie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts müssen die Auswirkungen der politischen-ökonomischen Konterrevolution Thatchers in den 1980er Jahren hinzugerechnet werden. In der Mitte der 1970er Jahre hatte sich die keynesianische Betätigung des Staates erschöpft und durch den „Thatcherismus“ wurden Tugenden der freien Marktwirtschaft eingeführt und staatliche Beihilfen oder Eingriffe für illegitim erklärt (vgl. ebd.: 51).

Der „Thatcherismus“ wird als Vorhut des Neoliberalismus mit seinen Leitgedanken Liberalisierung und Privatisierung bezeichnet und hat einen Beitrag zur Deindustrialisierung geleistet. Denn Schätzungen zufolge sind ca. 50% der verlorengegangenen Industriearbeitsplätze auf den sogenannten „Thatcher- Effekt“ zurückzuführen (vgl. Munck 2004: 50). Genauer gesagt sind sie der Wirtschaftspolitik der Privatisierung und Deregulierung anzulasten, der eine schwere Rezession zur Folge hatte. Da sich die Industrie bereits einige Zeit vor Thatchers Regierungsantritt in der Rezession befand, führten die vom „Thatcherismus“ verhängten monetären und finanzpolitischen Einschränkungen zu einer zwangsläufigen Verstärkung der Rezession und zur höchsten Arbeitslosenquote seit der Depression in den 1930er Jahren (vgl. ebd.: 50). Die Ökonomen der „Neuen Rechten“ waren der Meinung, dass „die Zerstörung unflexibler Industrie in einer tiefen Rezession zu einem erheblichen Gewinn oder sogar einer wesentlichen Voraussetzung für den Wandel werden [kann]....je tiefer die Rezession, desto besser die langfristige Gesundheit der Ökonomie“ (Stapleton 1981: 8). Aus diesem Szenario sollte die Industrie schlanker und kräftiger hervorgehen. Heute kann man sagen, dass sie sicher schlanker geworden ist allerdings bestimmt nicht kräftiger, wettbewerbsfähiger oder produktiver (vgl. Munck 2004: 52).

Neben dem Staatssektor ist die organisierte Arbeiterbewegung als ein weiterer Gegner der „Neuen Rechten“ zu nennen. Vor allem in Städten und in großen Industriebetrieben war die Gewerkschaftsbewegung am stärksten. Die Gewerkschaftsbewegung kann man als den „Intimfeind“ des „Thatcherismus“ bezeichnen. Damit der Kapitalismus gedeihen konnte musste dieser besiegt werden. Mit der Dezimierung der traditionellen Industriearbeiterklasse, welche die gesellschaftliche Basis der Gewerkschaften und

der Labour Party bildet, musste die „Neue Rechte“ auch die industrielle Basis Großbritanniens selbst zerstören (vgl. ebd.). Davon sind natürlich besonders die Industriestädte betroffen gewesen. Der Verlust der Industriearbeitsplätze hatte massive Auswirkungen auf die lokale Ökonomie der städtischen Ballungsgebiete, da auch die an die Industrie gekoppelten Beschädigungen im Dienstleistungsbereich wegbrachen. Zudem beschleunigte der Stellenverlust deutlich die Abwanderung der Stadtbevölkerung. Der doppelte Prozess von Deindustrialisierung und Desurbanisierung führte zu starken Schrumpfungsprozessen in verschiedenen nördlichen britischen Städten wie z.B. in Manchester (vgl. ebd.).

Bei Großbritannien handelt es sich um einen dezentralen Einheitsstaat und um einen marktzentrierten Ländertyp (vgl. Hölz 2011: 12). Dieser Ländertyp zeichnet sich durch ein „political commitment to minimize the state, to individualize risks, and to promote market solutions“ (Espring- Andersen 1999: 74- 75) aus. Ein weiteres Merkmal dieses Landestyps sind die „überaus flexiblen Märkte“ (Ebd.). Die Güter- und Finanzmärkte sind kaum reguliert und die wirtschaftlichen Aktivitäten werden durch den Preismechanismus koordiniert. Die Folge sind eine hohe Lohnflexibilität und eine große Einkommensspreizung (vgl. Hölz 2011: 14).

Der Staat beschränkt sich eher auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen (Sesselmeier/ Somaggio 2009: 10). Gegen Ende der 1980er Jahre kommt es zunehmend auch auf der städtischen Politikebene zu einem Abwenden von wohlfahrtsorientierten Zielen hinzu streng marktwirtschaftlichen Strategien (vgl. Kidd 2004: 412). Dies führte zu einer Vielzahl an privatrechtlich organisierten Partnerschaften (PPP) zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Hieraus ergibt sich ein Bedeutungsverlust der lokalen Politik und der öffentlichen Verwaltung und eine im Verhältnis dazu gestiegene Einflussnahme und Beteiligung privater Akteure am öffentlichen Handeln und somit auch ein größerer Einfluss privater Akteure auf die Planung (vgl. Helbrecht 2009: 3). Somit kann man im Bereich der Planung eine Entwicklung von Government zu Governance beobachten, da vermehrt private Akteure Steuerungswirkung entfalten. Planung in Großbritannien muss also vor dem beschriebenen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Hintergrund gesehen und beurteilt werden.

2.3.2 Deutschland

Deutschlands Volkswirtschaft ist durch das Modell der Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Diese Wirtschaftsordnung basiert auf dem Prinzip des kapitalistischen Wettbewerbs, weist dem Sozialstaat aber die Aufgabe zu den „sozialen Verwerfungen des ungehemmten Kapitalismus“ (Schubert/ Klein 2011) durch sozialpolitische Korrekturen entgegenzuwirken und einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Dieses volkswirtschaftliche Modell wurde nach dem 2. Weltkrieg in Westdeutschland entwickelt und sieht den ungebremsten Kapitalismus und seine sozialen Folgen als einen Grundstein der politischen Erschütterungen, die zum Ausbruch der beiden Weltkriege beitrugen (vgl. ebd.).

Im europäischen Vergleich stellt das „Deutsche Modell“ einen Mittelweg dar, zwischen dem liberalen Kapitalismus, den England vertritt und dem stark sozial orientierten Kapitalismusmodell Skandinaviens (vgl. Hölz 2011: 5). Die „komplexe Mischform von Staat und Markt“ gründet auch auf das in der katholischen Soziallehre verankerte Subsidiaritätsprinzip, kombiniert mit dem Vertrauen in staatlicher Rahmenbildung, welche die „kapitalistische Ökonomie, gesellschaftlich einbettet“ (ebd.: 23). Ausgangspunkt dieses Modells ist die „Suche nach ‚Ergänzungspotentialen‘“ zwischen Staat und Markt „im Sinne ihrer Subsidiarität“ (ebd.: 24). Statt also zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu entscheiden, ging es den Gründungsvätern der Sozialen Marktwirtschaft um einen Mittelweg, der die Fehler beider behebt und die Effizienz des freien Marktes um soziale Verantwortung ergänzt (vgl. ebd.: 24- 25).

In den ökonomischen Krisen der 1970er bis 1980er Jahre, aber auch in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise erwies sich die Soziale Marktwirtschaft auf europäischer Ebene als robustes und konsolidierungsfähiges Modell (vgl. Hölz 2011: 4- 5). Allerdings vermochte dieses Modell nicht den wirtschaftlichen Zusammenbruch in Ostdeutschland nach der Wende zu verhindern. Im Osten Deutschlands sind radikale Schrumpfungsprozesse zu beobachten, die in ihren Folgen für die ostdeutsche Bevölkerung mit der

Weltwirtschaftskrise 1930 vergleichbar sind. Ursache dieser Schrumpfung ist die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, welche in ihrem Ausmaß eine Folge der Transformation der DDR-Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ist (vgl. Martens 2010). Im Folgenden werden die Entwicklungen Ostdeutschlands nach 1990 kurz umrissen.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch ist sowohl als Folge der zentralen Planwirtschaft der DDR zu sehen, als auch dem Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung und den Fehlern der Vereinigungspolitik nach 1990 zuzuschreiben (vgl. Schmidt 2004: 58).

Die erste Aufgabe der zentralen Planwirtschaft der DDR war es nach der Teilung Deutschlands eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Dazu wurde Anfang der 1950er Jahre mit dem „Aufbau neuer, schwerindustrieller Kapazitäten“ (Roesler 2002: 31) vor allem im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie begonnen. In den folgenden Jahren fanden mehrere Kurswechsel statt – in den 1960er Jahren hin zur Erzeugung von Qualitätsprodukten und „Fortschrittsindustrien“ (ebd.: 33), in den 1970er Jahren zur Konsumgüterproduktion und in den 1980ern die Wiederaufnahme der umfangreichen Förderung des Braunkohleabbaus (vgl. ebd. 2002: 30-37). Die Gründung von Kombinat und die dezentrale Industrieansiedlungspolitik der DDR führte zu monofunktional geprägten Industriestandorten, welche die Folgen der Deindustrialisierung nach 1990 besonders schwer trafen.

Durch die Einführung der D-Mark in der DDR am 1. Juli 1990 wurden die vorhandenen Produktionskapazitäten der ostdeutschen Regionen schlagartig in den Weltmarkt integriert, was zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch Ostdeutschlands führte. Arbeiteten in den 1980er Jahren noch über 75% der Beschäftigten im industriellen Sektor in Großbetrieben mit mehr als 1.000 Angestellten, waren die meisten Großbetriebe 2 Jahre nach der Wende zu kleinen oder mittelgroßen Unternehmen geschrumpft oder ganz verschwunden (vgl. Martens 2010).

Die „schwachen Neuankömmlinge aus dem Osten“ (Schmidt 2004: 58) hatten nicht nur mit dem Erbe der DDR-Planwirtschaft zu kämpfen, wie ge-

ringer Arbeitsproduktivität, nicht konkurrenzfähiger Produkte oder überalterten Produktionsanlagen, sondern auch mit den Herausforderungen der Integration in die Marktwirtschaft, wodurch ein ungewohnter Wettbewerb entstand und traditionelle Märkte zusammenbrachen. Einen Aufschwung, den viele infolge der Wende erhofften, wurde durch verschiedene Faktoren gehemmt. Die „Verkleinbetrieblichung“ (Schmidt 2004: 60) führte zu fehlender Kompetenz und Kapazität der Betriebe um Innovationen zu fördern und neue Märkte zu erschließen. Außerdem waren regionale betriebliche Netzwerke schwach ausgebildet und es gab kaum überregional bedeutsame Unternehmen. Einer Ansiedlung internationaler Konzerne standen sowohl harte Standortfaktoren, wie die zu weite Entfernung zu europäischen Zentren, als auch weiche Standortfaktoren, wie sozial-räumliche Qualitäten, entgegen. Obwohl eine beachtliche Modernisierung vor allem von Fertigungsapparaten ostdeutscher Unternehmen stattfand, kann nicht von einer „ausgewogenen modernen Industrie- und Wirtschaftsstruktur“ gesprochen werden (vgl. Schmidt 2004: 58). Welche Ausmaße der wirtschaftliche Umbruch in Ostdeutschland hat, zeigt die Einschätzung des Wirtschaftssoziologen Paul Windolf. Er geht davon aus, dass zwischen 1990 und 1995 etwa 80% der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR ihren Arbeitsplatz vorübergehend oder auf Dauer verloren haben“ (Martens 2010: o.S.).

Die nach der Wende teilweise verbreitete Annahme, dass Ostdeutschland einen „radikalen Schrumpfkurs“ vertragen könne, da ein Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft bevorstehe, führte zum raschen Abbau der industriellen Basis, welche jedoch für die Etablierung unternehmensnaher und wertschöpfungsintensiver Dienstleistungen Voraussetzung ist (vgl. Schmidt 2004: 62). Verstärkt wurde diese Entwicklung durch Qualifikationsengpässe und negative demographische Entwicklungen (vgl. ebd.). Obwohl sich dank großer Investitionen z.B. die Chemie- und Autoindustrie gut entwickeln konnten, bekräftigte Rudi Schmidt 2004 noch, dass ein Großteil der Wertschöpfung in Ostdeutschland in Branchen stattfindet, die nur in geringer überregionaler Konkurrenz stehen. Außerdem besäßen „langfristig schrumpfende Branchen“ mit einem Wertschöpfungsanteil von knapp 75% ein sehr hohes Gewicht (Ebd.). Nur wenige Industriestandorte konnten eine überregionale Bedeutung gewinnen, da durch fehlende

Investitionsbereitschaft und –politik selten leistungsfähige „Clustereffekte“ mit Forschungseinrichtungen, Zulieferern, branchennaher Unternehmen, etc. erreicht wurden (vgl. ebd.).

Die Wirtschaftsförderung für die neuen Bundesländer beruhte auf der falschen Annahme, dass lediglich eine „Anschubhilfe“, welche viele schon in der Privatisierung der Betriebe sahen, nötig wäre um einen „selbst tragenden Aufschwung“ (Schmidt 2004: 59) in Gang zu bringen. Demnach lag der Fokus der Förderung nach der Wende auf dem Individuum – „der politischen Akzeptanz der neuen Bürger, deren schnelle soziale Integration und die Konstanz des Institutionsgefüges“ – wodurch die Unternehmen und deren Existenzchancen vernachlässigt wurden (ebd.: 58). „Flankierende Stützmaßnahmen“ um ostdeutschen Unternehmen vor den Exklusionsmechanismen der freien Marktwirtschaft zumindest anfänglich zu schützen, wurden nicht ergriffen (vgl.ebd.).

Genau wie in Großbritannien, muss Planung in Deutschland vor dem beschriebenen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Hintergrund gesehen und beurteilt werden.

2.4 Schrumpfung

Das folgende Kapitel „Schrumpfung“, befasst sich mit dem Thema der städtischen Schrumpfungprozesse. Zunächst wird der Begriff „Schrumpfung“ definiert und die globale Dimension des Phänomens dargestellt. Im weiteren Verlauf des Kapitels werden schrumpfende Städte in der Geschichte und im 20. und 21. Jahrhundert betrachtet und das Phänomen von Schrumpfung am Beispiel von Deutschland gezeigt. Anschließend werden Ursachen, Folgen, Umgang, sowie die Chancen und Risiken der Schrumpfungprozesse dargestellt.

2.4.1 Eine Annäherung an den Begriff „Schrumpfung“

Der Begriff „Schrumpfung“ wird häufig als Gegenpol zum Begriff „Wachstum“ angesehen und ist im Allgemeinen mit negativen Assoziationen verbunden. Mit dem Begriff „Schrumpfung“ werden vielfältige und zum Teil auch widersprüchliche Entwicklungen bezeichnet. Diese können teils sehr unterschiedlich ausgeprägt sein. Dabei handelt es sich um soziale, ökonomische und räumliche Transformationsprozesse wie z.B. Veränderungen in den Bereichen Bevölkerungszahl, Bevölkerungsstruktur, Arbeitsplätze, kommunale Steuerungsressourcen und Flächennachfragen. Diese lösen, vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen, neue Anpassungsforderungen an die bauliche und kulturlandschaftliche Umwelt aus (vgl. Doehler- Behzadi et al. 2005: 72).

Im Wesentlichen werden mit „Schrumpfung“ demographische und räumliche Phänomene beschrieben. Dabei stehen in erster Linie der Bevölkerungsrückgang und räumliche wie funktionale Ausdünnung im Zentrum (vgl. ebd.).

Basierend auf dem Hintergrund dieser Ausführungen wird „Schrumpfung“ ganz allgemein als sozialer, ökonomischer und/ oder räumlicher Transformationsprozess bezeichnet, der auf eine qualitativ und/oder quantitativ rückläufige Entwicklungen hinführt (vgl. Weber et al. 2012: 14).

Um die Begrifflichkeit „Schrumpfung“ verständlicher zu machen wurde sie in vier planungsrelevante Ebenen gegliedert:

Die räumliche und bauliche Ebene des Phänomens „Schrumpfung“:

(Prozesse wie Segregation, Entmischung, Entleerung, Verfall von Regionen, Städten oder Stadtteilen etc.)

Die ökonomische Ebene des Phänomens „Schrumpfung“:

(Prozesse wie Änderungen des Wohnungsmarktes (Leerstand), Veränderungen des Bodenwertsystems, abnehmende Infrastruktur auslastungen, kommunale Finanzkrisen etc.)

Die soziale Ebene des Phänomens „Schrumpfung“:

(zunehmende soziale Ungleichheiten und (un)gleichwertige Lebensbedingungen etc.)

Die politische Ebene des Phänomens „Schrumpfung“:

(mögliche Steuerungs- und Legitimationsdefizite, mangelndes zivilgesellschaftliches Engagement etc.)
(vgl. Weber et al. 2012: 14)

Rückläufige Entwicklungen auf diesen Ebenen werden aus planerischer Sicht häufig als problematisch empfunden. Das liegt vor allem daran, dass es durch Schrumpfungprozesse zu einem Wegfallen von wirtschaftlichen Nutzungen, zum Ausdünnen von Konsum- und Freizeitmöglichkeiten sowie von Wohnnutzungen kommen kann (vgl. Doehler- Behzadi et al. 2005: 72). Der starke Wandel dem die räumlichen Nutzungen unterliegen, kann letztlich bis zum Wegfall der jeweiligen Nutzung führen.

Frau Dr. Doehler-Behzadi bezeichnet „Schrumpfung“ als rückläufige qualitative und/ oder quantitative Entwicklung, sowie als raumfunktionaler Ausdünnungsprozess in dem sich Entdichtungs- und Entmischungsprozesse vereinen.

Den raumfunktionalen Ausdünnungsprozessen stehen gleichzeitig aber auch gegenteilige, akkumulative Entwicklungen gegenüber. Als Beispiel

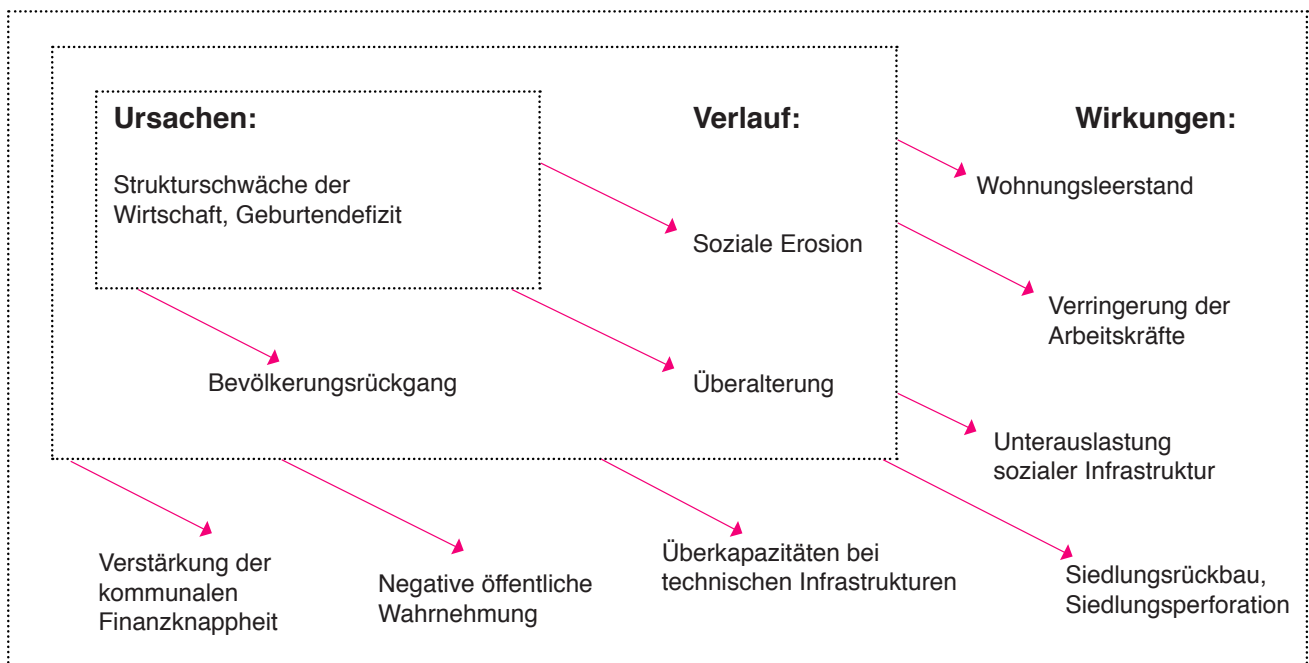


Abbildung 8:
Zusammenhang möglicher Ursachen, Verläufe und Wirkungen eines raumfunktionalen Ausdünnungsprozesses

eigene Darstellung, nach Wirth/ Bose

Quelle:
(vgl. Weber et al. 2012: 15).

dient hier die Abwanderung aus einer Region, die eine Zuwanderung in eine andere Region bedeutet. Die Gleichzeitigkeit rückläufiger und akkumulativer Prozesse wird vereinfacht, durch das Begriffspaar „Wachstum-Schrumpfung“ ausgedrückt (vgl. Weber et al. 2012: 15). Diese prozessbezogene Gleichzeitigkeit kann man wie folgt gliedern:

Wachsen und Schrumpfen parallel in verschiedenen Räumen

(Beispielsweise die gegensätzliche aber zeitgleiche Entwicklung in ost- und westdeutschen Städten und Kommunen)

Wachsen und Schrumpfen gleichzeitig in einer Stadt

(Beispielsweise in der Stadt Leipzig)

Wachsen und Schrumpfen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen

(Exemplarisch dafür ist beispielsweise eine parallel zur Bevölkerungsabnahme verlaufende Zunahme der versiegelten Flächen oder das Wachsen in der Fläche und gleichzeitiges Schrumpfen der Nutzungsdichte) (vgl. Weber et al. 2012: 15)

Phillip Oswalt merkt an, dass „selbst das, was schrumpft, [in einigen Fällen] in ein größeres Wachstum eingebettet“ (Oswalt 2004: 12) ist. Daher sind schrumpfende Bereiche in einigen Fällen in wachsende Agglomerationen integriert sein.

Eine einheitliche Definition des Begriffs „Schrumpfung“ erscheint oft als schwierig, weil Erklärungsansätze in der Literatur häufig stark von der fachlichen Ausrichtung des jeweiligen Autors geprägt sind. Jedoch lässt sich feststellen, dass sich die meisten gängigen Definitionsansätze auf die Eigenschaften „Verlauf“ und „Wirkung“ stützen, (siehe Abb. 8) dadurch wird „ein direkter Brückenschlag zur Auswahl empirisch ermittelbarer Indikatoren ermöglicht“ (Weber et al. 2012: 15). Somit sehen die meisten Ansätze „Schrumpfung“ als Konstrukt, das nur indirekt über Indikatoren dargestellt werden kann.

Die Analyse von bestehenden Ansätzen zur empirisch gestützten Beschreibung von Schrumpfungprozessen zeigt auf, dass bereits bei der Begriffsdefinition unterschiedliche Interpretationen zur Anwendung kommen. Das Spektrum reicht hier von der Annahme Schrumpfung sei ein komplexer gesellschaftlicher, räumlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Prozess, bis hin zu der Annahme Schrumpfung sei ein rein demographischer Rückgangsprozess. Trotz dieser großen Streuung bei der Interpretation des Begriffs „Schrumpfung“, sind zwei Merkmale zu nennen, die man als den kleinsten gemeinsamen Nenner zur empirischen Definition von Schrumpfung bezeichnen kann (vgl. ebd.).

Eine rückläufige demographische Entwicklung:

Die rückläufige demographische Entwicklung wird meistens als zeitlich lang anhaltende, negative natürliche Bevölkerungsentwicklung definiert und durch die Geburten- und Sterberaten operationalisiert. Zudem wird die rückläufige demographische Entwicklung auch durch ein langfristig negatives Migrationssaldo definiert, das durch die Zu- und Abwanderung operationalisiert wird.

Eine rückläufige wirtschaftliche Entwicklung

Die rückläufige wirtschaftliche Entwicklung wird meistens durch eine lang-

fristig steigende bzw. hohe Arbeitslosenquote als auch durch geringe Wertschöpfung in der betrachteten Raumeinheit definiert. Die Wertschöpfung kann beispielsweise in Form von Angaben zum Bruttoregionalprodukt operationalisiert werden (vgl. ebd.: 16).

Aufgrund dieser zwei Merkmale muss man sagen, dass eine rein demographisch geführte Erklärung von Schrumpfungprozessen sehr kritisch gesehen werden muss.

Der vorliegenden Arbeit liegt folgendes Verständnis des Begriffs „Schrumpfung“ zu Grunde: Bei Schrumpfung handelt es sich um einen Prozess, der durch folgenden Merkmale gekennzeichnet ist: Bevölkerungsrückgang, hohe Wanderungsverluste, Arbeitslosigkeit, rückläufige wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsplatzverluste, massiver Wohnungsleerstand, Kaufkraftschwäche und kommunale Haushaltsnot. Zudem sind Schrumpfungprozesse insgesamt nicht nur Entdichtungsprozesse, sondern auch Entmischungprozesse (vgl. ebd.: 23).

2.4.2 Globale Schrumpfungsprozesse

Global gesehen ist der Prozess der Verstädterung ungebrochen. Derzeit leben etwa 7.2 Milliarden Menschen auf der Erde und laut der UNO gibt es ein Bevölkerungswachstum von ca. 78 Millionen Menschen pro Jahr. Seit einigen Jahren leben erstmals in der Geschichte mehr als die Hälfte der Menschen in städtischen Gebieten, im Jahr 2025 sollen es rund 61% sein. Die Bevölkerungszunahme zahlreicher Metropolen, wie z.B. Tokio, Mexiko-Stadt und New York ist anhaltend. Zudem gibt es einen qualitativen Bedeutungszuwachs der Städte, die sich zu Global Cities entwickelt haben. All dies zeugt von der aktuellen Attraktivität der großen Stadt (vgl. Owzar 2008 : XIV).

Allerdings sind nicht alle Städte an diesem Wettlauf beteiligt. Stattdessen kündigt sich für das 21. Jahrhundert eine gegenläufige demographische Entwicklung an. Zum ersten mal in der Geschichte werden Länder aus

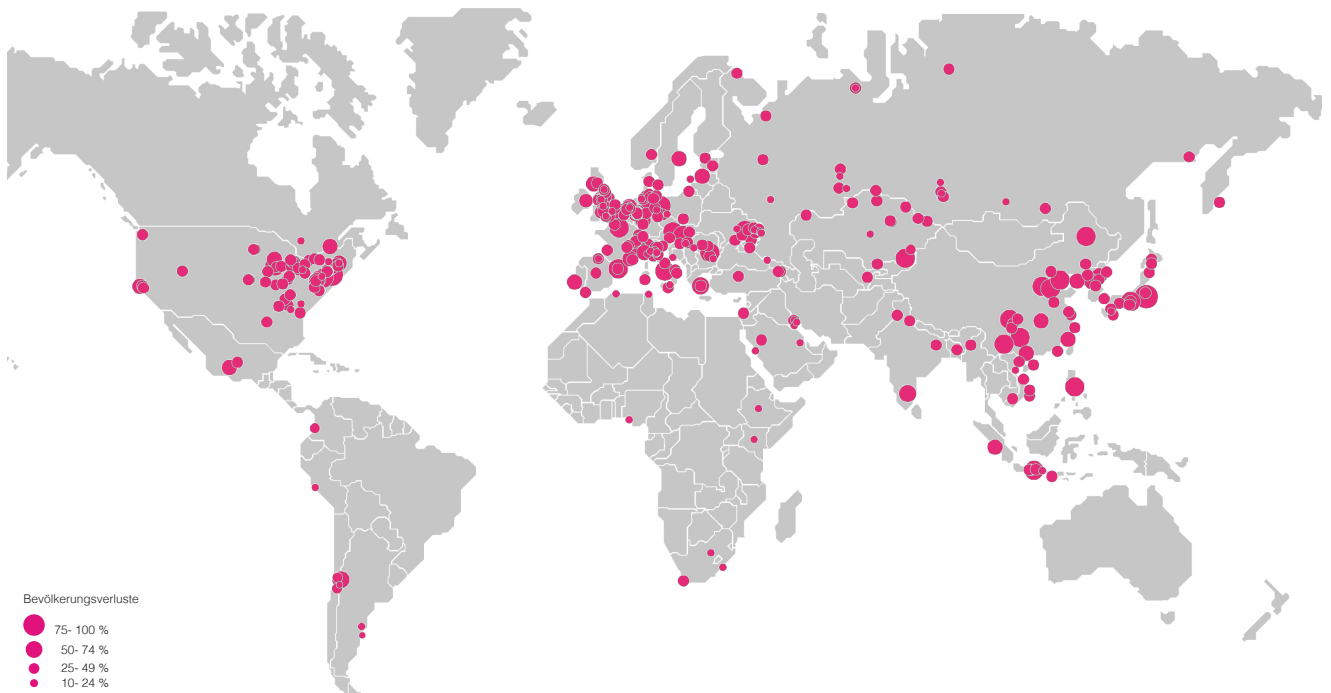


Abbildung 9:

Auswahl an schrumpfenden Städten mit über 100.000 Einwohnern, die kurzzeitige und dauerhafte Einwohnerverluste von über 10% verzeichnen

eigene Darstellung, nach „Atlas of Shrinking Cities“

Quelle:

(http://www.akbw.de/fileadmin/download/Freie_Dokumente/Berufspolitik/Jahresthemmen/Scurrrell.pdf).

der jahrhundertelangen Phase des Bevölkerungswachstums in eine Phase lang anhaltender Bevölkerungsverluste übergehen. Hierbei handelt es sich um einen Vorgang ohne historisches Beispiel. Was sich als „demographische Zeitenwende“ in einigen Ländern der Welt abzeichnet, ist auf der städtischen Ebene schon längst Realität (vgl. Rieniets 2004: 20).

Offensichtlich gibt es also endogene Stadtschrumpfung. Bei der endogenen Stadtschrumpfung handelt es sich um Schrumpfung, die sich nicht infolge äußerer Anlässe wie Kriegen, Epidemien, Natur- und Umweltkatastrophen vollzieht (vgl. Owzar 2008 : XV).

Ein Blick auf die Weltkarte zeigt, dass es sich bei schrumpfenden Städten um ein globales Problem handelt. Vor allem sind die alten Industriezentren Westeuropas, die USA, China und Russland betroffen, aber auch in Südamerika und Afrika findet man schrumpfende Städte (vgl. ebd.). (siehe Abb. 9)

Allerdings ist den städtischen Schrumpfungsprozessen nicht überall die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet worden. Überwiegend wurden schrumpfende Städte als singuläre oder regional begrenzte Ausnahmerecheinun-

gen betrachtet. In der Fachwelt und den Medien dominierte stattdessen das scheinbar unaufhaltsame Wachstum der Megastädte und „die weltweite Megapolisierung erreichte den Rang eines epochalen Phänomens.“ (Rieniets 2004: 20). Obwohl sich die schrumpfenden Städte im Laufe des 20. Jahrhunderts ebenfalls zu einem Phänomen globalen Ausmaßes entwickelten, wurden sie nicht in dieser Perspektive wahrgenommen, sondern sogar lange Zeit verdrängt. Erst heute, wo schrumpfende Städte in einigen Ländern zu unübersehbaren Problemfällen geworden sind, entsteht ein Bewusstsein für die Tragweite dieser Entwicklung (vgl. ebd.).

2.4.3 Schrumpfende Städte in der Geschichte

Betrachtet man die Geschichte, dann findet man zahlreiche Beispiele für schrumpfende Städte. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass man zunächst auf Fälle stößt in denen Kriege, Hungersnöte, Epidemien, Brände und Naturkatastrophen zu einer Dezimierung der Bevölkerung oder zu massiven Verlusten der Bausubstanz geführt haben. Als Beispiele sind hier Troja, Karthago und Pompeji, aber auch Hiroshima und New Orleans zu nennen (vgl. Owzar 2008 : XXI).

Allerdings sind solche Fälle nur bedingt geeignet, um daraus Erkenntnisgewinne für die schleichenden Schrumpfungsprozess der Gegenwart zu gewinnen. Den von plötzlich einsetzender Zerstörung Betroffenen, blieb keine Zeit, mittel- oder langfristige Strategien zum Umgang mit Schrumpfungsprozessen zu entwickeln. Sie mussten spontan auf die Situation reagieren. Dies konnte im Falle einer totalen Zerstörung auch die Aufgabe eines Ortes bedeuten. Solche tragischen Fälle sind natürlich viel radikaler und hatten sicherlich dramatischere Folgen für die Bevölkerung als die lang andauernden Schrumpfungsprozesse der Gegenwart. Darin mag ein Grund liegen, warum diesen ereignisbedingten Krisen und ihren Folgen bis jetzt mehr Aufmerksamkeit zuteilgeworden ist, als den historischen Desurbanisierungsprozessen (vgl. ebd.).

Es besteht kein Zweifel daran, dass es sich bei der Geschichte der mo-

dernen Stadt um eine Erfolgsgeschichte handelt und dass die neuzeitlichen Urbanisierungsprozesse nicht durch Schrumpfung, sondern durch Wachstum charakterisiert sind. Betrachtet man jedoch die Gesamtgeschichte der Stadtentwicklung, so kann man diese keineswegs als Prozess kontinuierlichen Wachstums bezeichnen. Sie ist eher eine „komplexe Abfolge von Expansionen, Stagnationen, Krisen und erfolgreichen oder gescheiterten Anpassungen an neue politische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.“ (Ebd.: XXII).

Dementsprechend lassen sich bei der Suche nach Schrumpfungsprozessen in der Geschichte einige Beispiele finden, die sogar bis in die Antike zurückreichen. Trotz der Überlieferungsprobleme findet man Beispiele, dass griechische Städte, manchmal auch vor der späthellenistisch-römischen Zeit, mit Phänomenen der Destabilisierung und Auflösung konfrontiert waren. Während der Spätantike (300 bis 600 n. Chr.) soll es sich sogar um ein nicht selten zu beobachtendes Phänomen gehandelt haben.

Neben dem Bedeutungsverlust und dem Funktionswandel einzelner Gebäude, wie Speicherbauten, Theater, Sportstätten oder Tempeln, die für die Antike charakteristisch waren, kommt es auch zum Veröden ganzer Viertel. Zudem kommt es zu Einbußen im Baubestand sowie bei der Bevölkerungszahl und in einigen Regionen Italiens und in Britannien begegnet man auch dem Phänomen der gescheiterten Stadt. Gleichzeitig prosperieren andere Regionen wie Kleinasien, Afrika, Syrien und Palästina (vgl. ebd.).

Auch im Mittelalter (ca. 6. bis 15. Jahrhundert) lassen sich in Europa Schrumpfungsprozesse verschiedenster Art finden. Während in Großbritannien, z.B. London und einige, zumeist mittelgroße Städte prosperierten, gerieten einige größere Städte Mittelenglands in eine ökonomische Krise und verloren infolgedessen bis ins 16. Jahrhundert sehr deutlich Einwohner. Ein besonders anschauliches Beispiel bildet die Stadt Coventry, da die ehemals viertgrößte Stadt Englands zwischen 1440 und 1550 die Hälfte ihrer Einwohner verlor (vgl. ebd.: XXIII).

Eine radikale Variante von städtischen Schrumpfungprozessen stellen die sogenannten Stadtwüstungen dar, die im frühen, wie im späten Mittelalter und auch noch in der Neuzeit (ab ca. 1500) auftraten. Bei den Stadtwüstungen handelt es sich um urbane Siedlungen, die zeitweise oder partiell und manchmal auch völlig aufgegeben wurden und verwilderten. Schätzungsweise liegt die Zahl der partiell verwüsteten oder ganz verschwundenen Städte in Deutschland bei 10 bis 20 Prozent (vgl. ebd.).

Auch in der frühen Neuzeit findet man z.B. in Deutschland einige schrumpfende Städte. Zurückzuführen ist das vor allem auf den Dreißigjährigen Krieg, durch den eine große Anzahl deutscher Städte sehr hohe Bevölkerungsverluste zu verzeichnen hatten. Dazu kamen strukturell bedingte Entwicklungen, die einige Hanse-, Reichs-, und Bergstädte schrumpfen oder stagnieren ließen (vgl. ebd.: XXIV).

Im frühen 19. Jahrhundert kam es in Deutschland zu einem Bedeutungsverlust ehemals wichtiger Residenz- oder Universitätsstädte und zahlreiche Städte sahen sich trotz der Urbanisierung und des rasanten Bevölkerungswachstums einer qualitativen und quantitativen Schrumpfung ausgesetzt. Einige dieser Städte hatten ihre alte politische und kulturelle Funktion verloren oder den Anschluss an das Eisenbahnnetz verpasst, und dadurch Bedeutung eingebüßt (vgl. ebd.). Zudem erlangten wirtschaftliche Einflussfaktoren als Auslöser von Schrumpfungstendenzen immer mehr an Bedeutung. Zum Beispiel waren monostrukturierte Städte durch Nachfrageänderungen oder das Versiegen von Bodenschätzen von Schrumpfung betroffen.

Sogar in der Hochzeit der Urbanisierung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert lassen sich Fälle des Stagnierens oder des Schrumpfens finden. In dieser Zeit differenzierte sich „das deutsche Städtesystem in eine steigende Zahl wachsender und in einen zunehmenden Anteil schrumpfender Gemeinden.“ (Ebd.). Besonders wurden ehemalige Fernhandelsstädte, ehemalige Residenzstädte und kleinere Städte vom Niedergang und von der Stagnation erfasst.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es sich bei Schrumpfung um

einen Prozess handelt der in der Geschichte durchweg von Wachstum überlagert wurde, der aber in den meisten geschichtlichen Epochen einen Seitenzweig urbaner Entwicklung dargestellt hat (vgl. Owzar 2008 : XXV).

2.4.4 Schrumpfende Städte im 20. und 21. Jhdt.

Die Beispiele für schrumpfende Städte in der Geschichte zeigen, dass zwar auch Bedeutungsverluste, ökonomische Faktoren und verpasste Bahnan-schlüsse zur Schrumpfung beigetragen haben, das die Mehrheit von ihnen aber aufgrund von Kriegen, Katastrophen und Epidemien EinwohnerInnen verloren. Mancherorts haben Städte auch ausgedehnte Phasen des Niedergangs erlebt, wie. z.B. das spätantike Rom oder Tokio in der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Die städtische Schrumpfung des 20. Jahrhunderts unterscheidet sich al-lerdings deutlich von den historischen Beispielen in ihrem Ausmaß und ihrer Qualität. Denn erst seit dem 20. Jahrhundert erstreckten sich die Be-völkerungsverluste „über immer längere Zeiträume und vollzogen sich bei wachsendem Wohlstand und zu Friedenszeiten und nicht durch äußere, gewaltsame Einflüsse.“ (Rieniets 2004: 20). Zudem lässt sich ein nicht ge-kanntes Ausmaß schrumpfender Städte bezüglich der Anzahl und der geo-graphischen Verteilung feststellen. Schrumpfende Städte sind keine Aus-nahmeerscheinung mehr, sondern sind in einigen Regionen zum Regelfall geworden.

Schätzungsweise 100 Jahre nach der Industrialisierung, durch welche die explosionsartige Verstädterung in Europa ausgelöst wurde, kam es zu ei-nem vermehrten Auftreten schrumpfender Städte. Man kann sagen, das sie zeitversetzt einem vergleichbaren geographischen Muster folgten, wie 100 Jahre zuvor die Industrialisierung.

Die Industrialisierung hatte in England begonnen und sich im restlichen Europa und schließlich auch in den USA und in Japan fortgesetzt. Im Zuge der Industrialisierung wuchs der Anteil der in Städten lebenden Bevölke-

rung von 3% im Jahre 1800 auf 14% im Jahre 1900 und letztendlich auf aktuell über 50%. Jedoch begannen ca. in der Mitte des 20. Jahrhunderts, noch bevor die Verstädterung in den Industrieländern abgeschlossen war, die schleichenden, neuzeitlichen Schrumpfungsprozesse einzusetzen (vgl. Rieniets 2004: 21).

Einige der Städte, die während der industriellen Revolution rasch zu Metropolen heranwuchsen, waren auch diejenigen, die als erste dauerhafte Bevölkerungsverluste zu verzeichnen hatten. Genau wie die Industrialisierung begann die schleichende, neuzeitliche, städtische Schrumpfung zunächst in England, z.B. in London, Manchester und Liverpool. Etwas zeitverzögert begannen auch andere Städte in industrialisierten Ländern zu schrumpfen, beispielsweise Paris, Berlin, Lille, Leipzig, Dresden und Wien.

Europa kann als der Ausgangspunkt des neuzeitlichen Wachstums und gleichzeitig auch Ausgangspunkt der neuzeitlichen Schrumpfung bezeichnet werden.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs kam es auch in den USA zu städtischen Schrumpfungsprozessen. Zwischen 1950 und 1960 wurden in den USA 38 schrumpfende Großstädte gezählt, sodass das Ausmaß der Schrumpfungprozesse in den USA bald das der europäischen Länder übertraf.

In den 1970er Jahren traten die neuzeitlichen Schrumpfungsprozesse auch in Italien und in Japan auf. Die 1970er Jahre werden als der vorläufige Höhepunkt im Bezug auf die Verbreitung schrumpfender Städte bezeichnet. In der Zeit zwischen 1960 und 1990 stieg die Zahl der schrumpfenden Städte um mehr als 100% an, wogegen die Zahl der wachsenden Städte im gleichen Zeitraum nur um ca. 60% zunahm. Das heißt, dass es sich zu dieser Zeit weltweit bei ca. jeder sechsten Großstadt um eine schrumpfende Stadt handelte (vgl. ebd.).

In den 1990er Jahren entspannte sich die Lage in den westlichen Industrieländern ein wenig. Allerdings verstärkten sich nach dem Zusammenbruch

der Sowjetunion in Osteuropa die städtischen und regionalen Schrumpfungprozesse. Der Grund hierfür liegt in der politischen und wirtschaftlichen Instabilität, die negative Auswirkungen auf die demographische Entwicklung der Staaten hatte. Nie zuvor haben politische Ereignisse die demographische Entwicklung von Städten so sehr erschüttert. In den Jahren von 1990 bis 2000 schrumpfte, aufgrund der Zunahme der schrumpfenden Städte in Osteuropa und Vorderasien, jede vierte Stadt weltweit (vgl. ebd.: 28).

Es ist festzustellen, dass von den neuzeitlichen Schrumpfungprozessen der vergangenen 50 Jahre vorwiegend Städte aus den westlichen Industrieländern, den ehemaligen Ostblockländern, sowie Städte in Südafrika, China und Japan betroffen sind.

2.4.5 Das Phänomen der Schrumpfung in Deutschland

In den USA wurden die Auswirkungen der Deindustrialisierung und der damit verbundene Verfall einiger nordamerikanischer Großstädte, bereits in den 1950er Jahren thematisiert und in den 1990er Jahren heftig diskutiert. In Deutschland hatte man das Thema dagegen lange Zeit eher ignoriert und verdrängt.

Zwar haben Hartmut Häußermann und Walter Siebel bereits Ende der 1980er Jahre in ihrem Werk „Neue Urbanität“ auf den Prozess schrumpfender Städte in Deutschland aufmerksam gemacht, indem sie schrieben: „Die Städte werden [...] schrumpfen, einige in heute kaum vorstellbarem Ausmaß, aber die meisten werden sich auf niedrigem Niveau stabilisieren können.“ (Häußermann/ Siebel 1987: 118).

Dennoch setzte eine intensive Betrachtung und Bearbeitung des Phänomens Schrumpfung erst viel später ein (vgl. Owzar 2008 : XV). Denn Tatsächlich war zu Beginn der 1990er Jahre nicht viel von Schrumpfungsprozessen zu spüren. Der Anfang der 1990er Jahre war sogar teilweise durch Wohnungsknappheit und angespannte Wohnungsmärkte, sowie durch ein Bevölkerungswachstum gekennzeichnet. Diese Entwicklung basierte auf einer intensiven Zuwanderung, die vor allem auf den Zusammenbruch der politischen Systeme in Osteuropa zurückzuführen ist.

Im Zeitraum von 1987 bis in die Mitte der 1990er Jahre gab es eine starke Zuwanderung und es wurden über 4 Millionen Menschen in Deutschland eingebürgert (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013: 31- 33). Die meisten stammten aus Polen, Rumänien oder der ehemaligen UdSSR und bekamen den Status AussiedlerInnen bzw. SpätaussiedlerInnen.

Die intensive Zuwanderung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre überdeckte allerdings nur den viel nachhaltiger wirkenden Trend des langfristig negativen Bevölkerungssaldos.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kam es zu einem deutlichen Rück-

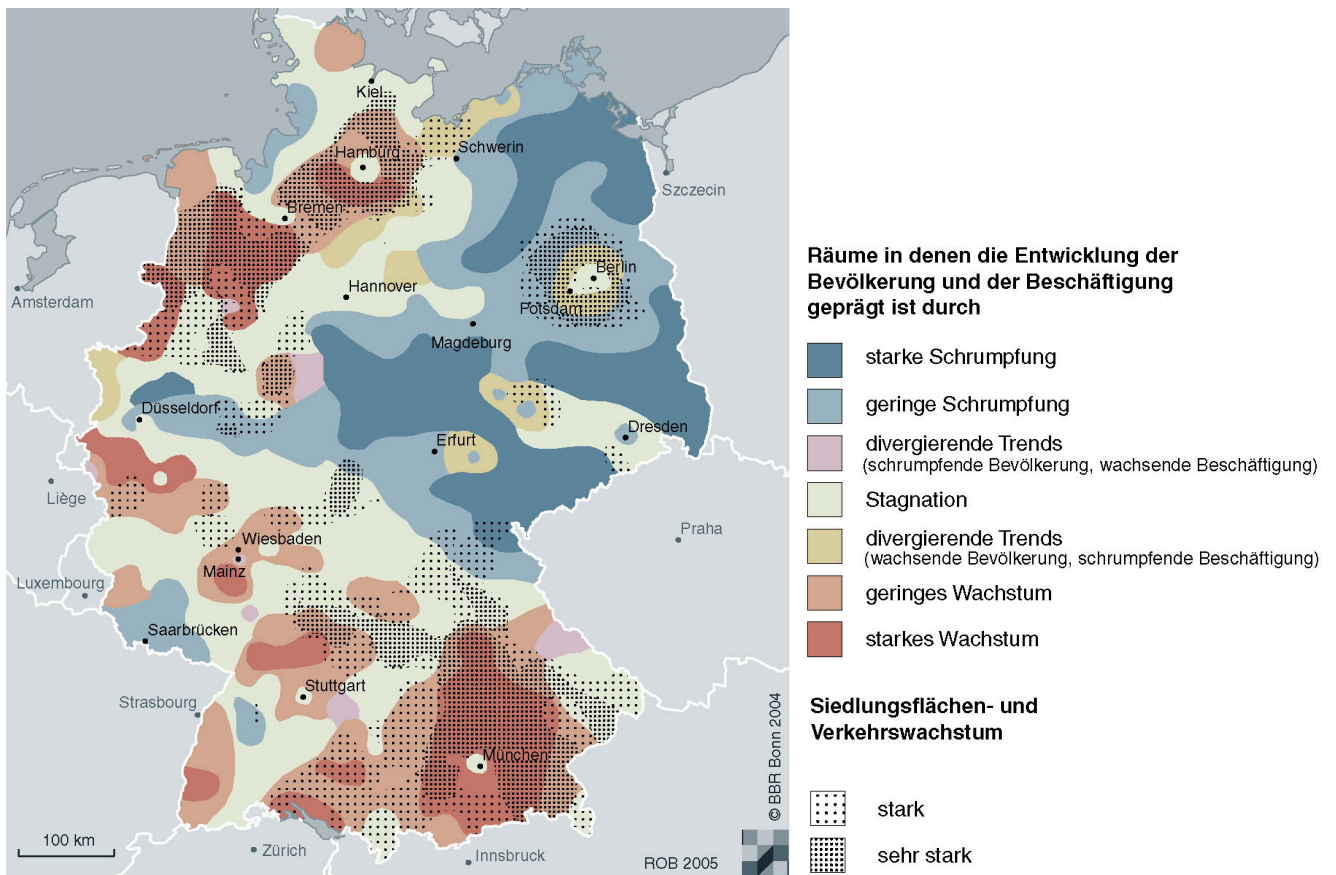


Abbildung 10:

Trends der Raumentwicklung

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Quelle:

(http://www.bbr.bund.de/BBSR/DE/Raumentwicklung/Raumentwicklung/Deutschland/Raumordnungsberichte/ROB2005/ROB2005KarteTrends.jpg.jpg?__blob=publicationFile&v=3).

gang der Zuwanderung (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013: 32- 33), wodurch die Auswirkungen des negativen Bevölkerungssaldos sichtbar wurden. Zudem kam es zu einer wirtschaftlich bedingten Ost- West- Binnenwanderung, durch die einige ostdeutsche Städte massiv Einwohner verloren. Ende der 1990er Jahre herrschte Gewissheit darüber, dass der frühere Mangel an Wohnungen und der bis dato hohe Nutzungsdruck in einen Überschuss an Raum, Gebäuden und nicht mehr gebrauchten Objekten umgekehrt wurde.

Seitdem ist das Problem der schrumpfenden Städte in Deutschland im Bewusstsein vieler Akteure angekommen und wird auch als hoch aktuelles und zentrales Thema der Stadtplanung eingestuft (siehe Abb. 10).

Phillip Oswalt und Tim Rieniets definieren schrumpfende Städte wie folgt: „Schrumpfende Städte [...] sind Städte, die vorübergehend oder dauerhaft

signifikant Einwohner verloren haben. Als signifikant gelten hierbei Einwohnerverluste von insgesamt mindestens 10% oder von über 1% pro Jahr.“ (Oswalt/ Rieniets 2006: 156).

Wie im Kapitel 2.4.1 „Annäherung an den Begriff „Schrumpfung““ erläutert, spielt neben der rückläufigen demographischen Entwicklung auch die rückläufige wirtschaftliche Entwicklung eine wichtige Rolle bei den Schrumpfungsprozessen, sodass auch Oswalt und Rieniets ihren Begriff der schrumpfenden Stadt um Merkmale, wie massive Arbeitsplatzverluste, Verlust der Realsteuerkraft und Verluste der Kaufkraft der Bevölkerung etc. erweitern (vgl. Owzar 2008 : XVI). Bei der Bestimmung des Begriffs der „schrumpfenden Stadt“ sind zudem natürlich auch politische und kulturelle Funktionsverluste und der Verfall von Bausubstanz zu nennen.

Ohne Zweifel ist das Phänomen und auch der Begriff „Schrumpfung“ extrem negativ belastet. Oft wird Schrumpfung mit Niedergang oder Verlust gleichgesetzt und das obwohl der Prozess quantitativer Abnahme nicht immer mit Prozessen qualitativer Verschlechterungen einhergehen muss (vgl. ebd.).

„Das Wenigerwerden darf nicht allein auf irgendein Wegnehmen reduziert werden, vielmehr muss man das ‚Andere‘ herausfinden, das in dem ‚Weniger‘ steckt. Dieses ‚Andere‘ gilt es zu thematisieren, womöglich als ‚Gewinn höherer Ordnung‘. Nur so – überstrapazierte Formel – wird die Krise zur Chance.“ (Kil zit., 2004 in: Weber et al. 2012: 14).

Mittlerweile bestimmt das Phänomen der Schrumpfung in Ostdeutschland maßgeblich die planerischen Tätigkeiten. Statt Wachstum und Städtebau dominieren Stadtumbau und Stadterneuerung den Alltag in ostdeutschen Kommunen. Wie zuvor erwähnt, sind sinkende Bevölkerungszahlen und wirtschaftliche Repression keineswegs eine neue Erscheinung in der Geschichte von Städten, denn Ihre Entwicklung unterlag schon immer periodischen Schwankungen (vgl. Kil, Doehler, Bräuer 2003: o.S.).

Allerdings ist das Ausmaß der Schrumpfung in Ostdeutschland bisher

einzigartig. Die Kommunen befinden sich nicht in einem natürlichen Abschwungprozess des sogenannten „Schweinezyklus“, auf den in absehbarer Zeit wieder Wachstum folgen wird (vgl. ebd.). Wolfgang Engeler spricht von „Schrumpfungsprozessen ohne inhärentes Maß und erkennbares Ende, Schrumpfen auf der ganzen Linie“ (vgl. Engeler zit. in: Doehler-Bezadi 2005: 170).

Die Anerkennung der Schrumpfungsproblematik ist die Voraussetzung für einen angemessenen Umgang mit ihr. Lange wollten Politiker und Planer nicht wahr haben, dass auf die Einigung Deutschlands kein ungehinderter Wachstum ostdeutscher Kommunen folgte. Doch mit der im Jahr 2000 stattgefundenen Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ begann ein Umdenken. Zwei Jahre nach diesem Bericht wurde das Programm Stadtumbau Ost ins Leben gerufen, wodurch die Schrumpfungsproblematik auch in den Fokus der Öffentlichkeit rückte.

Peter Franz sieht in der großen Aufmerksamkeit für die Schrumpfung ein „Schwanken von einem Extrem ins andere“ (Franz 2005: o.S.). Vom Vertrauen auf ein sich bald einstellendes expansives Wachstum, hin zu einer Wahrnehmung der Schrumpfung als unabwendbares, allgegenwärtiges Schicksal (vgl. ebd.). Regionalforscher sprechen von der Gefahr einer „Verinnerlichung der Krise“ (Kil, Doehler, Bräuer 2003: o.S.) oder der Gefahr der „Sich-selbst-erfüllenden-Prophezeiung“. Wenn BewohnerInnen ihre Stadt als „sterbende Stadt“ wahrnehmen, warum sollte man dann noch bleiben? (vgl. ebd.). Nicht nur die Abwanderung vor allem junger und qualifizierter Bewohner ist die Folge, sondern auch sinkende Investitionen in Schrumpfungsgebieten (vgl. Pfeiffer, Porsch 2005: o.S.).

Doch das Bild einer schrumpfenden Region zeichnet sich nicht so einheitlich ab wie anfänglich vielleicht erwartet. Schrumpfung und punktuelleres Wachstum existieren nebeneinander, auf regionaler aber auch kommunaler Ebene. Am Beispiel von Leipzig zeigt sich, dass es innerhalb einer Stadt, deren Wohnungsnachfrage insgesamt sinkt, Quartiere bestehen können, die stabil sind oder deren Nachfrage sogar steigt (vgl. ebd.).

Neben diesem Vorgang der Polarisierung zwischen verschiedenen Quartieren einer Stadt, trägt auch die „Suburbanisierung der Innenstädte“ zu einem „Wachstum an anderer Stelle“ bei (Prigge 2005: 225). Diese Vorgänge sind zwar nicht Hauptursache für das Schrumpfen der Städte in Ostdeutschland, doch sie tragen zu einer dezentraleren Struktur von Stadt bei, auch wenn heute ein Trend zur „Renaissance der Innenstädte“ besteht.

2.4.6 Ursachen von städtischen Schrumpfungsprozessen

Die Ursachen, die städtischen Schrumpfungsprozessen zugrunde liegen sind durchweg vielfältig und häufig sich selbst verstärkend. Besonders wichtig sind in dem Zusammenhang die demographischen Faktoren, politische Entscheidungen, soziokulturelle Verhaltensmuster und ökonomische Krisen. Man kann vier Prozesse unterscheiden, die städtische Schrumpfungprozesse auslösen und beschleunigen können (vgl. Owzar 2008 : XVII).

- 1. Demographischer Wandel durch Überalterung und Wegzug**
- 2. Deindustrialisierungsprozesse**
- 3. Suburbanisierungsprozesse**
- 4. Transformationsprozesse im Rahmen eines Systemwandels**

2.4.6.1 Der demographische Wandel als Ursache für Schrumpfung

Der demographische Wandel beschreibt die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung, genauer gesagt die Veränderungen bezüglich der Altersstruktur der Bevölkerung, dem quantitativen Verhältnis von Männern und Frauen, den Anteilen von Inländern, Ausländern und Eingebürgerten an der Bevölkerung, der Geburten- und Sterbefallentwicklung, sowie den Zuzügen und Fortzügen.

Betrachtet man die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen

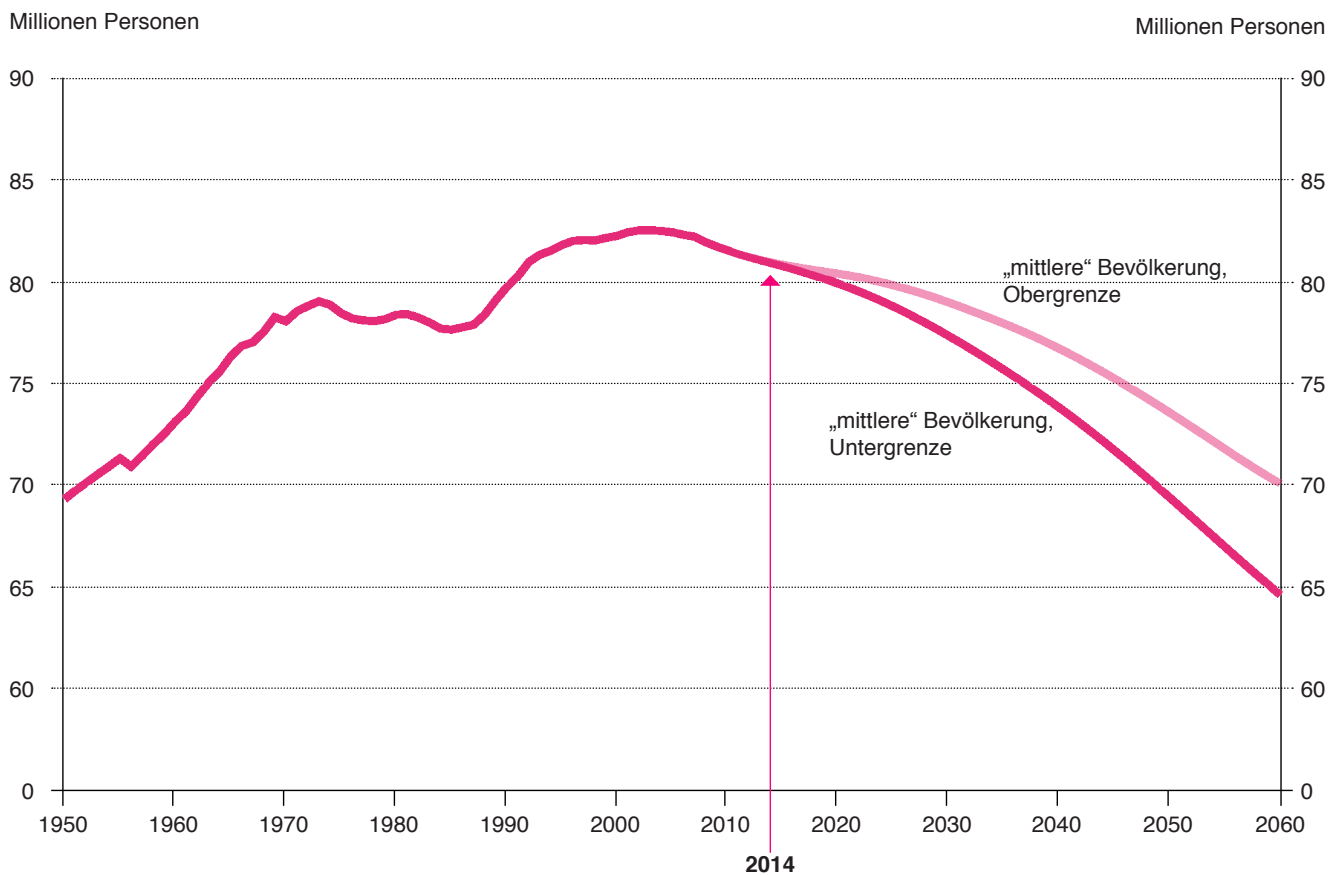


Abbildung 11:
 Bevölkerungszahl von
 1950 bis 2060, ab 2009
 Ergebnisse der 12.
 koordinierten
 Bevölkerungsvorausbe-
 rechnung
 eigene Darstellung,
 nach Statistisches Bun-
 desamt Deutschland

Quelle:
 (vgl. Statistisches Bun-
 desamt 2009: 12).

Bundesamtes für Deutschland, dann lässt sich erkennen, dass die Bevölkerung Deutschlands seit 2003 abnimmt. Das Statistische Bundesamt prognostiziert einen anhaltenden Bevölkerungsrückgang, der sich zudem verstärken wird. Aktuell beträgt die Einwohnerzahl Deutschlands ca. 81 Millionen. Prognostiziert werden ein Positiv- und ein Negativszenario.

Das Positivszenario errechnet, bis zum Jahr 2060, einen Bevölkerungsrückgang auf 70 Millionen Einwohner, bei einer jährlichen Zuwanderung von 200.000 Personen. Daraus ergibt sich die Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung.

Das Negativszenario errechnet einen Bevölkerungsrückgang bis 2060 auf 65 Millionen Einwohner, bei einer jährlichen Zuwanderung von 100.000 Personen. Daraus ergibt sich die Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung (siehe Abb. 11) (vgl. Statistisches Bundesamt 2009: 12).

Zudem hat das Statistische Bundesamt eine Variante mit der maximal zu erwartenden Bevölkerungszahl errechnet. Diese Variante unterstellt eine steigenden Geburtenhäufigkeit, einen hohen Anstieg der Lebenserwartung und einen jährlichen Wanderungssaldo von 200.000 Personen. Laut den Berechnungen würde die Bevölkerung Deutschlands trotz dieser Parameter bis zum Jahr 2060 auf 77 Millionen sinken (vgl. ebd.).

Die Entwicklung der Gesamtbevölkerung eines Landes ist im Wesentlichen von dem Verhältnis der Sterbe- und Geburtenziffer abhängig. „Weniger Geburten und zunehmende Sterbefälle führen zu wachsendem Geburtendefizit und Rückgang der Bevölkerung“ (Statistisches Bundesamt 2009: 13). Jedoch hat auch die Intensität der Zuwanderung eine große Auswirkung auf die Bevölkerungsentwicklung. Dementsprechend wird das Ausmaß der Zuwanderung Folgen für die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands haben. Allerdings kann die Nettozuwanderung – der Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland – die entstehende Lücke nicht schließen, wodurch die Tendenz der Entwicklung unverändert bleibt (vgl. ebd.).

Die Geburtenhäufigkeit von ca. 1,4 Kindern je Frau ist seit mehr als 30 Jahren konstant niedrig. In der Zukunft rechnet man mit einer weitgehend unveränderten Geburtenhäufigkeit, sodass man davon ausgehen kann dass jede neue Generation um ein Drittel kleiner wird als die ihrer Eltern. Es ist also damit zu rechnen, dass die Zahl der Geburten ständig sinken wird. Eine leichte Steigerung der Geburtenhäufigkeit auf 1,6 Kinder je Frau würde den Trend leicht abmildern aber auch nicht stoppen. Die Tabelle 3 zeigt, dass auch in der Variante „relativ junge“ die Zahl der Geborenen die Zahl der Gestorbenen klar unterschreitet (vgl. ebd.).

Die Zahl der Sterbefälle wird dagegen zunehmen, da die geburtenreichen Jahrgänge, die heute im mittleren Alter sind im Vorausberechnungszeitraum in das hohe Alter aufrücken. Die natürliche Bevölkerungsbilanz, die sich aus der Differenz zwischen den Zahlen der Geborenen und der Gestorbenen bildet, ist in Deutschland seit den 1970er Jahren negativ. Deshalb spricht man von einem „Geburtendefizit“.

Jahr	„Mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze			„Mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze	„Relativ junge“ Bevölkerung	„Relativ alte“ Bevölkerung
	Geburten	Sterbefälle	Geburten-defizit	Geburtendefizit		
	1000					
2008	683	844	-162	-162	-162	-162
2020	660	948	-288	-281	-224	-292
2030	580	990	-409	-388	--303	--409
2040	522	1011	-489	-463	-374	-488
2050	501	1077	-576	-549	-430	-603
2060	465	1018	-553	-527	-391	-630

Tabelle 3:

Differenz zwischen Geborenen und Gestorbenen ab 2020 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

eigene Darstellung, nach Statistisches Bundesamt Deutschland

Quelle: (vgl. Statistisches Bundesamt 2009: 13).

Es wird prognostiziert, dass das Geburtendefizit von 162.000 im Jahr 2008 nach der „mittleren“ Bevölkerung auf 550.000 bis 580.000 im Jahr 2050 ansteigen wird. Danach wird die Zahl der Sterbefälle etwas sinken, da anstelle der Baby- Boom- Generation die schwächeren Jahrgänge der 1970er Jahre ins hohe Alter kommen, und das Geburtendefizit leicht zurückgehen. Für das Jahr 2060 prognostiziert man, dass etwa 527.000 bis 553.000 mehr Menschen sterben, als geboren werden (siehe Tab. 3) (vgl. ebd.).

Die niedrige Fertilitätsrate und die steigende Lebenserwartung (Männer 78 Jahre/ Frauen 83 Jahre) führen zu einem ausgeprägten Alterungsprozess und damit zu einer gravierenden Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung (vgl. Swiaczny 2014: 1).

Die heutige Bevölkerungsstruktur hat schon längst nicht mehr die Form der klassischen Bevölkerungspyramide, wo die „stärksten Jahrgänge die Kinder stellen und sich die Besetzungszahlen der älteren Jahrgänge allmählich als Folge der Sterblichkeit verringern.“ (Statistisches Bundesamt 2009: 14).

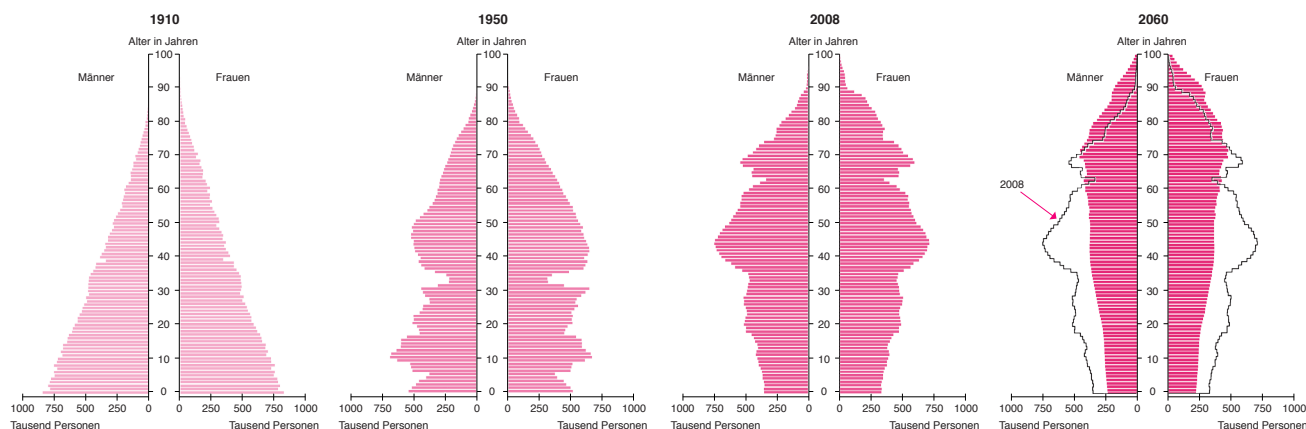


Abbildung 12:
 Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland.
 1910, 1950, 2008 und 2060.

eigene Darstellung,
 nach Statistisches Bundesamt Deutschland

Quelle:
 (vgl. Statistisches Bundesamt 2009: 15).

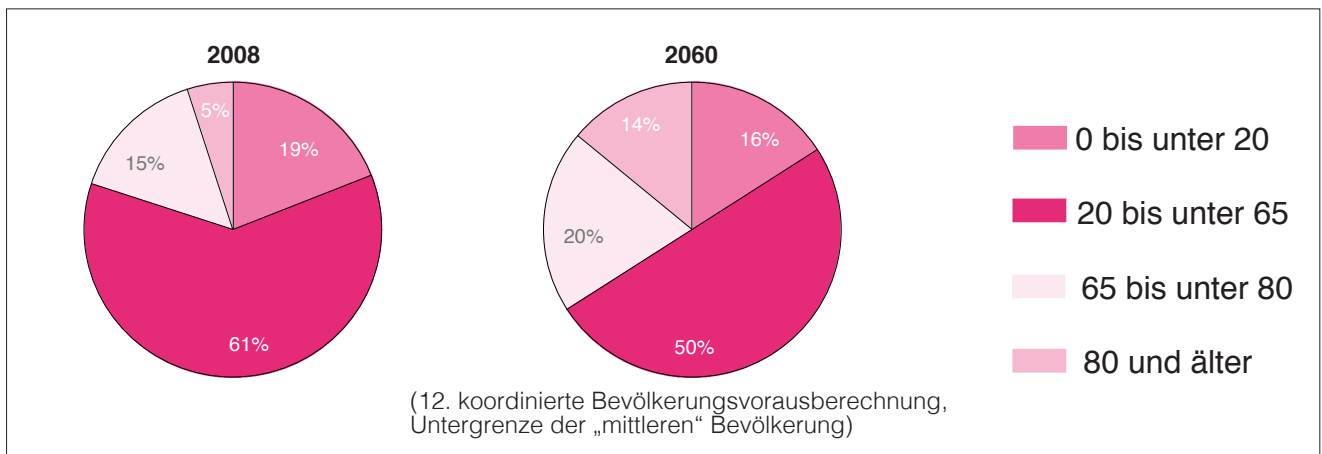
Den Altersaufbau in der klassischen Form der Pyramide findet man nur, wenn man sich die Bevölkerungsstruktur im Deutschen Reich von 1910 anschaut (siehe Abb. 12).

Betrachtet man den Bevölkerungsaufbau aus dem Jahr 1950, dann lassen sich ganz deutlich die Kerben der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre ablesen.

Das Bild, mit dem der aktuelle Bevölkerungsaufbau (2008) häufig beschrieben wird ist das der „zerzausten Wettertanne“, da die mittleren Altersklassen besonders stark ausgeprägt sind, während den älteren und jüngeren weniger Personen angehören.

Betrachtet man die Bevölkerungsstruktur des Jahres 2060, dann ist zu erkennen, dass die stark besetzten Jahrgänge weiter nach oben verschoben worden sind, schließlich ausdünnen und durch zahlenmäßig kleinere ersetzt werden. Aufgrund dessen kann man sagen, dass die Bevölkerungsstruktur des Jahres 2060 eher dem Bild einer schmalen „Vase“ ähnelt (vgl. ebd.).

Schaut man sich die Bevölkerungsstruktur aus dem Jahr 2008 genauer an, stellt man fest, dass sie sich zu 19% aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren, zu 61% aus der Gruppe der 20- bis unter 65- Jährigen und zu 20% aus 65- Jährigen und Älteren zusammensetzt (siehe Abb. 12). Betrachtet man die Bevölkerungsstruktur des Jahres 2060 auf Basis der Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung, dann erkennt man, dass



die Anzahl derjenigen, die älter als 65 Jahre sind auf 34% gestiegen ist. Dadurch wird es doppelt so viele über 65- Jährige geben, als Kinder geboren werden (siehe Abb. 13) (vgl. ebd.).

Besonders bei der Gruppe der 80- jährigen und Älteren fällt die Alterung besonders ins Gewicht. Lag der Anteil dieser Gruppe im Jahre 2008 bei 5% (4 Millionen) so steigt er laut den Bevölkerungsvorausberechnung bis ins Jahr 2060 auf 14% (9 Millionen). Man muss also damit rechnen, dass im Jahr 2060 jeder siebte Einwohner Deutschlands 80 Jahre oder älter sein wird (siehe Abb. 13) (vgl. ebd.: 16).

Die Gruppe der unter 20- Jährigen hatte 2008 einen Anteil von 19% (16 Millionen), 2060 wird die Zahl der unter 20- jährigen auf 16% (10 Millionen) fallen. Daraus ergibt sich, dass es im Jahr 2060 nur ca. 1 Millionen mehr junge Menschen unter 20 Jahren geben wird als Menschen die 80 Jahre oder älter sind (siehe Abb. 13) (vgl. ebd.).

Die ersten merklichen Veränderungen bezüglich der Altersstruktur werden bereits im nächsten Jahrzehnt, also bis zum Jahr 2020, zu beobachten sein. Die Bevölkerungsvorausberechnung besagt, dass die Altersgruppe der 50- bis 65- Jährigen um 24% zunehmen, und die Gruppe der 80- Jährigen und Älteren sogar um 48% wachsen wird (siehe Abb. 13).

Die Zahl der Bevölkerung im mittleren Alter, also die Gruppe der 30- bis-

Abbildung 13:
Bevölkerung nach
Altersgruppen

eigene Darstellung,
nach Statistisches Bun-
desamt Deutschland

Quelle:
(vgl. Statistisches Bun-
desamt 2009: 16).

Alter in Jahren	2008	2020			
		„Mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze		„Mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze	
			Veränderung zu 2008		Veränderung zu 2008
		Prozent			
0 bis unter 20	19	17	-13	17	-12
20 bis unter 30	12	11	-14	11	-12
30 bis unter 50	30	25	-18	25	-17
50 bis unter 65	19	24	24	24	24
65 bis unter 80	15	16	0	16	0
80 und älter	5	8	48	7	48
Insgesamt	100	100	-3	100	-2

Tabelle 4:
Bevölkerung nach Altersgruppen 2012 und 2020.

eigene Darstellung, nach Statistisches Bundesamt Deutschland

Quelle: (vgl. Statistisches Bundesamt 2009: 17).

50- Jährigen wird dagegen einen Verlust von -18% zu verzeichnen haben. Alle drei Angaben beziehen sich auf die Veränderung zum Jahr 2008 und auf die Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung (vgl. ebd.).

Infolge dieser Veränderungen wird das mittlere Alter der Bevölkerung von aktuell ca. 43 Jahren auf 52 Jahre im Jahr 2060 ansteigen.

Aufgrund des negativen Bevölkerungssaldos kann man davon ausgehen, dass in Zukunft viele Städte in Deutschland von Schrumpfung betroffen sein werden. Allerdings ist die Bevölkerungsentwicklung von Deutschland natürlich nicht proportional auf die Bevölkerungsentwicklung einzelner Städte übertragbar. Es wird Städte geben, die mehr von Schrumpfungprozessen betroffen sein werden und es wird Städte geben, die weniger von Schrumpfungprozessen betroffen sein werden. Neben der Zuwanderung haben Stadt-Umland-Wanderungen und Binnenwanderungen inner-

halb Deutschlands besonderen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung einzelner Städte.

Als Binnenwanderung bezeichnet man die regionale Mobilität der Menschen innerhalb Deutschlands, also die Zu- und Fortzüge über die Grenzen der Bundesländer. Die Bevölkerungsgewinne oder Bevölkerungsverluste durch Binnenwanderung haben zum Teil größere demographische Bedeutung als Gewinne und Verluste aus der Außenwanderung über die Grenzen Deutschlands (vgl. Statistisches Bundesamt 2014: o.S.).

Die Höhe der Binnenzuzüge und Binnenfortzüge hängt im wesentlichen von der wirtschaftlichen Attraktivität der Bundesländer ab, weil Umzüge in eine andere Stadt oder in eine andere Region zumeist wirtschaftlich motiviert sind. Da die Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesländer große Unsicherheiten birgt, werden Binnenwanderungsannahmen nur in einem Zeithorizont von 10 bis 20 Jahren getroffen.

Zudem ist auch die Altersstruktur der Landesbevölkerung für die Höhe der Binnenwanderungen maßgebend. Wenn die Anzahl der Menschen der mobilen Altersgruppe (20- bis 40- Jährige) sinkt, dann sinkt gewöhnlich auch die Anzahl der Fortzüge.

Ein besonders großes Ausmaß hatte die Binnenwanderung im Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung Deutschlands (1990 bis 2000), da in dieser Zeit besonders viele Menschen, vor allem aus den neuen Bundesländern in Gebiete der alten Bundesländer zogen. Dadurch verstärkten sich die Schrumpfungsprozesse auf dem Gebiet Ostdeutschlands deutlich.

Für die Zukunft nimmt die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bezüglich der Binnenwanderung an, dass der Anteil der Bevölkerung, der in ein anderes Bundesland fortzieht, bis 2020 konstant bleiben wird. Zwischen 2020 und 2030 geht das Statistische Bundesamt von einer allmählichen Abschwächung der Binnenwanderung aus (vgl. ebd.).

Der Begriff Stadt-Umland-Wanderungen bezeichnet Wanderungen von den Kernstädten in das jeweilige Umland, sodass man gewissermaßen von

einer Form der Stadtflucht sprechen kann (vgl. Mäding 2000: 14).

Vor allem wirtschaftlich starke, meist junge Familien ziehen an die Ränder der Städte oder sogar ins benachbarte Umland mit dem Ziel das ruhige Wohnen im Grünen mit den Zentralitätsfunktionen einer Stadt zu verbinden. In der Stadt bleiben zumeist diejenigen zurück, die sich das Wohnen im Grünen nicht leisten können.

Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung einzelner Städte wird im Wesentlichen von den Entwicklungen der regionalen Stadt-Umland-Wanderung, der Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands und der Intensität der Zuwanderung aus dem Ausland in die jeweiligen Städte abhängig sein.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die demographischen Faktoren ein maßgeblicher Auslöser und Treiber städtischer Schrumpfungsprozesse sind.

2.4.6.2 Deindustrialisierung als Ursache für Schrumpfungsprozesse

Unter Deindustrialisierung versteht man im allgemeinen den volkswirtschaftlichen Bedeutungsverlust des produzierenden Gewerbes durch eine strukturelle Verschiebung zwischen dem Industriesektor (Sekundärsektor) und dem Dienstleistungssektor (Tertiärsektor). In diesem Zusammenhang spricht man auch von der Tertiarisierung, da der Tertiärsektor gegenüber dem Sekundärsektor an Bedeutung gewinnt.

Oswalt definiert Deindustrialisierung als Krise monoindustriell ausgerichteter Standorte (vgl. Oswalt 2014: o.S.). Betrachtet man die Prozesse der Deindustrialisierung genauer, dann lässt sich feststellen, dass vor allem Industriestädte von Schrumpfungsprozessen betroffen waren und noch immer sind. Das liegt insbesondere daran, dass Industriestädte durch Monostrukturen geprägt sind, was sie sehr verwundbar macht.

Ab der Mitte des 20. Jahrhunderts wandelte sich der einstige „Circus virtuosus der Industrialisierung in einen Circus virtuosus der Deindustrialisie-

rung“ (Munck 2004: 50) und des kumulativen Niedergangs, sodass sich ab den 1970er Jahren alle fortgeschrittenen kapitalistischen Länder deindustrialisiert haben (vgl. Munck 2004: 51). War der Anteil der Industrie am Gesamtbeschäftigungsaufkommen in Großbritannien um 1950 herum bei 48% so sank dieser bis zum Jahr 1983 auf 34% herab. Als besonders betroffene Branchen kann man in dem Zusammenhang die Stahl-, Auto-, Schiffsbau- und Textilindustrie nennen. Man kann sagen, dass es durch das Aufgeben und den Rückgang von Industrien mit einer hohen Beschäftigtenrate zu Schrumpfungsprozessen gekommen ist. Mit dem Niedergang beschäftigungsintensiver Industrien schwindet zudem ein „zentraler ökonomischer Grund für städtisch verdichtetes Wohnen, nämlich Menschen, Verwaltung und Unternehmen zur Minimierung der Kosten von Transport, [...] zusammenzuführen.“ (Müller 2004: 36), was zur Suburbanisierung führt.

Prigge bezeichnet die Städte Liverpool und Manchester als Fallbeispiele, wo durch Deindustrialisierung Schrumpfungsprozesse ausgelöst wurden (vgl. Prigge 2004: 42). Jedoch lässt sich die Deindustrialisierung ehemaliger maßgeblicher Industriegebiete in den 1980er und 1990er Jahren nicht nur in Großbritannien beobachten, „sondern auch im östlichen Ruhrgebiet in Deutschland“ (Munck 2004: 50) und im so genannten „Rust Belt“ im Nordosten der USA.

Die Gründe für die Deindustrialisierung gehen auseinander und reichen je nachdem welches Land man betrachtet von dem Rückgang der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, dem wachsenden Dienstleistungssektor, einer zu starken Exportabhängigkeit der betroffenen Länder, dem internationalen Wandel der Arbeitsteilung bis hin zu ökonomischen Versäumnissen (vgl. Munck 2004: 51). Desweiteren beschreibt Müller die Globalisierung bzw. die internationale Arbeitsteilung als einen wichtigen und wesentlichen Faktor, der zur Beschleunigung der Deindustrialisierung führt. (vgl. Müller 2004: 36). Die internationale Arbeitsteilung führt „zu einer gewissen Industrialisierung in der ‚sich entwickelnden Welt‘ und relativer Deindustrialisierung“ (Munck 2004: 51) der westlichen Industrieländer. Zudem kam es durch die Liberalisierungswelle in den 1980er Jahren zum Niedergang

altindustrieller Zentren, zu Unternehmenszerlegungen, der Verlegung von Standorten in Niedriglohnländer und zur Abkopplung der Kapitalmärkte von der Realwirtschaft (vgl. Müller 2004: 36). All das sind Folgen der Liberalisierungswelle, die von den Finanzzentren der westlichen Länder ausging aber auch negative Folgen für die eigenen industriellen Regionen mit sich brachte. (vgl. ebd.).

Um eine sozioökonomische Regenerierung der von Deindustrialisierung betroffenen Städte zu erreichen ist es in der Regel nicht der richtige Ansatz ausschließlich auf eine Steigerung der Industrie also auf eine Reindustrialisierung zu setzen. Der Lösungsansatz um eine Regeneration zu erreichen liegt im Wandel der wirtschaftlichen Struktur hin zu einer postindustriellen Dienstleistungs- und Wissensökonomie (vgl. Bürkner et al. 2005: 30).

2.4.6.3 Suburbanisierung als Ursache für Schrumpfungsprozesse

Neben der Deindustrialisierung zählt die Suburbanisierung als eine weitere Ursache für Schrumpfungsprozesse. Oswalt definiert Suburbanisierung als eine regionale Verlagerung von Menschen und Aktivitäten ins Umland der Städte und bezeichnet sie als wesentliche Ursache für Schrumpfung in den entwickelten Industrieländern (vgl. Oswalt 2014: o.S.).

Als Auslöser von Suburbanisierungsprozessen im Bereich Wohnen und Gewerbe, kann man die allgemeine Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstandes nennen. Dashaft wird die Suburbanisierung als ein wohlstandsbasierter Prozess bezeichnet. Gestiegene Ansprüche an die Wohnsituation und eine damit verbundene Steigerung des Flächenverbrauchs sind die Hauptgründe, warum Privathaushalte und Unternehmen aus der Stadt ins Umland der Stadt ziehen. Bei diesen Prozessen kommt es zu einer negativen Bevölkerungsentwicklung in der Kernstadt und zu einem Wachstum der Umlandgemeinden. Dennoch verstärkt die Suburbanisierung die Verflechtungen innerhalb der Stadtregion und der Bezug zur Kernstadt bleibt vielfach erhalten (vgl. Bürkner et al. 2005: 30).



Abbildung 14:
„Suburb“ in den USA

Quelle:
(<http://tropicsofmeta.files.wordpress.com/2010/12/suburb1.jpg>).

Auch Rieniets sieht einen direkten Zusammenhang zwischen den städtischen Bevölkerungsverlusten (Suburbanisierung) und dem allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstand, da sowohl Suburbanisierung, Mobilität aber auch eine niedrige Geburtenrate einen hohen Entwicklungsgrad voraussetzen (vgl. Rieniets 2004: 32). Zudem weist Rieniets darauf hin, dass in den USA der Prozess der Suburbanisierung bereits in den 1950er Jahren begann und als eine der Hauptursachen für das gleichzeitige Auftreten schrumpfender Städte angesehen wird. Das Ausmaß der Suburbanisierung in den USA lässt sich daran erkennen, dass sich bis 1970 die Einwohnerzahl der so genannten „Suburbs“ verdoppelte und damit die Zahl der städtischen Bewohner überstieg (vgl. ebd.). Besonders in den USA hält der Jahrzehnte lange Trend der Suburbanisierung an und betrifft nicht nur den Bereich des Wohnens, sondern auch den des Gewerbes. Viele Büros folgen dem Trend der Dezentralisierung, sodass bereits heute ca. 60% der Büroflächen in Suburbia angesiedelt sind und ca. 90% der Büroneubauten hier entstehen (vgl. Müller 2004: 36). Die wohl bekannteste Stadt, in der

die Suburbanisierung einen fundamentalen Faktor für die Schrumpfungsprozesse dargestellt hat ist Detroit (vgl. Prigge 2004: 42).

Der Beginn der Suburbanisierung in Europa ist ein wenig zeitversetzt zu den Prozessen in den USA anzusiedeln. Das Ausmaß der europäischen Suburbanisierung ist wesentlich geringer und es sind andere räumliche Muster entstanden als in den USA. In Deutschland hat beispielsweise die jahrzehntelange staatliche Subventionierung der Eigenheimvororte sowie die Massenmobilisierung durch das Automobil den Wunsch nach Wohnen im Grünen und dessen Umsetzung befördert und ermöglicht. Dadurch sind im Laufe der Zeit die sogenannten „Speckgürtel“ um die Städte herum entstanden, die einen beträchtlichen Beitrag zur Verödung der Stadtkerne beigetragen haben. Während im Umland der Städte neue Straßen, Kindergärten, Schulen, Strom-, Wasser- und Abwassernetze errichtet werden müssen, verfällt die Infrastruktur in den Kernstädten, da die Milliarden, die in die neue außerstädtische/ randstädtische Infrastruktur investiert werden müssen in den Kernstädten fehlen. Um das Jahr 2000 herum lebten in West- und Ostdeutschland oftmals mehr Menschen im Umland der Kernstädte als in den Kernstädten selbst (vgl. Ellrich/ Neuhaus 2006: o.S.).

In Osteuropa hat es Randwanderungen von Stadtbewohnern nur in Form von staatlich gelenkten Baumaßnahmen gegeben. Die Zukunft wird zeigen, ob nach den Veränderungen der 1990er Jahre, auch hier marktorientierte Suburbanisierung die Schrumpfung von Städten begünstigen wird (vgl. Rieniets 2004: 32).

2.4.6.4 Die postsozialistische Transformation als Ursache für Schrumpfung

Inwieweit die postsozialistische Transformation als eigenständige Ursache von Schrumpfungsprozessen betrachtet werden kann ist bisher nicht ausreichend geklärt und wird deshalb nicht von allen Wissenschaftlern als eigenständiges Motiv angesehen (vgl. Bürkner et al. 2005: 30). Oswald, Owzar und Prigge bezeichnen die postsozialistische Transforma-

tion jedoch als eine eigenständige Ursache, die Schrumpfungsprozesse auslösen und beschleunigen kann (vgl. Prigge 2004: 42 / vgl. Owzar 2008: XVII).

Prigge definiert die postsozialistische Transformation als „Strukturwandel der sozialistischen Organisation von Politik, Gesellschaft und Ökonomie in Osteuropa“ (Prigge 2004: 42) und bezeichnet die russische Region Iwanowo als betroffene Beispielregion. Prigge ist der Meinung, dass die osteuropäischen und ostdeutschen Länder, die vom Zusammenbruch des institutionellen politisch-gesellschaftlichen Systems betroffen waren, die Transformation in unterschiedlicher Art und Weise verarbeitet haben (vgl. ebd.).

In Russland führte der Weg vom Staatssozialismus zum Staatskapitalismus, indem man auf der Grundlage der Privatisierung (manchmal scheinhafter und manchmal wirklicher Privatisierung) die Industrie und die Wirtschaft auf die Marktorientierung umgestellt hat. In Ostdeutschland gab es durch die bewusste Deindustrialisierungspolitik eine wirkliche Privatisierung. Durch die Deindustrialisierungspolitik sollten die geschrumpften industriellen Kerne marktfähig gemacht werden. Der ostdeutsche Schrumpfungsprozess wurde durch die Einführung sozialstaatlicher Institutionen und durch Transferzahlungen aus dem Westen sozialpolitisch abgedeckt (vgl. ebd.). In Russland gab es dagegen keine vergleichbaren Systeme, die den Schrumpfungsprozess sozialpolitisch abdeckten. Hier sind die Individuen aus der kollektiven gesellschaftlichen Organisation freigesetzt worden und plötzlich den individualisierten Risiken und den ungesicherten alltäglichen Lebensverhältnissen ausgesetzt gewesen.

Beide „postsozialistischen“ Transformationen sind in den 1990er Jahren der weltweiten Transformationskrise der fordistischen Regulierung von Ökonomie und Politik ausgesetzt. Der Eintritt in die Weltmarktorientierung erfordert zugleich die Modernisierung der Betriebe und neue Formen der Wirtschaftsordnung, die auf Flexibilisierung, Internationalisierung und Individualisierung beruhen (vgl. Prigge 2004: 42). Russland reagiert „mit der verstärkten Nationalisierung von Industrie und Wirtschaftskultur und fügt

sich somit widersprüchlich in die ‚postnationale‘ Situation der Weltmarktkulturen ein.“ (Ebd.). Der Osten Deutschlands stellt durch die Integration in die Bundesrepublik eine peripherisierte Industrieregion dar, die mehr von Transferzahlungen aus dem Westen der Bundesrepublik angewiesen ist als andere altindustrielle Regionen des Landes. Die in den 1990er Jahren „nachgeholte Modernisierung“ wirkt im Osten Deutschlands als Deindustrialisierung, sodass Ostdeutschland als spezifische Region beschrieben werden kann, die durch einen geringen Anteil an Kernindustrie und produktionsorientierter Dienstleistung, einem niedrigen Lohnniveau in kleineren Betrieben und einem wachsenden Sektor verarbeitender Industrie ohne Clusterbildung charakterisiert ist (vgl. ebd.: 43).

Betrachtet man die postsozialistischen Transformationsprozesse als Ursache für Schrumpfung genauer, dann lässt sich in ihr vorwiegend eine der Hauptursachen für Schrumpfung nämlich die Deindustrialisierung als Entwicklungsphänomen erkennen. Aufgrund dessen ist die Situation der von postsozialistischen Transformationsprozessen betroffenen Staaten durchaus mit den Entwicklungen in den altindustriellen Regionen z.B. Großbritanniens vergleichbar, wo der Wandel der internationalen Arbeitsteilung die westlichen Industriekulturen durch Dienstleistungsorientierung, Liberalisierung und Privatisierung deindustrialisiert hat (vgl. ebd.).

2.4.7 Folgen von städtischen Schrumpfungsprozessen

Nun stellt sich die Frage, welche Auswirkungen städtische Schrumpfungsprozesse mit ihren rückläufigen demographischen Entwicklungen und ihren rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklungen auf die betroffenen Städte haben.

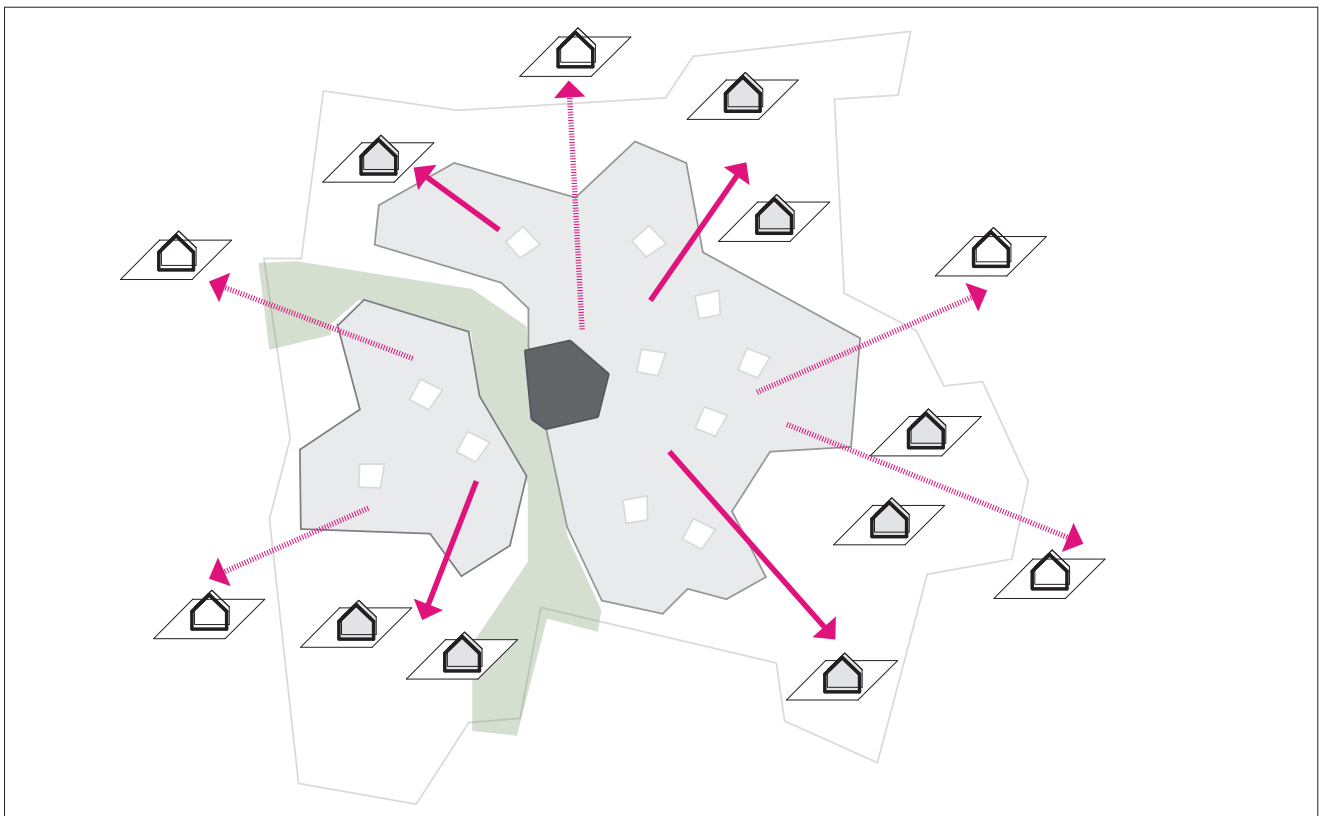
Betrachtet man die Schrumpfungsprozesse etwas naiv, dann könnte man sagen: Die gleiche Fläche und weniger Menschen ergibt mehr Platz für alle- mehr Platz für das Wohnen, mehr Platz für öffentliches Grün und mehr Platz für Kinder und Freizeitaktivitäten. Die Realität zeigt dagegen ein anderes Bild. Im marktwirtschaftlichen Gesellschaftssystemen kommt dem

Wachstum eine überragende Bedeutung zu, die man als Lebensgrundlage bezeichnen könnte. Deshalb kann Stillstand oder Schrumpfung aus dieser Denkweise heraus nur negative Folgen haben. Tatsächlich haben städtische Schrumpfungsprozesse in der Realität auch häufig negative Folgen. Eine negative Folge von städtischen Schrumpfungsprozessen ist, dass sich die schrumpfenden Städte trotz des fortschreitenden Verlusts an Nutzungen in ihrer Fläche häufig weiter ausdehnen, an ihren Rändern wachsen und damit doppelt ausdünnen (vgl. Oswalt 2004: 12). Somit findet weniger Aktivität auf mehr Fläche statt, womit in der Regel ein Verlust an Vitalität, Attraktivität und Lebensqualität der Stadt einhergeht (siehe Abb. 15). Zudem kommt es häufig zu Verinselungen, da sich die Schrumpfung nicht einheitlich abzeichnet, sondern Schrumpfungsprozesse und punktuelles Wachstum häufig parallel existieren. Oft führen städtische Schrumpfungsprozesse zu einer funktionalen Entmischung, die auf eine Spezialisierung auf das Wohnen hinausläuft (siehe Abb. 15) (vgl. Weber 2014: 7). Da sich Städte und Kommunen hauptsächlich durch die Steuern und Abgaben ihrer Betriebe, Firmen und EinwohnerInnen finanzieren, bedeutet

Abbildung 15:
Trampelpfad in das
Eigenheim

eigene Darstellung, nach
Lütke-Daldrup/Doehler-
Behzadi

Quelle:
(Lütke-Daldrup/Doeh-
ler-Behzad 2004: 44).



der Verlust von EinwohnernInnen weniger finanzielle Mittel und dadurch auch einen geringeren Handlungsspielraum um Problemen entgegen zu wirken. Verstärkend wirkt sich in diesem Zusammenhang auch die soziale Erosion auf die betroffenen Gebiete aus, da vor allem junge und gut ausgebildete Menschen wegziehen (vgl. Weber 2014: 7). Mit dem Rückgang der Einwohnerzahl ist daher ein Kreislauf sich selbst verstärkender Schwierigkeiten verbunden.

Auch wenn die Anzahl der Menschen, die von der Stadt versorgt werden müssen, sinkt, heißt das jedoch nicht, dass auch die Ausgaben der Stadt sinken, da viele Bereiche der kommunalen Infrastruktur bestehen und finanziert werden müssen. Wird die bestehende Infrastruktur von weniger Menschen benutzt, dann steigt die finanzielle Belastung des Einzelnen. Infolgedessen müssen entweder höhere Belastungen getragen werden oder die kommunalen Leistungen müssen eingeschränkt werden. Letzteres kann wiederum zu einem Attraktivitätsverlust führen, der weitere Abwanderungen begünstigt (vgl. Doehler- Behzadi et al. 2005: 72).

Eine weitere negative Folge der Schrumpfung ist die physische Entdichtung der Stadt. Unter der physischen Entdichtung wird der Leerstand von Wohnhäusern, Werkstätten, Geschäften, Gaststätten und Fabriken zusammengefasst (vgl. Weber 2014: 7). Trotz des steigenden Wohnflächenbedarfs pro Kopf, ist dieser nicht in der Lage den Leerstand auszugleichen. Die komplexen Folgen des Leerstands von Wohnungen und Gewerbeflächen dürfen nicht unterschätzt werden.

Steht der Wohnraum leer und ist unvermietet, dann bedeutet das für den Vermieter wirtschaftliche Verluste aufgrund der fehlenden Mieteinnahmen und der trotzdem anfallenden laufenden Kosten für die Immobilie. Daher muss ein längerfristiger Leerstand vermieden werden. Sollte längerfristig keine Wohnungsnachfrage zu errechnen sein, dann kann der Abriss einer Immobilie wirtschaftlich angemessen sein, auch weil der Abriss von Immobilien (in Deutschland) in bestimmten Lagen durch öffentliche Mittel unterstützt wird. Nach dem Abriss hat der Vermieter keine Verbindlichkeiten mehr im Bezug auf die Immobilie mehr und produziert dadurch auch keine Verluste mehr.



Abbildung 16:
Leerstand im Plattenbau
in Weißwasser, 2004

Quelle:
(http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0e/Plattenbau_Leerstand_Weisswasser_2004.jpg).

Theoretisch könnten die freigewordenen Flächen als Spielflächen oder als öffentliches Grün umgenutzt werden. Allerdings müsste die Nachnutzung der Brachflächen durch die Kommune bzw. durch die Stadt finanziert werden, die aber aufgrund der schrumpfenden Bevölkerung und den damit einhergehenden geringeren Steuereinnahmen keinen finanziellen Spielraum besitzt um solche Investitionen tätigen zu können. Daher bleiben betroffene Flächen in den meisten Fällen zunächst brach liegen. Zudem ist es eher unwahrscheinlich, dass sich ohne steuernde Eingriffe von außen, größere zusammenhängende Brachflächen nach Gebäudeabbrissen ergeben, da die Wohnungen nicht geordnet häuserweise frei werden, sondern sich die leerstehenden Wohnungen auf Gebiete innerhalb der Stadt verteilen. Da sich der Leerstand in den meisten Fällen nicht auf ein Gebäude oder einen Straßenzug konzentriert, entstehen perforierte Stadtstrukturen.

Neben den oben erläuterten Zusammenhängen ist die emotionale Wirkung von Gebieten mit hohem Leerstand nicht zu unterschätzen. Straßenzüge

oder Quartiere mit hohem Leerstand wirken „krank“, vermitteln das Gefühl des Niedergangs und der Einsamkeit, was wiederum die Abwanderung beschleunigt und somit zu noch mehr Leerstand führt (siehe Abb. 16).

Zudem führt die rückläufige wirtschaftliche Entwicklung von betroffenen Städten und Regionen zu weniger Arbeitsplätzen z.B. in den Bereichen der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Industrie und des Tourismus, was wiederum zu einem Attraktivitätsverlust und zu Abwanderung aus den betroffenen Gebieten führt (vgl. Weber 2014: 7).

Eine der wenigen Theorien, die sich explizit der Klärung von Schrumpfungsprozessen zuwendet und die Komplexität der Zusammenhänge vereinfacht darstellt, ist die Entwicklungsspirale nach dem schwedischen Ökonomen Gunnar Myrdal. Die Entwicklungsspirale verknüpft die bis jetzt dargestellten Faktoren (Ursache und Wirkung) zu kausalen Entwicklungspfaden und bringt gleichzeitig die Dynamik des Prozesses zum Ausdruck (vgl. Weber et al. 2012: 61). Die Entwicklungsspirale von Myrdal aus dem Jahr 1957 wurde vom Institut für Raumplanung und ländliche Neuordnung der Universität für Bodenkultur in Wien (IRUB) modifiziert. Die modifizierte Form wurde speziell für raumplanerische Anliegen auf der Basis der Arbeiten von Myrdal konzipiert und wird in dieser Form in der Abbildung 17 dargestellt (vgl. ebd.).

Die dargestellten Entwicklungslinien und Folgen zeigen, dass sich der Umgang mit einer rückläufigen Bevölkerungszahl und einer rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung für die betroffenen Städte und Kommunen als sehr komplex und problematisch darstellt. Solange der finanzielle Handlungsspielraum der Städte und Kommunen maßgeblich von der Anzahl ihrer Einwohner abhängig ist, bedeutet der Rückgang der Bevölkerungszahl für die Städte und Kommunen einen Kreislauf sich selbst verstärkender Schwierigkeiten. Insgesamt kommt es durch die Akkumulation der negativen Folgen zu einem sich selbst verstärkenden Abwärtstrend in den von Schrumpfungsprozessen betroffenen Städten und Gemeinden. Um einen Ausweg aus diesem Kreislauf zu finden müssen schrumpfende Städte Unglaubliches leisten. Sie müssen „sich wie Baron Münchhausen am eigenen

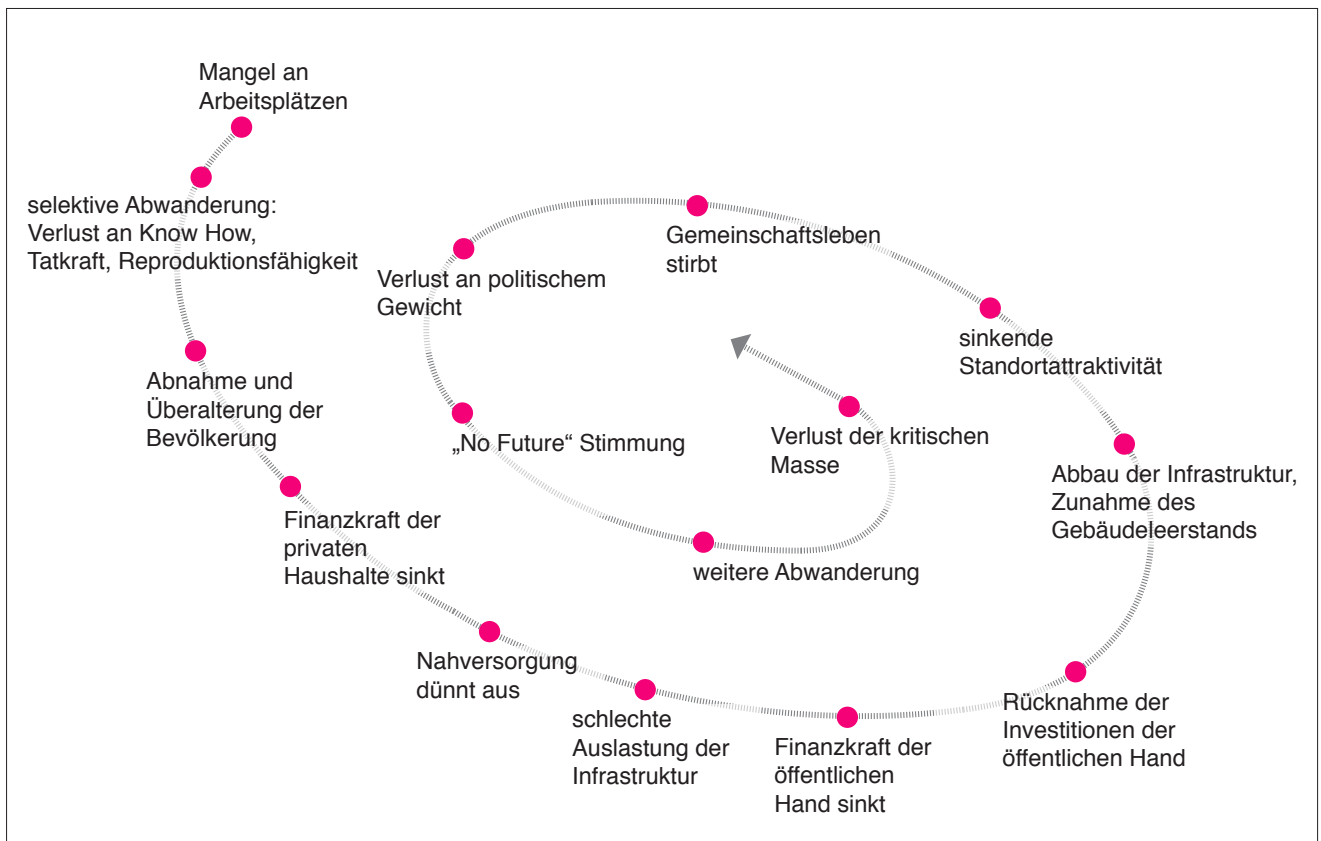


Abbildung 17:
Rückläufige Entwicklungsspirale

eigene Darstellung,
nach Weber et al.

Quelle:
(vgl. Weber et al. 2012:
61).

Schopf aus dem Sumpf ziehen.“ (Liebmann/ Robischon 2003a: 8).

Im Bezug auf die Zukunft kann man sagen, dass die Anzahl der städtischen EinwohnerInnen insgesamt abnehmen wird. Das hat die Folge, dass sich weniger Einwohner auf die Städte verteilen werden. Selbst wenn eine Stadt dem Trend der Schrumpfung entgegen wirken kann bzw. die Intensität der Schrumpfung gering bleibt oder sie sogar wächst, dann wird eine andere Stadt umso stärker von Schrumpfung betroffen sein. Insgesamt läuft die Entwicklung auf eine Konkurrenz der Städte untereinander, und auf der innerstädtischen Ebene auf eine Konkurrenz der Stadtteile hinaus.

2.4.8 Umgang mit städtischen Schrumpfungprozessen

Obwohl einige Städte früher und intensiver und andere Städte vielleicht später und in einem geringeren Ausmaß von Schrumpfungprozessen betroffen sein werden, sollte sich jedoch jede Stadt mit dem Thema Schrumpfung auseinandersetzen. Für die Städte ist es enorm wichtig, intern eine Position zu dem Thema zu beziehen und kritisch zu überprüfen, ob man selbst betroffen ist oder nicht. Städte die von Schrumpfungprozessen betroffen oder bedroht sind, sollten sich frühzeitig auf die rückläufigen Entwicklungen einstellen und diese nicht ignorieren. Stattdessen sollten sie Rahmenbedingungen schaffen, um die Schrumpfung möglichst gering zu halten.

An dieser Stelle möchte ich stadtmorphologische bzw. fachplanerische Leitbilder zur Raumentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen vorstellen. Die Leitbilder basieren vor allem auf einem baulich-strukturell orientierten Verständnis von Siedlung. Deshalb werden von diesen Ansätzen insbesondere die physisch-strukturellen Auswirkungen rückläufiger demographischer und rückläufiger wirtschaftlicher Entwicklungen behandelt. Hierbei lassen sich drei Typen von Handlungsmöglichkeiten identifizieren:

1. Der Handlungsansatz der „passiven Sanierung“

Der Handlungsansatz der „passiven Sanierung“ steht dafür, dass keine konkreten Steuerungsaktivitäten von rückläufigen Entwicklungen durchgeführt werden. Bei diesem Ansatz geht man davon aus, dass die Schrumpfungprozesse temporär beschränkt sind („Theorie der langen Wellen“) und von Wachstumsphasen abgelöst werden. Nach diesem Ansatz müssten Gebiete die von Schrumpfungprozessen betroffen sind lediglich die Zeit bis zur nächsten Wachstumsperiode ausharren (vgl. Weber et al. 2012: 50). Dass dieser Ansatz sehr kritisch zu sehen ist, haben Hartmut Häußermann und Walter Siebel bereits im Jahre 1987 festgestellt, indem sie schrieben: „Ungesteuerte passive Sanierung läuft Gefahr, sich zu einem nicht mehr aufhaltbaren Absturz zu beschleunigen.“ (Häußermann/ Siebel 1987: 152).

2. Der Handlungsansatz der „Konzentration“

Der Handlungsansatz der „Konzentration“ basiert auf dem Leitbild der „kompakten Stadt“. Das Konzept dieses Ansatzes kann als Schrumpfung des Stadtkörpers von außen nach innen bezeichnet werden. Nach dem Ansatz der „Konzentration“ sollen vor allem städtische Randlagen zugunsten von Flächen im Stadtkern aufgegeben werden. Die aufgegebenen Randlagen sollen dann renaturiert werden. Das Ziel des Handlungsansatzes ist die Stärkung der innerstädtischen Siedlungsbereiche und die Chance auf eine Reurbanisierung bzw. eine Rezentrierung unter Schrumpfungsbedingungen (vgl. Weber et al. 2012: 50).

3. Der Handlungsansatz der „Auflockerung“/ „Dispersion“

Der Handlungsansatz der „Auflockerung“ geht von einem flächigen Wegfall von Nutzungen innerhalb einer Stadt aus. Infolgedessen kommt es zur Herausbildung von mehreren unterschiedlichen dezentralisierten Siedlungsschwerpunkten, diese werden durch Bereiche der Ausdünnung mit niedrigen Bau- und Nutzungsdichten verbunden. Deswegen kann man dieses Konzept als städtische Umsetzung des siedlungsstrukturellen Leitbildes der „Dezentralen Konzentration“ beschreiben, denn „auch hier soll durch die bewusste Reduktion von baulich genutzten Flächen eine Aufwertung der weiter zu erhaltenden städtischen Kernräume angestrebt werden.“ (Ebd.).

Diese drei Handlungsalternativen, die im Umgang mit rückläufigen Entwicklungen existieren, werden von den bis dato vorhandenen Leitbildansätzen in unterschiedlicher Weise aufgegriffen und miteinander kombiniert. Im Folgenden werde ich die zwei dominantesten städtebaulich- sektoralen Leitbilder, die es im Umgang mit rückläufigen Entwicklungen gibt, vorstellen.

2.4.8.1 Das Leitbild der „Perforierten Stadt“

Das Leitbild der „Perforierten Stadt“ wurde vor allem von Stadt Leipzig geprägt und vorangetrieben. Man kann dieses Leitbild als Zwischenposition zu den folgenden zwei Strategien im Bezug auf den Umgang mit dem durch Schrumpfungsprozesse bedingten Überangebots an baulichen und infrastrukturellen Einrichtungen bezeichnen.

Die erste Strategie ist, dass das Überangebot an baulichen und infrastrukturellen Einrichtungen vom Rand der Siedlung nach innen rückgebaut wird, was zu einer Konzentration des Siedlungskörpers führt. Das Ergebnis dieses Prozesses kann eine kompakte Stadt sein, die durch räumliche Geschlossenheit, sowie durch soziale und funktionale Durchmischung gekennzeichnet ist. Siehe dazu (siehe Abb. 18) „Kontraktion“ vom Stadtrand (vgl. Stadt Leipzig 2004a: 85).

Die zweite Strategie um das bisherige Raumsystem zu modernisieren, ist die bewusste Ausdehnung von Freiräumen innerhalb der Siedlungsstruktur mit dem Ziel, eine stärkere Gliederung der Stadt zu erreichen. Diese internen Ränder, Kanten und Zäsuren führen zu einer stärker gegliederten Stadt. Siehe dazu (siehe Abb. 18) „Gliederung“ im Innenbereich (vgl. ebd.).

Beide Strategien haben gemeinsam, dass sie für ihre Durchsetzung eine „eindeutige und städtebauliche Positionsbestimmung“ (Weber et al. 2012: 50), sowie eine hohe Eingriffsintensität verlangen. Gleichzeitig nimmt die raumplanerische Steuerungsfähigkeit aufgrund des Überangebots am Wohnungsmarkt ab. Diese abnehmende Steuerungsfähigkeit ist auf die mentale und ökonomische Heterogenität der privaten Grundstückseigentümer zurückzuführen, die verhindert, dass „alle Eigentümer gleichzeitig an einem Strang ziehen können oder auch wollen“ (Stadt Leipzig 2004a: 85).

Zur Auflösung der gegenläufigen Entwicklungen wird neben der „Kontraktion“ und der „Gliederung“ eine dritte Strategie eingeführt - die „Perforation“. Das Leitbild der „Perforierten Stadt“ (siehe Abb. 18 - Erhalt urbaner Kerne) nimmt in pragmatischer Weise Bezug auf die Realität der gründer-

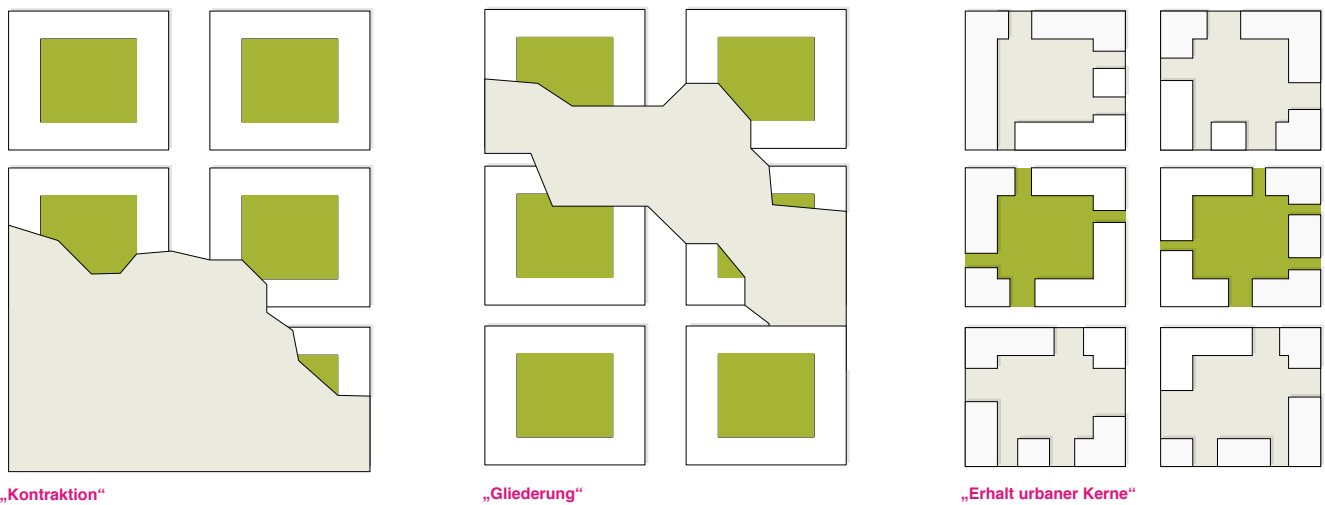


Abbildung 18:

Optionen für den Stadtumbau

eigene Darstellung, nach
Lütke-Daldrup/Doehler-
Behzadi

Quelle:

(Lütke-Daldrup/
Doehler- Behzadi 2004:
42- 43).

zeitlichen Stadt und auf die zufällige Mitwirkung ihrer Mitspieler beim Stadtumbau. Der Begriff „Perforation“ wird an dieser Stelle als „Einzelabbruch von Gebäuden und der sich auflösende städtebauliche Zusammenhang von einstmals geschlossenen städtebaulichen Strukturen in Folge von Substanzschwäche, fehlender Nachfrage und zu hohem Investitionsrisiko“ (Ebd.) definiert. Das Leitbild der „Perforierten Stadt“ sieht die Rückbesinnung auf die flächensparende, nutzungsgemischte und sozial integrierte/integrierende Kernstadt, sowie die auf ein solches Stadtverständnis abzielenden Strategien der Kontraktion und der Gliederung als nicht mehr ausreichend an, um die Probleme einer sich ausdünnenden, auflockernden Stadt und ihrer dispersen Strukturen bewältigen zu können. Die Perforation wird zum innerstädtischen Gegenstück der äußeren Siedlungsentwicklung in städtischen Agglomerationen bei deutlich geringeren Dichten als im historischen Stadtkontext (vgl. ebd.: 87).

Bei den durch die „Perforation“ abgebrochenen Gebäuden handelt es sich in der Regel um „minderwertige Geschosswohnungsbauten“. Diese sollen im Zuge des Leitbildes der „Perforierten Stadt“ durch temporäre Nutzungen wie z.B. Grünflächen und durch Nutzungen mit einer geringeren Dichte wie z.B. Stadtvillen oder Townhouses ersetzt werden. Die durch dieses Vorgehen entstehende „fragmentierte und diskontinuierliche Bebauungsstruktur“ (Göschel 2003: 2) soll die bestehenden Vorstellungen von Stadt oder Siedlung um neue Qualitäten und Aneignungsstrategien erweitern. Die Voraussetzung für die Anwendung dieses Leitbildes ist, dass Städte die dieses Konzept verfolgen nicht prinzipiell in ihrer Existenz gefährdet

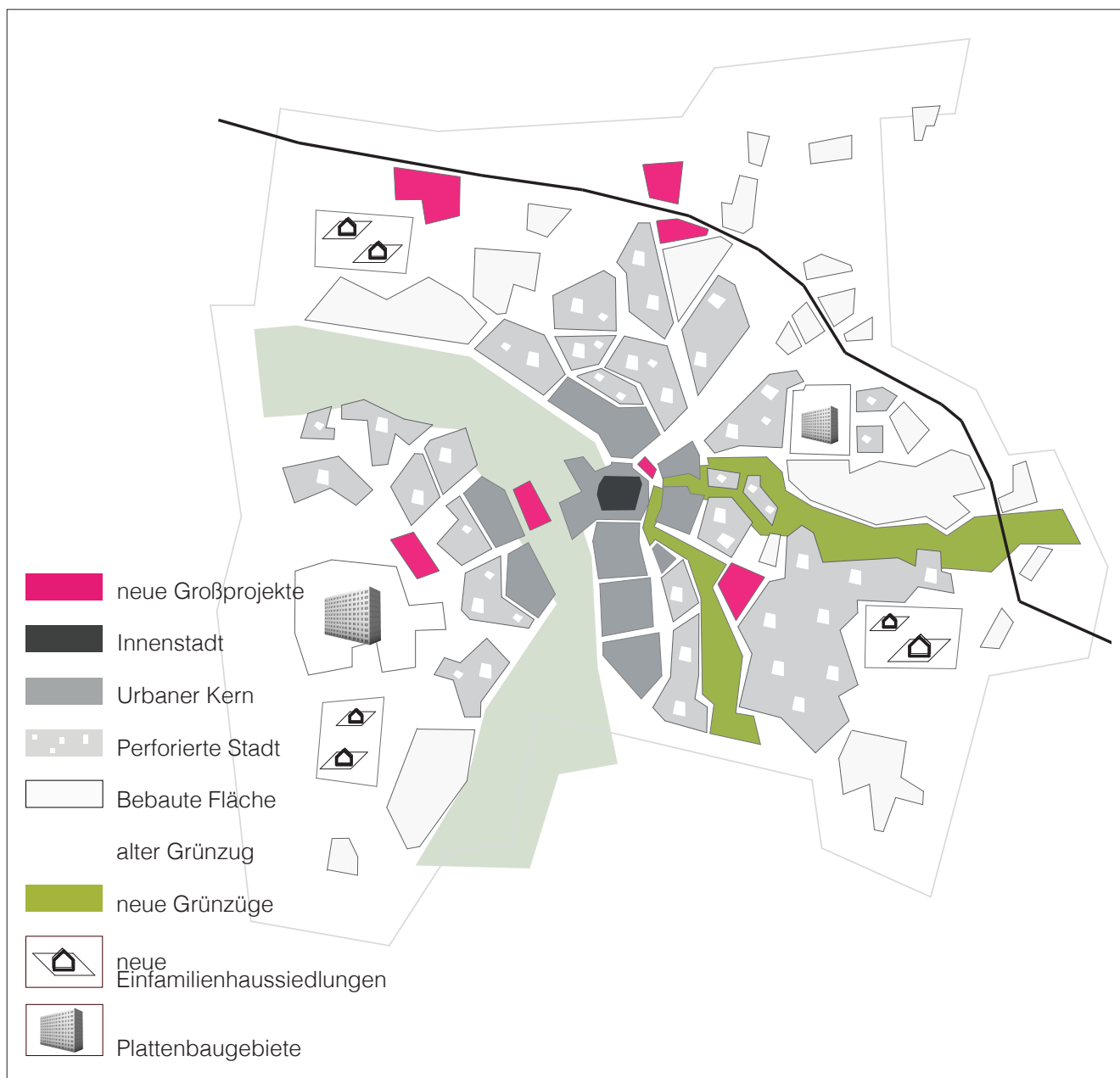
sind, also trotz der Schrumpfungsprozesse weitgehend bestehen bleiben werden (vgl. ebd.).

Wie bereits erwähnt wurde das Leitbild der „Perforierten Stadt“ und dessen Entwicklungsvorstellungen von der Stadt Leipzig geprägt und von der Leipziger Stadtregierung durch den Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung (STEP W+S) im Jahr 2000 beschlossen, wodurch die stadtmorphologische Gliederung Leipzigs, wie sie in Abbildung 19 dargestellt wird, entstanden ist.

Abbildung 19:
Siedlungsmorphologische
Gliederung Leipzigs

eigene Darstellung,
nach Lütke Daldrup/
Doeler- Behzadi

Quelle:
(vgl. Weber et al. 2012:
52).



Diese grobe Raumstruktur wurde von der Stadt Leipzig in insgesamt fünf räumliche und stadtteilbezogene Strategien zur Kapazitätsanpassung der bestehenden und angestrebten Raumstrukturen umgewandelt:

1. Konsolidierungsgebiet

2. Potenzialgebiet

3. Sicherungsgebiet

4 Perforationsgebiet

5. Rückbauggebiet

Als positive Effekte des Leitbildes der „Perforierten Stadt“ werden häufig die Entdichtung und die Auflockerung des Siedlungsgefüges bezeichnet. Mit diesen Effekten geht ein positiver Effekt einher, nämlich die Möglichkeit zur Erhöhung der Wohnqualität. Diese kann durch ein größeres Angebot an Freiräumen und/ oder die Möglichkeit der Erfüllung des steigenden Wohnflächenbedarfes erreicht werden (vgl. Weber et al. 2012: 51). Durch neue Wohntypologien in der Stadt wie z.B. Stadthäuser/ Townhouses mit Gärten in Zentrumsnähe soll ein attraktives Gegenangebot zur klassischen Suburbanisierung, mit den Einfamilienhäusern auf der „Grünen Wiese“ und ihren verdeckten Folgekosten für Mobilität und Energie etc., geschaffen werden.

Trotz dieser positiven Effekte gibt es einige erhebliche Planungshindernisse bei der Realisierung dieses Modells. Ein sehr wichtiger Punkt ist, dass die Entwicklungsvorstellung des Leitbildes auf einer fehlenden Immobiliennachfrage basiert, was nicht erfüllbare Renditeerwartungen auf Seiten der EigentümerInnen mit sich bringt. Die Einzeleigentümer sind oft nicht gewillt, „ihre Immobilien oder Grundstücke zum realen, extrem niedrigen, gegen Null gehenden Marktwert an die Kommune zu veräußern“ (Göschel 2003: 2), können selbst aber auch keine Umstrukturierung durchführen. Aus illusorischer Erwartung eines plötzlich steigenden Nutzungsinteresses heraus, wird der Leerstand bis zum ruinösen Zustand der Immobilie hingenommen. Professor Lütke Daldrup sieht die Herausforderung in diesem Zusammenhang im Lernprozess für die Grundstückseigentümer, „die sich auf ‚eigenheimverträgliche‘ Preise einstellen müssen.“ (Lütke Daldrup 2001: 195). Dieser Sachverhalt wird vor allem in der konkreten Umsetzung

spürbar, wenn es darum geht mit einer Vielzahl mehr oder weniger renditeorientierter Privateigentümer über die Überlassung von Flächen zu verhandeln. Zu diesem Zweck wurde in Leipzig das Instrument der „Gestattungsvereinbarung“ entwickelt. Die „Gestattungsvereinbarung“ hat das Ziel, alle Grundstücke einer temporären Nutzung zuzuführen, die mittelfristig keiner baulichen Verwertung zugeführt werden können. In Leipzig hat man die Dauer der temporären Nutzungen meist auf 10 bis 20 Jahre beschränkt (vgl. Weber et al. 2012: 53). Damit es zu Kooperationen zwischen den Privaten und der Stadtverwaltung kommt werden von Seiten der Stadt Anreize geschaffen, die im Fall einer „Gestattungsvereinbarung“ zum Tragen kommen. Als Anreize gelten beispielsweise Hilfestellungen seitens der Stadt bei der Aufstellung von Fördermitteln für den Abbruch vorhandener Bausubstanz, die Befreiung von der Grundsteuer für die Dauer der temporären Nutzung, die Aufrechterhaltung von bestehenden Baurechten, sowie eine flexiblere Handhabung beispielsweise des Bebauungsplans (vgl. ebd.). Im Zusammenhang mit dem Leitbild der „Perforierten Stadt“ ist es besonders wichtig, dass der Abbruch in Würde und Respekt vor dem „Alten“ durchgeführt wird, „ohne die Brutalitäten einer Wertvernichtung und Gleichgültigkeit gegenüber den Bindungen der Menschen an ‚ihren‘ Häusern und Wohnquartieren.“ (Göschel 2003: 2).

2.4.8.2 Das Leitbild der „Hybriden Stadt“

Versucht man das Leitbild der „Hybriden Stadt“ bezüglich der grundsätzlichen Handlungsalternativen im Umgang mit Schrumpfungsprozessen einzuordnen, dann handelt es sich bei diesem Ansatz um einen Mischtyp. Einerseits verfolgt der Ansatz die Konzentration und Verdichtung von städtebaulichen und nutzungsstrukturellen Elementen zu Stadtfragmenten, andererseits wird durch die bewusste Durchmischung dieser Fragmente seitens extensiver Landwirtschafts- und Freiräume eine Strategie der Durchmischung und Dispersion verfolgt (vgl. Weber et al. 2012: 54). Schlussendlich kann man sagen, dass sich das Leitbild der „Hybriden Stadt“ noch weiter von der Organisationsform der „kompakten Stadt“ distanziiert als das Leitbild der „Perforierten Stadt“ (vgl. Lang/ Vogler 2004: 80).



Abbildung 20:
Vision zur „Hybriden
Stadt“

Oswalt, Overmayer und
Prigge

Quelle:
(Weber et al. 2012: 53).

Das Leitbild der „Hybriden Stadt“ wird vor allem von den drei Autoren Oswald, Prigge und Overmayer vertreten. Kennzeichnend für das Leitbild ist, dass es den Grundsatz der kompakten Siedlungsstruktur aufgibt und stattdessen die Entwicklung einer posturbanen Stadt verfolgt.

Oswalt, Prigge und Overmayer bezeichnen die posturbane Stadt als eine Stadt, bestehend aus „heterogenen Fragmenten geschrumpfter und verinselter Stadtviertel mit landschaftlich unstrukturierten Verbindungen“ (Oswalt/ Overmayer/ Prigge 2003: 23). Laut den drei Autoren entsteht aufgrund des Zwangs zur Reduktion auf die wesentlichen städtebaulichen und nutzungsstrukturellen Komponenten die Voraussetzung zu einer Weiterentwicklung von schrumpfenden Städten. Die aus der Reduktion resultierenden Siedlungsfragmente haben jeweils ein spezifisches Profil von Wohn-, Arbeits-, Konsum- und Kulturfunktion. Diese Siedlungsfragmente können über extensive Landschaftsräume (von den Autoren auch „Prärie“ genannt) sowie über Freiräume zu neuen Konstellationen kombiniert werden (siehe Abb. 20) (vgl. Weber et al. 2012: 53). Die „hybride“ Stadt zeichnet sich also durch eine kleinräumige Durchmischung von unterschiedlichen Bebauungs- und Freiraumtypen aus.

Durch die Transformation von bestehenden Gebäudebeständen in alternative Bau- und Gebäudetypologien soll sich für die BewohnerInnen die Mög-

lichkeit bieten „raumaneignende Bedürfnisse in neuen und alten Wohnformen sowie in diversen Raumtypen zu befriedigen.“ (Lang/ Vogler 2004: 79- 80). Oswald, Overmeyer und Prigge sind der Meinung, dass sich das Stadtgefüge so zu einem dynamischen System entwickelt, indem immer wieder Areale brach fallen und rekolonisiert werden. Als Instrumente, um die Transformation zu ermöglichen werden folgende Punkte genannt:

Extensivieren:

Bestehende, raumbezogene Aktivitäten werden dreidimensional ausgebreitet; brachfallende Areale werden mit gering verdichteten bzw. wenig intensiven Nutzungen neu besetzt.

Abreißen:

Hier wird das Ziel verfolgt, durch gezielte Abrisse neue städtebauliche Strukturen zu erschaffen. Dabei können isolierte Stadtviertel mit ihrer Umgebung verknüpft und in homogenen Quartieren neue Strukturen geschaffen werden.

Umschichten:

Brachflächen in der Innenstadt werden durch Neubauten mit geringerer Dichte besetzt und durch den Wechsel der Bebauungsdichten und neue Bautypologien attraktiviert.

Einfrieren:

Spezifische Standorte mit potenziell längerfristigen bzw. kulturellen Werten, die aktuell ungenutzt sind, werden in ihrer Bausubstanz vorläufig gesichert, die Oberflächen der Bauten sollen aber aktiv genutzt werden z.B. durch Installationen, Bewuchs oder Kletterwände und Ähnliches.

Binden:

Durch Mitgestaltungsrechte der Mieter und BewohnerInnen an Wohnungen und am Wohnumfeld soll eine identifikationsbedingte Bindung an den Wohnstandort erreicht werden.
(vgl. Lang/ Vogler 2004: 79).

2.4.9 Chancen und Risiken von Schrumpfungprozessen

Trotz der großen Schwierigkeiten, die mit den Schrumpfungprozessen für die Städte und Gemeinden einhergehen, müssen sich jedoch eine große Anzahl der Städte mit dem Thema auseinandersetzen. Es ist wichtig, die Schrumpfung nicht als unabwendbares, allgegenwärtiges Schicksal hinzunehmen, sondern auch die Möglichkeiten und Chancen einer solchen Entwicklung wahrzunehmen.

Ein Aspekt, den man im Zusammenhang mit städtischen Schrumpfungprozessen als positive Chance bezeichnen kann, ist die geringere Einwohnerdichte. Diese kann einen Beitrag zur Steigerung der Qualität des innerstädtischen Wohnens leisten (vgl. Wiechmann/ Siedentop 2008: 8). Durch die Transformation von bestehenden Gebäudebeständen in alternative Wohnformen und Gebäudetypologien (siehe Abb. 21), die sonst eher am Stadtrand oder im Umland der Städte zu finden sind, sollen Umlandwanderungen reduziert werden und junge Familien dazu gebracht werden in der Stadt zu leben. Das kann allerdings nur gelingen, wenn die neuen Gebäudetypologien den Vorstellungen der jungen Familien entsprechen und ein kinderfreundliches, einfamilienhausähnliches Wohnen mit einem hohen Grünanteil bieten können.

Darüber hinaus sollten von Schrumpfung betroffene Städte die Zeit des Wandels als Chance nutzen, um das Selbstverständnis der Stadt zu verändern. Städte die von Schrumpfungprozessen betroffen sind müssen sich „neu erfinden“ und eine Identität entwickeln, die die Schrumpfungprozesse akzeptiert und einbindet. Es geht also vor allem darum, das Selbstbild

Abbildung 21:
Plattenbauten transformiert zu Reihenhäusern/
Stadthäusern

Die neuen Bewohner bilden eine Baugruppe und sind schließlich Eigentümer ihrer Häuser. Das Projekt gelang ohne zusätzliche Fördermittel.

Quelle:
(<http://www.jeder-qm-du.de/platten-doku/plattenwissen/detail/plattenbaukasten/>).





Abbildung 22:
Sanierte und umgebaute
Plattenbauten in Lei-
nefelde

Stiftung Ettersburg

Quelle:
(http://stiftung-ettersburg.de/getmedia.php/_media/stiftung/image_neu/201110/1318250199-grid_14.jpg).

der Stadt der realen Situation der Stadt anzupassen und nicht von verzerrten, gewünschten und letztlich falschen Realitäten auszugehen.

Es besteht die Gefahr, dass betroffene Städte die Schrumpfungsprozesse abstreiten, leugnen, verdrängen oder sich selbst überlassen. Diese Reaktion ist sehr gefährlich und fahrlässig, da die Chancen und Potenziale die sich aus der Neugestaltung der Stadt ergeben ungenutzt bleiben. Ebenso besteht die Gefahr, wenn Schrumpfung ausschließlich negativ betrachtet wird, keine Möglichkeit besteht die Aufmerksamkeit auf ihre Potenziale zu lenken. Es besteht also eine wichtige Chance in der Vermittlung und Kommunikation von Schrumpfungsprozessen. Schrumpfung im Bewusstsein der Gesellschaft zu verankern und positiv zu besetzen wird eine wichtige Rolle spielen, deshalb ist es wichtig den Prozess des physischen Rückbaus in der Öffentlichkeit zu begleiten.

Zudem ist es sehr wichtig, dass sich die betroffene Städte und Gemeinden auch die Risiken der Schrumpfungsprozesse vor Augen führen. Die Bevölkerungsverluste haben einen großen Einfluss auf die finanzielle Lage der Städte und Kommunen und führen zu einem geringen Handlungsspielraum, um Problemen entgegen zu wirken. Gleichzeitig steigt aufgrund der selben Entwicklung die Notwendigkeit einzugreifen. Aufgrund dessen wird es in Zukunft beim Umgang mit Schrumpfungsprozessen ein sehr wichtiger Aspekt sein, mit geringen finanziellen Mitteln eine große Wirkung zu erzielen. Daher werden in Zukunft vor allem kreative Planungsinstrumente eine wichtige Rolle spielen, die mit gezielten Maßnahmen große Wirkungen

erzielen können. Da die zukünftigen Entwicklungen wohl kaum verlässlich vorhersehbar sein werden, sind zudem vor allem flexible Planungsstrukturen notwendig, da sich diese nicht nur an endgültigen Zielen orientieren, sondern auch an Zwischenzielen. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit die Planungsschritte flexibler an die Rahmenbedingungen anzupassen. Diese Herangehensweise bedingt allerdings, dass der Anspruch umfassende Planwerke zu entwickeln reduziert und zum Teil aufgegeben werden muss.

Sowohl Wachstum als auch Schrumpfung sind zeitlich begrenzte Transformationsprozesse. Im Verlauf der Zeit werden Städte verschwinden, andere werden über längere Zeit an Substanz verlieren, sich auf einem niedrigen Niveau einpendeln oder auch wieder wachsen. Betrachtet man die Geschichte, dann lässt sich erkennen, dass das Wachstum nicht stets als ein positiver Prozess wahrgenommen wurde, wenn man sich beispielsweise die Situation in den Mietskasernen in der Zeit der Industrialisierung vor Augen führt. Ebenso wenig muss Schrumpfung stets als ein allein negativer Prozess erfahren werden. Die Schrumpfung führt genau wie das Wachstum zu grundsätzlichen Erschütterungen und Veränderungen von Leitbildern, Handlungsmodellen und Praktiken, aus denen eine gesellschaftliche Umorientierung hervorgeht (vgl. Oswald: 2004: 12- 13).

Abbildung 23:
Zitat von
Christian Morgenstern

eigene Darstellung

Quelle:
(<http://gutezitate.com/zitat/192932>).

„ Wir brauchen nicht so fortzuleben,
wie wir gestern gelebt haben.
Macht euch nur von dieser
Anschauung los
und tausend Möglichkeiten
laden uns zu neuem Leben ein “

Christian Morgenstern, 1871 – 1914

3 „Städtische Kreativität“ I strategische Planung

Im Abschnitt 3 „Städtische Kreativität“ I strategischer Planung“ wird erläutert, wie „städtische Kreativität“ und strategische Planung definiert werden und durch welche Thesen/ Kriterien man deren Existenz im Planungskontext nachweisen kann.

3.1 „Städtische Kreativität“

Im Kapitel „Städtische Kreativität“ wird definiert, welches Verständnis von „Kreativität“ im allgemeinen und welches von „städtischer Kreativität“ der Arbeit zu Grunde liegt. Anschließend werden die Auslöser vorgestellt, die als Voraussetzung dafür gelten, dass einer Stadt der Übergang zur urbanen Kreativität gelingt. Zudem wird der Kreislauf „städtischer Kreativität“ vorgestellt. Am Ende des Kapitels werden Thesen dargelegt, die „städtische Kreativität“ beschreiben und anhand derer man die Existenz von „städtischer Kreativität“ prüfen kann.

3.1.1 Kreativität - eine Annäherung

Betrachtet man die Begrifflichkeit der Kreativität allgemein, dann wird darunter häufig die Fähigkeit des produktiven Denkens verstanden. Die Fähigkeit produktiv zu denken bedeutet, bereits vorhandene Informationen originell zu verarbeiten und zu konkretisieren (vgl. Meyers Lexikonredaktion 1981: 198). Die Autoren Maier, Möhrle und Specht ergänzen diese Definition von Kreativität dahingehend, dass sie Kreativität als Fähigkeit eines Individuums oder einer Gruppe bezeichnen, die in der Lage sind in phantasievoller und gestaltender Art und Weise zu denken und zu handeln (vgl. Maier/ Möhrle/ Specht 2014: o.S.). Der amerikanische Wissenschaftler Mel Rhodes hat den Begriff Kreativität in den 1960er Jahren in vier verschiedene Grundelemente unterteilt:

die kreative Person

den kreativen Prozess

das kreative Produkt

das kreative Umfeld (orig.: press. d.h. der Problemlösungsdruck der Umwelt)

Die Unterteilung in die so genannten vier „P“, ist bis dato immer noch gültig und hilft dabei den oftmals noch diffusen Begriff zu unterteilen und zu umfassen.

Zu den kreativitätsfördernden Merkmalen einer Person gehören laut Mel Rhodes z.B. Personenmerkmale wie Offenheit für Erfahrungen, hohe kognitive Fähigkeiten und Verantwortungsgefühl.

Der kreative Prozess wird häufig als typische Abfolge von Phasen beschrieben. Zunächst die Phase der Problemidentifikation, dann die Vorbereitungsphase, darauffolgend die Generierungsphase in der mögliche Lösungen weiter entwickelt werden und schließlich die Beurteilungsphase, in der die Analyse der möglichen Lösungen durchgeführt wird.

Kennzeichnend für kreative Produkte ist, dass sie zugleich neu, angemessen, nützlich oder wertvoll für die Lösung eines Problems sind.

Kreativitätsfördernde Aspekte im Hinblick auf die Umwelt sind z.B. ein gutes Teamklima für Kreativität und Innovation, sowie eine qualitativ gute Beziehung zwischen Personen unterschiedlicher Hierarchien (vgl. ebd.).

Im Zusammenhang mit Kreativität ist es wichtig die nationalen Unterschiede beim Verständnis von Kreativität zu erwähnen. In Großbritannien versteht man den Begriff selektiv vor allem als Eigenschaft kultureller Produktion (Humankapital). Hier werden vor allem Kunst und Kultur als Höchstform menschlicher Kreativität verstanden. Der britische Stadtforscher Charles Landry spricht vor allem Künstlern Kreativität zu. Der australische Professor Justin O'Connor vertritt die Meinung, dass allein die künstlerische Bohème ein gesellschaftlich erlaubtes Recht hat kreativ zu sein (vgl. Kirchengberg 2010: 21).

Eine ganz anderes Verständnis von Kreativität lässt sich vor allem bei amerikanischen Sozialwissenschaftlern finden. Sie vertreten die Meinung, dass Kreativität eine Eigenschaft aller Personen in allen Lebenslagen sein kann und dass diese Eigenschaft nicht nur Künstlern und der intellektuellen Bohème vorbehalten ist. Der US-amerikanische Professor Richard Florida erweitert „die Fähigkeit zur Kreativität auf jede Berufssparte, die weitgehend selbstständig denkt und arbeitet.“ (Ebd.: 21- 22). Florida erweitert den Begriff soweit, dass er alle Gruppen von Produzenten umfasst, die heute im bedeutenden Umfang zur postindustriellen Wertschöpfung beitragen (vgl. ebd.: 22).

In Deutschland wird in Verbindung mit Kreativität häufig das Verb „kreatieren“ benutzt und es bezieht sich in der Regel auf die Bereiche Kunst

und Mode. Momentan dominiert in Deutschland, im Gegensatz zum amerikanischen Raum, noch die Idee des kreativen Genies. Allerdings lässt sich in letzter Zeit auch hier eine Verschiebung der Bedeutung des Wortes feststellen. Hierbei handelt sich um eine Verschiebung des Verständnisses von Kreativität von einer „Genie- Kreativität“ hin zu einer „Jedermann- Kreativität“ (vgl. ebd.).

Trotz der nationalen Unterschiede beim Verständnis von Kreativität sind sich alle darin einig, dass es sich bei Kreativität um das Neue im Jetzt handelt. Kreativität bedeutet, dass sich das bisher Nicht- Fassbare, das bisher Nicht-Erfahrbare ereignet und plötzlich sichtbar wird. Es kann wahrgenommen, besprochen und vermittelt werden und es wird dadurch Gegenstand der Betrachtung (vgl. Romero 2011: 7). Der griechische Philosoph Sokrates (469 v. Chr.- 399 v. Chr.) wird als der erste Entdecker dieser kreativen Kraft bezeichnet. Sokrates soll seine Gesprächspartner stets in ein intensives Gespräch verwickelt haben, „an dessen Ende oft vermeintlich gesicherte Erkenntnisse und Überzeugungen zerbrochen waren und die Aufforderung stand, jetzt erst recht weiterzudenken.“ (Romero 2011: 7). Das Wirken von Sokrates ist bis heute prägend für das westliche Denken und nach wie vor von bemerkenswerter Aktualität.

3.1.2 „Städtische Kreativität“ in der Fachliteratur

In den letzten Jahren hat sich der Begriff der Kreativität zu einem schillernden Wort von Kommunalpolitikern und Wirtschaftsförderungsagenturen entwickelt, aber auch die Sozialwissenschaften und speziell die Raumwissenschaften haben sich des Begriffes angenommen. Die Nutzung des Begriffes Kreativität in der Stadtplanung ist unklar, da vielfach Bedeutungen vorausgesetzt werden, die sich bei genauerer Betrachtung widersprechen. „Ist der Kreative solitäres Genie oder Teil eines Kollektives, ist Kreativität ein subjektives oder ein kooperatives Gut? Ist Kreativität eine künstlerische oder eine kommunikative Fähigkeit?“ (Kirchberg 2010: 19). Betrachtet man die Begriffsverwendung in der Stadtplanung genauer, dann fällt auf, dass zwar Bedingungen und Konsequenzen von Kreativität erläutert werden

aber nicht das, was Kreativität im Kern eigentlich ist.

Bei Kreativität handelt es sich um einen Begriff, der wie die Begriffe „Gerechtigkeit“ und „Schönheit“ als individuelle oder kollektive Eigenschaft von allen gewünscht wird aber von keinem präzise bestimmt werden kann (vgl. Kirchberg 2010: 20). Vor allem im Bezug auf Politik und Planung bleibt die Begrifflichkeit von Kreativität unklar, da eine wörtliche Übersetzung (z.B. persönliche Fähigkeit des Schöpfens) die aktuelle Verwendung in Politik und Planung nur unzureichend trifft (vgl. ebd.). Sowohl in der Kommunalpolitik als auch in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung wird die Metapher häufig unreflektiert benutzt und teilweise gerade deswegen strategisch zweckbezogen verwendet. Diese inhaltliche Unklarheit des Begriffes wird von Unternehmen, Städten und Individuen als Wert geschätzt, da jeder das darunter verstehen kann was er möchte. Deshalb werben sowohl Politiker als auch City- Marketingagenturen plakativ für ihr Klientel mit „kreativitätsfördernden Klima“ (creative climate) und einer „kreativen Wirtschaft“ (creative Industries) inmitten von „kreativen Städten“ (creative cities) (vgl. ebd.). Als notwendige lokale Bedingung wird dabei die Stadtkultur angeführt, um eine produktive oder urbane Kreativität zum Wohl der regionalen Ökonomie zu fördern.

Ohne eine präzise Begriffsbestimmung besteht die Gefahr, dass Kreativität in der kommunalpolitischen Diskussion allein auf die Eigenschaft der Unterstützung einer postindustriellen Wirtschaft reduziert wird (vgl. ebd.: 21).

In Anbetracht der Komplexität der Problemlagen in vielen von Schrumpfungprozessen betroffenen Städten, ist davon auszugehen, dass zukunftsfähige Problemlösungen ein „neues Denken“ und kreatives Handeln erfordern. Als kreatives Handeln in der Stadtentwicklung wird die intendierte Veränderung nicht mehr adäquater Handlungsmuster in verschiedenartigen kommunalen Handlungsfeldern verstanden, mit dem Ziel das integrierte und grenzüberschreitende Handlungsansätze stets favorisiert werden (vgl. Liebmann/ Robischon 2003a: 10). Kreatives Handeln bedeutet die Abkehr von üblichen Entscheidungs- und Verhaltensweisen und damit auch das Brechen mit Routinen. Dies kann im Sinne einer „Kultivierung des Experiments“ geschehen, das den Mut zum kalkulierten Risiko mit einem verantwortungsvollen Umgang mit offenen Ergebnissen ver-

„Städtische Kreativität‘ bezieht sich nicht vordergründig auf die spezifische Ausrichtung einer Stadt als ‚creative city‘, sondern sollte als zentrales, verändertes Arbeitsprinzip von Politik und Verwaltung entwickelt werden.“

Abbildung 24:

Zitat von
Liebmann/ Robischon

eigene Darstellung

Quelle:
(Liebmann/ Robischon
2003a: 11).

knüpft (vgl. ebd.).

„Städtische Kreativität“ ist nicht in erster Linie die spezifische Ausrichtung einer Stadt als „creative city“, sondern ist vordergründig als ein zentrales und verändertes Arbeitsprinzip von Politik und Verwaltung zu verstehen und zu entwickeln. Allerdings setzt das voraus, dass Städte nicht ausschließlich als gebaute Umwelt wahrgenommen werden, sondern auch als Systeme und Netzwerke (vgl. ebd.). Wenn sich die Wahrnehmung von Stadt als System und Netzwerk etabliert hat wird die Stadtpolitik ihren Schwerpunkt von der physischen Infrastruktur zur Städte-Dynamik und zur Lebensqualität der StadtbewohnerInnen verlagern. Das bedeutet jedoch nicht, dass städtebauliche Maßnahmen keine Rolle mehr spielen, sondern dass sie in ein breiteres Verständnis von Regenerierung eingebunden werden. Das breitere Verständnis von Regenerierung sieht diese als Prozess der den Menschen Gelegenheit zur Entfaltung und zur Mitgestaltung bietet und durch den eine stärkere Basis für eine zukünftig bessere Wettbewerbsfähigkeit der Städte entstehen kann (vgl. ebd.: 11).

Aus städtischer Perspektive ist es wichtig strukturelle Voraussetzungen für die Entfaltung von Kreativität zu schaffen, denn die Chance, dass für alle beteiligten Akteure tragfähige Ergebnisse entstehen ist aus dem kollektiven Prozess heraus deutlich größer (vgl. Robischon 2011: o.S.). Der Politikwissenschaftler Dr. Tobias Robischon begreift Kreativität als einen Pro-

zess, der nicht von den Eigenschaften einer individuellen Person ausgeht, sondern aus einem Kollektiv heraus entsteht. Die Fähigkeit, neue Ideen zu produzieren, setzt vielfältige Anregungen und Kommunikation voraus, was letztlich Merkmale einer größeren Gruppe von Menschen sind. Ein kreativer Umgang mit Projekten und Entwicklungsfragen entsteht nicht dadurch, dass Einzelne oder ein kleiner Kreis von Personen frei entscheiden können, sondern aus in einem kollektiven Prozess mit einer offenen Kommunikation, in der viele Stimmen Gehör finden.

Kreatives Handeln basiert auf einer erweiterten städtischen Kommunikation und Kooperation der einzelnen Akteure, sowie auf dem Austausch und der Interaktion der Akteure untereinander. Erst durch die Zusammenführung und die Zusammenarbeit von Akteuren aus dem öffentlichen, privaten und freiwilligen Sektor und die Verständigung auf gemeinsame strategische Ziele ist die Herausbildung einer eigenen „städtischen Kreativität“ möglich. Das grenzüberschreitende Handeln fördert die Interdisziplinarität der Beteiligten, wodurch neue Akteurskonstellationen entstehen. Diese zeichnen sich vor allem durch die Unterschiedlichkeit ihrer Konstituierung und ihrer Positionierung auf den Entscheidungsebenen aus. Der Austausch und die Interaktion der Akteure kann zu neuen, kreativen Lösungsansätzen und zu einer effektiveren Nutzung vorhandener Ressourcen führen, was Städten, die von komplexen Schrumpfungprozessen betroffen sind hilft, eine Regenerierung zu erreichen. (vgl. Liebmann/ Robischon 2003a: 11).

3.1.3 Auslöser „städtischer Kreativität“

Im Zusammenhang mit „städtischer Kreativität“ ist es wichtig, dass sich Städte bewusst machen, dass ihre Zukunft davon abhängig ist, wie gut oder wie schlecht sie mit der Kreativität umgehen, die in ihren BürgerInnen angelegt ist. Diese Kreativität wahrzunehmen, freizusetzen, anzuerkennen, zu vermehren, nutzbar zu machen, gewinnbringend einzusetzen, aufrecht zu erhalten und wiederzuverwerten, ist die Fähigkeit der Stadt, die im globalen Wettbewerb der Städte über die Zukunft einer Stadt entscheiden kann (vgl. Wood 2003: 29). Die zentrale Frage, die sich Städte

stellen müssen ist, wie das richtige Klima und die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden können, um die latent vorhandene Kreativität freizusetzen. In der Fachliteratur lassen sich eine Reihe von Faktoren finden, die Voraussetzung dafür sind, dass einer Stadt der Übergang zur „städtischen Kreativität“ gelingt. In den meisten Fällen ist eine Kombination der folgenden Voraussetzungen und Auslöser für positive Entwicklungen in den Städten verantwortlich (vgl. ebd.: 30):

Bewusstmachen einer Krise:

Es ist nicht zwingend notwendig, dass eine Stadt völlig zu Boden gehen muss bevor sie wieder aufsteigen kann. Dennoch spielt dieser Faktor in den meisten Fällen eine sehr wichtige Rolle. Das liegt vor allem daran, dass politische oder wirtschaftliche Zusammenbrüche einen leeren Raum hinterlassen, indem zuvor unhaltbare Ideen reifen und Wurzeln schlagen konnten. Es erleben zwar viele Städte in der Welt krisenhafte Entwicklungen, aber nicht alle werden sich über die Konsequenzen bewusst. Als positives Beispiel für das Bewusstmachen einer Krise gilt die Stadt Huddersfield in Großbritannien in den 1980er Jahren, auf die auch im Kapitel 3.1.4 „Der Kreislauf ‚städtischer Kreativität‘“ eingegangen wird (vgl. Wood 2003: 30).

Governance und organisatorische Kapazität:

Bei dem Punkt Governance und organisatorische Kapazität handelt es sich um eine sehr wichtige Voraussetzung, da keine Stadt in der Lage sein wird, ohne effektiven institutionellen Rahmen, ihre kreativen Ideen und Handlungen zu realisieren. Durch die Einführung einer neuen Verwaltungsreform z.B. im Ruhrgebiet in Deutschland, konnte eine Welle der Innovation freigesetzt werden, die ansonsten womöglich durch innere Streitigkeiten nicht zustande gekommen wäre (vgl. ebd.).

Einflüsse von Außen:

In einigen Fällen sind Städte so in ihren Problemen gefangen, dass sie selbst auf der Hand liegende Lösungen nicht wahrnehmen können. In diesen Fällen müssen externe BeraterInnen und BeobachterInnen von der Lage neutral beurteilen. Außerdem kann beispielsweise das Hinzukommen einer neuen Gruppe, wie etwa einer ethnischen Minderheit, ein Im-

puls für die Revitalisierung der Stadt sein. So wurden z.B. Amsterdam, Antwerpen und Wien in der Vergangenheit durch zugezogene Minderheiten neu belebt. Aktuell durchläuft gerade die dänische Stadt Randers einen Selbsterneuerungsprozess, der auf der Grundlage der Ideen basiert, die die Stadt den verschiedenen Gruppen von Flüchtlingen verdankt, die dort aufgenommen wurden (vgl. ebd.).

Freiraum für kreative Experimente:

Der Punkt Freiraum für kreative Experimente gilt als ein wichtige Voraussetzung bzw. als wichtiger Auslöser für „städtische Kreativität“. Gemeint ist mit diesem Punkt der Aufbau einer neuen Einrichtung, eines Stadtviertels oder eines neuen Diskussionsforums, in denen innovatives Denken ange-regt und gefördert wird (vgl. ebd.: 31). Als Beispiel für eine solche Einrichtung kann man den „Dome of Visions“ in Kopenhagen bezeichnen.

Leistungsvergleiche:

Leistungsvergleiche und „Best practice benchmarking“ stellen eine gute Strategie dar, um sich mit vergleichbaren Städten zu messen, um Innovationen durch Wettbewerb voranzutreiben und von Vorbildern zu lernen (vgl. ebd.).

Ehrgeiz und Streben nach Zielen:

Eine weitere Voraussetzung für „städtische Kreativität“ ist Opportunismus und Unternehmertum einer Einzelperson oder einer Gruppe, oder der Wettbewerb zwischen mehreren (vgl. ebd.).

Beteiligung und Ideenpools:

Das Herstellen eines bürgerschaftlichen Klimas, indem der Meinungsstreit und die Bildung von Netzwerken gefördert werden ist ein weiterer wichtiger Auslöser „städtischer Kreativität“, genau wie das Entfachen spezifischer Prozesse, wie z.B. Urban Visioning (vgl. ebd.).

Ereignisse, Konzepte und Organisationen mit Katalysatorfunktion:

Ereignisse, Konzepte und Organisationen mit Katalysatorfunktion können

zum Auslöser „städtischer Kreativität“ werden, z.B. in Form einer Verabschiedung einer Charta, einer Erklärung oder eines Manifests, durch prägenden Slogans, neue Konzepte, Wettbewerbe oder Ereignisse wie z.B. eine EXPO, IBA oder Olympiade (vgl. ebd.).

Außergewöhnliche Umstände:

Zudem können auch außergewöhnliche Umstände, wie z.B. ein politischer Wandel, eine neue Führung, sowie tiefgreifende politische oder soziale Konflikte Auslöser „städtischer Kreativität“ sein (vgl. ebd.).

Unerwartete und unvorhersehbare Ereignisse:

Zu guter Letzt gehören auch unerwartete und unvorhersehbare Ereignisse zu den Auslösern, die zu der Herausbildung einer eigenen „städtischen Kreativität“ führen können (vgl. ebd.).

Obwohl „städtische Kreativität“ häufig durch unerwartete oder unvorhersehbare Faktoren ausgelöst wird, bedeutet dies jedoch nicht, dass es sich um ein unergründliches Gebiet handelt, das nur von Experten und Einzelpersonen verstanden werden kann. Der britische Stadtforscher Charles Landry erforscht eine Reihe von Methoden, um herauszufinden, wie eine Stadt den kreativen Prozess lenken kann. Mit der Hilfe seiner Methoden sollen Gruppen und Organisationen befähigt werden ihre Kreativität zu begreifen und zu stärken.

3.1.4 Der Kreislauf „städtischer Kreativität“

Das Kapitel „Der Kreislauf ‚städtischer Kreativität‘“ bezieht sich auf die Methode „Cycle of Urban Creativity“ des britischen Stadtforschers Charles Landry. Man kann den Kreislauf der „städtischen Kreativität“ sowohl als theoretisches Konzept aber auch als ein dynamisches Instrument bezeichnen. Dieser wird für die Erzeugung einer Form von erneuerbarer städtischer Energie eingesetzt, mit der eine Stadt angetrieben werden kann. Der Kreislauf der „städtischen Kreativität“ beruht auf der Annahme, dass man Kreativität für die Entwicklung einer Stadt nutzbar machen kann. Zudem

wird angenommen, dass Kreativität auch vergeudet werden kann, wenn sie nicht intelligent strategisch gelenkt wird (vgl. Wood 2003: 32). Der Kreislauf der „städtischen Kreativität“ erkennt zudem an, dass Kreativität in einer Vielzahl an Formen, durch die Hilfe verschiedener Mittel und in unterschiedlichen Phasen eines Entwicklungsprozesses auftreten und dass die Kreativität durch viele unterschiedliche Akteure ihren Ausdruck finden kann.

Der Kreislauf der „städtischen Kreativität“ besteht aus den folgenden fünf Phasen:

1. Die Fähigkeit stärken, Ideen hervorzubringen

In der ersten Phase des Kreislaufes „städtischer Kreativität“ wird die Frage gestellt, wie innovative Geschäftsmodelle, Erfindungen, neuartige Dienstleistungen, künstlerische Schöpfungen und neue Ideen entstehen. Eine weitere Frage die es zu beantworten gilt ist, ob es in der Stadt eine ausreichende Anzahl an Menschen gibt, die in neuen Bahnen denken und ob von ihnen Notiz genommen wird. Phil Wood hat bei der Umsetzung der Methode „Cycle of Urban Creativity“ in die Praxis, in der englischen Stadt Huddersfield die Erfahrung gemacht, dass in der Industriestadt Werte der Selbstverwirklichung und des eigenen Ausdrucks keine große Rolle spielten. Das lag vor allem daran, dass die Stadtbevölkerung daran gewöhnt war, Wertevorstellungen zu akzeptieren, die mit Produktion und Effektivitätsdenken verbunden waren, ohne diese zu hinterfragen.

In dieser ersten Phase sollte es stets das Ziel sein das Niveau der Debatte in der Stadt anzuheben und den Kreis der beteiligten Personen zu vergrößern. Mit diesem Ziel wurden in Huddersfield eine große Anzahl an Vorträgen, Debatten, Ausstellungen und weitere Veranstaltungen organisiert, wodurch das so genannte „Forum der Kreativität“ entstand. Dadurch bekamen die EinwohnerInnen der Stadt die Chance neue Orte zu besuchen und dadurch neue Anregungen zu bekommen. Durch das Einbeziehen einer lokalen Theatergruppe ergab sich die Möglichkeit hunderte EinwohnerInnen durch einen Trainingsprozess mit dem Titel „The Lab“ zu führen. Der Trainingsprozess erweiterte den Horizont der TeilnehmerInnen und führte dazu, dass eine große Gruppe von Menschen einen Zugang zur aktiven

Teilnahme am kreativen Prozess fand. Desweiteren wurde ein Wettbewerb ins Leben gerufen, der die EinwohnerInnen von Huddersfield aufrief, bis zum Ende des Jahres 2000 möglichst 2000 neue Ideen und städtische Innovationen einzureichen (vgl. Wood 2003: 33).

2. Ideen verwirklichen

Die zweite Phase des Kreislaufs „städtischer Kreativität“ beschäftigt sich mit der Frage, wie man sicherstellen kann, dass mehr Menschen die Möglichkeit bekommen, ihre Ideen auszutesten und in Form von neuen Unternehmen, Dienstleistungen und Produkten in die Praxis umzusetzen und was geschieht, wenn sie scheitern und noch einmal von vorne beginnen müssen. Es stellt sich die Frage, welche Unterstützung und Ermutigung diese Menschen in Form von Geld, Ratschlägen, Ausrüstung etc. benötigen, um ihre Ideen zu verwirklichen. Dieser Punkt ist besonders wichtig, da niemand von kreativen Ideen leben kann, die nicht umgesetzt werden. In Huddersfield wurde in diesem Zusammenhang ein so genanntes „Treibhaus- und Inkubatorprogramm“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Programms wurden Menschen mit Ideen, Menschen mit Erfahrung und Menschen mit Geld zusammengebracht. Das Programm stellte Menschen mit modellhaften Ideen kleine Stipendien und Darlehen zur Verfügung, neu gegründeten Unternehmen wurden kostenfrei Büroräume zur Verfügung gestellt. Zudem wurde ein Beratungsprogramm für GründerInnen entwickelt, indem vermittelt wurde, wie sie ihr geistiges Eigentum einsetzen und schützen können. Zudem wurden Programme entwickelt, in denen erfahrene UnternehmerInnen als MentorInnen für neugegründete Firmen agierten und ein Programm für Schulen, indem bereits SchülerInnen an einem Unternehmensgründungsprogramm teilnehmen konnten und gelernt haben, wie sie in Zukunft Ihre Ideen verwirklichen können (vgl. ebd.: 34).

3. Netzwerke aufbauen, Ideen verbreiten

Die dritte Phase beschäftigt sich mit der Frage, welche Mechanismen Menschen und Organisationen dabei helfen können, dass sie zusammenarbeiten und ihre Ressourcen, Geheimnisse und ihre Kreativität miteinander teilen. Denn es wird in einer Stadt immer Individuen geben, die ihre Ideen verwirklichen, aber dadurch allein wird die Stadt nicht zu einem kre-

ativen Gemeinwesen. Es ist deshalb stets das Ziel, nicht nur individuelle Kreativität zu fördern, sondern ein kreatives Gemeinwesen aufzubauen. Um Netzwerke aufzubauen und Ideen zu verbreiten ist es sehr wichtig zu wissen, welche Aktivitäten und Initiativen in diesem Bereich in welchem Umfang bereits existieren. Dazu wurde in Huddersfield eine jährliche Übersicht der ansässigen kreativen Wirtschaft erstellt. Aus der Übersicht ergab sich laut Wood eine imposante Statistik, die Auskunft darüber gab wie viele Unternehmen an kreativen Aktivitäten teilnehmen, wieviel Umsatz sie machen, wie viele Angestellte sie beschäftigen, mit wem sie Handel betreiben und welche Ressourcen sie gegebenenfalls benötigen, damit sie ihr Geschäft erweitern können. Auf der Basis dieser Statistik war es möglich, eine Kontakt-Datenbank aufzubauen und einen Informations- und Wissensaustausch zu initiieren. Außerdem wurden in Huddersfield regelmäßige Netzwerk-Veranstaltungen durchgeführt, wo es möglich war, dass kreative Unternehmer Gleichgesinnte treffen konnten. Zudem wurden Magazine publiziert in denen KünstlerInnen und Firmen ihre Arbeit präsentieren konnten und ihre Ideen verbreitet wurden (vgl. ebd.).

4. Plattformen zur Herstellung schaffen

Ist man innerhalb des Kreislaufs „städtischer Kreativität“ an einem bestimmten Punkt angelangt, benötigen kreative Menschen und Organisationen Orte, wo sie ihre Produkte, Dienstleistungen oder Kunstformen erstellen können. „Plattformen zur Herstellung“ umfassen die gesamte materielle und virtuelle Infrastruktur inklusive der Produktionsstätten, Geschäftszentren, Studios, Galerien und Websites. All diese Infrastruktur muss zu einem fairen Preis verfügbar sein und die geeigneten Eigenschaften und Merkmale aufweisen.

In Huddersfield glaubten die Menschen, dass es in der Stadt keine kreative Wirtschaft gibt, weil sie nicht sichtbar war. Aufgrund dessen wurde beschlossen ein äußeres Anzeichen der kreativen Wirtschaft, in Form eines Gebäudes, zu setzen. Man erwarb im Zentrum ein leerstehendes Industriegebäude und gründete dort das „The Media Centre“ mit Büroflächen, künstlerischen Studios, einer Galerie, einem Cafe und Produktionsstätten (siehe Abb. 25 und 26). In dem 10.000 Quadratmeter großen Gebäude, das seit der Eröffnung zu mindestens 95% belegt ist und das nunmehr



Abbildung 25:
The Media Centre

Quelle:
(<http://i1.ytimg.com/i/yEBNqp4hZnls-Xu6p1Qh2jQ/mq1.jpg?v=4fd7c96d>).

Abbildung 26:
„The Media Centre“
in Huddersfield

Quelle:
(<http://www.the-media-centre.co.uk/x/downloads/clientarea/media-centre-exterior.jpg>).

ohne Subventionen auskommt, haben sich über 60 Firmen mit 500 Arbeitern und Studenten angesiedelt. Damit ist das „The Media Centre“ zu einem Symbol der wirtschaftlichen Wirksamkeit von Kreativität geworden. Um das Gemeinwesen weiter auszubauen und mit dem Ziel, mehr kreative Menschen im Stadtzentrum anzusiedeln, wurde ein leerstehendes Mechanik-Institut zu den „The Creative Lofts“ umgebaut. Diese sind eine Kombination aus Wohn- und Arbeitsräumen oder Ateliers und beherbergen ca. 20 Einzelpersonen oder Firmen (vgl. ebd.: 35- 36).

5. Publikum gewinnen, Märkte aufbauen

Eine weiterer wichtiger Aspekt ist, ob die Stadt über Möglichkeiten verfügt ihre Ideen und Produkte in einer Form zu präsentieren, die andere Menschen aufmerksam macht und anzieht und ob die Stadt in der Lage ist das Publikum oder den Markt auf einem angemessenen Niveau zu versorgen. Da kreative Ideen, Erfahrungen, Produkte und Dienstleistungen keinen Wert haben, wenn sie nicht von irgendjemanden benutzt oder gekauft werden, ist es wichtig, dass in Informationsverbreitung durch Websites, Publikationen, Ausstellungen und Vorträge investiert wird.

Dieser Weg wurde auch in Huddersfield eingeschlagen, da man der Meinung war, dass „der beste Weg zum Erfolg darin besteht, Ideen nicht geheim zu halten, sondern sie mit anderen zu teilen und so weit wie möglich zu verbreiten.“ (Wood 2003: 36). Durch Investitionen auf dem Gebiet der Marketing- und Vertriebsmethoden kam es in Huddersfield zu der Grün-

derung der „Creative Industries Development Agency“. Diese Organisation ist sehr erfolgreich und bietet ihre Dienstleistungen mittlerweile landesweit an (vgl. ebd.).

Bis zu diesem Punkt wurden die fünf Phasen des Kreislaufs „städtischer Kreativität“ beschrieben, die für sich allein allerdings noch keinen Kreislauf darstellen. Wood ist aber der Meinung, dass durch das Erreichen und Zufriedenstellen eines Publikums oder eines Marktes mit Ideen und Produkten eine Dynamik in Gang gesetzt wird, die den Funken überspringen lässt, wodurch wiederum neues Ideenpotenzial geschaffen wird. Eine Herausforderung besteht darin, die Menschen davon zu überzeugen an einem Kreislauf der Kreativität teilzunehmen. Gerade in Städten, in denen Kreativität bis dato kaum eine Tradition hatte werden sich zunächst viele gegen die Teilnahme an einem solchen Kreislauf sträuben, bis sie positive Ergebnisse und Erfahrungen von Anderen gesehen haben. Wenn sie positive Ergebnisse sehen, dann bringt die gesehene Kreativität neue Kreativität hervor, „indem immer neue Kreisläufe in Gang gesetzt und immer mehr Menschen und Ressourcen mit einbezogen werden, die bis dahin der Stadt nicht zur Verfügung standen.“ (Ebd.: 37). Dadurch lässt sich Kreativität als eine nachhaltige Ressource begreifen.

Bei der Umsetzung des Kreislaufs „städtischer Kreativität“ in die Praxis wurde beobachtet, dass eine Stadt eine oder zwei der Phasen beispielhaft umsetzt, jedoch die restlichen Phasen nur schwach oder gar nicht in Angriff nimmt. Von vielen Städten wird häufig gerade in die Phase „Plattformen zur Herstellung“ viel Geld und Arbeit investiert, da die Resultate weithin sichtbar sind und der äußerliche Eindruck vermittelt wird, dass die Stadt sich positiv entwickelt (vgl. ebd.). Es reicht aber nicht aus nur Teile des Kreislaufs umzusetzen, weil es das Ziel ist innerhalb der Stadt ein Milieu zu schaffen, in dem sich die Menschen wohl fühlen, wenn sie neue Gedanken entwickeln und ihre Ideen mit anderen teilen. Schafft die Stadt es nicht ein solches Milieu zu erschaffen, dann bleiben z.B. die „Plattformen zur Herstellung“ ungenügend genutzt. Ebenso reicht es nicht aus, wenn die Menschen einer Stadt zwar eine Menge neuer kreativer Ideen produzieren, die Stadt aber nicht in der Lage ist, diese Ideen zu vermarkten und

zu vermitteln. In diesem Fall wird die Stadt nicht in der Lage sein ihre kreativen Menschen zu belohnen und diese werden sich möglicherweise dazu entscheiden ihr kreatives Potenzial einer anderen Stadt zur Verfügung zu stellen. Wenn die Stadt nicht in der Lage ist die Kreativität ihrer EinwohnerInnen gewinnbringend einzusetzen, dann fehlt ihr eine Fähigkeit, die im globalen Wettbewerb der Städte über die Zukunft einer Stadt entscheiden kann.

3.1.5 Zehn Thesen zur „städtischen Kreativität“

In der Fachliteratur finden sich zu der Thematik der „städtischen Kreativität“ zehn Thesen. Die zehn Thesen werden im folgenden Kapitel vorgestellt und sollen Handlungsmöglichkeiten darstellen, außerdem dienen sie dazu die beiden Städte Leipzig und Manchester im Hinblick auf ihre „städtische Kreativität“ zu untersuchen.

1. Kreatives Handeln braucht Mut zum kalkulierten Risiko:

Wie im Kapitel 3.1.2 „Städtische Kreativität‘ in der Fachliteratur“ dargelegt, bedeutet kreatives Handeln im Bezug auf Stadtentwicklung die bewusste Veränderung nicht mehr adäquater Handlungsmuster. Um kreatives Handeln in der Stadtentwicklung zu entfalten, ist die „Kultivierung des Experiments“ notwendig und damit auch der Mut zum kalkulierten Risiko, sowie der verantwortungsbewusste Umgang mit offenen Ergebnissen. Die Voraussetzung für kreatives Handeln sind deshalb veränderte Verfahren und Instrumentarien (vgl. Liebmann/ Robischon 2003b: 51).

Natürlich ist nicht jede Innovation und Neuerung mit Risiken verbunden, jedoch ist die Bereitschaft Risiken einzugehen eine wichtige Voraussetzung, um kreative Ideen zu entwickeln. Zur Risikobereitschaft gehört aber auch, dass man sich der Möglichkeit des Scheiterns bewusst ist und diese akzeptiert. Das Scheitern anzuerkennen erfordert von der aktuellen Organisationskultur beträchtliche Veränderungen, da diese eher davon geprägt ist Misserfolge totzuschweigen und zu beschönigen.

Der Mut etwas Neues zu erproben, ist nicht mit einer Willkürlichkeit verbunden, sondern es bedarf eines experimentellen Vorgehens, dass durch

begrenzte und beobachtete Versuche gekennzeichnet ist. Erst durch die rationale Auswertung der gelungenen und fehlgeschlagenen Versuche ist ein Lernen möglich. Für die Beobachtung und die Auswertung der Versuche bedarf es der Entwicklung neuer Verfahren (vgl. ebd.).

2. Kreative Stadtpolitik beachtet Akteure und bezieht sie mit ein:

Eine „städtische Kreativität“ kann nur erzeugt werden, wenn Akteure aus dem öffentlichen, privaten und freiwilligen Sektor zusammen arbeiten und sich auf gemeinsame strategische Ziele einigen. Die Voraussetzung um solche Akteursgruppe zusammenzuführen ist, „dass die in der Stadt vorhandenen, nur bislang kaum wahrgenommenen Akteure“ (Ebd.) von der Stadtpolitik beachtet und gezielt zur Mitwirkung motiviert und befähigt werden (vgl. ebd.).

Kreativität entsteht im sozialen Austausch. Die Austauschprozesse und Interaktionen führen zu einer effektiveren Nutzung vorhandener Ressourcen und setzen Potenziale frei. Durch diese informellen Beziehungen entsteht ein regionales Gemeinschaftsgefühl, das als Basis für die Zusammenarbeit heterogener Akteure wichtig ist und zudem auch eine wichtige Bedeutung für die Außenwahrnehmung der Stadt, also für ihr Image, hat (vgl. ebd.: 52).

3. Schlüsselpersonen aktivieren Netzwerke für die kreative Stadtentwicklung:

Einzelne Personen können eine Initiatorrolle einnehmen. Diese Schlüsselpersonen sollten mutig, innovativ, lernbereit und offen sein, sich auf ein strategisches Vorgehen mit langfristigen Zielen konzentrieren und unterschiedlichste Akteure in den Entwicklungsprozess einbinden. Zudem sollten sie die Fähigkeit besitzen, Kontaktnetzwerke zu etablieren und diese lebendig zu halten. In den meisten Fällen stammen Schlüsselpersonen aus der Spitze der Verwaltung, der Wirtschaft oder der Kultur oder sie sind Brückenpersonen, die eine Mittlerrolle zwischen den Entscheidungsebenen, Sektoren oder Netzwerken einnehmen (vgl. ebd.: 53).

Forschungsergebnisse zu dem Thema der „kreativen Milieus“ deuten darauf hin, dass Akteurs-Kontakte in kreativen Milieus einen explizit personen-gebundenen Beziehungscharakter aufzeigen, sich also in erster Linie auf einer informellen, sozialen oder privaten Ebene vollziehen (vgl. ebd.).

Aufgrund dessen sind Schlüsselpersonen sehr wichtig, um eine eigene „städtische Kreativität“ herauszubilden.

4. Kreative Netzwerke schaffen Wissen für die städtische Regeneration:

Innovationsnetzwerke brauchen leichten Zugang zu Informationen hoher Qualität. Durch gut ausgebaute, formelle und informelle Kommunikationsstrukturen wird die Wissensbasis erweitert und lokale Lernprozesse werden ermöglicht. Ideen und Impulse, die aus den Netzwerken hervorgehen, bilden ein Innovationspotenzial, das sich in wirtschaftlichen Erfolg einer Stadt oder einer Region umsetzen lässt (vgl. ebd.).

Kreative Netzwerke sind eine Quelle für Inspiration, Ideen und kollektive Lernprozesse, da sie Wissen und Informationen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenführen. Es geht jedoch nicht um das reine Anhäufen von Informationen, sondern um eine Qualifizierung des Wissens im Kommunikationsprozess und um die Erschließung zusätzlicher Wissensquellen, mit dem Ziel Problemlösungen zu entwickeln. Durch das Vertrauen der NetzwerkpartnerInnen ist nicht nur ein unkomplizierter und schneller Informationsfluss möglich, sondern auch eine Qualifizierung der Informationen. Dies können kreative Netzwerke leisten und deshalb sind sie ein wichtiger Bestandteil einer „städtischen Kreativität“ (vgl. ebd.: 54).

5. „Städtische Kreativität“ lebt von kulturellen Ressourcen:

Die Vielfalt des lokalen Kunst- und Kulturlebens prägt das Image einer Stadt oder einer Region und ist zudem Quelle der Identitätsbildung. Einrichtungen aus den Bereichen Kunst, Kultur und Kommunikation sind oft Ausgangspunkt für kreative Prozesse. Die Zugänglichkeit, Qualität und Vielfalt dieser Einrichtungen ist ein wichtiger Bestandteil „städtischer Kreativität“. Vor allem in Krisenzeiten ist Kultur eine der größten Ressourcen für die Entfaltung von Kreativität. Kulturelle Aktivitäten regen die Phantasie und die Entwicklung neuer Ideen an und können als integrierende Kraft auch in die Wirtschaft hineinwirken. Als kulturelle Ressourcen bezeichnet man beispielsweise die lokale Identität und das historische Erbe, da beides zur Stärkung des eigenen Profils in Zukunftskonzepten eingebunden werden kann.

6. „Städtische Kreativität“ braucht kooperative Strukturen und klare Verantwortlichkeiten:

Durch kooperationshemmende Rahmenbedingungen und spärlich ausgeprägte Kommunikationskultur in der öffentlichen Verwaltung, wird der Entfaltung von Kreativität Grenzen gesetzt. Es ist eine klare Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Kommunalpolitik und der Verwaltung notwendig, damit eine zukunftsorientierte Politik auf kommunaler Ebene funktionieren kann. Gleichzeitig fördert die klare Aufteilung der Verantwortlichkeit kreatives Handeln und den umsichtigen Umgang mit offenen Ergebnissen. Durch eine amtsübergreifende Zusammenarbeit in Projekten, durch gezielte Ausdehnung des Akteursspektrums oder durch die Einbeziehung externen Know-hows, kann das kreative Potenzial einer Kommunalverwaltung entwickelt werden (vgl. Liebmann/ Robischon 2003b: 55).

Von der Seite der lokalen Politik ist es wichtig, dass sie dazu bereit ist sich auf strategische Entscheidungen zu beschränken und nicht bei Details zu intervenieren. Die Verwaltung muss dagegen „ihr eigenes Selbstverständnis als ausführendes Organ reformieren.“ (Ebd.). Dazu ist es notwendig einen mentalen Zusammenhalt, gemeinsame Zielsetzungen und eine positive Selbstdarstellung zu entwickeln. Um dies umzusetzen ist ein Einstellungswandel und eine Veränderung institutioneller Strukturen notwendig.

7. Schrumpfung schafft Potenziale für Kreativität:

Durch Schrumpfungprozesse werden auch einige Potenziale geschaffen, dazu gehört beispielsweise die Verfügbarkeit von Raum und Zeit. Die rückläufige wirtschaftliche Entwicklung in betroffenen Gebieten führt dazu, dass es eine steigende Anzahl an Menschen gibt, die im Arbeitsprozess nicht mehr benötigt wird, aber das Potenzial freier Zeitreserven besitzt. Zudem stehen in schrumpfenden Städten genügend Räume zur Verfügung, um an kreativen Ideen zu arbeiten. Wenn die Stadt ein „förderndes Klima“ durch unterstützende Maßnahmen bietet, dann können beide Potenziale zusammengeführt werden und es besteht eine Chance die Menschen zu befähigen, ihre eigenen kreativen Potenziale zu entdecken und zu nutzen. Krisen erleichtern und erfordern es neue Wege zu gehen, da sie Anlass dazu geben herkömmliche Handlungswege und altbewährte Routinen zu

verlassen. Studien deuten darauf hin, dass insbesondere wirtschaftliche Krisen als Katalysatoren für Kreativität fungieren. Die Krisensituation stellt eine Art treibende Kraft bezüglich der Kreativität dar, weil Akteure, die von der Krisensituation betroffen sind dazu gezwungen werden durch die Einbeziehung endogener Potenziale Maßnahmen zur Problemlösung zu entwickeln und anzuwenden (vgl. ebd.: 56). Allerdings ist das reine Vorhandensein einer Krisensituation keine Garantie für das Entstehen von Kreativität, sie muss erkannt werden und es müssen die richtigen Maßnahmen getroffen werden, damit die Krise Kreativität hervorbringen kann.

8. Kreativität entsteht im Prozess, Projekte dienen als Initialzündung:

Unter den Voraussetzungen der rückläufigen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung und der daraus resultierenden abnehmenden Steuerungs- und Handlungsfähigkeit einer Stadt, werden Kreativität, Innovations- und Lernfähigkeit zu Schlüsselfaktoren der städtischen Entwicklung. Diese lassen sich am besten durch Projekte initiieren, weshalb Projekte auch als Motor angesehen werden, um in schrumpfenden Städten positive Entwicklungen anzustoßen. Allerdings können Projekte nur nachhaltige Wirkungen erzielen, wenn sie mit klaren strategischen Zielsetzungen verbunden sind. Die Aufmerksamkeit und die Mobilisierungseffekte, die Projekte erzeugen, sind sehr wichtig für eine Stadt. Zudem hat die Ausstrahlung von Projekten Effekte auf die Standortqualität und das Image und kann Anstöße für zusätzliche Innovationen von Dritten geben. Häufig aktiviert die öffentliche Aufmerksamkeit zahlreiche Akteure in einem so großen Maß, dass eine Eigendynamik bzw. ein „Hype“ entsteht. Der durch die öffentliche Aufmerksamkeit gesteuerte „Hype“ kann so selbst zu einer wichtigen Triebkraft für Veränderungen werden (vgl. ebd.: 57).

9. Kreativität braucht lokale Identität und Offenheit nach Außen:

„Städtische Kreativität“ braucht Offenheit nach innen und außen und bedeutet nicht, sich in geschlossenen Kreisen zu bewegen (vgl. ebd.). Ein kreatives Milieu ist durch eine Heterogenität der Akteure gekennzeichnet, wodurch den Akteursnetzen eine Vielzahl an Kompetenzen und Ressourcen zur Verfügung stehen.

Lokale Identität ist hierbei ein verbindendes Element der unterschiedlichen

Kreise und Akteursgruppen. Durch eine ausgeprägte Identifikation mit der eigenen Stadt erhöht sich die Chance auf eine aktive und kreative Teilnahme an Stadtentwicklungsprozessen sowie die Fähigkeit eigene Wünsche, Vorstellungen und Interessen zu artikulieren. Wichtig ist, dass die lokale Identität nicht nur von den EinwohnerInnen, sondern auch von Akteuren aus der Wirtschaft, Forschung und anderen Bereichen mitgetragen wird. Durch Außenkontakte werden externe Anstöße für die interne Dynamik der Entwicklung ermöglicht, da der Blick auf Prozesse gelenkt wird, die andernorts erfolgreich funktioniert haben (vgl. ebd.: 58).

10. Kreativität ist ein Arbeitsprinzip:

Wie im Kapitel 3.1.2 „Städtische Kreativität‘ in der Fachliteratur“ dargelegt, bedeutet „städtische Kreativität“ nicht in erster Linie die spezifische Ausrichtung einer Stadt als „creative city“, sondern ist vordergründig als ein zentrales und verändertes Arbeitsprinzip von Politik und Verwaltung zu verstehen und zu entwickeln. Dies setzt voraus, dass Städte nicht ausschließlich als gebaute Umwelt wahrgenommen werden, sondern auch als Systeme und Netzwerke (vgl. Liebmann/ Robischon 2003b: 58). Wenn sich die Wahrnehmung von Stadt als System und Netzwerk etabliert hat wird die Stadtpolitik ihren Schwerpunkt von der physischen Infrastruktur zur Städte-Dynamik und zur Lebensqualität der StadtbewohnerInnen verlagern. Das bedeutet jedoch nicht, dass städtebauliche Maßnahmen keine Rolle mehr spielen, sondern dass sie in ein breiteres Verständnis von Regenerierung eingebunden werden. Das breitere Verständnis von Regenerierung sieht diese als Prozess, der den Menschen Gelegenheit zur Entfaltung und zur Mitgestaltung bietet und durch den eine stärkere Basis für eine zukünftig bessere Wettbewerbsfähigkeit der Städte entstehen kann (vgl. ebd.: 59).

Da „städtische Kreativität“ nicht einfach planerisch herstellbar ist, ist vielmehr eine ganzheitliche Kontextpolitik notwendig, die mit geeigneten Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit der Entfaltung von kreativen Milieus im politischen, unternehmerischen und sozialen Bereich erhöht (vgl. ebd.).

Die Zehn Thesen der „städtischen Kreativität“ werden im weiteren Verlauf der Arbeit zur Überprüfung der Städte Leipzig und Manchester bezüglich ihrer „städtischen Kreativität“ herangezogen. Die Überprüfung dient dem Ziel herauszufinden, ob die beiden Städte es geschafft haben, ein

geeignetes Klima und entsprechende Voraussetzungen zu schaffen und dadurch die latent vorhandene Kreativität freizusetzen. Zudem soll geklärt werden welchen Anteil die „städtische Kreativität“ an der Regenerierung der beiden Städte hatte.

3.2 Strategische Planung

Im Kapitel „Strategische Planung“ wird zunächst die Herkunft und der Einsatz strategischer Planung erläutert. Zudem wird die Bedeutung und die Anwendung von strategischer Planung in der Raumplanung dargelegt. Anschließend werden die Grundlagen des strategischen Denkens, Handelns und Entscheidens, sowie die Entwicklung und der Einsatz planerischer Strategien aufgezeigt. Desweiteren werden Kennzeichen strategischer Stadtplanung erläutern und auf Regenerierungsstrategien eingegangen. Am Ende des Kapitels werden Kennzeichen strategischer Planung zusammengefasst anhand derer die Existenz von strategischer Planung geprüft werden kann.

3.2.1 Herkunft und Gebrauch strategischer Planung

Der Begriff „Strategie“ stammt aus dem Griechischen und ist aus den Wörtern für „Heer“ und „führen“ hervorgegangen (vgl. Maurer 2005: 758). Kurz gefasste lexikalische Erklärungen bezeichnen Strategie als Kunst der Heeresführung bzw. als Feldherrenkunst. Ausführlichere lexikalische Definitionen bezeichnen Strategie als einen Plan für Kampfhandlungen mit dem Zweck, ein militärisches Ziel zu erreichen. Das besondere an einem Plan, der auf einer Strategie beruht ist, dass dieser versucht diejenigen Faktoren einzukalkulieren, die eigene Aktionen beeinflussen können (vgl. Scholl 2005: 1122).

Neben dem militärischen Bereich wird Strategie auch im Bereich der Wirtschaft verwendet. In neueren Lexika der Wirtschaftswissenschaften wird

z.B. die langfristige Unternehmenspolitik der Geschäftsleitung als Strategie bezeichnet. Hierbei hat die strategische Führung die Aufgabe langfristige Ziele zu bestimmen und die dafür notwendigen Maßnahmen zu planen und zu koordinieren (vgl. Maurer 2005: 759).

Seit einigen Jahren hat das Wort Strategie Einzug in das Vokabular der deutschsprachigen Raumplanung gefunden und wird zunehmend gebraucht. Raumplanerische Strategien entsprechen im wesentlichen Richtschnüren für die Zukunft, an denen sich die langjährigen Prozesse des Lösens raumrelevanter Probleme orientieren können. Der zentrale Ausgangspunkt für die Entwicklung von Strategien sind die Probleme, die als schwierige, ungelöste Aufgaben definiert werden. In der Planung wird mit dem Einsatz von Strategien eine größere Flexibilität beabsichtigt, um auf die stetig wechselnden Situationen und vorhandenen Ungewissheiten reagieren zu können. Weiterer zentrale Punkte von Strategien sind der Umgang mit begrenzten Mitteln, Risiko und Überraschung. Aufgrund dessen enthalten Strategien stets Überlegungen zum Einsatz der knappen Ressourcen Zeit, Geld und Personen. Mit der Entwicklung und dem Einsatz von Strategien wird anerkannt, dass die Realität auch durch ausgeklügelte Planung nicht gänzlich beherrschbar ist. Das strategische Denken kann nicht als neue Planungstheorie bezeichnet werden, sondern es ist eine Ergänzung von vorhandenen Vorgehensweisen (vgl. Scholl 2005: 1123).

Wichtige Prinzipien bei der Entwicklung und beim Einsatz von Strategien haben ihren Ursprung im militärischen Bereich. Deshalb ist die Kenntnis dieser Prinzipien wichtig für das Verständnis organisatorischer, operativer Prinzipien der räumlichen Planung, wenn diese auf einer Strategie beruht. Die wichtigsten Prinzipien bei der Entwicklung und beim Einsatz von Strategien sind:

- **Erkundung**
- **Schwerpunktbildung**
- **Schaffen und Wahren der Übersicht**
- **Verfügbarkeit strategischer Reserven**
- **Verwendung schlanker Organisationen**

Aufgrund des Vorhandenseins von Widersprüchen und Ungewissheiten gibt es nicht die übliche Führung durch Anweisungen, sondern sie wird durch eine Führung mittels Aufträgen ersetzt. Diese Aufträge werden als Direktiven bezeichnet und dienen als eine Art Richtschnur für die übrigen Entschlüsse, die selbstständig zu fassen sind (vgl. ebd.).

3.2.2 Bedeutung und Anwendung in der Raumplanung

Die Begriffe Strategie und strategische Planung werden in der Raumplanung nicht einheitlich verwendet. Unter den Begriffen wird einerseits eine langfristige Planung, aber auch übergeordnete Planung oder konzeptionelle Planung verstanden. Durch Entwicklungspläne, Rahmenpläne, Leitpläne, Masterpläne und „strategic plans“ wird versucht wesentliche Punkte, Aufgaben und Lösungen darzustellen. Die Wirkung dieser Pläne ist allerdings häufig bescheiden, weil die Pläne schnell veralten und weil wesentliche Absichten und Konflikte der Akteure verborgen bleiben. Beschreibt strategische Planung die generelle Entwicklung von Zielen, Ideen und Grundsätzen für die Raumentwicklung, dann sind auch diese häufig ohne große Wirkung, wenn ihre Realisierbarkeit nicht an den für die Umsetzung der Strategie relevanten Elementen überprüft worden ist (vgl. Scholl 2005: 1123).

Das bedeutet allerdings nicht, dass dem Einsatz und der Entwicklung von Strategien im Bereich der Raumplanung eine geringe Bedeutung zukommt. Vor allem die häufig großen Zeitspannen zwischen raumbedeutsamen Entscheidungen und dem Eintreten der beabsichtigten Wirkungen, die sogenannten Verzugszeiten, erfordern das Vorhandensein von Strategien. Diese dienen den Akteuren als Richtschnüre für ein koordiniertes Handeln und Entscheiden.

Im Gegensatz zum ökonomischen und militärischen Bereich, ist der Erfolg einer Strategie im Bereich der räumlichen Planung von allen beteiligten Akteuren abhängig. Eine taugliche Strategie lässt sich nur zusammen mit den von einem schwierigen Problem betroffenen Akteuren entwickeln. Die Möglichkeit gemeinsame Interessen zu verwirklichen ist ein sehr wichtiger

Punkt, da die Akzeptanz und Nachhaltigkeit einer Strategie davon abhängig ist, dass alle Beteiligten das angestrebte Ziel akzeptieren und fördern, da es sonst nicht erreicht werden kann (vgl. ebd.).

Die komplexen Aufgaben der Raumplanung waren in der Vergangenheit und werden auch in der Zukunft einem Wandel unterworfen sein. In der Vergangenheit wurden raumbedeutsame Probleme wie beispielsweise der Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg mit der Ausweitung der Siedlungsfläche und dem Ausbau von Infrastrukturen, also durch Wachstum gelöst. Die Instrumente und Verfahren der Raumplanung waren vorwiegend darauf ausgerichtet, Zuwächse zweckmäßig zu verteilen und damit raumbedeutsame Probleme zu lösen. Vor dem Hintergrund sich abzeichnender demographischer Veränderungen in Deutschland und anderen industrialisierten Ländern, die auf einen Rückgang der Bevölkerung und eine zunehmende Überalterung schließen lassen, werden in naher Zukunft nicht Ausbau und Zuwachs im Vordergrund stehen, sondern Umbau und der zweckmäßige Umgang mit dem enormen Bestand. Hierzu zählt auch die innere Entwicklung des vorhandenen Siedlungsgefüges, die sinnvolle Ergänzung bestehender Infrastrukturen, Regelungen für ihren effektiveren Betrieb und eine aktivere Gestaltung von Freiräumen. Zudem werden zukünftig bedeutsame Aufgaben in viel stärkerem Maß mit begrenzten Ressourcen gelöst werden müssen. Das heißt, dass die meisten Aufgabefelder durch Umbautätigkeiten und durch eine Abnahme der verfügbaren Mittel gekennzeichnet sein werden. Man kann davon ausgehen, dass in Zukunft die Intensität der Auseinandersetzung um die knappen Ressourcen zunimmt, wodurch auch die Bedeutung von Strategien für das Lösen von zentralen und komplexen Problemen der Raumentwicklung an Bedeutung gewinnt (vgl. ebd.: 1124).

Die Erkenntnis, „dass Planung den neuen Herausforderungen nur durch eine Rückbesinnung auf strategisches Denken und Handeln begegnen kann“ (Maurer 2005: 760) hat sich in der jüngeren Zeit durchgesetzt.

3.2.3 Strategische Planung

Strategien lassen sich als Leitfäden verstehen, für Handlungen die in Zukunft ausgeführt werden müssen, als auch für Entscheidungen die in Zukunft getroffen werden müssen und die eine Vielzahl an Akteuren betreffen. Die Grundausrichtung einer Strategie sollte möglichst so gestaltet sein, dass sie auch bei sich verändernden Rahmenbedingungen beibehalten werden kann, da ein Strategiewechsel in den meisten Fällen sehr aufwendig ist. Um Risiken zu minimieren, bieten sich schrittweise realisierbare Lösungen mit in sich schlüssigen Etappen an. Bei den Lösungen handelt es sich um robuste Lösungen, diese sind „Alles-oder-nichts-Lösungen“ vorzuziehen, da diese sehr sensibel auf den Wandel von Umständen und Randbedingungen reagieren. Bei robusten Lösungen dagegen, muss die Veränderung wesentlicher Randbedingungen nicht zwingend zu einer Veränderung der Strategie führen (vgl. Scholl 2005: 1124).

3.2.3.1 Strategisches Denken - Simultaner Umgang mit Raum, Zeit und Organisation

Überträgt **man die in Kapitel 2.2.1** angesprochene grundsätzliche Strategie „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ auf örtliche Verhältnisse und verbindet diese mit Vorstellungen über wichtige Handlungen und Entscheidungen, dann setzt das bereits die Fähigkeit zum strategischen Denken voraus. Von strategisch denkenden Akteuren die im Gebiet der Raumplanung agieren, wird neben den Fähigkeiten geduldig zu sein, der Kenntnis der Methoden und Instrumente der räumlichen Planung und der Fähigkeit Zusammenhänge schnell zu erkennen, erwartet, dass sie die Fähigkeiten besitzen bewusst und sinnvoll mit dem wohl knappsten Mittel - der Zeit umzugehen. Die falsche Einschätzung zeitlicher Abläufe kann im Gebiet der Raumplanung gravierende Folgen haben, beispielsweise die Verschwendung kostbarer Ressourcen. Im schlimmsten Fall können Fehleinschätzungen bezüglich zeitlicher Abläufe sogar Ursache für Fehlentwicklungen und das Scheitern von Planungen sein (vgl. Scholl 2005: 1124).

Ein üblicher Fehler bei der Erstellung von Planungsdesigns ist es, keine

oder zu geringe zeitliche Reserven in den Ablauforganisationen einzukalkulieren. Der daraus resultierende Zeitdruck kann zum Übersehen von wichtigen Punkten führen und dadurch Schuld daran sein, dass falsche Schlussfolgerungen gezogen werden. Für eine gute Strategie ist es essenziell, „die Zeitdauer für eigene Handlungen und für die an der Lösung beteiligten Akteure abschätzen zu können, Abläufe und ihre Notorganisation zu durchdenken, zeitliche Reserven zu schaffen und zu wahren“ (Ebd.: 1125). Wichtig ist in dem Zusammenhang auch, dass man sich der zum Teil langen Verzugszeiten zwischen Entscheidungen und ihren Wirkungen in der Raumplanung bewusst ist, die situationsabhängig Monate, Jahre oder auch Jahrzehnte dauern können.

Da die auf dem Gebiet der Raumplanung agierenden Akteure bezüglich der zeitlichen Wahrnehmung über keine einheitlichen Voraussetzungen verfügen sind „möglichst einfache Prinzipien der zeitlichen Organisation beim Zusammenwirken vieler Akteure“ (Ebd.) von entscheidender Bedeutung. Die Zeitforschung zeigt bezüglich des menschlichen Zeitempfindens, dass der Mensch Schwierigkeiten damit hat, in der Zukunft liegende Abläufe präzise zu erfassen. Das liegt vor allem daran, dass das menschliche Bewusstsein sowohl zukünftige als auch zurückliegende Zeiträume und Ereignisse verkürzt darstellt. Der Mensch ist daran gewöhnt, dass Abläufe in aufeinander folgenden Schritten durchdacht und ausgeführt werden. Erfolgreiche Strategien erfordern allerdings „eine simultane Behandlung aller Gegenstandsbereiche durch zahlreiche Akteure“ (Ebd.) in der Planungsphase ebenso wie bei der Verwirklichung. Aufgrund dessen ist das wichtigste Merkmal besonderer Planungsverfahren der Ersatz üblicher konservativer Abläufe durch Simultanverfahren.

Als Beispiel für ein solches Simultanverfahren gilt die Verfahrensinnovation bei der Umgestaltung des Donauraums in Wien in den 1970er und 1980er Jahren. Bei dem so genannten „Wiener Modell“ gilt die erstmalige Einführung eines Rhythmus in die Organisation der Abläufe als zentrale Innovation (vgl. Scholl 2005: 1125).

Eine weitere Fähigkeit, die für strategisches Denken besonders wichtig ist, ist es sich von der großen Anzahl der Einzelheiten zu lösen und sich auf die Aufgaben zu fokussieren, die für das Gesamte von Bedeutung sind. Da immer die Gefahr besteht, wichtige Fakten zu übersehen und durch die ei-

gene selektive Wahrnehmung in die Irre geführt zu werden, benötigen strategische Aufgaben eine unabhängige Betrachtung aus mehreren Blickwinkeln und personellen Konstellationen und das simultan. Durch diesen Filter wird es möglich zu erkennen, wo sich Lösungsansätze befinden, welche Lösungsrichtungen verfolgt werden sollten und welche man ausschließen kann. Durch das begründete Ausscheiden unzureichender Lösungsrichtungen wird Transparenz geschaffen und die Komplexität der Planung reduziert, da die Möglichkeiten eingegrenzt werden. Dadurch ist es möglich die knappen Mittel schrittweise auf das Wesentliche zu konzentrieren, so dass sich ihre Wirkung effektiv entfalten kann (vgl. ebd.: 1126).

3.2.3.2 Strategisches Handeln und Entscheiden

Man kann ungelöste raumplanerische Aufgaben in vielen Fällen auf Entscheidungsprobleme zurückführen. Es müssen stets Entscheidungen darüber getroffen werden, welche Handlungsmöglichkeiten ausgewählt werden, welche Umstände beachtet werden müssen, welche positiven und negativen Wirkungen diese haben und welche Verzugszeiten bei den gewählten Handlungen zu erwarten sind. Anhand der Auswahl an beispielhaften Entscheidungen, die getroffen werden müssen, lässt sich erkennen, dass anspruchsvolle raumplanerische Aufgaben in der Regel nicht durch eine Grundsatzentscheidung gelöst werden können. Um anspruchsvolle raumplanerische Aufgaben zu lösen, bedarf es zweckmäßiger Sequenzen von Handlungen und Entscheidungen. Das Lösen von komplexen Problemen bedeutet, eine sehr hohe Anzahl von Einzelentscheidungen zu treffen sowie Handlungen zu initiieren. Allerdings ist es so gut wie unmöglich im Voraus alle Handlungen und Entscheidungen zu erkennen. Das heißt jedoch nicht, dass man vor dieser Aufgabe zurückschrecken sollte, denn erst wenn man versucht Abläufe gedanklich zu durchdringen entsteht Klarheit über wichtige Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Zusammenfassend kann man sagen, dass eine Strategie keinesfalls aus dem Nichts heraus entsteht, sondern, dass sie das Resultat aus den häufig mehrmaligen Versuchen ist, Probleme zu lösen. Die Versuche sind wichtig, um relevante Handlungsstränge zu erkunden, relevante Entscheidungen von weniger

relevanten zu unterscheiden, Spielräume in den zeitlichen Abfolgen einzuschätzen und um fundierte Aussagen über erforderliche Mittel treffen zu können (vgl. ebd.).

3.2.4 Entwicklung und Einsatz planerischer Strategien

Planerische Strategien sind das Resultat aus strategischem Denken, Handeln und Entscheiden und sind vor allem zum Lösen von komplexen Aufgaben erforderlich. Je unbestimmbarer Probleme und ihre Lösungen sind, desto höher ist der Bedarf am Einsatz von Strategien. Deshalb ist eine der ersten strategischen Entscheidungen die Beurteilung, welche Aufgaben in welchem organisatorischen Rahmen gelöst werden sollen.

Weniger komplexe und gleich bleibende Aufgaben, deren Probleme, Resultate und zeitlich Abläufe von Anfang an ersichtlich sind, können mit konventionellen Instrumenten, Verfahren und innerhalb von Routineorganisationen gelöst werden. Aufgrund der Dauerhaftigkeit dieser Aufgaben ist die Lebensdauer solcher Organisationen nicht beschränkt.

Wenn Schwierigkeiten, Resultate als auch zeitliche Abläufe im Vorhinein halbwegs bestimmbar sind, dann haben sich die so genannten Projektorganisationen bewährt. Projektorganisationen haben eine begrenzte Lebensdauer, die in der Regel im voraus festgelegt wird. Bei Projektorganisationen kommen Akteure relevanter Disziplinen und Organisationen unter der Leitung einer Projektsteuerung zusammen und „erarbeiten im Rahmen bestimmter Projektphasen Vorschläge für Lösungen und treffen im Rahmen ihrer Kompetenzen Entscheidungen“ (Scholl 2005: 1126).

Im Bereich der Raumplanung wird in der Regel zwischen den beiden Organisationstypen, Routineorganisation und Projektorganisation, unterschieden.

Kommt es allerdings zu dem Fall, dass die zu lösenden Aufgaben, die Schwierigkeiten, die Konflikte, die Kosten und die zeitlichen Abläufe nicht

hinreichend genau beschrieben werden können und es unklar ist, ob bzw. welche Lösungen zu Ergebnissen führen, dann helfen weder die Routineorganisation noch die Projektorganisation weiter. Das Klären offener Fragen, die Schwerpunktbildung, sowie die Überprüfung und Eingrenzung von Lösungsmöglichkeiten kann in diesem Fall nicht vorgegeben werden, sondern muss selbst zum Gegenstand der Untersuchung werden. Bei eben diesen Aufgaben, die von unvollkommenen Informationen, großen Ungewissheiten und einer großen Anzahl zu erwartender Konflikte gekennzeichnet sind, ist es unmöglich alle organisatorischen Einzelheiten im Vorhinein festzulegen. Aufgrund dessen ist es in diesen Fällen von großer Wichtigkeit, dass der Aufbau und Ablauf der Lösungsprozesse möglichst einfach gestaltet wird, um eine Beweglichkeit in der Behandlung auch von plötzlich auftauchenden Problemen zu gewährleisten (vgl. ebd.:1127).

Innerhalb solcher Organisationsformen wird sich an die zentralen Fragestellungen herangetastet und es werden zeitliche „Sollbruchstellen“ eingearbeitet, durch die ein kontrollierter Abbruch der gesamten Planung möglich ist. Im Rahmen dieser Organisationsform wird ein organisatorisches Gerüst erstellt, das auf einem im Vorhinein festgesetzten zeitlichen Rahmen und auf bestimmten Prinzipien des Aufbaus und des Ablaufs basiert. Hierbei ist eine deutliche Reduzierung der Hierarchieebenen ein wesentliches Charakteristikum, die durch das Einsetzen eines Fachgremiums erreicht wird, das dafür zuständig ist alle für die Lösung relevanten Gegenstandsbereiche zu erörtern. Um Lösungsmöglichkeiten zu ermitteln und Fragen abzuklären, kann sich das Fachgremium in seiner Arbeit verschiedener, teilweise in Konkurrenz arbeitender Teams bedienen. Zudem kommen Schwerpunktorganisationen zum Einsatz, diese sind zeitlich begrenzt und haben die Aufgabe Klärungsprozesse anzustoßen. Zudem sollen die Schwerpunktororganisationen Lösungen für schwierige Aufgaben finden und diese so weit eingrenzen und festlegen, dass sie mit den üblichen Methoden, Verfahren und Organisationen realisiert werden können. Solche Lösungen müssen in bestimmte Richtungen entwickelbar und ausformbar sein, da sich ihre Verwirklichung häufig über viele Jahre erstrecken kann. Die Entwicklung einer planerischen Strategie dient genau dieser Aufgabe. Die Strategie „formuliert die leitenden Gedanken der Problemlösung“ (Ebd.), die für Jahre oder Jahrzehnte gültig sein sollen und auch unter wechselnden Verhältnissen

ausgeführt werden sollen. Unkonventionelle Organisationstypen wie diese können als strategische Reserve für das Klären und Lösen von zentralen und komplexen Aufgaben bezeichnet werden.

Um Strategien zu entwickeln und bestehende Strategien zu überprüfen haben sich einige Grundsätze, wie z.B. Erkundung, Übersicht, Lagebeurteilung und die Verfügbarkeit von Reserven, als geeignet erwiesen.

Erkundung:

Als Erkundung wird im militärischen Bereich die Aufklärung der gegnerischen Absichten bezeichnet. Das Vorauswissen, das durch die Erkundung erlangt wird, kann als Ursprung der Überlegenheit bezeichnet werden. In der Raumplanung ist die frühzeitige Kenntnis der Absichten der unterschiedlichen Akteure für die Koordination von Aufgaben und für die Entwicklung von geeigneten Strategien von großer Bedeutung. Pläne, die nicht auf einer Strategie beruhen, enthalten in der Regel keine Aussagen zu den möglichen Absichten der verschiedenen Akteure. Die Unwissenheit über mögliche Konflikte hat in der Vergangenheit zu beträchtlichen Erschwernissen bei den formellen Verfahren der Raumplanung geführt. Deshalb wird versucht im Vorfeld der formellen Verfahren, durch informelle Ergänzungen, raumbedeutsame Konflikte zu erkennen und möglichst durch geeignete Lösungen zu beseitigen oder in der strategischen Planung zu berücksichtigen. Im Zusammenhang mit der Erkundung ist es wichtig, dass sich nicht nur auf die Erkundung der Probleme und der Konflikte konzentriert wird, sondern dass auch mögliche Lösungen mit einbezogen werden. Hierbei haben sich konkurrierende Testplanungen als ein erfolgreiches Mittel erwiesen (vgl. Scholl 2005: 1128).

Übersicht:

Ein zentrales Element bei strategischen Handeln ist das Schaffen und Bewahren der Übersicht. Ohne eine Übersicht über das Geschehen besteht die Gefahr, dass die knappen Mittel nicht gebündelt und zielgerichtet eingesetzt werden können. Die Auswertungen von Arbeitsprozessen aus dem Bereich der Raumentwicklung zeigen, dass in vielen Fällen eben diese wichtige Übersicht nicht vorhanden ist (vgl. ebd.).

Lagebeurteilung:

Genau wie im militärischen Bereich müssen auch im Bereich der Raumentwicklung die eigenen Mittel und Möglichkeiten, als auch die Mittel und Möglichkeiten der beteiligten Akteure richtig eingeschätzt werden. Der chinesische General und Militärstrategie Sunzi (um 500 v. Chr.) schrieb dazu: „Wenn du den Feind und dich selbst kennst, brauchst du den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten“ (Sunzu 2001: 9).

Durch die periodisch stattfindende Lagebeurteilung ergibt sich ein regelmäßiger Anlass die Übersicht zu schaffen und zu wahren. Zudem bietet sich Gelegenheit zur Klärung der für die zentralen Aufgaben bedeutenden Informationen, um Arbeitsergebnisse zu überprüfen und um sich auf das zu konzentrieren, was in der nächsten Periode als wichtig und wesentlich eingestuft wird (vgl. Scholl 2005: 1128).

Reserven:

Durch die Auswertung verschiedener Arbeitsprozesse aus dem Bereich der Raumentwicklung ist bekannt, dass in den wenigsten Prozess-Organisationen zeitliche Reserven eingearbeitet sind, die wiederum nötig sind, um sich mit strategisch wichtigen Fragen beschäftigen zu können. Das nicht Vorhandensein zeitlicher Reserven ist gerade im Bereich der Raumplanung fatal, da die Verzugszeiten zwischen raumplanerischen Entscheidungen und dem Eintreten der gewünschten Wirkungen Jahre oder Jahrzehnte betragen können. Wird also ein raumbedeutsames Problem offensichtlich, dann ist es entweder zu spät, um reagieren zu können oder es können nur unter dem Aufwand erheblicher zusätzlicher Mittel Maßnahmen zur Beseitigung oder Milderung ergriffen werden (vgl. ebd.). Aufgrund dessen ist es wichtig, dass zeitliche Reserven in Prozess-Organisationen eingearbeitet werden, denn „der Erfolg bleibt dem, der die letzte Reserve in der Hand hat und dann entschlossen einsetzt“ (Moltke 1912: 48).

3.2.5 Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung

In den internationalen Planungswissenschaften ist die strategische Planung ein viel diskutiertes Thema, jedoch gibt es keine einheitliche anerkannte Definition und kein einheitliches planungswissenschaftliches Verständnis von strategischer Planung. Es lässt sich eher eine Vielzahl an Varianten und Ansätzen feststellen, was auf die ausgeprägten nationalen Planungskulturen in Europa zurückzuführen ist. Dennoch lässt sich ein gemeinsames Grundverständnis in der Literatur identifizieren, nämlich dass es sich bei der strategischen Planung um eine Synthese aus den „großen Plänen“ und den „kleinen Schritten“ bzw. aus den idealtypischen Modellen der integrierten Entwicklungsplanung und des Planungsinkrementalismus handelt (vgl. IRS 2009: o.S.). Die integrierte Entwicklungsplanung stand aufgrund der geringen Steuerungswirkung in der Kritik und führte damit zur Hinwendung zu Einzelprojekten und somit zum Modell des Planungsinkrementalismus, der wiederum wegen seines kurzfristigen Aktionismus kritisiert wurde.

3.2.5.1 Abgrenzung zur integrierten Stadtentwicklungsplanung und zum Planungsinkrementalismus

Die strategische Planung grenzt sich sowohl vom Modell der integrierten Stadtentwicklungsplanung, als auch vom darauf reagierenden Modell des Planungsinkrementalismus ab und bildet dadurch einen „dritten Weg“ zwischen den „großen Plänen“ und „kleinen Schritten“. Einige Autoren haben in der jüngeren Vergangenheit die Frage aufgeworfen, ob es sich bei der strategischen Planung lediglich um eine „Renaissance“ der integrierten Entwicklungsplanung aus den 1970er Jahren handelt. Untersuchungen haben jedoch wichtige Unterschiede zwischen der strategischen Planung und der integrierten Entwicklungsplanung festgestellt, die in den folgenden Punkten zusammengefasst dargestellt werden (vgl. Kühn 2008: 233):

Der Anspruch früherer Stadtentwicklungspläne, alle wichtigen Bereiche und Ressorts vollständig zu integrieren, wird zugunsten einer Selektivität von Schlüsselthemen aufgegeben. Strategische Planung

reduziert Komplexität, indem sie zwar in der Analyse von Stärken und Schwächen ressortübergreifend agiert, jedoch selektive Prioritäten in Orientierung und Umsetzung setzt.

Der deduktive Charakter der technokratischen Planungsrationale in Form der klassischen Abfolge von Bestandsaufnahme, Problemanalyse, Vision, Leitbild, Ziele, Maßnahmen, Umsetzung, Erfolgskontrolle wird zugunsten eines iterativen Wechselspiels von Orientierung und Umsetzung aufgegeben. Bei der strategischen Planung können Projekte aus Leitbildern abgeleitet werden, es können aber auch Leitbilder aus Projekten entstehen.

Die Orientierung der Akteure wird nicht durch detaillierte Zielkataloge und Handlungsprogramme erreicht, sondern durch Visionen und Leitbilder, die lediglich einen Orientierungsrahmen für zukünftige Entwicklungen bilden.

Die Umsetzung erfolgt bei der strategischen Planung nicht durch lange Maßnahmenlisten flächendeckend im Gesamtraum, sondern durch eine überschaubare Anzahl von Projekten in ausgewählten Teilräumen der Städte oder Regionen und wird deshalb als „area based strategy“ bezeichnet.

Ein weiterer Unterschied zwischen der integrierten Entwicklungsplanung und der strategischen Planung besteht darin, dass die gängige Arbeitsteilung zwischen der Zielbestimmung durch öffentliche Akteure aus Verwaltung und Politik und der Umsetzung durch private Akteure aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft aufgegeben wird. Stattdessen werden neue Governance-Formen entwickelt und private Akteure aktivierend in Leitbildprozesse einbezogen.

(vgl. Kühn 2008: 233).

Die Gemeinsamkeiten von strategischer Planung und integrierter Entwicklungsplanung liegen darin, dass beide einen ressortübergreifenden An-

spruch pflegen und einen informellen Status besitzen. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden ist, dass strategische Planung einerseits die Integrationsansprüche reduziert, indem sie auf detaillierte Ziel- und Maßnahmenkataloge verzichtet und fachlich als auch räumlich Prioritäten setzt. Auf der anderen Seite erhöht die strategische Planung die Ansprüche an eine effektivere Umsetzung durch eine stringente Ziel-Mittel-Kopplung, projektorientierte Vorgehensweise und Einbeziehung privater Akteure aus der Wirtschaft und der Bürgerschaft (vgl. ebd.).

Neben der Abgrenzung der strategischen Planung zur integrierten Entwicklungsplanung ist es wichtig auch die Abgrenzung zum Inkrementalismus bzw. zum perspektivischen Inkrementalismus aufzuzeigen, da dieser auch versucht hat die Schwächen der integrierten Entwicklungsplanung und des Inkrementalismus zu vermeiden und nur ihre Stärken zu kombinieren. Der perspektivische Inkrementalismus ist ein Konstrukt, unter dem die Gründer der IBA Emscher Park einige methodische Prinzipien zusammengefasst haben. Bei den Prinzipien handelt es sich u.a. um allgemeine Zielvorgaben: Projekte statt Programme, Verzicht auf flächendeckende Realisierung, Integration der Instrumente statt Integration der Programme. Nun stellt sich die Frage wie sich die strategische Planung vom perspektivischen Inkrementalismus abgrenzt. Der perspektivische Inkrementalismus ist dem Modell des Inkrementalismus in seiner Konzeption näher als dem Modell der integrierten Entwicklungsplanung. Bei der IBA Emscher Park lag der praktische Schwerpunkt auf der inkrementellen Durchführung einer großen Anzahl von Projekten. Das Perspektivische begrenzte sich nur auf allgemeine Zielvorgaben und Leitthemen. Die strategische Planung beansprucht im Unterschied dazu, dass die Anforderungen beider Modelle gleichwertig kombiniert werden (vgl. ebd.: 232).

Als konstitutives Merkmal des Modells der strategischen Planung wird von vielen Autoren die Gleichzeitigkeit von Leitbildprozessen und Projekten beschrieben (vgl. Becker 1999: 464, Albrechts 2004: 749). Brake bezeichnet die unbedingte Einheit von Orientierung und Umsetzung als ein wesentliches Merkmal von strategischen Entwicklungskonzepten (vgl. Brake 2000: 285). Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung spricht im

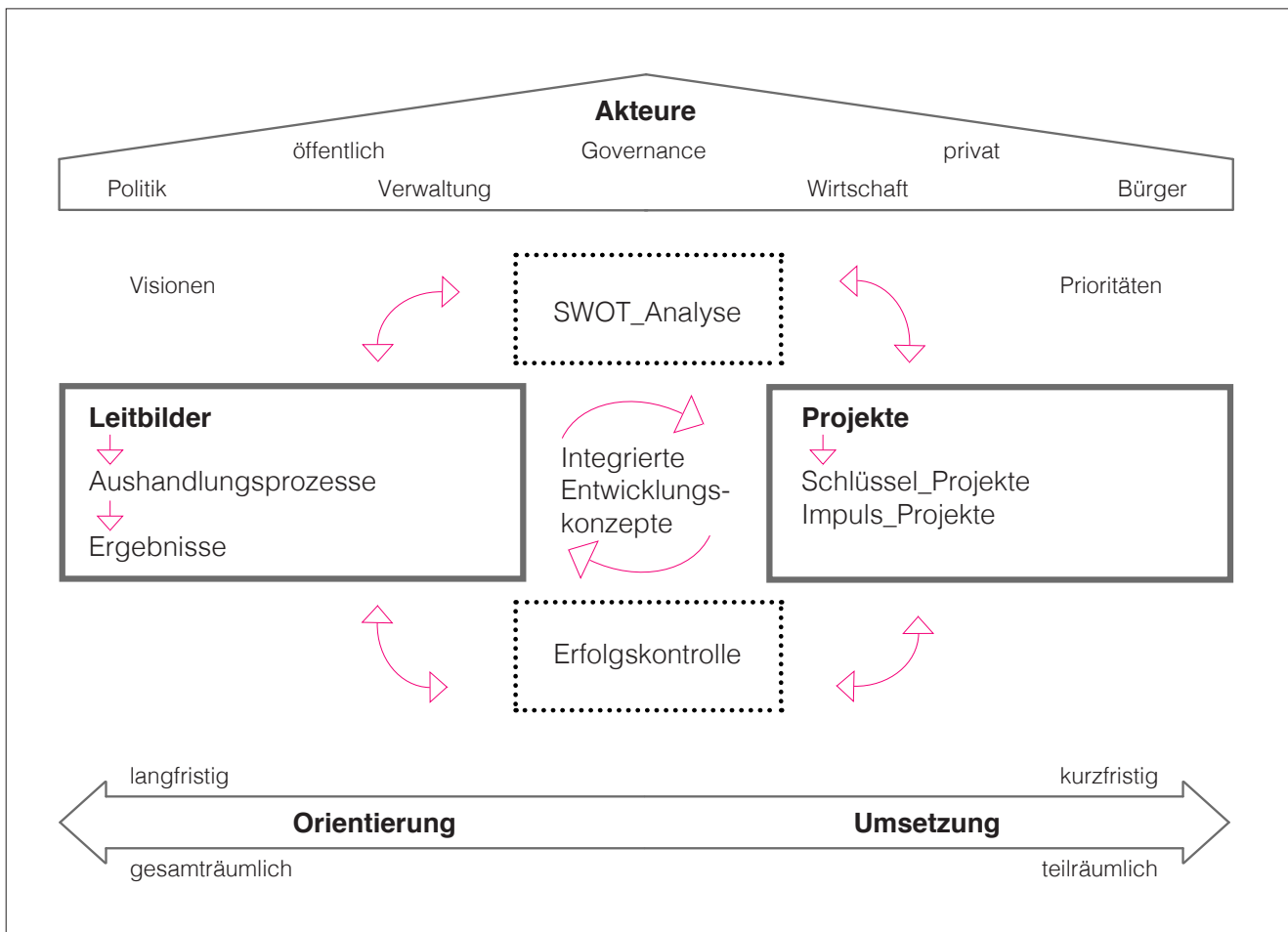


Abbildung 27:
Modell der strategischen
Stadt- und Regional-
planung

eigene Darstellung,
nach IRS

Quelle:
(<http://www.irs-net.de/forschung/forschungs-abteilung-4/strategische-stadtplanung/projektziele-diagramm.gif>).

Zusammenhang mit strategischer Planung von der „Verknüpfung von Gesamtkonzeption und Impulsprojekten“ (BBR 2005: 10). Die bei der Charakterisierung gebrauchten Begriffe, wie z.B. Gleichzeitigkeit, Parallelität und das ständige Wechselspiel, betonen die zeitliche Dimension, so dass man strategische Planung auch als permanenten Lernprozess verstehen kann. Das angesprochene Wechselspiel zwischen Orientierung und Umsetzung soll dazu führen die häufige Folgenlosigkeit von Leitbildprozessen und auf der anderen Seite den bloßen Aktionismus von Projekten zu vermeiden. Demnach lässt sich strategische Planung als ein Modell aus dem Wechselspiel verschiedener Elemente konzipieren (siehe Abb. 27) (vgl. Kühn 2008: 234). Im Folgenden sollen die verschiedenen Elemente des Modells der strategischen Stadt- und Regionalplanung nach Kühn dargestellt werden.

3.2.5.2 Strategische Akteurs- Kooperationen

Strategische Akteurs- Kooperationen bilden in doppelter Hinsicht das institutionelle Dach, um Leitbilder und Projekte miteinander zu koppeln. Dies geschieht einerseits durch Kooperationen verschiedener Ressorts der öffentlichen Verwaltung und andererseits durch die Kooperation öffentlicher und privater Akteure.

An die strategische Planung wird vielfach der Anspruch gestellt ressortübergreifend zu arbeiten, gleichzeitig geht strategische Planung mit dem paradigmatischen Wandel von „Government“ zu „Governance“ einher. In stark marktwirtschaftlich orientierten Ländern wie den USA oder Großbritannien führen die Steuerungsgrenzen der staatlichen Planung zu einer Institutionalisierung von öffentlich privaten Kooperationen, den so genannten Public-Private-Partnerships, zwischen dem Staat, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Hiermit geht die Hoffnung einher, dass öffentliche Fördermittel private Folgeinvestitionen nach sich ziehen.

Wie bereits im Kapitel 3.2.5.1 „Abgrenzung zur integrierten Stadtentwicklungsplanung und zum Planungsinkrementalismus“ beschrieben, muss die klassische Arbeitsteilung zwischen der Zielbestimmung durch öffentliche Akteure und der Realisierung durch private Akteure aufgegeben werden, damit strategische Kooperationen zwischen der öffentlichen Verwaltung und privaten Unternehmen entstehen (vgl. ebd.).

3.2.5.3 Stärken- Schwächen- Analyse (SWOT)

Die Stärken- Schwächen- Analyse (**S**trengths, **W**eaknesses, **O**pportunities, **T**hreats) ist ein Instrument der strategischen Planung und dient im Bereich des strategischen Managements privater Unternehmen als Grundlage und Ausgangspunkt für die Strategiebestimmung. Seit den 1990er Jahren wird das Instrument der SWOT-Analyse auch von der öffentlichen Verwaltung für die Positionsbestimmung und Strategieentwicklung von Städten und Regionen genutzt.

Im Zuge einer SWOT- Analyse werden in einem ersten Schritt die internen Stärken und Schwächen analysiert. Als Basis dient dafür in der Regel ein moderierter Diskussionsprozess, der das Ziel hat einen Gruppenkonsens zwischen den beteiligten Akteuren herzustellen. Gerade zwischen öffentlichen und privaten Akteuren kann dieser Konsens nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden, sondern kann sich nur aus der Diskussion heraus bilden. In einem zweiten Schritt werden die externen Chancen und Risiken ebenfalls in einem gemeinsamen Konsens analysiert. Schließlich werden die Stärken und Chancen, Schwächen und Risiken in einer Matrix gegenübergestellt. Das Ziel der SWOT- Analyse ist es, die Stärken und Chancen zu maximieren und die Schwächen und Risiken zu minimieren

Die SWOT-Analyse, als ein Element der strategischen Planung, beruht am ehesten auf der rationalistischen Annahme, „wonach eine lineare Ziel-Mittel-Ableitung auf der Grundlage umfassender Informationen explizit möglich ist.“ (Ebd.: 235). Aus der SWOT-Analyse können Leitbilder aber auch Projekte abgeleitet werden.

3.2.5.4 Strategische Leitbilder

Durch strategische Leitbilder werden auf der gesamträumlichen Ebene von Stadt und Region langfristige Ziele und gemeinsame Zukunftsvisionen bestimmt. Während die Stadtplanung in der Regel mit städtebaulichen Leitbildern arbeitet, nutzen die Landes- und Regionalplanung raumordnerische Leitbilder. Die strategischen Leitbilder unterscheiden sich sowohl von den städtebaulichen Leitbildern als auch von den raumordnerischen Leitbildern. Während die eben genannten Leitbilder nur flächenbezogene Aussagen zur baulich-räumlichen Struktur machen, ergänzen die strategischen Leitbilder diese um Aussagen zu prägenden Standortprofilen oder tragenden Wirtschaftsbereichen einer Stadt oder einer Region z.B. als Kulturstadt, Universitätsstadt oder als Energieregion. Strategische Leitbilder verknüpfen also sozioökonomische und baulich-räumliche Ziele der Stadt- und Regionalentwicklung (vgl. Kühn 2008: 235). Studien zeigen, dass die langfristigen Leitbilder besonders wichtig für die Bewältigung des Struk-

turwandels insbesondere für deindustrialisierte Städte und Regionen sind.

Das Modell der strategischen Planung nach Kühn unterscheidet innerhalb der strategischen Leitbilder zwischen strategischen Leitbildprozessen und Leitbildergebnissen.

Strategische Leitbildprozesse haben nach innen die Funktion der Abstimmung und Konsensfindung der beteiligten Akteure. Sie basieren, im Gegensatz zu reinen Imagekampagnen, auf sozialen Verständigungs- und Aushandlungsprozessen zwischen den Akteuren und sollen durch „die eigene Mitwirkung das Handeln der Akteure binden und aktivieren.“ (Ebd.).

Den strategischen Leitbildergebnissen wird die Aufgabe zuteil, nach außen einen Imagewandel von Räumen und eine Standortprofilierung im Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und Bewohnern zu bewirken. Oft stellt ein negatives Image von schrumpfenden und verbrauchten Standorten ein großes Hindernis bei der Ansiedlung von neuen Unternehmen und der Anwerbung von qualifizierten Arbeitskräften dar. Daher sind Leitbildergebnisse nicht zuletzt ein Marketing- und Wettbewerbsinstrument, mit dem Ziel Aufmerksamkeit von Medien, Investoren und Bürgern im Standortwettbewerb zu wecken.

Wegen der Leitbildprozesse und der Leitbildergebnisse haben die strategischen Leitbilder eine doppelte Funktion.

3.2.5.5 Strategische Impulsprojekte

Als strategische Projekte werden einerseits größere Bauvorhaben wie z.B. Sportstadien, Museen, Brücken andererseits temporäre Events wie z.B. Festivals, Kulturhauptstadt, Olympische Spiele, IBA und Gartenschauen bezeichnet, denen für die zukünftige Stadt- und Regionalentwicklung eine Initialfunktion zugeschrieben wird. Häufig handelt es sich bei den Projekten um eine Wiedernutzung brachliegender Flächen oder Gebäudekomplexe in alten Industrie-, Gewerbe- oder Hafengebieten. Die Projekte sind in der

Regel kurz- oder mittelfristig angelegt und zeitlich begrenzt. Durch den begrenzten Realisierungszeitraum wird der Handlungsdruck erhöht, wodurch die Umsetzung beschleunigt wird. Die Projekte intervenieren räumlich punktuell (area based) und nicht flächendeckend, wodurch sie eine Abkehr von der umfassenden und flächendeckenden Planung darstellen. Die Voraussetzungen für solche Projekte sind eindeutig definierte Träger-schaften, Eigentumsverhältnisse und Finanzierungskonzepte. In der Regel werden die Projekte von aus der bestehenden Verwaltungsstruktur ausgegliederten Sonderorganisationen getragen. Als Sonderorganisationen gelten beispielsweise ressortübergreifende Arbeitsgruppen, privatrechtlich organisierte Entwicklungsgesellschaften oder öffentlich-private Agenturen (vgl. ebd.).

Im Folgenden sollen kurz die Stärken der projektorientierten Planung dargestellt werden:

Durch die Konzentration strategischer Projekte auf bestimmte Themenfelder und Teilräume wird die Komplexität der Stadt- und Regionalentwicklung reduziert.

Durch eine überschaubare Anzahl an definierten strategischen Projekten wird die Umsetzungschance, im Gegensatz zu langen Maßnahmenkatalogen in konventionellen Stadtentwicklungskonzepten, erhöht.

Der konkrete Umsetzungsanspruch von Projekten führt dazu, dass Akteure leichter mobilisiert und motiviert werden können, als durch allgemeine Leitbilder. Zudem kann durch Projekte stärker eine politische Handlungsfähigkeit demonstriert werden.

Da sich das Management häufig außerhalb von Verwaltungsroutinen abspielt, ermöglicht es in vielen Fällen flexiblere, kreativere und qualitätsvollere Lösungsansätze und offenere Lernprozesse.

Strategische Projekte werden häufig als Leuchtturm- oder Flagship-

projekte bezeichnet und können zu einem Imagewandel führen, der als Basis für eine neue Attraktivität des Standorts fungiert. Damit werden strategische Projekte zum Symbol des Strukturwandels in Städten und Regionen.

Durch die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure können strategische Projekte Erfolge erzielen und damit die Trennung von Planung und Umsetzung im Modell der integrierten Entwicklungsplanung aufheben.

Die Wirkungen, die von den strategischen Impulsprojekten ausgehen, können entweder räumlich streuend, metastasierend, zeitlich beschleunigend oder katalysatorisch sein.

(vgl. Kühn 2008: 235- 236).

3.2.5.6 Erfolgskontrolle

Die Evaluation/ Erfolgskontrolle ist bei der strategischen Planung ein begleitender Prozess. Der auch häufig als „ongoing evaluation“ bezeichnete Prozess ist wichtig, um das iterative Wechselspiel zwischen Leitbildern und Projekten rückzukoppeln. In diesem Fall ist das Ziel keine Ex-post-Evaluation durch eine Wirkungsanalyse, da diese ein zeitliches Nacheinander voraussetzt, sondern ein laufendes Monitoring zur Kontrolle, damit eine Anpassung der Leitbilder und Projekte an veränderte Rahmenbedingungen möglich ist. Dieses „lernende System“ zeichnet sich dadurch aus, dass es sich an die richtige Balance zwischen Kontinuität und Flexibilität heranzuführt. Aufgrund dessen lässt sich strategische Planung der Charakter eines permanenten Lernprozesses unterstellen (vgl. ebd.).

3.2.5.7 Orientierung und Umsetzung

Wie in der Abbildung 27 zu sehen ist bilden Orientierung und Umsetzung die gegensätzlichen Steuerungsfunktionen der strategischen Planung.

Die Orientierungsfunktion der Akteure über Visionen, Leitbilder und Ziele hat einen langfristigen Zeithorizont und einen flächendeckenden Raumbezug.

Die Umsetzungsfunktion ist dagegen auf die Projekte bezogen und durch einen kurzfristigen Zeithorizont und einen teilräumlichen Raumbezug gekennzeichnet.

Durch die Pfeile in der Grafik wird der dynamische Prozesscharakter der strategischen Planung deutlich. Es zeigt, dass sich innerhalb des Modells der strategischen Stadt- und Regionalplanung eine widersprüchliche Einheit aus gegensätzlichen Elementen bildet (vgl. ebd.).

3.2.6 Regenerierungsstrategien

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, schrumpfender Städte und schrumpfender industrialisierter Gesellschaften werden die Mittel zur Gestaltung unseres Lebensraumes immer knapper werden. Aufgrund der komplexen Aufgaben und der knappen Mittel wird die Entwicklung und der Einsatz von Strategien zur Bewältigung von schwierigen Aufgaben der Raumentwicklung weiter zunehmen (vgl. Scholl 2005: 1129). Den PlanerInnen wird hierbei die Rolle eines „Managers of Change“ (Doehler- Behzadi 2005: 76) zugeschrieben. Der starke Anpassungsdruck in schrumpfenden Städten und Regionen, ein verschärfter Standortwettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und Haushalten, sowie die knappen öffentlichen finanziellen Mittel stellen Rahmenbedingungen dar, die die Anwendung strategischer Planung begünstigen (vgl. Kühn 2008: 237). Im Vordergrund werden in diesem Zusammenhang die Regenerationsstrategien stehen. Bei Regenerationsstrategien handelt es sich um komplexe Ansätze der strategischen Planung, welche die demographische, sozioökonomische und städtebauliche Erneuerung in Städten oder Stadtregionen anstreben. Sie haben das Ziel dem Beschäftigten- und Einwohnerschwund, sowie dem baulichen Leerstand und Verfall entgegenzuwirken. Strategien der Regenerierung umfassen die aus dem Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung bekannten Ebenen einer lang-

fristigen Vision, bzw. eines Leitbildes und die Ebene von kurz- oder mittelfristigen, umsetzungsorientierten Projekten (vgl. Bürkner et al. 2005: 30).

Im weiteren Verlauf der Arbeit sollen die beiden Städte Leipzig und Manchester bezüglich des Vorhandenseins von Regenerationstrategien untersucht werden. Die Überprüfung dient dem Ziel herauszuarbeiten, ob die beiden Städte im Zuge ihrer Regeneration auf Regenerierungsstrategien zurückgegriffen haben und ob diese einen wichtigen Teil zur Stabilisierung der Städte beigetragen haben.

4 Leipzig | Manchester

Im Abschnitt 4 „Leipzig | Manchester“ werden die beiden Städte porträtiert und ihre jüngere Geschichte dargestellt. Der Fokus liegt auf der Analyse von Maßnahmen und Projekten, die zur Regenerierung geführt haben, sowie auf der Überprüfung der beiden Städte bezüglich des Vorhandenseins und der Wirksamkeit von „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung.

4.1 Leipzig

Im folgenden Kapitel wird die deutsche Stadt Leipzig vorgestellt. Mit der Wiedervereinigung verlor Leipzig wie fast jede ostdeutsche Stadt EinwohnerInnen und Arbeitsplätze. Bereits Ende der 1990er Jahre hat sich Leipzig offensiv den Folgen der Deindustrialisierung Ostdeutschlands und den Herausforderungen schrumpfender Städte gestellt und es wurden innovative Strategieansätze entwickelt, die mit einem hohen Anspruch an die Verfahrens- und Gestaltqualität verbunden sind. Auf die Missstände reagierte die Politik u. a. mit dem Förderprogramm Stadtumbau Ost. Stabilisierend wirkte außerdem eine erfolgreiche überörtliche kommunale Ansiedlungspolitik der Stadt Leipzig von Großunternehmen (BMW, DHL oder Porsche), die Konsolidierung wesentlicher Teile des Wohnungsmarktes, sowie die Stärkung und Attraktivierung der Innenstadt. Seit der Jahrtausendwende wird auf die Probleme infolge der Schrumpfung nicht nur mit gesamtstädtischen Planungen reagiert, sondern auch mit kleinteiligen Maßnahmen agiert. Der „Leipziger Weg“ hat mit seinen kreativen Ansätzen und der strategischen Planung zu neuem Wachstum geführt. Zunächst wird die Stadt porträtiert und die Entwicklung der Stadt vorgestellt. Zudem werden Maßnahmen und Initialprojekte vorgestellt, die zur Regenerierung der Stadt beigetragen haben. Dann wird ein kurzes Zwischenfazit über die Entwicklung der Stadt gezogen, bevor Leipzig anschließend bezüglich des Vorhandenseins von „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung analysiert und beurteilt wird.

4.1.1 Stadtporträt Leipzig - der „Leipziger Weg“

Die Stadt Leipzig ist eine kreisfreie Großstadt in Deutschland und befindet sich im Freistaat Sachsen, zudem ist die Stadt Teil der Metropolregion Mitteldeutschland. Aktuell hat die Stadt ca. 530.000 EinwohnerInnen und bildet im Osten von Deutschland ein Zentrum für Wirtschaft, Handel, Kultur, Verwaltung und Verkehr (vgl. Stadt Leipzig 2014c: o.S.).



In den 1930er Jahren des letzten Jahrhunderts hatte die traditionsreiche Handels- und Messestadt Leipzig ca. 714.000 EinwohnerInnen und war damit die fünftgrößte Stadt in Deutschland. In der Nachkriegszeit kommt es zu vielen Veränderungen. Auf der einen Seite wird Leipzig in der DDR als Messestadt zum Schaufenster zur nicht-sozialistischen Welt, zu einer Drehscheibe des Ost-West-Handels und als bedeutender Industrie-, Forschungs- und Entwicklungsstandort ausgebaut. Auf der anderen Seite wandern nach dem Zweiten Weltkrieg aber viele Verlagshäuser, Banken, Industrieunternehmen sowie ein bedeutender Teil des Messegeschäfts in den Westen ab.

Die Stadt blickt auf eine jahrzehntelange Schrumpfungsgeschichte zurück, die schon in den 1950/ 60er Jahren in der DDR begann und ihren Höhepunkt in den Wendefolgejahren der postsozialistischen Transformation fand. Zum Zeitpunkt der politischen Wende im Jahr 1989 ist Leipzig mit seinem enorm großen aber vernachlässigten gründerzeitlichen Baubestand und der nach dem Leitbild der städtebaulichen Moderne fragmentarisch wiederaufgebauten City in einem katastrophalen baulichen Zustand (vgl. Jessen/ Walther 2008a: 138). Auch Leipzig ist, wie ganz Ostdeutschland, durch den vollständigen Niedergang der auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähigen und veralteten Industriestruktur, von einem enormen ökonomischen Einbruch betroffen. In Folge des ökonomischen Einbruchs sind in Leipzig zwischen 1991 und 2002 über 60.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Aufgrund der Arbeitsmarktsituation gab es in der Nachwendezeit eine große Abwanderungswelle in die westdeutschen Bundesländer aber

Abbildung 28:
 Verortung und EinwohnerInnenentwicklung der Stadt Leipzig
 eigene Darstellung, nach
 Oswald/ Rieniets
 Quelle:
 (Oswald/ Rieniets 2006:
 140)



Abbildung 29:
vernachlässigte
Gründerzeitstruktur

Quelle:
(<http://s153.photobucket.com/user/leipziger1/media/HPIM5098.jpg.html>).

Abbildung 30:
Brachflächen im
Gründerzeitgebiet

Quelle:
(<http://idw-online.de/pages/de/image?id=93843&size=screen>).

auch in das Umland der Stadt.

Trotz des kritischen baulichen Zustandes (siehe Abb. 29 und 30) erwirbt sich Leipzig unmittelbar nach der Wende zunächst den Ruf einer „Boomtown des Ostens“. In keiner anderen ostdeutschen Großstadt werden in so kurzer Zeit so viele Hotels, Bürobauten und Kaufhäuser errichtet und Altbauten renoviert wie in Leipzig. Die meist westdeutschen Investoren strömen in großer Zahl nach Leipzig, um die Steuerabschreibungsmöglichkeiten nach dem Fördergebietsgesetz auszuschöpfen. Es zeigt sich allerdings sehr bald, dass die Wachstumsspekulationen und die Hoffnung, dass sich Leipzig als Drehscheibe für den Handel zwischen Ost- und Westeuropa profiliert, nicht realistisch waren. Stattdessen trifft die Stadt der vollständige Zusammenbruch der Industriebasis und die sprunghaft einsetzende Suburbanisierung extrem hart und unvorbereitet (vgl. ebd.). Die damals entstandenen Überkapazitäten auf dem Wohnungs- und Büroflächenmarkt werden zu einer andauernden Herausforderung für die Planung. Einen großen Anteil an den Problemen, die sich Mitte der 1990er Jahre u.a. in Leipzig zeigen, haben die zu spät korrigierten Fehlsteuerungen in der Wohnungsbauförderung und der Finanzpolitik des Bundes und des Landes. Die baulich-räumlich nicht differenzierende Finanzpolitik führt zu wesentlichen Fehlallokationen der Wohnungsbauinvestitionen und damit dazu, dass in kleinen Umlandgemeinden der großen Städte neue Geschosswohnungsbauten zur Miete errichtet werden. Durch diese Fehlsteuerungen vergrößern sich die Leerstände in den Kernstädten und die

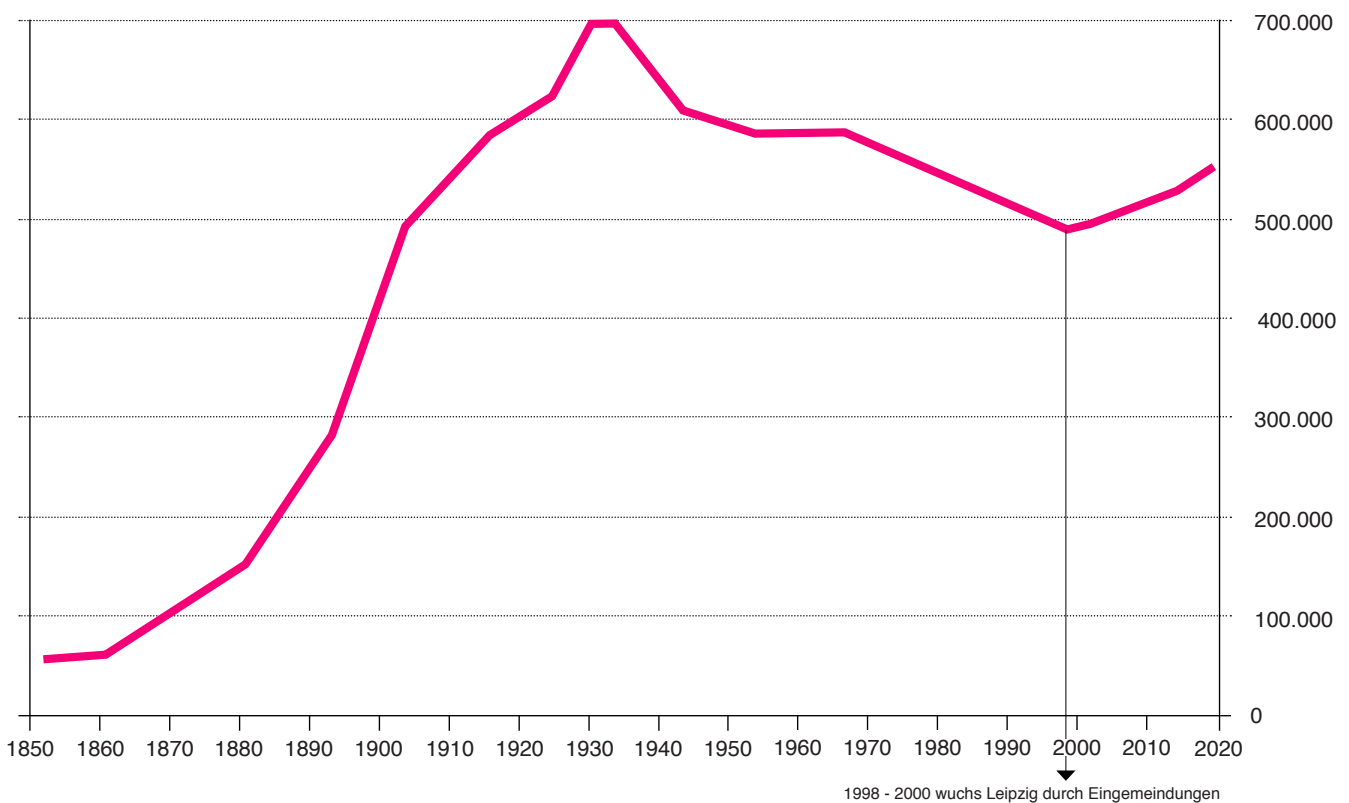


Abbildung 31:
EinwohnerInnen der
Stadt Leipzig 1850 bis
2020

eigene Darstellung,
nach Oswald/ Rieniets

Quelle:
(Oswald/ Rieniets 2004:
628).

Erneuerungsstrategien werden untergraben. Dazu kommt, dass die im ersten Jahr nach der Wende getroffenen Entscheidungen über die Standorte der Megastores des Einzelhandels, enorme Strukturprobleme in den Citylagen von Leipzig verursachen.

In der Mitte der 1990er Jahre ist das Bild der „Boomtown des Ostens“ vergangen und damit auch die Hoffnung auf einen schnellen Anschluss an westdeutsche Verhältnisse (vgl. ebd.). Hatte die Stadt 1989 noch 530.000 EinwohnerInnen, so sind es im Jahr 2003 nur noch 496.000 EinwohnerInnen. Daraus ergibt sich ein Verlust von -6,3% zum Jahr 1989. Dieser Wert ist allerdings nicht wirklich aussagekräftig, weil er auf die Eingemeindungen aus den Jahren 1999/ 2000 zurückzuführen ist, durch die sich die Stadtfläche verdoppelt hat. Betrachtet man die alten Grenzen der Stadt, so muss von einem Bevölkerungsrückgang von ca. 100.000 EinwohnerInnen (- 17,6%) ausgegangen werden, den Leipzig zwischen 1990 und 2000 zu verzeichnen hatte. Dadurch ist Leipzig zum Synonym für die schrumpfende Stadt geworden (vgl. Oswald 2004: 627).

Trotz des in Ostdeutschland vorhandenen Strukturbruchs, der auf die massive Deindustrialisierung, Massenentlassungen und Bevölkerungsabwanderung zurückzuführen ist, und die Nachwendezeit geprägt hat, lassen sich mit dem Jahrtausendwechsel erste wachstumsfördernde Entwicklungen beobachten (vgl. Steinführer/ Haase 2009:189).

Heute lassen sich in Leipzig Merkmale einer bipolaren Stadt erkennen, in der Schrumpfs- und Wachstumsprozesse parallel ablaufen und sich gegenseitig beeinflussen. Wachstumsfördernd waren z.B. die Entwicklung bedeutender Standorte am nördlichen Stadtrand Leipzigs in Form des Flughafenneubaus, des Güterverkehrszentrum und der Neuen Messe. Mit der Ansiedlung von BMW und Porsche gelang es internationale Großunternehmen vom Standort Leipzig zu überzeugen (vgl. Heinig/ Weigel 2003: 61).

Seit dem Jahr 2001 steigt die EinwohnerInnenzahl wieder an, sodass Leipzig heute ca. 530.000 EinwohnerInnen hat und weiter wächst. Begleitet wird diese positive Entwicklung durch eine im Vergleich zu den Wendefolgejahren niedrige und weiter sinkende Leerstandsquote, vor allem im innerstädtischen Bereich der gründerzeitlichen Stadtquartiere (vgl. Tiefensee 2003: 4). Standen im Jahr 2000 von den unsanierten Wohnungen 71% leer, betrug der Leerstand 2006 nur noch 15%. Die steigende EinwohnerInnenzahl und die sinkenden Leerstandsquoten stehen im Kontrast zur Situation in den meisten anderen ostdeutschen Städten. Neben den sich erholenden innerstädtischen Wohnquartieren, entwickeln sich auch die Einkaufslagen der Leipziger Innenstadt positiv (vgl. Tiefensee 2003: 4). Die Leipziger City hat mittlerweile wieder eine anziehende Wirkung auf die Stadtbevölkerung sowie auf Besucher und zeigt sich nach notwendigen Sanierungsmaßnahmen mit einer neuen Attraktivität. Dies lässt sich anhand von steigenden Passantenzahlen und einer sich verdreifachten Verkaufsfläche verdeutlichen. Durch Investitionen von Kaufhäusern und Handelsketten wurde dies zusätzlich gefördert. Das lokale Angebot an Kultur und Gastronomie wächst beständig weiter. Neben der Verbesserung des lokalen innerstädtischen Angebotes an Dienstleistungen und Handel wurde zusätzlich verstärkt der öffentliche Raum gestaltet (vgl. Heinig/ Weigel 2003: 61).

Parallel zu den Wachstumsprozessen lassen sich jedoch auch Schrumpfungprozesse ablesen, welche sich heute vor allem auf die Großwohnsiedlungen konzentrieren. Diese werden vom Leerstand eingeholt und sind aufgrund ihrer Monostruktur nur wenig krisenfest (vgl. ebd.: 62). Besonders geprägt ist der Umgang Leipzigs mit diesen Siedlungen durch Abriss der vorhandenen leerstehenden Gebäude unter dem Leitbild einer aufgelockerten, perforierten Stadt mit einem gestalteten und grünen Wohnumfeld (vgl. Tiefensee 2003: 4).

Die mit dem Einwohnerverlust in den Wendefolgejahren verbundenen Probleme auf der räumlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ebene erfordern eine klare strategische Rahmensetzung, da die kommunale Finanzsituation angespannt ist. Die Abkehr vom „Gießkannenprinzip“ der Fördermittelstreuung hin zu einer räumlichen und inhaltlichen Konzentration von Förderprogrammen war notwendig. Es mussten schnell positive Beispiele geschaffen werden, was nur durch eine gezielte Fördermittelpolitik möglich war. Dabei hat die Leipziger Stadtentwicklungspolitik aus den Fehlern der Stadtentwicklungsplanung der 1970er und 1980er Jahre gelernt (vgl. Heinig/ Weigel 2003:63). Die Leipziger Vorgehensweise ist eine aktive Stadtpolitik mit klaren strategischen Zielen, die gleichzeitig fähig ist, flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren und neue Inhalte, Konzepte und Verfahren zu generieren. Dafür wurde in den 1990er Jahren die sektorale Stadtentwicklungsplanung eingeführt und mit dem im Jahr 2000 beschlossenen Stadtentwicklungsplan „Wohnungsbau und Stadterneuerung“ wurden Umsetzungsmöglichkeiten geschaffen, die weit über klassische Planungsinstrumente hinausgehen. Die Leipziger Stadtentwicklungspolitik ist, im Umgang mit den Schrumpfungs- und Wachstumsprozessen, gekennzeichnet durch kreative Ansätze und Einzelmaßnahmen, die eng verzahnt sind mit einer strategischen Planung. Die Leipziger Stadtpolitik hat dabei vor allem im Bereich der Industrie und Infrastrukturpolitik, der Revitalisierung der City und der inneren gründerzeitlichen Quartiere Kontinuität bewiesen (vgl. Jessen/ Walther 2008a: 142). Im Bereich Wohnungsbau und Stadterneuerung hat die Stadt Ende der 1990er Jahre dagegen einen markanten Strategiewechsel vollzogen. Mit einer Mischung aus Kontinuität und Flexibilität und durch die Entwicklung von neuen Konzepten und Inst-

rumenten hat Leipzig als erste deutsche Stadt auf die Herausforderungen des Schrumpfens reagiert.

4.1.2 Maßnahmen und Initialprojekte

Im folgenden Abschnitt werden Maßnahmen und Initialprojekte vorgestellt, die maßgeblich zur Regenerierung in Leipzig beigetragen haben.

4.1.2.1 Standort- und Infrastrukturpolitik

In Folge des wirtschaftlichen Niedergangs und des damit verbundenen Bevölkerungsverlustes sah die Leipziger Stadtentwicklungspolitik den Wiederaufbau einer ökonomischen Basis als Möglichkeit an, den ablaufenden Schrumpfungsprozessen und ihren Folgen für Stadt und Gesellschaft entgegenzuwirken. Der Fokus sollte dabei auf einer breit gelagerten Standort- und Infrastrukturpolitik liegen. So entschied man sich in der Mitte der 1990er Jahre für die Aufgabe des alten innerstädtischen Messestandortes, um im Norden der Stadt eine neue Messe (siehe Abb. 32) aufzubauen.

Abbildung 32:
Neue Messe Leipzig

Quelle:
(<http://www.leipziger-messe.de/media/mandant/slider/slider3.jpg>).

Die dort vorhandene Nähe zur Autobahn und zum Flughafen, also den wichtigsten Verkehrsanschlüssen, sah man als wesentliche Vorteile des neuen Standortes an. Ergänzt wurde der neue Messestandort im Jahr 1996





Abbildung 33:
BMW Werk Leipzig
- Zentralgebäude

Quelle:

(http://www.erco.com/projects/work/bmw-plant-leipzig-central-area-2380/images/eur-erco-bmw-plant-leipzig-central-area-introp-1-10.jpg?c=2014-03-28_13-31-22).

um das Congress Center Leipzig (CCL). Diese Standortneugründungen waren ein Zeichen für den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt und die Auslöser für die wirtschaftliche Erschließung und Entwicklung des Leipziger Nordens.

Aufgrund dieser Initialprojekte sind in den Folgejahren erhebliche Großinvestitionen im Bereich des Leipziger Nordens hinzugekommen, beispielsweise das im Jahr 1994 in unmittelbarer Nähe der Messe errichtete Quelle-Versandzentrum.

Mit der Erweiterung des Flughafens und dem neuen Anschluss an das Regional- und Fernnetz der Bahn im Jahr 2003 wurde die Anbindung an nationale und internationale Verkehrsnetze weiter verbessert.

Erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung, verbunden mit einer Imageverbesserung, die auch auf die gesamte Stadt Leipzig überging, erhielt der Leipziger Norden durch die Ansiedelung der Produktionsstandorte von Porsche (1999) und BMW (2001). Das in der Abbildung 33 gezeigte Zentralgebäude von BMW wurde von der Stararchitektin Zaha Hadid entworfen und hat einen Beitrag zur Imageverbesserung des Standortes geleistet.

Leipzig konnte sich als wichtiger Automobilstandort etablieren. Im Jahre 2008 kam das DHL-Güterverteilzentrum hinzu, mit dessen Hilfe der Standort zu Europas modernstem Umschlagplatz für Luftfracht wurde (vgl. Jessen/ Walther 2008a: 139).

Ermöglicht wurde diese Entwicklung vor allem durch die Entscheidung den alten Messestandort aufzugeben und an einen neuen zu verlagern. Von alten Strukturen und Denkweisen abzulassen und über neue Wege und Möglichkeiten zu diskutieren zeichnet dabei die Denkweise der Verantwortlichen aus. Verbunden war diese mit einer durchdachten Planung und einer klugen Vermarktungspolitik für den neuen Standort. Man bewies Mut zum Risiko, denn ein solches Großprojekt hätte z.B. aufgrund von fehlenden Investoreninteresses, Fehlplanungen und Fehlprognosen oder an der Nichtakzeptanz in der Bevölkerung scheitern können wie aktuelle Beispiele von Großprojekten in Deutschland zeigen. Der Schritt, den Messestandort zu verlagern kann als erfolgreich gewertet werden, da erst durch ihn andere Ansiedlungen von internationalen Wirtschaftsunternehmen initiiert wurden. Bis heute haben sich noch viele weitere Betriebe der Zuliefererindustrie im neuen Industriepark Nord angesiedelt.

Neben den genannten subventionierten Gewerbeentwicklungen auf der grünen Wiese, die aufgrund ihrer Flächen- und Erreichbarkeitsanforderungen keine Standortalternativen besitzen, wurden auch im Sinne der Innenentwicklung innerstädtische Brachflächen mit neuen gewerblichen Nutzungen besetzt und die Ansiedlung im innerstädtischen Bereich subventioniert. Wie einige andere Städte auch, versucht Leipzig besonders Betriebe aus dem Bereich Forschung und Entwicklung in die Stadt zu locken und fördert Existenzgründer in Technologiezentren. Im Jahr 1999 wurde das Business Innovation Centre (BIC) im Leipziger Stadtteil Plagwitz mit dem Ziel gegründet, die Technologie- und Innovationspolitik zu konzentrieren und um Unternehmensgründungen zu unterstützen. Als positives Ergebnis dient die BIO-CITY, wo für Biotechnologieunternehmen und einschlägigen Forschungsgruppen auf mehr als 20.000 m² ein förderndes Umfeld geschaffen wurde (vgl. ebd.: 140).

Obwohl die Arbeitslosenquote in Leipzig seit dem Jahr 2007 sinkt, (Stadt

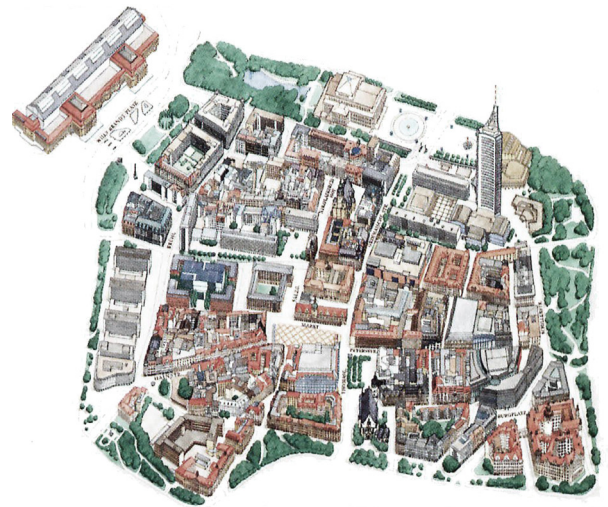


Abbildung 34:
Specks Hof - Laden-
passage
in der Leipziger City

Quelle:
(<http://images.fotocommunity.de/bilder/architektur/architektur-bei-nacht/innenstadt-leipzig-5158552c-8bcc-4638-bc81-f5c6dce801ef.jpg>).

Leipzig 2014: o.S.) kann der nahezu komplette Verlust der industriellen Arbeitsplätze bis dato jedoch nur teilweise durch neue Dienstleistungsarbeitsplätze und wirtschaftlich prosperierende Standorte der Wissensgesellschaft kompensiert werden.

4.1.2.2 Revitalisierung der Leipziger City

Nach Jahren des Verfalls und Niedergangs während der DDR-Zeit sollte die Leipziger City in den Wendefolgejahren wieder aufgebaut und ihrer Rolle als wirtschaftlich und sozial bedeutsamen, attraktiven Einzelhandels- und Dienstleistungsstandort gerecht werden. Schon kurz nach der Wende verfolgte die Stadtpolitik eine Strategie des Wiederaufbaus und in der Innenstadt wurden neue Geschäftshäuser, Museen, Bürobauten und Passagen errichtet. Es wurde damit begonnen, den Stadtgrundriss zu reparieren und Baulücken in der Innenstadt zu schließen (siehe Abb. 35). Zusätzlich wurden Plätze und Straßenzüge neu gestaltet. Die Stadtverwaltung hat erkannt, welchen Wert die Leipziger City für die Stadt hat und rechtzeitig damit begonnen ihre alte Attraktivität wiederherzustellen (vgl. Jessen/ Walther 2008a: 140). Eine bedeutende Rolle bei der Stärkung der Einzelhandelsfunktion der City spielte 1997 die Integration eines Einkaufszentrums in die Empfangshalle des Leipziger Hauptbahnhofs. Vom Zeitpunkt der Wende hat es ca. 15 Jahre gedauert, bis die Revitalisierung der Leipziger City so-

Abbildung 35:
Isometrie Leipziger
Innenstadt heute
(geplante
Projekte sind aufge-
nommen)

Quelle:
(Jessen/ Walther
2008:141).

weit fortgeschritten ist, das sich die Leipziger City nicht von vergleichbaren Städten unterscheidet. Heute befinden sich in der City hochwertige Kaufhäuser, Passagen und Geschäfte des gehobenen Bedarfs, die die Einzelhandelsfunktion der City stärken und zur Revitalisierung der Leipziger City beitragen (siehe Abb. 34).

4.1.2.3 Revitalisierung der innerstädtischen Wohnquartiere und Konsolidierung des Wohnungsmarktes

Während die Wirtschaftsförderung, die Infrastrukturpolitik und die Cityentwicklung ein hohes Maß an Kontinuität aufweisen kommt es Ende der 1990er Jahre im Bereich der Wohnungsbau- und Stadterneuerungsstrategie zu einer markanten Wende, hin zu einem aktiven Stadtumbau. Der Grund für den Kurswechsel sind alte, von Wachstum ausgehende Annahmen über den zukünftigen Flächen- und Erneuerungsbedarf auf Basis des Flächennutzungsplans von 1994, die sich als unrealistisch erweisen. Statt des Wachstums sieht sich die Stadt mit gravierenden Schrumpfungsprozessen, insbesondere in den großen Gründerzeitgebieten aber auch in den Großwohnsiedlungen, konfrontiert. Auch wenn Leipzig nicht die einzige ostdeutsche Stadt ist, die von Schrumpfungsprozessen betroffen ist, so ist sie doch die erste, „die die Tatsache des Schrumpfens beim Namen nennt und dadurch wieder Handlungsspielraum zurückgewinnt.“ (Jessen/Walther 2008a: 140).

Auf die neue Ausgangslage wird mit dem im Kapitel 2.4.8.1 beschriebenen Leitbild der „Perforierten Stadt“ reagiert. Aus der Sicht der Stadt Leipzig ist Planung unter dem Vorzeichen des Schrumpfens davon geprägt, für überschüssige Gebäude und Flächen tragfähige Nutzungen zu finden oder zu erfinden, die Stadt attraktiv für Investitionen zu machen und den Rückbau und die Ausdünnung der Stadtstruktur unter der Prämisse der kompakten und nutzungsgemischten Stadt zu gestalten (vgl. ebd.).

Vor diesem Hintergrund rücken, neben der Wiederherstellung und der Revitalisierung der City, die Revitalisierung der innerstädtischen Wohnquartiere sowie die Konsolidierung des Wohnungsmarktes in den Vordergrund

und werden als ein wichtiges Ziel definiert.

Die flächendeckende Sanierung der gründerzeitlich geprägten Wohnquartiere der inneren Stadt wird von Seiten der Stadt als eine langfristige Entwicklungschance angesehen. In Folge des massiven Leerstandes und der schlechten baulichen Situation vor allem in den innerstädtischen Gründerzeitquartieren, entwickelte man eine gebündelte Strategie zur Konsolidierung des Wohnungsmarktes, mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit der innerstädtischen, gründerzeitlichen Wohnquartiere gegenüber den restlichen Wohnungsbeständen zu erhöhen. Um dies zu erreichen verfolgte die Stadt verschiedene Ansätze, um die Wohnqualität und die städtebauliche Qualität zu steigern. Unter dem Slogan „Neue Gründerzeit“ werden ab 1999 verschiedene Strategien im Umgang mit den von Leerstand geprägten Gründerzeitbauten entwickelt (vgl. ebd.: 144).

Die „Wettbewerbsstrategie“ sieht eine Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der innerstädtischen Altbauquartiere gegenüber den übrigen Wohnungsbeständen vor. Die Dichte soll gesenkt, das Umfeld durch mehr Grün aufgewertet und das Wohnungsangebot vielfältiger und individueller gestaltet werden. Mit der „Erhaltungsstrategie“ sieht man die möglichst weitgehende Sicherung des strukturprägenden Bestandes im Gründerzeitgürtel vor, um das Leipziger Profilbild einer kompakten Stadt zu bewahren. Die „Umbaustrategie“ verfolgt das Ziel, den Wohnungsmarkt wieder funktionsfähig werden zu lassen. Das Überangebot an Wohnungen soll durch Abriss verringert und gleichzeitig die Qualität des Wohnumfeldes gesteigert werden. Die „Umbaustrategie“ sieht vor, dass bis zum Jahr 2010 30.000 Wohnungen vom Markt genommen werden. Von diesen 30.000 Wohnungen sollen zwei Drittel abgerissen werden und ein Drittel soll durch Umnutzung oder Zusammenlegung dazu beitragen das Überangebot zu verringern. Im Rahmen dieser Strategien werden diverse Programme und Instrumente entwickelt, die vor allem im Bereich des Umgangs mit dem gründerzeitlichen Gebäudebestand, der Nachnutzung von Brach-, Freiflächen und Bürgerbeteiligung greifen sollten (vgl. ebd.).

Zwischen 2001 und 2004 werden ca. 4000 Wohnungen abgerissen, zwei

Drittel davon in Plattenbauten und ein Drittel im Altbaubestand. Da auch denkmalgeschützte Gebäude unter den abgerissenen Altbauten sind, kommt es zu heftigen lokalpolitischen Konflikten darüber, welche Gebäude abgerissen werden sollen und welche nicht. In Folge dieser lokalpolitischen Konflikte um den Abriss bestimmter Gebäude aus der Gründerzeit und um die Anpassung der Wohnungsbestände möglichst effizient zu koordinieren, wird das Gebäudesicherungsprogramm des sogenannten Stadtumbaupools (früher Abrisspool) 2005 entwickelt. Mit diesem werden Einzelentscheidungen über Erhalt oder Abriss von Wohnbauten gesteuert. Dabei wird der Gebäudebestand an gefährdeten, denkmalpflegerisch und städtebaulich wertvollen Objekten in unterschiedliche Prioritätskategorien der Gebäudesicherung unterteilt (vgl. ebd.)

Diese Vorgehensweise überschneidet sich inhaltlich und zeitlich mit dem Programm „Wächterhäuser“ der Initiative „Haushalten e.V.“ (seit 2004), die sich zum Ziel gesetzt hat, dass im Bestand gefährdete Gebäude an städtebaulich wichtigen Stellen wiedergenutzt und langfristig gesichert werden sollen (vgl. ebd.). Beim Wächterhäuser-Modell werden leer stehende Häuser ratloser EigentümerInnen und engagierte, kreative Nutzer auf der Suche nach Fläche für die Verwirklichung ihrer Ideen zusammengeführt. Das Modell basiert auf dem einfachen Prinzip: Hauserhalt durch Nutzung (vgl. HausHalten e.V. 2014: o.S.). Durch die Nutzung des Hauses wird potenzieller Vandalismus verhindert und mögliche Witterungsschäden eingegrenzt, da diese von den Nutzern schnell entdeckt und behoben werden können (siehe Abb. 36).

Für die EigentümerInnen gibt es den Vorteil, dass sie von den Kosten und den Sorgen um das Haus entlastet werden. Ihre Hauptaufgabe liegt darin, die häufig getrennten Hausanschlüsse von Elektrik und Wasser wieder anzuschließen und, falls nötig, zum Teil mithilfe von Fördergeldern das Gebäude soweit Instand zu setzen, dass eine Nutzung möglich ist.

Die NutzerInnen werden zu sogenannten „Wächtern“ des Gebäudes. Sie richten sich die Räumlichkeiten nach ihren Vorstellungen her und übernehmen die laufenden Betriebskosten für das Haus. Die Übernahme der



Abbildung 36:
Wächterhaus, Haushalten e.V.

Quelle:
(http://www.land-der-ideen.de/sites/default/files/styles/Ort_4-3_460x307/public/orte/bilder/1412.jpg).

Betriebskosten, die handwerkliche Eigenarbeit und die Kontrolle des restlichen Gebäudes sind ihre Leistungen gegenüber dem EigentümerInnen. Als „Wächter“ kommen besonders soziale, kulturelle, gewerbliche Nutzer mit einer Ausstrahlung und Anziehung auf das Quartier in Frage.

Der rechtliche Rahmen der Wächterhäuser ist die „Gestattungsvereinbarung Haus“ zwischen den EigentümerInnen und dem HausHalten e.V.. In dieser wird die Übergabe der Nutzungsrechte auf den Verein für 5 Jahre festgelegt. Die Eigentumsrechte und Grundpflichten werden jedoch nicht berührt, so dass ein Verkauf oder eine anderweitige Nutzung nicht behindert wird. Die Rechte und Pflichten der NutzerInnen werden in den Unternutzungsverträgen zwischen HausHalten e.V. und den Nutzern geregelt. Bilden die Nutzer eines Hauses eine Hausgemeinschaft, dann werden die Unternutzverträge durch eine direkte Vereinbarung zwischen den EigentümerInnen und den Wächtern ersetzt (vgl. ebd.).

Abschließend kann man das Wächterhäuser-Modell als sehr erfolgreich beschreiben, da den Nutzern viel Fläche, für die Verwirklichung ihrer Ideen, für geringe Kosten zur Verfügung gestellt wird. Zudem werden die EigentümerInnen finanziell entlastet und Gebäude an städtebaulich wichtigen Stellen wiedergenutzt und langfristig gesichert, die sonst vielleicht verfallen und abgerissen worden wären. In vielen Fällen haben die Wächterhäuser zudem eine positive Ausstrahlung auf ihre Nachbarschaft gehabt und zu einer Wiederbelebung des Quartiers oder der Straße beigetragen.

Neben der Sicherung und Sanierung von gründerzeitlichen Bestandsgebäuden rückt auch die Leerstandsproblematik in den Vordergrund. So versucht man in Leipzig seit einigen Jahren die innerstädtische Eigentumsbildung im Bestand zu fördern, wobei vor allem alternative Möglichkeiten der Bildung von selbstgenutztem Wohneigentum im Fokus stehen (vgl. Heinig/ Weigel 2003: 65). Diese Wohnform im Bestand bringt diverse Vorteile mit sich. So wird beispielsweise im Sinne der Innenentwicklung der städtischen Zersiedlung und der weiteren Versiegelung neuer Flächen entgegengewirkt. Zudem bringt die Bildung selbstgenutzten Wohneigentums weitere stadtstrukturelle Vorteile mit sich, wie z.B. kürzere Wege und die damit verbundene verkehrsreduzierende Wirkung, die bessere Auslastung der vorhandenen Infrastruktur, das Entgegenwirken der Leerstandsproblematik, die Verminderung der sozialen Entmischung durch den Wegzug von Mittelschichtshaushalten in die Vororte und die Unterstützung der Stadtentwicklungsstrategien durch die weitere Sanierung wertvoller gründerzeitlicher Bausubstanz. Dabei sind die Rahmenbedingungen für die Bildung von Wohneigentum in Leipzig günstig. Beispielsweise sind die Grundstückspreise insgesamt niedrig und durch die gezielte Kombination der unterschiedlichen Fördermittel, ist eine Förderung der innerstädtischen Wohneigentumsbildung günstiger als am Stadtrand (vgl. ebd.).

Als erstes Pilotprojekt wurde das sogenannte „40-Häuser-Programm“ eingeführt. Dabei sollen unsanierte Altbauten den kommunalen Wohnungsgesellschaften zu niedrigeren Preisen für Selbstnutzergemeinschaften angeboten werden. Das Programm scheitert jedoch aufgrund des fehlenden Interesses und einer mangelhaften organisatorischen Unterstützung und

Betreuung der Interessierten von Seiten der Stadt. Jedoch wird in Leipzig das Lernen aus Fehlern als Teil der Planungsphilosophie verstanden. Dieses ist eine Form kreativen Handelns. Um den Lernprozess zu ermöglichen, wurden die Schwächen und Fehler des „40- Häuser-Programmes“ analysiert und kritisch beleuchtet. An der Zielstellung der Unterstützung der Eigentumsbildung in der inneren Stadt, wird jedoch festgehalten (vgl. ebd.: 66).

In Folge des gescheiterten „40-Häuser-Programms“ wird das „Selbstnutzer- Modell“ mit dem Namen „selbstnutzer.de - Wohnen im Eigentum“ ins Leben gerufen, welches als Vermittlungs- und Beratungsplattform für Interessierte fungieren soll. Im Fokus des Modells stehen die Auswahl geeigneter Objekte und eine Vielzahl an Beratungsleistungen. Die Sanierung von vor allem gründerzeitlichen Gebäuden durch SelbstnutzerInnen und der Neubau von Stadthäusern auf innerstädtischen Brachflächen ist weiterhin fester Bestandteil der Strategie (vgl. ebd.).

Die wesentlichsten Merkmale des Leipziger Selbstnutzer-Modells sind die Aufbereitung der Objekte (Grundrisse, Kostenschätzungen) durch von der Stadt beauftragte Beraterarchitekten, gemeinsame Besichtigungen geeigneter Objekte, Stammtische und stadtteilbezogene Informationsveranstaltungen, kostenlose Beratung und Moderation in der Startphase, Käufergruppenbildung durch Planungsgesellschaften (GbR), die Aufteilung in Einzeleigentum nach dem Wohneigentumsgesetz, bzw. Neubau von Stadthäusern auf eigenen Bauparzellen, Beauftragung eines Architekten und die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen an örtliche Bauunternehmen.

Sämtliche Aktivitäten werden vom Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung koordiniert, das auch im Rahmen der Möglichkeiten Fördermittel bereit stellt (vgl. ebd.).

Die Vorteile des Selbstnutzer-Programmes liegen darin, dass die Eigentumsbildung zu verhältnismäßig niedrigen Preisen ermöglicht und damit für einen breiten Bevölkerungsteil als Alternative zum Mietwohnen erschwinglich wird. Darüber hinaus bietet man Interessierten ein hohes Maß an in-



Abbildung 37:
Urbanes Gartenhofhaus
(Selbstnutzer Stadt-
häuser)
auf einer ehemaligen
Brachfläche

Quelle:
(<http://www.niehus-architekten-leipzig.de/projektetails.php?projekt=Urbane+Gartenhofhäuser&id=52dd502ebe7b3doc2132445785>).

Abbildung 38:
Selbstnutzer Stadt-
häuser
auf einer ehemaligen
Brachfläche

Quelle:
(<http://www.leipzig.de/typo3temp/GB/3e071c9ef1.jpg>).

dividuellen Gestaltungsmöglichkeiten und fördert gleichzeitig das Engagement der Beteiligten (vgl. ebd.). Das Selbstnutzer-Modell gilt heute als erfolgreiches Modell, um mit geringem Einsatz öffentlicher Mittel privates Kapital in alten Stadtquartieren zu mobilisieren. Bis zum Jahr 2006 sind 10% der Grundstücksverkäufe in Leipzig über das Selbstnutzer-Programm abgewickelt worden und über 250 Haushalte haben entweder in modernisierten Altbauten oder in neuen Stadthäusern auf ehemaligen Brachflächen innerstädtisches Wohneigentum erworben (vgl. Jessen/ Walther 2008a: 144) (siehe Abb. 37 und 38).

Während sich der Wohnungsmarkt der innerstädtischen Quartiere stabilisiert, wächst die Kritik an der Umbaupolitik der Stadt. Die Gegner der Strategie kritisieren die Abrisspraxis, weil in den letzten Jahren viele Bau- denkmäler, überwiegend gründerzeitliche Wohnhäuser, trotz des Gebäudesicherungsprogramms des Stadtumbaupools verloren gegangen sind. Die Kritiker werfen der Stadt vor, ohne Rücksicht auf den Denkmalschutz und ohne Berücksichtigung des städtebaulichen Kontextes Gebäude abzureißen und nur dem wirtschaftlichen Kalkül der städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu folgen. Aufgrund der mittlerweile erfolgreichen Stabilisierung des Wohnungsmarktes in Altbauquartieren fordern die Kritiker einen Kurswechsel der Stadt, der einen Abrissstop in Altbauquartieren und eine Konzentration der Abrisse in Plattenbaugebieten beinhaltet, da diese Wohnungsbestände ohnehin nicht langfristig auf dem Wohnungsmarkt bestehen könnten (vgl. ebd.: 145).

Neben dem Umgang mit dem Gebäudebestand sieht man die Aufwertung

der städtischen Brachen und Freiflächen als entscheidend für die Attraktivierung des gründerzeitlichen Wohnumfeldes an. Auch hier hat die Stadt Leipzig Kreativität bewiesen und ein variantenreiches Repertoire entwickelt, um diese Flächen zu kultivieren und zu bespielen. Man hat schon früh mit dem Aufbau von neuen großen Stadtteilparks auf Bahn- und Industriebrachen begonnen. Die entstandenen Frei- und Grünräume geben den dicht bebauten Gründerzeitquartieren eine grüne Mitte und sorgen für die Entstehung attraktiver Randlagen. Desweiteren sorgen neue Rad- und Fußwege für eine bessere Vernetzung der innerstädtischen Quartiere (vgl. Jessen/ Walther 2008a: 145).

Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt ist die Kultivierung sämtlicher innerstädtischer Brachen jedoch nicht möglich. Um mit diesem Problem trotz der schlechten Haushaltslage umzugehen, wurde das Instrument der Gestattungsvereinbarung entwickelt (vgl. ebd.). Dabei geht es um die temporäre Wiedernutzbarmachung von brachliegenden Flächen über einen Zeitraum von 5-10 Jahren, die zum Vorteil des Stadtquartiers genutzt werden. Eigentums- und Baurechte bleiben dabei unberührt. Zwischenutzungen werden in Leipzig als Potenzial im Umgang mit leer stehenden Bauten und Freiflächen erkannt. Dabei kommt es auch zu unkonventionellen Kooperationen zwischen Stadt und weniger etablierten Gruppen und Interessensvertretern. Dafür kann beispielhaft das Kunstprojekt „Stadthalten“ als Kooperation der Stadt mit einem Kunstverein und lokalen Partnern

Abbildung 39:
Stadtumbauprojekt
„Stadthalten“

Quelle:
(http://kuenstler.haz.de/userfiles/059/115/17514/1283766886_17264.jpg).

Abbildung 40:
Stadtumbauprojekt
„Stadthalten“

Quelle:
(<http://www.branchenbuch-kunstkultur.de/update/content/img/1103629791.jpg>).



genannt werden. Im Zuge des Projekts „Stadthalten“ wurden mit dem Einverständnis der EigentümerInnen elf KünstlerInnen dazu gewonnen, ausgewählte Brachflächen nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Dadurch ist eine Vielfalt an Kunstprojekten im öffentlichen Raum entstanden und die Brachflächen sind temporären Nutzungen zugeführt worden (vgl. ebd.) (siehe Abb. 39 und 40).

Sämtliche Aufwertungsmaßnahmen im Gebäudebestand und im Freiraum sind in Leipzig nicht ohne eine breite Akzeptanz der Bevölkerung für Revitalisierungs- und Sanierungsmaßnahmen möglich gewesen. Bürgerbeteiligungen haben einen entscheidenden Anteil in der Planungs- und Umsetzungsphase dieser Prozesse gefunden.

Im Stadtentwicklungsplan „Wohnungsbau und Stadterneuerung“ wird der gründerzeitlich geprägte „Leipziger Osten“ als ein wesentlicher Handlungsschwerpunkt definiert, da er zu Beginn des Jahrtausends einen Leerstand von mehr als einem Drittel der Wohnungen aufweist. Die Planung soll eine mögliche Antwort darauf finden, wie der Stadtteil, der 1993 noch 42.000 EinwohnerInnen hatte und acht Jahre später nur noch 30.000 EinwohnerInnen hatte, in 10 oder 15 Jahren aussehen wird (vgl. ebd.: 146).

Im Hinblick auf einen effizienten Einsatz der verfügbaren Fördermittel wird ein Stadtteilkonzept erarbeitet. Das Stadtteilkonzept zeigt auf der einen Seite langfristige Visionen für den „Leipziger Osten“ bei anhaltendem Nachfragerückgang und auf der anderen Seite benennt es die zentralen kurzfristigen Handlungsschwerpunkte. Als Vorstufe und Ideenpool für das Stadtteilkonzept wird ein kooperatives Gutachterverfahren durchgeführt. Ziel ist es, neue Ideen und Ansätze im Umgang mit den Schrumpfungsprozessen in das Stadtteilkonzept einfließen zu lassen. Dazu wird die Arbeitsgruppe zur Aufstellung des Gutachtens mit StadtplanerInnen, LandschaftsarchitektInnen, ArchitektInnen, WohnungswirtschaftlerInnen und vor allem BürgerInnen aus dem Gebiet besetzt. Mit diesem interdisziplinär arbeitenden Team sollen möglichst vielfältige Ansätze, Ideen und Konzepte entwickelt werden (vgl. Heinig/ Weigel 2003: 67).

Neben der Vertretung der Bürgerschaft in der Arbeitsgruppe, wurde durch ein zusätzliches Bürgerteam sichergestellt, dass auch die aus der Bewohnerschaft des Stadtteils generierten Ideen in den Gutachtenprozess einfließen. Das 25 Personen große Bürgerteam hatte die Gelegenheit auf Augenhöhe mit den „Fachleuten“ zu diskutieren und ihre Sichtweise und Ideen in die Visionen für den Stadtteil miteinzubringen. Das Bürgerteam wurde dabei, von dem für Quartiersmanagement des Stadtteils zuständigen Büro betreut und organisiert und hat über Monate hinweg viel Engagement und Zeit in das Projekt miteingebracht (vgl. Heinig/ Weigel 2003: 67).

Insgesamt wurde diese Kooperationsform zwischen FachplanerInnen und der Bürgerschaft als positiv gewertet, da besonders die Arbeit des Bürgerteams über das gesamte Verfahren als „eine Bereicherung der Perspektiven und Diskussionen“ (Ebd.: 68) wahrgenommen wurde, zudem sind aus dem Bürgerteam eine Reihe von Konzeptaussagen und Maßnahmevorschlägen hervorgegangen.

4.1.2.3 Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012

Die Leipziger Stadtverwaltung sah die Kandidatur für die olympischen Spiele 2012 als Chance an, um das eigene Stadtprofil zu schärfen und in der Konkurrenz mit anderen Städten weiter zu entwickeln (vgl. ebd.: 68). Darüber hinaus gilt Leipzigs Bewerbung um die Olympischen Spiele 2012 als besonderer Auftrieb für die Stadtentwicklung, da die Ziele und Maßnahmen eines solchen Großprojektes im Falle von Leipzig nicht beliebig sind, sondern sich in die strategischen Konzepte der Stadt einordnen und deren Ziele in ihren Konzepten widerspiegeln, sodass man die Bewerbung als Impulsprojekt bezeichnen kann (vgl. ebd.: 69). Unter diesen Voraussetzungen stehen die Schrumpfungsprozesse dem Olympiakonzept nicht entgegen. Im Folgenden soll ein Beispiel aus dem Bewerbungskonzept verdeutlichen, dass die Olympiaplanungen und bereits vorhandene strategische Konzepte eng ineinander greifen. An dieser Stelle kann die Konzeption für die Gestaltung des Olympischen Dorfes, welches auf einer ungenutzten Gewerbebrache entstehen sollte und des Olympiaparks, aber auch die Er-

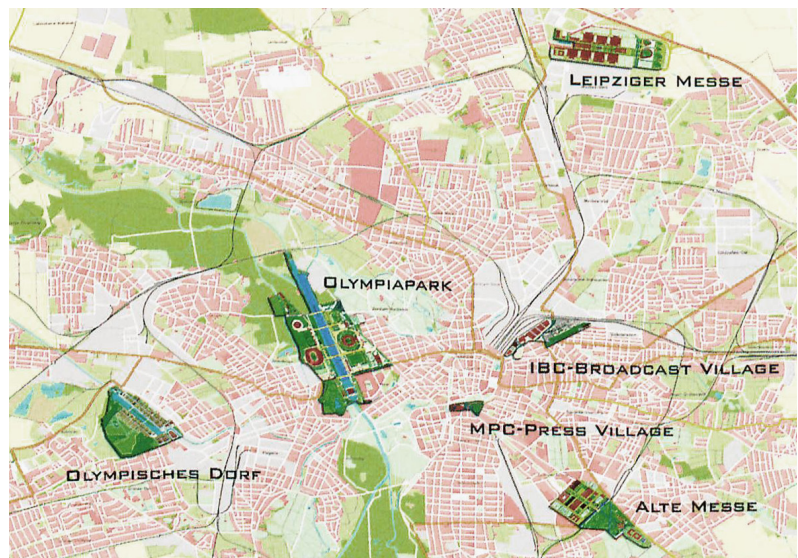


Abbildung 41:
Logo der Leipziger
Bewerbung

Quelle:
(http://www.l-iz.de/servlets/images/5351156_2/binary_content_files/store/5351156v2.jpg).

Abbildung 42:
Olympisches Gesamt-
konzept der Stadt
Leipzig - kompakte
Spiele in einer Stadt der
kurzen Wege

Quelle:
(Lütke Daldrup/ Doehler-
Behzadi 2004: 120).

arbeitung eines Beherbergungskonzeptes genannt werden. Das generelle Ziel der Leipziger Bewerbung ist es, Olympische Spiele auszutragen, die den Strukturen der Stadt nutzen und sie stärken. Aufgrund dessen sollen die Impulse, die durch die Olympischen Spiele erzeugt werden, wenn möglich, in vorhandene Strukturen fließen. Deswegen sieht das Beherbergungskonzept für die Bewerbung vor, den Bedarf an Übernachtungsmöglichkeiten nicht nur durch den Neubau von Hotels zu decken. In Leipzig entwickelt man ein Konzept unter dem Namen „Stadtwohnungen für Olympia“, indem zu sanierende Wohnungsbestände verschiedener Bauphasen zunächst vorgehalten und gegebenenfalls gesichert und konzentriert für Olympia 2012 zu Boarding Houses umgebaut werden würden. Das bemerkenswerte an dem Konzept ist, dass die Objekte nicht auf der Basis des Bedarfs der Spiele bewertet werden, sondern dass sie von den möglichen Nachnutzungen her bewertet werden (vgl. ebd.). Im Mittelpunkt stehen demzufolge die „Nach-Olympia-Nutzungen“, wobei diejenigen Wohnungsmarktsegmente im Vordergrund stehen, die am Leipziger Markt nur unterdurchschnittlich vertreten sind, wodurch das Leipziger Wohnungsangebot diversifiziert werden würde. „So greifen Olympiaplanungen und bereits vorhandene strategische Konzepte eng ineinander und befruchten sich gegenseitig.“ (Tiefensee 2003: 6).

Trotz der erfolglosen Bewerbung der Stadt Leipzig für die Olympischen Spiele 2012, werden durch die Bewerbung dennoch Impulse für die Stadtentwicklung ausgelöst (vgl. Jessen/ Walther 2008a: 150).

Aus dem Bewerbungsprogramm wird in den Folgejahren das „Planwerk Stadtraum Leipzig 2015+“ entwickelt, das im Jahr 2006 beschlossen wird. In diesem sind die Vorgaben der sektoralen Entwicklungspläne, die geplanten bzw. bereits realisierten Einzelvorhaben sowie die Konzepte und Entwürfe für Olympia aufeinander abgestimmt und in einem Gesamtbild zusammengeführt. Obwohl es als stadträumliches Gesamtbild dargestellt wird, ist es ein modular konzipiertes Planwerk, das die wichtigsten von der Stadt geplanten urbanen Projekte zusammen führt und sich als Gesamtbild auf die Ergebnisse von Planungswerkstätten, an denen alle wichtigen Akteure beteiligt waren, stützt (vgl. Jessen/ Walther 2008a: 150).

4.1.3 Zwischenfazit zum „Leipziger Weg“

Leipzig steht heute als moderner Industrie-, Messe-, Logistik- und Dienstleistungsstandort da, der sich im bundesweiten Wettbewerb der Metropolregionen und als lebendige Kulturstadt etabliert hat (vgl. ebd.). Das Bild von Leipzig als weltoffene, experimentierfreudige Metropole voller Kontraste hat sich verbreitet und lockt KünstlerInnen, StudentInnen aber auch Firmen in die Stadt, wodurch sie zum Anziehungspunkt für eine junge, urbane Generation wird (vgl. Dachsel 2014: o.S.).

Im ostdeutschen Vergleich der vom Strukturwandel betroffenen Städte lassen sich in Leipzig heute wieder Wachstumsprozesse beobachten, was sich an der seit 2001 steigenden Einwohnerzahl und dem ausgeweiteten Konsum und Freizeitangebot der City festmachen lässt. Zudem hat sich die Suburbanisierung abgeschwächt und die Stadt hat nicht nur durch Eingemeindungen einen großen Teil früherer BewohnerInnen, die sie durch die Suburbanisierung der ersten 10 Jahre nach der Wende verloren hatte, zurückgewonnen. Leipzig kann heute eine positive Wanderungsbilanz verzeichnen und hat seit 2006 wieder die Grenze von 500.000 EinwohnerInnen überschritten.

Die in den Wendefolgejahren stark vernachlässigten und unsanierten Gründerzeitquartiere haben sich gegenwärtig als attraktive Wohnstandorte etabliert und dadurch stabilisiert (siehe Abb. 43 und 44). So hat sich die



Abbildung 43:
saniertes
Gründerzeitviertel

Quelle:
(<http://www.flickr.com/photos/aaperta/6819855049/in/photolist-boDxiK-cX-cH7d-a2uyRk-boDfoV-agfCVT->).

Abbildung 44:
Leipzig bei Nacht

Quelle:
(<http://www.eat-the-world.com/blog/wp-content/uploads/2012/03/Leipzig.jpg>).

Leerstandquote in den großflächig sanierten Altbauquartieren erheblich verringert und es sind deutliche Erfolge sichtbar, während in den Plattenbau- und Großwohnsiedlungen noch immer mit beachtlichen strukturellen Leerständen zu kämpfen ist. Hier wird der Stadtumbau und der Abriss in den nächsten Jahren weiter zu verfolgen sein.

Diese als positiv zu erachtende Entwicklung ist nicht zuletzt auf die Leipziger Stadtentwicklungspolitik der strategischen Ordnung in Verbindung mit kreativen und neuen Ansätzen eines aktiven Umgangs mit Schrumpfungprozessen zurückzuführen.

So kam es zum Ende der 1990er Jahre zu einer markanten Wende in der Wohnungsbau und Stadterneuerungsstrategie in Verbindung mit dem Wiederaufbau der ökonomischen Basis. Man kann von Leipzig als die erste deutsche Stadt sprechen, die auf Herausforderungen der Schrumpfung mit einer klaren strategischen Ordnung, neuen Konzepten und Instrumenten reagiert hat (vgl. Tiefensee 2003: 5).

Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch ein Umdenken der Leipziger Stadtpolitik und dem gezielten Zulassen und Erarbeiten neuer Ansätze und Ideen im Umgang mit Schrumpfungprozessen in Verbindung mit einer bürgernahen Stadtpolitik. Man spricht auch von einer Notwendigkeit zur

Kultivierung des Experiments um kreative Stadtentwicklungsprozesse zu gestalten. Dabei ist ein verantwortungsvoller Umgang mit offenen Ergebnissen, verbunden mit dem Mut zum kalkulierten Risiko, ein Kennzeichen des Leipziger Weges (vgl. ebd.). Die Aufgabe des alten Messestandortes zu Gunsten eines neuen Wirtschaftsstandortes im Leipziger Norden, die Entwicklung der Gestattungsvereinbarung und des Selbstnutzer- Modells sind Beispiele für dieses veränderte Denkmuster.

Auch wenn die erarbeiteten Ansätze und Konzepte nur teilweise übertragbare Lösungen darstellen hat man doch eine beachtliche Fülle von Prototypen strategischer, inhaltlicher und instrumenteller Konzepte zur Stadtplanung in schrumpfenden Städten generiert mit dem Ziel gleichzeitig den Wohnungsmarkt zu stabilisieren, die Wohnqualität zu steigern, und die sozialräumliche und städtebauliche Kohärenz zu erhalten (vgl. Jessen/ Walther 2008: 150). Dabei kann hier noch einmal stellvertretend das Programm der „Selbstnutzer“, das „Gebäudesicherungsprogramm des Stadtumbaupools“, die „Gestattungsvereinbarungen“ oder das „kooperative Gutachterverfahren“ genannt werden, die sich alle durch ihre Neuartigkeit und ihren weitgehenden Erfolg auszeichnen.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Stadt es geschafft hat ihre strategisch wichtigen Probleme, die sich in den Wendefolgejahren im Bereich der ökonomischen Basis und den Wohnungsbeständen ergeben haben, zu einem gewissen Grad zu lösen. Deswegen kann man bei der Leipziger Stadtentwicklungsplanung von einem besonders einprägenden Beispiel für innovative und konzeptionelle Planungsansätze sprechen.

4.1.4 Leipzig überprüft auf „städtische Kreativität“

Die in Kapitel 3.1.5 vorgestellten zehn Thesen zur „städtischen Kreativität“ werden nun zur Überprüfung der Stadt Leipzig bezüglich ihrer „städtischen Kreativität“ herangezogen.

1. Kreatives Handeln braucht Mut zum kalkulierten Risiko:

Um kreative und neue Ansätze umzusetzen, müssen Akteure oftmals Risi-

ken in Kauf nehmen. Es sollte sich allerdings stets um ein kalkuliertes Risiko handeln, welches dennoch die Gefahr von Misserfolgen birgt. Trotzdem sollten verantwortliche sich nicht von der Gefahr abschrecken lassen und auch unpopuläre Entscheidungen treffen. Bekanntermaßen können auch unkonventionelle Methoden und Ansätze zum Erfolg führen.

Als Mut zum kalkulierten Risiko kann man in Leipzig die Entscheidung bezeichnen, die Neue Messe im Norden der Stadt auf der grünen Wiese neu aufzubauen und den alten innerstädtischen Messestandort aufzugeben. Trotz der Gefahr, aufgrund von fehlenden Investoreninteresses, einer mögliche Unwirtschaftlichkeit, Fehlplanungen und Fehlprognosen oder an der Nichtakzeptanz in der Bevölkerung scheitern zu können, hat die Stadt Leipzig diesen Schritt gewagt. Die Standortneugründungen der Neuen Messe und des Congress Center Leipzig (CCL) sind ein Zeichen für den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt gewesen und sind zum Auslöser für die wirtschaftliche Erschließung und Entwicklung des Leipziger Nordens geworden. Leipzig hat das Risiko auf sich genommen und wurde für seinen Mut, mit der Ansiedlung von verschiedenen wirtschaftlichen Global Playern am Standort belohnt, die dazu beigetragen haben eine neue ökonomische Basis für die Stadt zu schaffen.

Ein weiteres Beispiel für den Mut Leipzigs im Umgang mit den massiven Schrumpfungprozessen ist die Entwicklung des Leitbildes der „perforierten Stadt“ sowie der koordinierte Abriss von Plattenbau- und Großwohnsiedlungen aber auch von gründerzeitlicher Bausubstanz, mit dem Ziel der Konsolidierung des Wohnungsmarktes.

Neben diesem kann die Stadt auch auf weitere von ihr initiierte kleinteilige Maßnahmen und Ansätze zurückblicken, die mittlerweile, trotz ihrer Neuartigkeit und der gering bewerteten Chance auf Erfolg, Früchte tragen. Als Beispiel ist hier das gescheiterte „40-Häuser Programm“ zu nennen, das zum „Selbstnutzer-Modell“ weiterentwickelt wurde und zu einem erfolgreichen Modell geworden ist, um mit geringem Einsatz öffentlicher Mittel privates Kapital in alten Stadtquartieren zu mobilisieren und eine verhältnismäßig günstige Möglichkeit bietet, innerstädtisches Wohneigentum im Bestand oder auf Brachflächen zu ermöglichen.

2. Kreative Stadtpolitik beachtet Akteure und bezieht sie mit ein:

Eine kreative Stadtpolitik ist nur durch das Zusammenarbeiten von Akteu-

ren aus dem öffentlichen, privaten und freiwilligen Sektor möglich. Um diese Akteursgruppen zusammenzuführen ist es wichtig „dass die in der Stadt vorhandenen, nur bislang kaum wahrgenommenen Akteure“ (Liebmann/Robischon 2003b: 51) von der Stadtpolitik beachtet und gezielt zur Mitwirkung motiviert und befähigt werden. Durch diese informellen Beziehungen entsteht ein regionales Gemeinschaftsgefühl, was als Basis für die Zusammenarbeit heterogener Akteure wichtig ist, und zudem auch eine wichtige Bedeutung für die Außenwahrnehmung der Stadt hat.

Beim Beispiel Leipzig kann man von einer kreativen Stadtpolitik sprechen, da das Zusammenwirken des öffentlichen, privaten und freiwilligen Sektors an vielen Stellen festzustellen ist. Als Beispiele können hier das „Kooperative Gutachterverfahren“ und das „Bürgerteam“ genannt werden. Das Projekt „Stadthalten“ dient zudem als Beispiel dafür, dass es auch zu unkonventionellen Kooperationen zwischen der Stadt und weniger etablierten Gruppen und Interessensvertretern kommt.

3. Schlüsselpersonen aktivieren Netzwerke für die kreative Stadtentwicklung:

Schlüsselpersonen können aus der Politik, Wirtschaft oder Verwaltung kommen. Sie wirken als Initiatoren und dienen als Bindeglied zwischen einem Projekt und weiteren Akteuren. Die Erstellung von Kontaktnetzwerken und deren Pflege, gehört dabei zu den wichtigen Aufgaben einer Schlüsselperson. Gerade bei Pflege von Kontaktnetzwerken ist der personengebundene Beziehungscharakter entscheidend für den Erfolg. Deshalb sind Schlüsselpersonen sehr wichtig, um eine eigene „städtische Kreativität“ herauszubilden.

In diesem Zusammenhang ist beim Beispiel der Stadt Leipzig der Name des ehemaligen Stadtbaurats von Leipzig, Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup, zu nennen. Professor Lütke Daldrup ist von 1995 bis 2005 Stadtbaurat gewesen und ist zu einer „Schlüsselperson“ der Prozesse in Leipzig geworden. Er ist bei der Erstellung von Kontaktnetzwerken beteiligt gewesen, hat die Prozesse unterstützt, sich sehr stark eingebunden und diese positiv voran getrieben. Wäre damals nicht eine „so starke Persönlichkeit beteiligt gewesen, wären die Prozesse vielleicht nicht so intensiv vorangetrieben worden.“ (Komm 2014: o.S.). Jedoch kann man die relativ erfolgreiche Entwicklung Leipzigs natürlich nicht nur an einer Einzelperson fest-

machen, solche Prozesse müssen von vielen Personen getragen werden. In Leipzig hat die Kombination von Schlüsselpersonen und den beteiligten Personen und Dezernaten zur erfolgreichen Regeneration der Stadt beigetragen (vgl. ebd.).

4. Kreative Netzwerke schaffen Wissen für die städtische Regeneration:

Kreative Netzwerke sind eine Quelle für Inspiration, Ideen und kollektive Lernprozesse, da sie Wissen und Informationen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenführen. Es geht jedoch nicht um das reine Anhäufen von Informationen, sondern um eine Qualifizierung des Wissens im Kommunikationsprozess und um die Erschließung zusätzlicher Wissensquellen mit dem Ziel Problemlösungen zu entwickeln. Ideen und Impulse, die aus den Netzwerken hervorgehen, bilden ein Innovationspotenzial, das sich in wirtschaftlichen Erfolg einer Stadt oder einer Region umsetzen lässt und einen Beitrag zum Aufbau und zur Erweiterung der ökonomischen Basis leistet (vgl. Liebmann/ Robischon 2003b: 54).

Als Beispiel für ein solches Innovationsnetzwerk ist der Verein „Kreatives Leipzig“ zu nennen. Der Verein wurde im Jahr 2010 von Selbstständigen und Kleinunternehmen der Leipziger Kreativwirtschaft gegründet, mit dem Ziel die Vielzahl von Akteuren zu vernetzen, ihnen ein gemeinsames Sprachrohr zu geben und mit gemeinsamen Kräften an der Stärkung des Kreativstandorts Leipzig zu arbeiten. Das informelle Netzwerk versteht sich als Interessensverband, welches die Kreativwirtschaft als bedeutenden Wirtschaftsfaktor der Stadtregion Leipzig repräsentiert und an deren Weiterentwicklung aktiv mitarbeitet. Zudem sieht sich das Netzwerk als Schnittstelle der Teilbranchen der Kreativwirtschaft und möchte mit seinem Handeln der Fragmentierung entgegenwirken. Die Schwerpunkte und Ziele des Netzwerkes sind es, die Vernetzung und den Austausch zu fördern, um Synergien zu erzeugen und Kooperationen innerhalb und außerhalb der Teilbranchen zu vereinfachen (vgl. Kreatives Leipzig e.V. 2014: o.S.).

5. „Städtische Kreativität“ lebt von kulturellen Ressourcen:

Die Vielfalt des lokalen Kunst- und Kulturlebens prägt das Image einer Stadt oder einer Region und ist zudem Quelle der Identitätsbildung. Die

Zugänglichkeit, Qualität und Vielfalt dieser Einrichtungen ist ein wichtiger Bestandteil „städtischer Kreativität“. Leipzig besitzt eine vielfältige, lebendige und freie Kunst- und Kulturszene. Diese profitiert einerseits von den reichen kulturellen Traditionen und der Möglichkeit der städtischen Kunst- und Kulturförderung und auf der anderen Seite von den kreativen Freiräumen, welche die Stadt bietet. Die Vielfalt im kulturellen Angebot ist profilbildend für das urbane Leben der Stadt und hat vorallem auch in Krisenzeiten als eine wichtige Ressource für die Entfaltung von Kreativität fungiert (vgl. Stadt Leipzig 2014b: o.S.).

6. „Städtische Kreativität“ braucht kooperative Strukturen und klare Verantwortlichkeiten:

Der Umgang mit Schrumpfungprozessen benötigt ein strukturiertes Netzwerk aus öffentlichen und privaten Akteuren, sowie aus der Zivilgesellschaft. Dadurch wird eine bessere Abstimmung zwischen den Beteiligten und damit eine höhere Effizienz von Maßnahmen ermöglicht. Kooperation und Koordination sind hierbei die entscheidenden Stichworte. Wie bereits Dr. Tobias Robischon verdeutlicht hat, sind Maßnahmen im Umgang mit Schrumpfungprozessen erst dann richtig wirksam, wenn sie aus einem gemeinschaftlichen Prozess, aus einem Kollektiv heraus entstanden sind (vgl. Robischon 2011: o.S.).

In Leipzig hat man frühzeitig erkannt, dass Maßnahmen im Umgang mit Schrumpfungprozessen langfristig nur greifen können, wenn die Bevölkerung in die Planung und Umsetzung einbezogen wird. Aufgrund dessen wurden diverse Instrumente wie beispielsweise das „kooperative Gutachterverfahren“ und das „Bürgerteam“ entwickelt, mit deren Hilfe kreative Ideen und Ansätze von Seiten der Bürgerschaft in den Planungsprozess einfließen können. Da diese Lösungen aus dem Kollektiv heraus entstanden sind, ist die Chance, dass für alle beteiligten Akteure tragfähige Ergebnisse entstehen, besonders groß.

7. Schrumpfung schafft Potenziale für Kreativität:

Mit der Schrumpfung von Städten, geht der Leerstand von Immobilien und Flächen über einen meist längeren Zeitraum einher. Im Umgang mit dem Leerstand tritt die Nachnutzung in den Vordergrund. Experimentelle,

kreative Ideen und Projekte bekommen die Chance umgesetzt zu werden und können modellhaft ihre Tauglichkeit im Umgang mit den Folgen von Schrumpfungprozessen demonstrieren.

Nachnutzungen oder Zwischennutzungen sind ein wichtiger Bestandteil der Leipziger Politik im Umgang mit Brachflächen und leer stehenden Gebäuden. Hier kann zum Beispiel die Aufwertung von Stadtteilen durch die vermehrte Nutzung von Brachflächen als Grünflächen genannt werden oder aber auch das Instrument der „Gestattungsvereinbarung“, die es Interessierten ermöglicht, auf innerstädtischen Brachflächen ihre kreativen Ideen und Projekte umzusetzen. Im Umgang mit leer stehenden Wohngebäuden, ergibt sich die Chance neue Wohnformen günstig zu fördern. So wurde in Leipzig mit dem „Selbstnutzer-Programm“ ein Schritt zur Wiederbelebung der Innenstadt und einer Reurbanisierung eingeleitet.

8. Kreativität entsteht im Prozess, Projekte dienen als Initialzündung:

Initialprojekte können Impulse für die Entwicklung einer Stadt auslösen. Neben der Imageaufwertung einer Stadt steht auch die Revitalisierung im Mittelpunkt. Projekte können damit den Anstoß für eine positive Entwicklung geben, sowohl in Hinblick auf wirtschaftliche als auch soziale Aspekte.

Auch wenn die Olympiade 2012 nicht in Leipzig stattgefunden hat, hatte die Bewerbung dennoch positive Auswirkungen auf die Stadtentwicklung. So griffen Olympiaplanung und Stadtentwicklungsplanung ineinander über und erzeugten wirtschaftliche Impulse. Neben der Erstellung diverser Konzepte, von denen die Stadt heute noch profitiert, hatte die Bewerbung einen positiven Effekt auf das Image Leipzigs in Deutschland und der Welt. Als ein weiteres wichtiges Projekt, das als Initialzündung gedient hat, ist an dieser Stelle noch einmal die „Neue Messe“ zu nennen. Durch die Umsiedlung ist es gelungen eine große Anzahl an wichtigen Unternehmen im Leipziger Norden anzusiedeln, wodurch ein außerordentliches wirtschaftliches Wachstum erzeugt werden konnte.

9. Kreativität braucht lokale Identität und Offenheit nach Außen:

Um eine eigene „städtische Kreativität“ herauszubilden braucht eine Stadt Offenheit nach innen und außen. Zudem ist eine ausgeprägte Identifikation mit der eigenen Stadt wichtig, da sich dadurch die Chance auf eine aktive

und kreative Teilnahme an Stadtentwicklungsprozessen sowie die Fähigkeit eigene Wünsche, Vorstellungen und Interessen zu artikulieren, deutlich erhöht.

In der ehemals industriell geprägten Stadt Leipzig haben besonders während der DDR- Zeit, Werte wie Selbstverwirklichung und der eigene Ausdruck keine wichtige Rolle gespielt, da die Stadtbevölkerung daran gewöhnt war, Wertvorstellungen wie Planerfüllung etc. zu akzeptieren und zu erfüllen. Nach der politischen Wende haben interne und externe Anstöße dazu geführt, das Leipzig heute das Image einer Stadt hat in der man sich und seine Ideen, in einer Vielzahl von Bereichen, verwirklichen kann. Durch diese positive Verbindung mit der Stadt wächst die Identifikation mit der Stadt stetig weiter, was die Chance auf eine aktive und kreative Teilnahme der Bevölkerung an Stadtentwicklungsprozessen deutlich erhöht.

10. Kreativität ist ein Arbeitsprinzip:

Leipzig ist ein gutes Beispiel dafür, dass Kreativität als ein Arbeitsprinzip von Politik und Verwaltung verstanden wird. Hier hat sich die Wahrnehmung von Stadt als ein System und Netzwerk etabliert und dadurch zu einem breiteren Verständnis von Regenerierung beigetragen. Von Seiten der Stadt wurde eine große Anzahl von Prototypen instrumenteller Konzepte zur Stadtplanung unter Schrumpfungsbedingungen generiert, die den Menschen Gelegenheit zur Entfaltung und zur Mitgestaltung geben. In Leipzig wurde eine Kontextpolitik geschaffen, die durch geeignete Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit der Entfaltung von kreativen Milieus im unternehmerischen, politischen und sozialen Bereich deutlich erhöht und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Regenerierung der Stadt leistet.

Grundsätzlich hat die Untersuchung von Leipzig bezüglich „städtischer Kreativität“ ergeben, dass eine eigene „städtische Kreativität“ vorzufinden ist. Anhand der ausgewählten wissenschaftlichen Thesen und Ergebnisse zum Thema „städtischer Kreativität“ konnte man feststellen, dass es sowohl auf kleinteiliger, als auch auf höherer Planungsebene kreative Ansätze und neue Herangehensweisen im Umgang mit Schrumpfung vorzufinden sind. Der Umgang Leipzigs mit Schrumpfungprozessen ist durch eine enge

Verzahnung von kleinteiligen, kreativen und neuartigen Ansätzen mit einer strategischen Gesamtplanung gekennzeichnet. Durch das beispielhafte Aufzeigen von konkreten in der Schrumpfsrealität angewendeten und mehr oder weniger erfolgreichen Maßnahmen, Instrumenten und Programmen, lässt sich die Existenz von Kreativität verdeutlichen. Viele der genannten Beispiele haben ein Umdenken in Politik und Planung erfordert und weisen einen neuartigen Charakter auf. Ermöglicht wurde diese Kreativität durch das Ablegen der Scheu vor experimentellen Ansätzen und durch den erforderlichen Mut der Stadt zum kalkulierten Risiko. Leipzig ist ein Musterbeispiel für das Vorhandensein von „städtischer Kreativität“. Es zeigt sich, dass diese einen bedeutenden Beitrag dazu leisten kann, dass aus einer schrumpfenden Stadt eine wachsende werden kann.

4.1.5 Leipzig überprüft auf „strategische Planung“

Im folgenden Kapitel soll überprüft werden, ob man im Umgang mit den Schrumpfungsprozessen in Leipzig, Regenerationsstrategien nach dem Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung identifizieren kann.

Die im Kapitel 3.2.6 beschriebenen Regenerationsstrategien sind komplexe Ansätze der strategischen Planung, die die demographische, sozioökonomische und städtebauliche Erneuerung in Städten oder Stadtregionen anstreben und darauf abzielen, dem Beschäftigten- und Einwohnerschwund, sowie dem baulichen Leerstand und Verfall entgegenzuwirken. Strategien der Regenerierung umfassen die aus dem Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung bekannten Ebenen einer langfristigen Vision, bzw. eines Leitbildes und die Ebene von kurz- oder mittelfristigen, umsetzungsorientierten Projekten (vgl. Bürkner et al. 2005: 30).

Um herauszufinden, ob in Leipzig Elemente der strategischen Planung zu finden sind, werden im Folgenden die wichtigsten Kriterien des Modells der strategischen Stadt- und Regionalplanung, bezogen auf die Stadt Leipzig, untersucht.

Strategische Akteurs- Kooperationen:

Strategische Akteurs- Kooperationen bilden wie in Abbildung (siehe Abb. 45) zu sehen ist, das Dach, um Leitbilder und Projekte miteinander zu koppeln. Sie entstehen einerseits durch Kooperationen verschiedener Ressorts der öffentlichen Verwaltung andererseits durch die Kooperation öffentlicher und privater Akteure. Die Voraussetzung damit Strategische- Akteurkooperationen entstehen ist, dass die gängige Arbeitsteilung zwischen der Zielbestimmung durch öffentliche Akteure aus Verwaltung und Politik und der Umsetzung durch private Akteure aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft aufgegeben wird. Um erfolgreich zu sein müssen private Akteure und die Zivilgesellschaft aktivierend in Leitbildprozesse eingebunden werden.

In Leipzig kann man auf verschiedenen Ebenen Beispiele für Strategische- Akteurskooperationen finden. Neben Kooperationen zwischen den Dezernaten wie z.B. dem Dezernat für Stadtentwicklung und Bau, der aktiven Leipziger ArchitektInnen- und Planerschaft und VertreterInnen aus der Wirtschaft, gab es eine starke Kooperation zwischen dem Stadtplanungsamt und dem Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung. In Abstimmung mit den Zielen der Leipziger Kommunalpolitik haben die beiden Ämter gemeinsam neue Konzepte und Instrumente entwickelt, mit denen durch den gezielten Einsatz öffentlicher Fördermittel BürgerInnen eingebunden und Kooperationspartner aktiviert werden konnten. In Leipzig hat man es geschafft, dass durch die Entwicklung von Konzepten und Instrumenten wie dem „Bürgerteam“ und dem „kooperativen Gutachterverfahren“ private Akteure und die Zivilgesellschaft aktivierend in die Zielbestimmung und in Leitbildprozesse eingebunden worden sind (vgl. Jessen/Walther 2008: 140).

Strategische Leitbilder:

Strategische Leitbilder verknüpfen, nach dem Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung von Kühn, sozioökonomische und baulich-räumliche Ziele der Stadt- und Regionalentwicklung (vgl. Kühn 2008: 235). In Leipzig werden in den Aushandlungsprozessen Ziele wie der Wiederaufbau einer ökonomischen Basis, die Revitalisierung der City, die Revitalisierung der innerstädtischen Wohnquartiere sowie die Konsolidierung des Wohnungsmarktes als Leitbild/ Vision definiert, um den ablaufenden

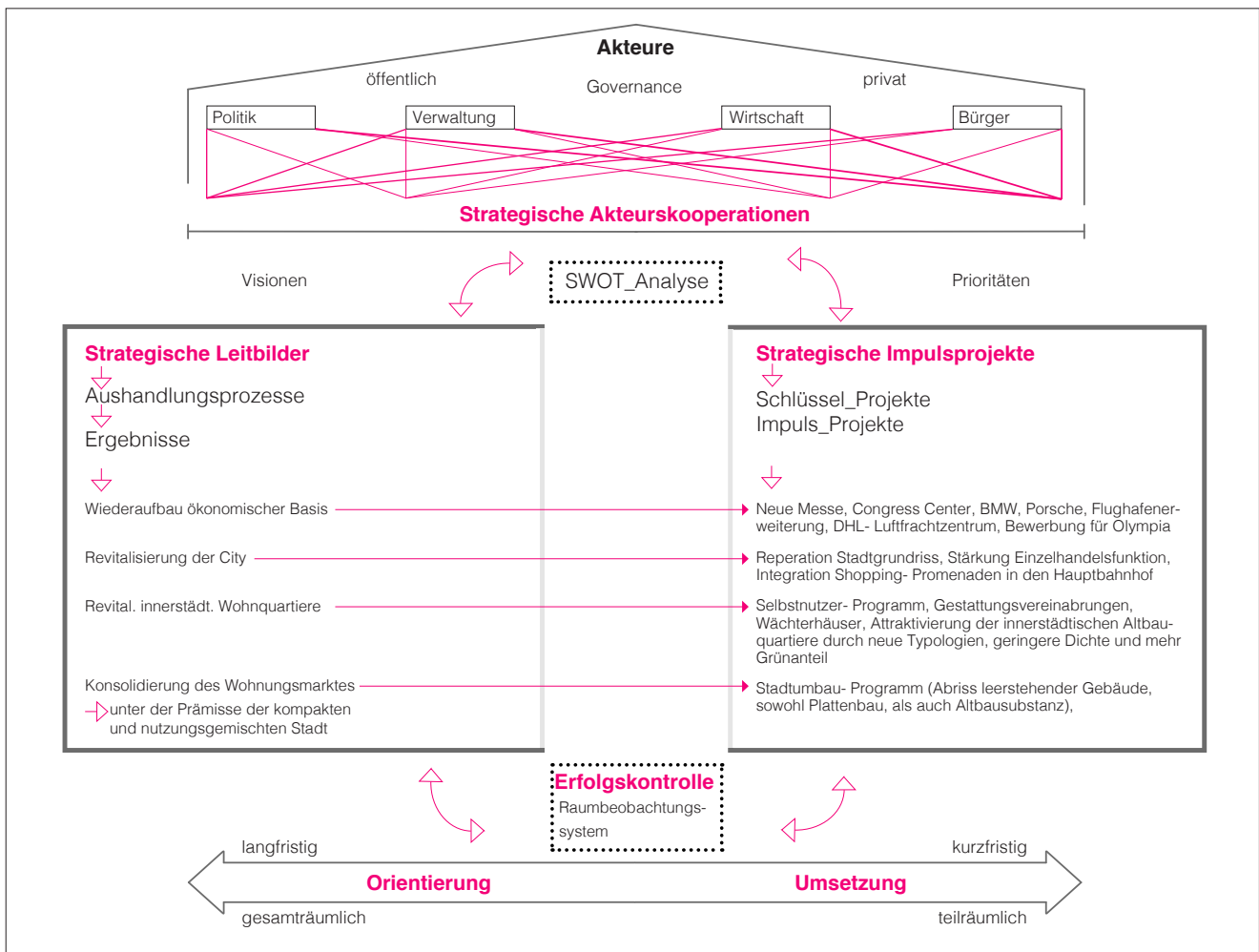


Abbildung 45:
Modell der strategischen
Stadt- und Regional-
planung
bezogen auf Leipzig

eigene Darstellung,
nach IRS

Quelle:
(<http://www.irs-net.de/forschung/forschungsabteilung-4/strategische-stadtplanung/projektziele-diagramm.gif>).

Schrumpfungsprozessen und ihren Folgen für Stadt und Gesellschaft entgegenzuwirken. Die aus den Aushandlungsprozessen hervorgegangenen Leitbilderergebnisse dienen als Orientierung, um mit gezielten Projekten einen Imagewandel und eine Regenerierung der betroffenen Räume herbeizuführen und dadurch eine Ansiedlung von Bewohnern und Unternehmen zu bewirken (siehe Abb. 45).

Strategische Impulsprojekte:

Strategische Impulsprojekte können entweder größere Bauvorhaben wie z.B. Sportstadien, Museen, Messen, Brücken, Flughäfen etc. oder temporäre Events wie z.B. Festivals, Kulturhauptstadt, Olympische Spiele etc. sein, denen eine Initial- oder Impulsfunktion zugeschrieben wird. Strategische Impulsprojekte sind häufig zeitlich begrenzt, umsetzungsorientiert,

intervenieren räumlich punktuell (area based) und dienen dazu sich schrittweise an die Vision oder das Leitbild anzunähern.

Beim Beispiel Leipzig lassen sich einige strategische Impulsprojekte identifizieren. Schlüssel- oder Impulsprojekte, die dem langfristigen Ziel des Wiederaufbaus einer ökonomischen Basis dienen, sind die Neue Messe, das Congress Center, die Bewerbung für die Olympischen Spiele, die Ansiedlung der Produktionsstandorte von BMW und Porsche, die Flughafenerweiterung, sowie das DHL- Luftfrachtzentrum, das Leipzig zum modernsten Umschlagplatz für Luftfracht gemacht hat. Impulsprojekte, die das Ziel der Revitalisierung der City unterstützen sind der Wiederaufbau des Stadtgrundrisses, sowie die gezielte Stärkung der Einzelhandelsfunktion der City z.B. durch die Integration eines Shoppingcenters in den Leipziger Hauptbahnhof. Als Beispiele für Impulsprojekte, welche die Revitalisierung der Innenstadt zum Ziel haben gelten das Selbstnutzer-Programm, die Gestattungsvereinbarungen, die Wächterhäuser und die Attraktivierung der innerstädtischen Altbauquartiere durch eine geringere Dichte und einen höheren Grünanteil. Das langfristige Ziel der Konsolidierung des Wohnungsmarktes wird durch Impulsprojekte wie das Programm Stadtumbau vorangetrieben, das den Abriss von Plattenbauten und Altbauten vorsieht, um den Leerstand zu verkleinern und dadurch die Konsolidierung des Wohnungsmarktes zu erreichen (siehe Abb. 45).

Erfolgskontrolle:

Die Evaluation/ Erfolgskontrolle ist bei der strategischen Planung ein begleitender Prozess. Der auch häufig als „ongoing evaluation“ bezeichnete Prozess ist wichtig, um das iterative Wechselspiel zwischen Leitbildern und Projekten rückzukoppeln und damit eine Anpassung der Leitbilder und Projekte an veränderte Rahmenbedingungen möglich ist (vgl. Kühn 2008: 236).

Die strategische Planung von Leipzig, im Umgang mit den Schrumpfungsprozessen ist durch ein differenziertes kleinräumiges Monitoring gekennzeichnet. Mit dem so genannten „Raumbeobachtungssystem“ (siehe Abb. 45) werden kontinuierlich Veränderungen, insbesondere auf dem Wohnungs- und Gewerbeflächenmarkt, erfasst. Diese wichtige Informationsgrundlage wird zur Fortschreibung der Strategien genutzt (vgl. Jessen/ Walther 2008: 142).

Orientierung und Umsetzung:

Orientierung und Umsetzung bilden die gegensätzlichen Steuerungsfunktionen der strategischen Planung. Während die Orientierungsfunktion über Visionen, Leitbilder und Ziele einen langfristigen Zeithorizont und einen flächendeckenden Raumbezug hat, ist die Umsetzungsfunktion auf die Projekte bezogen und ist durch einen kurzfristigen Zeithorizont und einen teilräumlichen Raumbezug gekennzeichnet.

Leipzigs Planung ist deutlich durch die Parallelität von bildhafter Vision, langfristigem Konzept und sofortiger Aktion gekennzeichnet, und das Einzelmaßnahmen Hand in Hand mit der strategischen Planung gehen.

Die Untersuchung Leipzigs bezüglich „strategischer Planung“ und des Vorhandenseins von Regenerationsstrategien hat ergeben, dass die Merkmale des Modells der „strategischen Stadt- und Regionalplanung“ nach Kühn (strategische Akteurskooperationen, strategische Leitbilder, strategische Impulsprojekte, Erfolgskontrolle und Orientierung/ Umsetzung) in den Leipziger Prozessen wiederzufinden sind. Zudem wurde festgestellt, dass es sich um Regenerationsstrategien handelt, da eine demographische, sozioökonomische und städtebauliche Erneuerung der Stadt angestrebt wird, die das Ziel hat dem Beschäftigten- und Einwohnerschwund, sowie dem baulichen Leerstand und Verfall entgegenzuwirken.

Die Ziele und Leitbilder haben gesamträumlich und langfristig zur Orientierung gedient, während simultan mit kleinteiligen, kurzfristigen und teilräumlich wirkenden Maßnahmen und Projekten agiert wurde, um eine Regenerierung der Stadt zu erreichen. Besonders kennzeichnend für die Leipziger Prozesse ist zudem die begleitende Erfolgskontrolle, die es ermöglicht Leitbilder und Projekte an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Insgesamt kann man sagen, dass die strategische Planung mit ihren Regenerierungsstrategien einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozio-ökonomischen und baulich-räumliche Situation Leipzigs geleistet hat.

4.2 Manchester

Im folgenden Kapitel wird die englische Stadt Manchester vorgestellt. Bei Manchester handelt es sich um die erste Industriestadt der Welt. Sie verzeichnete zur Zeit der Industrialisierung (Ende des 18. Jhdts.) rasante Bevölkerungszuwächse und einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg. Binnen anderthalb Jahrhunderte zeigt Manchester aber auch den Abstieg, in Form eines Bedeutungsverlustes, bedingt durch eine starke Deindustrialisierung und gravierende Bevölkerungsverluste. Ab den 1990er Jahren lässt sich jedoch ein neuer Aufstieg der Stadt erkennen, da die Stadt einen Wandel von der industriellen zur post-industriellen Stadt vollzogen hat. Die ehemalige Pionierstadt der Industrialisierung, die zum Opfer der Deindustrialisierung geworden ist, hat sich neu erfunden und ist zum Pionier einer „Urban Regeneration“ geworden. In Manchester haben u.a. die Umnutzung alter Hafen- und Uferzonen, internationale Architektur zur Standortprofilierung (Flaggschiffprojekte), neues Wohnen in alten Gebäuden, Quartiersaufwertung in sozial benachteiligten Quartieren und Abriss von Großsiedlungen und Neubau sowie Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren zur Stabilisierung beigetragen. Zudem hat die Stadt sich entschieden mehr „unternehmerisch“ tätig zu werden, indem sie die Förderung der städtischen Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums als eine ihrer wichtigsten Aufgaben definiert hat. Zunächst wird die Stadt porträtiert und die Entwicklung der Stadt vorgestellt. Dann werden Maßnahmen und Initialprojekte vorgestellt, die zur Regenerierung der Stadt beigetragen haben. Anschließend wird ein kurzes Zwischenfazit gezogen, bevor Manchester bezüglich des Vorhandenseins von „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung analysiert und beurteilt wird.

4.2.1 Stadtporträt Manchester - „Urban Regeneration“ in Manchester

Manchester liegt im Nordwesten von England. Die Stadt mit ca. 510.000 EinwohnerInnen hat den Beinamen „UK's Second City“, da sie heute wie-

der die zweitwichtigste Stadt Großbritanniens ist. Manchester liegt in der Metropolregion Greater Manchester mit ca. 2,7 Millionen EinwohnerInnen (vgl. Wilks-Heeg 2003: 92).

Während der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert wurde Manchester durch die dampfkraftbetriebenen Spinnmaschinen und Webstühle, die die Textilproduktion um das dreißigfache steigerten, das wirtschaftliche Zentrum der Textilherstellung (vgl. Jessen 2006: 26). Die durch die dampfkraftbetriebenen Spinnmaschinen und Webstühle einhergehende Unabhängigkeit vom Wasser hatte signifikante Folgen für die Standorte der Fabriken, so dass diese vermehrt in die räumliche Nähe der Arbeiter verlegt wurden - und somit in die Städte hinein (vgl. ebd.). Die dadurch entstandenen Arbeitsplätze führten zu einer enormen Landflucht. Die Folge war, dass Manchester um 1900 eine der zwanzig größten Städte der Welt war und im Jahr 1931 die bis dato höchste Bevölkerungszahl von 766.000 EinwohnerInnen verzeichnete (vgl. Wilks-Heeg 2003: 92). Durch dem Zusammenbruch des Welthandels zwischen den Weltkriegen, dem Verlust der Kolonien als Absatzmärkte und dem anhaltenden Verlust der dominanten Rolle im verarbeitenden Gewerbe kam es langsam zum Bedeutungsverlust und zum Niedergang Manchesters (siehe Abb. 47 und 48). Vor allem in den 1970er Jahren beschleunigte sich der Niedergang dramatisch (vgl. ebd.: 93). Die Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs waren vor allem Arbeitslosigkeit und die daraus resultierenden sozialen Probleme. Die größten Arbeitsplatzverluste hatte die Industrie zu verzeichnen, die zuvor die Basis des Aufschwungs gewesen war. In der Agglomeration Greater

Abbildung 46:
Verortung und EinwohnerInnenentwicklung der Stadt Manchester

eigene Darstellung, nach
Oswalt/ Rieniets

Quelle:
(Oswalt/ Rieniets 2006:
136)

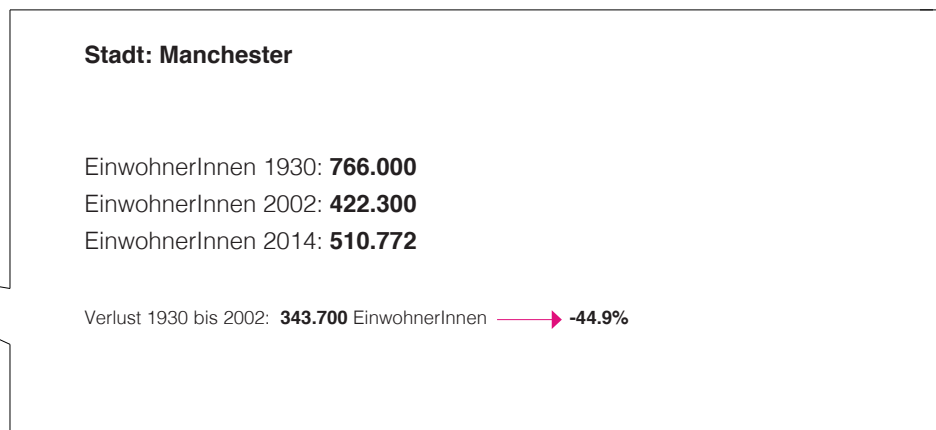
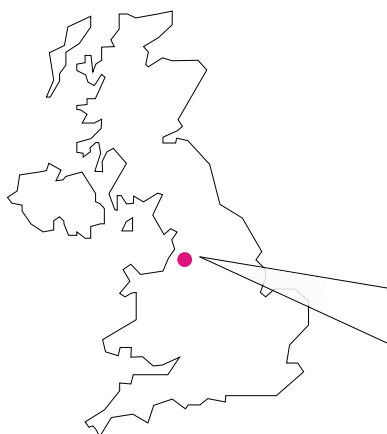




Abbildung 47:
Leerstehende Reihenhäuser
in Manchester 1978

Quelle:
(Jessen/ Walther 2008b:
90).

Abbildung 48:
Victoria Station in Man-
chester 1978

Quelle:
(Jessen/ Walther 2008b:
90).

Manchester fielen ca. 70.000 Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie weg. Der Stellenabbau fand hauptsächlich in den von Männern dominierten Berufsgruppen statt, so dass Manchester im Jahre 1986 eine Männerarbeitslosigkeit von fast 20% zu verzeichnen hatte (vgl. ebd.). Im Niedergang von Manchester zeigt sich der Strukturwandel der britischen Wirtschaft, der seit den 1970er Jahren stattgefunden hat (vgl. ebd.).

Mitte der 1980er Jahre befand sich Manchester, bezogen auf seine Wirtschaftsleistung auf Platz 79 von 117 europäischen Städten und damit weit entfernt vom Bild einer europäischen Metropole (vgl. ebd.). Manchesters Situation verschlechterte sich weiterhin, da die britische Wirtschaft sich dem Handel mit Kontinentaleuropa und dem tertiären Sektor zuwandte. Aufgrund dessen gerieten Manchester und andere nördlich gelegene Städte in eine Randlage und verloren infolgedessen an Bedeutung im Standortwettbewerb. Metropolregionen wie Greater London übernahmen die Führungsrolle und es entstand ein Nord-Süd-Gefälle in Großbritannien (vgl. ebd.: 94).

Wie die Stadt Leipzig, blickt auch die Stadt Manchester auf eine jahrzehntelange Schrumpfungsgeschichte zurück. Hatte Manchester im Jahr 1930 noch 766.000 EinwohnerInnen so verlor sie bis zum Jahr 2002 ca. 45% (343.700) ihrer EinwohnerInnen und verzeichnete 2002 nur noch 422.300 EinwohnerInnen. Rückblickend lässt sich feststellen, dass die problematischen Folgen der massiven und schnellen Deindustrialisierung, dramatische Fehlentwicklungen im „Council Housing“ und die Abwanderung von

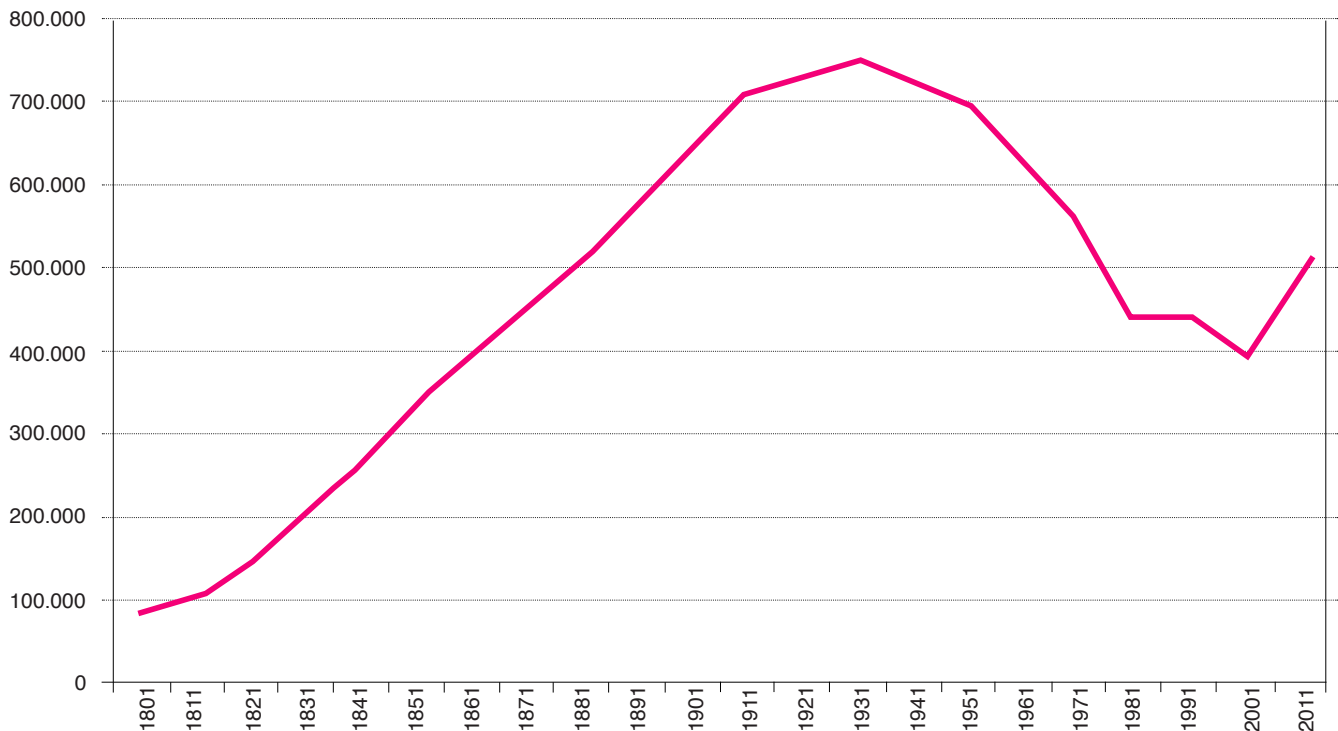


Abbildung 49:
EinwohnerInnen der
Stadt Leipzig 1801 bis
2011

eigene Darstellung

Quelle:
(http://en.wikipedia.org/wiki/Demography_of_Greater_Manchester#mediaviewer/File:Greater_Manchester_Population.png)

jungen qualifizierten Menschen die Stadt besonders hart getroffen haben (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 90).

Bereits in den 1980er Jahren gab es Bemühungen eine Regenerierung der Stadt zu erreichen. Die Bemühungen kamen allerdings, aufgrund einer ökonomischen Krise und einer Blockade der kommunalen Politik durch die Konfrontation zwischen der von Labour geführten Stadtregierung und der konservativen Zentralregierung Thatchers, nur schleppend voran. Erst Ende der 1980er Jahre kommt es zu einer grundlegenden Neuorientierung der kommunalen Politik, die häufig als „entrepreneurial turn“ beschrieben wird und nicht mehr wohlfahrtsorientierte Ziele verfolgt, sondern streng marktorientierte Strategien einschlägt (vgl. Kidd 2004: 412). Die Wende in der kommunalen Politik lässt sich auf ein neu formiertes, informelles Netzwerk von Entscheidungsträgern aus der Verwaltung, Parteien, Verbänden und der Wirtschaft zurückführen, das durch eine Umorientierung der in Manchester dominierenden Labour-Party angestoßen wurde. Das Netzwerk gestaltet ein neues Bild des Kommunalpolitikers als aktiver „Urban Manager“, setzt auf Kooperationen mit der Zentralregierung und sucht die Partnerschaft mit der lokalen Wirtschaft. Hierdurch öffnet sich der Weg für

neue Kooperationsformen und Beteiligungsmuster (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 90).

Manchester entscheidet sich nach einigem Zögern zur Kooperation mit der "Central Manchester Development Cooperation", der von der Zentralregierung die Verantwortung und Planungsrechte zur Stadtentwicklung in zentralen Bereichen Manchesters zugesprochen wurde. Durch eine engere Kooperation mit der Regierung, engere Netzwerke zwischen zentralen öffentlichen und privaten Akteuren der Stadtentwicklung und ein reifendes Selbstvertrauen in die eigene Kraft als Kommune lassen sich besonders ab dem Jahr 2001 erste Erfolge erkennen (vgl. ebd.). So ist seit dem Jahr 2001 die EinwohnerInnenzahl um ca. 87.000 EinwohnerInnen angestiegen, sodass Manchester heute ca. 510.000 EinwohnerInnen hat und weiter wächst. Damit liegt das Bevölkerungswachstum Manchesters seit 2001 bei ca. 19% (vgl. Crook/ Linton 2014: o.S.).

Um zu erklären, wie Manchester mit den Schrumpfungprozessen umgegangen ist, ist es wichtig kurz den Begriff „Urban Governance“ zu erläutern. Während der Begriff „Government“ das politisch-administrative System bezeichnet, wird „Governance“ im Zusammenhang mit Urban-, Regional- oder European Governance verwendet (vgl. Helbrecht 2009: 3). Unter Urban Governance versteht man den „relativen Bedeutungsverlust der lokalen Politik und öffentlichen Verwaltung und der im Verhältnis dazu gestiegenen Einflussnahme und Beteiligung privater Akteure am öffentlichen Handeln“ (Ebd.). Die politische Steuerung durch Governance findet in neuen formellen und informellen Partnerschaften sowie Netzwerken zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren statt (vgl. ebd.). Neben den Partnerschaften als Träger, sind die hohe Abhängigkeit von zentralstaatlichen Fördermitteln und die komplexen Formen der Politikverflechtung charakteristisch für Stadtentwicklungsprozesse in England. Dieses Muster hat sich durch die Privatisierungspolitik der Regierung Thatcher mit der Zeit etabliert. In Manchester gibt es eine Vielzahl an privatrechtlich organisierten Partnerschaften verschiedener Größe und Hierarchiestufen für die vielfältigen Bereiche der „Urban Regeneration“. Beispielsweise gibt es Partnerschaften für komplexe städtebauliche Vorhaben, für kommunal-

le Haushaltsförderung, Initiativen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung von Jugendlichen und für quartiersbezogene Programme gegen soziale Ausgrenzung. Es können sich Verbände, Ämter, Vertretungen der Zentralregierung, staatliche Regionalverwaltungen, Unternehmen und Bürgerinitiativen an den Partnerschaften beteiligen, wobei die Zusammensetzung und Aufgabenteilung abhängig vom Schwerpunkt der Partnerschaft variiert (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 91). Die jeweiligen Ziele werden direkt von den Partnerschaften festgelegt, die auch die Finanzierung sichern, die Umsetzung der Maßnahmen organisieren und die Öffentlichkeitsarbeit organisieren, die eine sehr wichtige Rolle für den Erfolg spielt. Die Partnerschaften selbst bestehen in der Regel aus kleinen, schlagkräftigen Teams, die einen großen Teil der Leistungen an Dritte abgeben. Die Zentralregierung hat die Bildung von Partnerschaften zu einer festen Vorbedingung für die Vergabe von Fördermitteln gemacht. Manchester gilt in diesem Zusammenhang als besonders positives Beispiel, da sie sich durch so genannte „community-led partnerships“ besonders erfolgreich den Einfluss auf die Partnerschaften und deren Ziele, Konzepte und Maßnahmen gesichert und so die Gemeinwohlinteressen gewahrt hat (vgl. ebd.).

In Manchester setzt sich der kommunale Haushalt zu über 70% aus zentralstaatlichen Zuwendungen zusammen. Ein wichtiger Grund für die Erfolge, die in Manchester zu sehen sind, sind die leistungsfähigen Mitarbeiterstäbe in den Partnerschaften und in der kommunalen Verwaltung. Diese haben über Jahre hinweg herausragendes Geschick „in der Einwerbung, Bündelung und zielgenauen Verwendung externer, nationaler und europäischer Mittel bewiesen“ (Jessen/ Walther 2008b: 91). In einem Kontext partnerschaftsgestützter Umsetzung von Projekten kommt es zum Bedeutungsverlust hoheitlicher Planungsinstrumente und formaler Abstimmungs- und Beteiligungsprozesse. Diese werden ersetzt durch die Verständigung zwischen der „Kommune und den Partnerschaften über bewusst offen gehaltene Visionen, flexibel gehandhabte Prozeduren und eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit.“ (Ebd.).

Eine weitere kommunalpolitische Reaktion auf die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen war die Suche nach einer neuen Identität der Stadt. Da die Vorherige durch den Strukturwandel entwertet wurde, ver-

suchte die Stadt sich neu zu erfinden und deshalb „unternehmerisch“ tätig zu werden (vgl. Jessen 2006: 99). Dem „unternehmerischen“ Ansatz kam zugute, dass das Manchester City Council zu diesem Zeitpunkt nur zwei politische Führungspersonen hatte, die beide große Verfechter der Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor waren (vgl. Wilks-Heeg 2003: 95). Das wichtige am Konzept der „unternehmerischen Stadt“ ist, dass die politischen Entscheidungsträger ihre Hauptaufgabe in der Förderung der städtischen Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums sehen (vgl. ebd.). Die „unternehmerische Stadt“ zeichnet sich also durch neue Formen der politischen Intervention, wie z.B. Strategien zur Vermarktung von Standortvorteilen, Bewerbungen um wichtige internationale Veranstaltungen und Investitionen in hochrangige kulturelle Einrichtungen aus sowie durch die Zusammenarbeit mit privaten Akteuren z.B. in Public Private Partnerships (PPP). All das dient dem Zweck ein neues Image für die Stadt aufzubauen und zugleich Touristen und potenzielle Investoren zu werben (vgl. ebd.: 96). Unterstützt wird der internationale Trend der „unternehmerischen Stadt“ durch eine „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik. Mit Hilfe dieser werden Investitionsbarrieren z.B. durch die Lockerung von Planungs- und Umweltauflagen abgebaut (vgl. ebd.). Um ein „unternehmerisches“ Programm zu entwickeln, bedarf es zunächst vieler kleiner „unternehmerischer“ Schritte, die als Motor zu einer späteren Strategie dienen. In Manchester wurde eine konkrete Strategie erst Mitte der 1990er Jahre sichtbar. Manchesters Entwicklung lässt sich gut am Wandel seiner Slogans zeigen. Während es früher hieß „Defending jobs improving services“ (Arbeitsplätze verteidigen und den Service verbessern), heißt es heute „Making it happen“ (Wir machen es möglich) (vgl. ebd.). Hier zeigt sich der Wandel zur „unternehmerischen“ Stadt und zu einem neuen Image Manchesters sehr deutlich.

Um den Weg von der Industrie- zur Wissensstadt zu meistern, fördert Manchester im Rahmen seiner wachstumsorientierten Sektorpolitik neben den Finanzdienstleistungen und anderen wissensintensiven Branchen ebenso kreative Industrien. Diese werden in Manchester als gleichwertiges Wachstumscluster angesehen und deshalb genauso gefördert wie Andere (vgl. Helbrecht 2009: 7). Den kreativen Industrien wird in Manchester eine besondere Aufgabe zuteil. Sie werden strategisch eingesetzt, bewusst positioniert und fungieren so als Milieugeber einer kreativen und urbanen Sze-

ne (vgl. ebd.). Durch sie wird das Image einer kreativen Stadt produziert, ebenso werden Stadträume mit hoher Lebensqualität initiiert, mit dem Ziel die Attraktivität der Standorte für hochqualifizierte Arbeitskräfte zu steigern (vgl. ebd.: 6). Außerdem sollen sie der benachteiligten Bevölkerung neue Beschäftigungsfelder aufzeigen. Vor allem in problematischen Stadtvierteln können kreative Industrien als Brücke in die wissensintensive Wirtschaft und damit in die wirtschaftliche Zukunft der Stadt dienen, da sie weniger auf den formalen Grad der Bildung ihrer Beschäftigten angewiesen sind, sondern auf deren Fertigkeiten und Talente (vgl. ebd.: 7).

4.2.2 Maßnahmen, Initialprojekte und Ereignisse

Im folgenden Abschnitt werden Maßnahmen, Initialprojekte und Ereignisse vorgestellt, die maßgeblich zur Regenerierung und zum Übergang zur postindustriellen Gesellschaft in Manchester beigetragen haben. Um dieses Ziel zu erreichen hat die Stadtpolitik in Manchester eine integrierte Strategie verfolgt, die traditionelle Formen lokaler Standortpolitik mit unkonventionellen Elementen der Selbstvermarktung verbindet.

4.2.2.1 Infrastrukturausbau und Wirtschaftsförderung

Die Entscheidung den Flughafen auszubauen (siehe Abb. 50 und 51) kann als erstes Anzeichen des „unternehmerischen“ Ansatzes Manchesters bezeichnet werden. Zwar sind die zehn Verwaltungsbezirke von Greater Manchester Eigentümer des Flughafens, doch die Stadt Manchester ist der größte Anteilseigner und das Flughafengelände befindet sich innerhalb der Stadtgrenzen Manchesters. Angetrieben durch die Stadtverwaltung Manchesters wurden seit den 1980er Jahren eine Vielzahl an Entscheidungen getroffen, mit dem Ziel den Flughafen auszubauen. Im Zuge dessen wurde 1993 ein neues Terminal eröffnet und Ende der 1990er Jahre eine neue Landebahn in Betrieb genommen (vgl. Wilks-Heeg 2003: 96). Man kann das Projekt als Initialprojekt zur „Urban Regeneration“ bezeichnen, da die Zahl der Fluggäste von ca. 4 Millionen im Jahr 1980 auf ca. 19 Millionen im Jahr 2000 gewachsen ist (vgl. ebd.). Heute ist „der Flughafen von Man-



chester der wichtigste Flughafen Großbritanniens außerhalb von London“ (Jessen 2006: 139). Die Gewinne aus der Expansion des Flughafens wurden, mit dem Einverständnis der Bezirke von Greater Manchester, in die weitere wirtschaftliche Entwicklung investiert. Besonders gefördert wurde die Partnerschaftsorganisation „Marketing Manchester“, die dafür zuständig ist bei Touristen und Investoren für die Metropolregion zu werben (vgl. Wilks-Heeg 2003: 97). Neben der Flughafenerweiterung wird kontinuierlich an der Erweiterung des neuen schienengebundenen Nahverkehrssystems „Metrolink“ gearbeitet.

Um den schwierigen Übergang zur postindustriellen Stadt zu meistern versucht Manchester erfolgreich High-Tech-Unternehmen in die Stadt zu locken, dabei ist die Tatsache von Vorteil, dass drei große Universitäten ihren Standort in der Stadt haben. Zudem entstehen neue Gründerzentren und Einrichtungen aus dem Bereich der Forschung und Entwicklung. Für diese Unternehmensansiedlungen werden vorzugsweise Flächen am Flughafen, an den Haltestellen der neuen Metrolink- Linien und in den attraktiven Lagen umgenutzter Hafenaareale erschlossen. Neben den wissensintensiven Branchen und den Finanzdienstleistungen werden im Rahmen der wachstumsorientierten Sektorpolitik Manchesters die kreativen Industrien gleichermaßen gefördert, mit dem Ziel eine neue ökonomische Basis der Stadt zu erschaffen und so eine umfassende Regenerierung der Stadt zu erreichen. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise die Bildung von Musikclustern, die Förderung von kreativen Vierteln („creative hubs“) und

Abbildung 50:
Landung am
Flughafen Manchester

Quelle:
(http://www.dlr.de/Portaldata/1/Resources/portal_news/newsarchiv2007/landung107.jpg).

Abbildung 51:
Flughafen Manchester

Quelle:
(http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/3e/Manchester_airport_terminal_2.jpg).

die Umnutzung von Industriearealen als Gründungszentren für Produktions- und Dienstleistungsunternehmen der Kulturwirtschaft, u.a. in Form von Künstlerhäusern, zu nennen (vgl. ILS/ STADTart 2008: 18). Zudem werden in Manchester die Rahmenbedingungen einzelner Segmente der Kultur- und Kreativwirtschaft durch ergänzende Maßnahmen verbessert. Zu diesen Maßnahmen zählen z.B. modifizierte Anforderungen bei der Durchführung kultureller Veranstaltungen im öffentlichen Raum oder vereinfachte Verwaltungsvorgänge. So erhalten in Manchester neue Clubs und Bars im Rahmen der Initiativen zur Stärkung der „NightTime- Economy“ schneller eine Lizenz. Solche Maßnahmen betreffen insbesondere das Stadtzentrum und einige Quartiere, die besonders tourismusrelevant sind. Hauptziel ist es die Entwicklung der Tourismusbranche der Stadt zu unterstützen (vgl. ebd.: 19- 20).

4.2.2.2 Bewerbung für die Olympischen Spiele 1996 und 2000

Der unternehmerische Geist Manchesters zeigt sich zudem deutlich in der Bewerbung um den Austragungsort der Olympischen Spiele 1996 und 2000 (vgl. Wilks-Heeg 2003: 97). Der Impuls für die Bewerbung kam von Sir Bob Scott, einem Vertreter des privaten Sektors, der für sein großes Engagement den Beinamen „Mr. Manchester“ bekam und eine Schlüsselperson in der Public-Private-Partnership-Politik der Stadt wurde.

Obwohl die beiden Bewerbungen scheiterten, sind sie von großer Bedeutung für die Stadtentwicklung und somit für die Wiederbelebung Manchesters, da sie dazu beigetragen haben, dass sich die Stadt neu definieren konnte (vgl. ebd.). Einige sprechen bei den gescheiterten Olympiabewerbungen von den Niederlagen, auf denen zum Großteil der spätere Erfolg gründete. Auch wenn es zunächst paradox klingt, dass aus einer Niederlage ein Erfolg entstanden ist, so kann man in den Olympia-Bewerbungen doch Aspekte finden, die Manchester geholfen haben sich neu zu definieren und sich neu zu entdecken.

Die Olympiabewerbung hatte eine große symbolische Bedeutung, da sie zu einem Umdenken bei den Bürgern und Unternehmen, sowie zu einer

veränderten Atmosphäre beitrug (vgl. ebd.). Daneben wuchs das Vertrauen in ein modernes Manchester (vgl. ebd.). Obwohl die Chance die olympischen Spiele austragen zu dürfen gering war, half die Glaubwürdigkeit der Bewerbung die Außenwahrnehmung Manchesters zu verbessern und führte indirekt zum Anstieg von Investitionen. (vgl. ebd.) Zudem war die Bewerbung um die Olympischen Spiele ein Lernprozess für die spätere Bildung neuer Formen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit, wie z.B. „Marketing Manchester“ oder „Manchester Millenium Limited“ (vgl. ebd.). Die Stadt nutzte die Bewerbung zudem zur Ressourcenbeschaffung, indem Sie sich die Unterstützung der Zentralregierung und damit zusätzliche finanzielle Mittel sicherte. Um sich diese zusätzlichen Mittel zu beschaffen, wurde gegenüber der Zentralregierung das enorme Potenzial der Olympischen Spiele für die „Urban Regeneration“ in Manchester betont (vgl. ebd.: 98). Durch die Bewerbungen für die Olympischen Spiele war Manchester der natürliche Kandidat für die Ausrichtung der Commonwealth Games 2002. Dieses Event „wurde erfolgreich dazu genutzt, die öffentlichen und privaten Investitionen in die städtebauliche Regenerierung zu maximieren und das neue, postindustrielle Image der Stadt zu stärken“ (Ebd.).

Die Strategie der Stadt war es einen „Hype“ zu produzieren, indem man die Realität übertrieb, die Erwartungen übersteigerte und den Ruf der Stadt verbesserte. Der Councillor (Ratsmitglied) Mike Storey sagte: „du lobst die Stadt wann immer du kannst, du verkaufst und verkaufst und verkaufst die Stadt und dann schaust du dich um und siehst die riesigen Kräne im Hintergrund.“ (Mike Storey, zitiert in Wilks-Heeg 2003: 103). Damit handelte die Stadt „unternehmerisch“ und ging ein hohes Risiko ein, wie man am Beispiel der gescheiterten Olympia Bewerbung sieht (vgl. ebd.). Ein weiteres Beispiel für die Risikobereitschaft Manchesters war die Ankündigung, bei der Bewerbung um die „Commonwealth Games“ im Jahre 1995, die Kosten für die Veranstaltung im Verbund mit privaten Sponsoren ohne Mittel der Zentralregierung tragen können. Diese Aussage sollte sich ein Jahr vor den „Commonwealth Games“ als falsch herausstellen, da sich das Projekt aber bereits in einer späten Planungsphase befand, eilte die Zentralregierung zur Hilfe, damit kein schlechtes Bild auf Großbritannien fällt und die Spiele wie geplant stattfinden konnten.

Schlussendlich werden die Flughafenerweiterung und die Olympiabewerbung, sowie deren verschiedenen „spill-over“ Effekte als der Kern von Manchesters unternehmerischer Strategie bezeichnet.

4.2.2.3 Attraktivierung der Innenstadt

Um eine Regenerierung zu erreichen setzt sich Manchester die Attraktivierung der Innenstadt zum Ziel. Dafür soll die Innenstadt als kommerzieller und kultureller Mittelpunkt der Stadt erneuert und als attraktiver Ort zum Wohnen gestaltet werden. Damit will die Stadt auf der einen Seite Kauf- und Steuerkraft binden und andererseits nach außen das Bild einer dynamischen Metropole produzieren. Es sollen vor allem junge, hochqualifizierte, urban orientierte Menschen mit einem sehr guten Einkommen angesprochen werden, die die Stadt als attraktives, interessantes und inspirierendes Umfeld erkannt haben und die räumliche Nähe zu kulturellen Einrichtungen schätzen (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 91).

Abbildung 52:
Quartier „Castlefield“

Quelle:
(<http://www.ourcastlefield.co.uk/wp-content/uploads/2013/06/Castlefield.jpg>).

Abbildung 53:
Neue Brücke über den „Bridgewater Canal“ ist Symbol für das neue „Castlefield“

Quelle:
(http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d6/Castlefield_Merchants_4692.JPG).

Die Umgestaltung von „Castlefield“ (siehe Abb. 52 und 53) zeigt, dass das architektonische Erbe der Industriegeschichte geschickt genutzt wird, um attraktive Orte zu schaffen. Das Quartier ist eines der erfolgreichsten in Großbritannien und hat den Trend der Reurbanisierung der City von Manchester eingeläutet. In der Frühphase der Industrialisierung war das Gebiet einer der größten Umschlagplätze und Produktionsstandorte. Während der





Abbildung 54:
„Hulme“ vor dem Abriss

Quelle:
(http://38.media.tumblr.com/tumblr_mbw4hnpm-wD1rid0xco1_1280.jpg).

Abbildung 55:
„Hulme“ heute

Quelle:
(<http://images.urbed.coop.ccc.cdn.faelix.net/sites/default/files/Hulme%20%20View%203.jpg>).

1970er Jahre ist das Areal in Vergessenheit geraten und hatte mit dem Verfall zu kämpfen, bis Mitte der 1980er Jahre der Beschluss gefasst wurde das Areal umzugestalten. Seit dem wurde ein Quartier mit attraktiven Wohnlagen, Bürokomplexen, Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie einer Vielfalt an Gastronomie entwickelt. Zudem wurde durch den Einsatz beachtlicher öffentlicher Mittel der öffentliche Raum erneuert und Industriedenkmäler umgenutzt. Als Beispiel für ein erfolgreiches Flaggschiffprojekt kann man in „Castlefield“ das 1983 eröffnete „Museum of Science and Industry“ bezeichnen, da von dem Projekt wichtige Impulse für die weitere Entwicklung des Quartiers ausgegangen sind (vgl. ebd.: 92). In „Castlefield“ sind private Bauträger die Pioniere und Motoren der Quartiersentwicklung gewesen. Ihr differenziertes Angebot, das an junge, gutverdienende Haushalte und an neue Dienstleistungsunternehmen gerichtet ist, wird gut angenommen und hat „Castlefield“ zu einem der attraktivsten Wohnquartiere von Manchester gemacht.

Ein weiteres Projekt der „Urban Regeneration“ war die Erneuerung einer Siedlung im Stadtteil „Hulme“ (siehe Abb. 54 und 55) in den 1990er Jahren. Die in den 1960er Jahren errichtete Siedlung hatte sich zu einem sozialen Brennpunkt entwickelt und gilt als Inbegriff des Scheiterns des Nachkriegswohnungsbaus. Mit dem Ziel einen der größten Schwerpunkte sozialer Konflikte und Probleme zu lösen, arbeiteten alle wichtigen Akteure in einer Partnerschaft zusammen und entwickelten ein kleinteilig gegliedertes, sozial gemischtes Quartier, mit qualitätvollen Straßen, Parks und Plätzen, das die Großwohnanlagen des funktionalistischen Städtebaus ersetzt (vgl. ebd.).



Abbildung 56:

Masterplan zu „New Islington“

Quelle:

(http://www.grant-associates.uk.com/wp-content/uploads/2013/11/MMV112_N19.jpg).

Abbildung 57:

Häuser für Familien in „New Islington“

Quelle:

(http://www.urbansplash.co.uk/blog/blog/wp-content/uploads/2012/11/3_131112.jpg).

Ähnlich wie in Hulme hatte sich auch das Gebiet des jetzigen „New Islington“ (siehe Abb. 56 und 57), das von einfachen Reihenhäusern aus den 1970er Jahren geprägt war, in einen sozialen Brennpunkt entwickelt. Ende der 1990er Jahre entschied man sich die erst 30 Jahre alten Reihenhäuser abzureißen. Bei der Planung von „New Islington“ wurde ein breites Spektrum an Zielen verfolgt. Der neue Stadtteil wurde für 1400 EinwohnerInnen geplant und sollte kompakt, sozial und funktional gemischt sein und den neusten ökologischen Standards gerecht werden. Aufgrund der schwierigen Umgebung wurde besonderes Augenmerk auf die Gestaltung des öffentlichen Raums gelegt, der heute als ein Schlüssel zum Erfolg von „New Islington“ bezeichnet wird. Als Zielgruppe wurden vor allem junge Familien definiert, womit man auf den bisher einseitig auf junge Singles ausgerichteten Wohnungsbau der vorigen Jahre reagierte (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 96).

Die Wiederbelebung Manchesters war neben der unternehmerischen Strategie und großer städtebaulicher Projekte auch die Folge von unerwarteten Veränderungen und Ereignissen, wie z.B. dem Bombenanschlag der IRA vom 15. August 1996 im Zentrum der Stadt. Bei dem Anschlag wurden 200 Menschen verletzt und ca. 500.000 m² Laden- und Büroflächen zerstört (vgl. Wilks-Heeg 2003: 98). Der Anschlag löste im ganzen Land großes Mitgefühl aus. Das „City Council“ nutzte die Situation um die „Urban Regeneration“ voranzutreiben. Auch bei dem Wiederaufbauprojekt war von

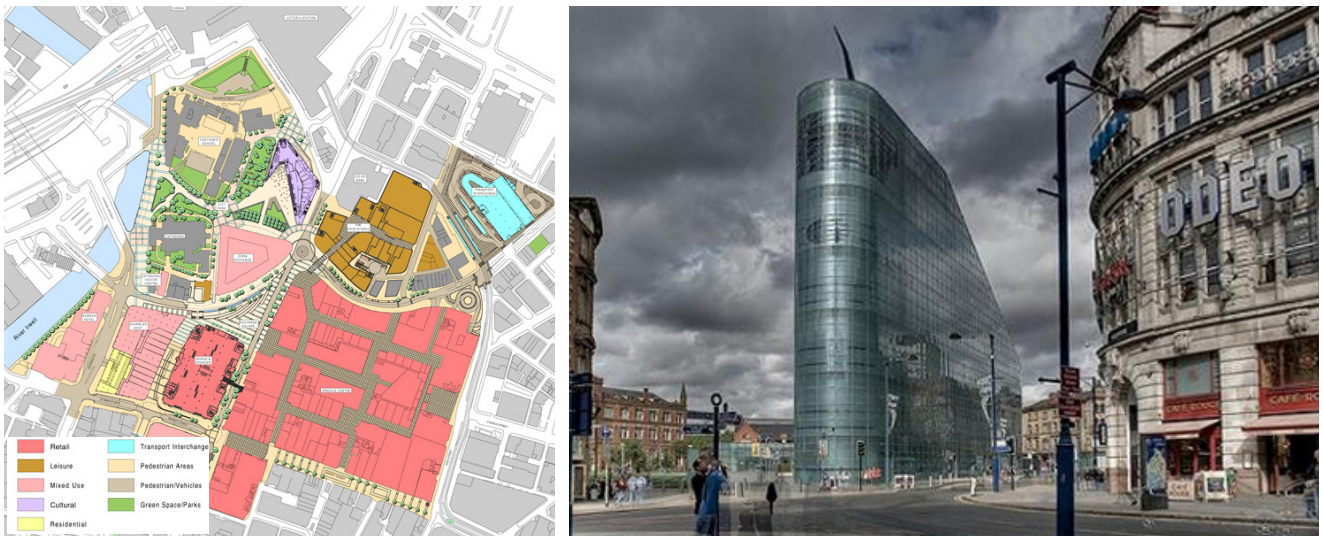


Abbildung 58:
Masterplan zum Wiederaufbau des Stadtkerns, nach dem Bombenanschlag der IRA im Jahr 1996

Quelle:
(<http://www.rudi.net/files/paper/illustrations/Map02-1811A-1999.jpg>).

Anfang an der Kern des Ansatzes, alle zum Wiederaufbau der Innenstadt wichtigen Akteure wie beispielsweise den lokalen Einzelhandel und wichtige Verbände zusammenzuführen und gemeinsam ein organisatorisches und inhaltliches Konzept, sowie Vorstellungen zum Verfahren und zur Finanzierung zu erarbeiten.

Für den Wiederaufbau gab es umfangreiche regionale und nationale Unterstützung. Die 43 Millionen Pfund an öffentlichen Investitionen haben ca. 500 Millionen Pfund an privaten Investitionen für den Wiederaufbau des Stadtzentrums generiert (vgl. ebd.). Zudem wurde der Wiederaufbau durch das Freiwerden von erheblichen Versicherungsmitteln begünstigt. Die nach dem Bombenanschlag entwickelten Pläne zum Wiederaufbau der Innenstadt entstanden im Rahmen eines internationalen Architekturwettbewerbs unter dem Slogan „Millenium City“ (vgl. Jessen 2006: 110) (siehe Abb. 58).

Abbildung 59:
URBIS Museum für Stadtkultur

Quelle:
(http://www.urbanrealm.com/images/news/news_2097.jpg).

Der rasche und erfolgreiche Wiederaufbau der zerstörten City verlieh auch den zahlreichen anderen Stadtumbauprojekten neue Schubkraft (vgl. Jessen 2008: 90). Neben dem Bau neuer Geschäfts- und Büroflächen wurden auch neue kulturelle Einrichtungen geschaffen. Die Stadt erkannte, dass die Qualität ihres kulturellen Lebens zu einem Wettbewerbsvorteil beitragen kann. Diese Erkenntnis führte zur Entwicklung einer „Kulturstrategie“, die von großen Flaggschiffprojekten geprägt ist. Dazu zählen u.a. die „Bridge-

water Concert Hall“, die „MEN- Arena“, ein Kunst- und Freizeitkomplex mit dem Namen „PrintWorks“ und „URBIS“ das Museum für urbanes Leben (vgl. Kidd 2004: 412) (siehe Abb. 59). Besonders dieses Flaggschiffprojekt ist Ausdruck des neuen Selbstbewusstseins und der Regenerierung Manchesters (vgl. Wilks-Heeg 2003: 99).

4.2.2.4 Profilierung durch Stadtkultur

Eine weitere Quelle der ungeplanten Veränderung, die zur Wiederbelebung Manchesters führte, ist die Jugendkultur bzw. die Musikszene in Manchester. Anfang der 1980er Jahre entstanden unabhängige Plattenfirmen wie z.B. „Factory Records“, die ein leerstehendes Fabrikgebäude in einem heruntergekommenen Teil des Stadtzentrums erwarben und dort wenig später den „Hacienda Club“ eröffneten (vgl. Wilks-Heeg 2003: 99). Dieser wurde zum Zentrum der „Acid House“ Szene und machte Manchester bekannt als „Madchester“ und „Clubbinghauptstadt“ Europas. Das neue Image gab den „Anstoß für die nachfolgende Entwicklung zu einem wichtigen touristischen Reiseziel und einem Boom neuer unternehmerischer Aktivitäten, vor allem in den kreativen Branchen“ (Ebd.). Zudem trug das Image der „Madchester- Szene“ einen wichtigen Teil zur baulichen Erneuerung großer Teile des Stadtzentrums bei. Ohne diese Szene wären die offiziellen Bemühungen, Manchester ein neues Image zu verschaffen, bedeutend weniger glaubwürdig gewesen. Die Szene verfolgte zwar primär ihre eigenen Interessen und nicht die der Stadtsanierung, trug mit ihren Aktivitäten aber letztlich zur Wiederbelebung der Innenstadt bei (vgl. Jessen 2006: 33).

Wesentlich früher als in anderen Städten bildet ein breites Verständnis von Kultur, dass Medien und Popkultur genauso wie Sport und Stadttourismus umfasst, einen wichtigen Kern der Stadtpolitik. Dieses führt zu einer starken Profilierung durch Stadtkultur in Manchester, mit dem Ziel diesen Wettbewerbsvorteil zu stärken (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 91). Wie das Beispiel „Madchester“ zeigt, profiliert sich die Stadt mit Pionieren der Popmusik, der bildenden Kunst und der neuen Medien, die in den 1980er Jahren im Schatten des Niedergangs entstanden sind und heute über die Grenzen

der Stadt hinaus strahlen. Der kulturellen und ethnischen Vielfalt der Stadt wird an verschiedenen Orten Raum gegeben und sie wird als ein Markenzeichen Manchesters funktionalisiert und vermarktet. Als Beispiele hierfür dienen das Künstlerviertel „Northern Quarter“, „China-Town“ in der Innenstadt und das von überwiegend Homosexuellen bewohnte Szene-Quartier „Canal-Street“, das als Ausdruck von Toleranz und Weltoffenheit dient (vgl. ebd.).

Unter der Überschrift „Profilierung durch Stadtkultur“ ist auch die Profilierung durch Sport zu nennen. Hierbei werden die internationalen Erfolge, vor allem von „Manchester United“, für die Profilierung und Positionierung der Stadt genutzt. Zudem kann sich Manchester, nach den erfolglosen Bewerbungen für die Olympischen Spiele 1996 und 2000, schließlich im Jahr 2002 mit der Ausrichtung der „Commonwealth Games“ als eine Stadt der großen Sportereignisse profilieren. Dabei ist der Bau des neuen Stadions zugleich der Beginn zur Aufwertung des vernachlässigten Osten Manchesters. Neben dem neuen Stadion werden Fahrradstadien, Sporthallen und weitere Sporteinrichtungen im Osten Manchesters errichtet. Das Ziel der „Sportcity“ im Osten der Stadt ist es nicht nur ein überregionales Eventzentrum zu schaffen, sondern es soll ebenso Infrastruktur bereit gestellt werden, die auch den BewohnerInnen der umliegenden Quartiere nutzt (vgl. ebd.: 95).

4.2.3 Zwischenfazit zur „Urban Regeneration“ in Manchester

Es entsteht der Eindruck, dass Manchester durch „Urban Governance“ und Maßnahmen der „unternehmerischen“ Stadt die Abwärtsspirale aufhalten konnte und dass die Stadt und die Metropolregion Greater Manchester einen Aufschwung erleben. Die Urban Regeneration mit ihrem strategischen und politischen Charakter war erfolgreich (vgl. Walter 2009: 125). Die Regeneration in Manchester ist dabei besonders durch drei Merkmale gekennzeichnet:

Führung

Vision

Partnerschaften

Die Untersuchungen der Prozesse in Manchester zeigen, dass die Führung eine klare langfristige Vision hatte, wie die Stadt verändert werden sollte. Dabei spielt die Wiederherstellung der Position Manchesters, als regionales Zentrum durch die Belebung der Wirtschaft und der City, eine Schlüsselrolle. Beides sollte durch das Fördern einer neuen Ökonomie, die auf Dienstleistungs- und High-Tech- Firmen basiert, erreicht werden (vgl. Lütke Daldrup/ Doehler-Behzadi 2004: 83). Die „Reurbanisierung ist hier nicht nur ein Planerwunsch, sondern im vollen Gange und unübersehbar.“ (Jessen/ Walther 2008b: 99). So leben heute wieder ca. 15.000 Menschen in der City von Manchester, wo gegen Ende der 1980er Jahre nur noch ca. 1000 EinwohnerInnen zu verzeichnen waren (vgl. ebd.). Zudem ist die EinwohnerInnenzahl seit dem Jahr 2001 um ca. 87.000 EinwohnerInnen angestiegen, sodass Manchester heute ca. 510.000 EinwohnerInnen hat und weiter wächst (vgl. Crook/ Linton 2014: o.S.).

Die in Kapitel „4.2.2.3 Attraktivierung der Innenstadt“ beschriebenen großen urbanen Projekten in Manchester konkurrieren mit ähnlichen Vorhaben der unmittelbaren Nachbarstädte. Die Nachbarstadt Salford hat beispielsweise die ehemaligen Häfen der Region Manchester zu einem anziehen-

Abbildung 60:
Manchester 2014

Quelle:
(<http://www.donaheys.co.uk/wp-content/uploads/Manchester-Dance-Weekend.jpg>).





Abbildung 61:
„Salford Quays“

Quelle:
(http://www.redspotted-hanky.com/images/60/original/salford-quays_manchester_3275088.jpg).

Abbildung 62:
„Imperial War Museum“

Quelle:
(http://ad009cdnb.archdaily.net/wp-content/uploads/2009/02/1229175505_portada-528x309.jpg).

den Dienstleistungs-, Wohn-, und Freizeitquartier mit dem Namen „Salford Quays“ umgestaltet. Die Nachbargemeinde Trafford hat mit dem „Imperial War Museum“ gegenüber der „Salford Quays“ einen weiteren Besuchermagneten platziert, durch deren überregionale Ausstrahlung die Stadt Manchester zusätzlich profitiert.

Insbesondere die baulichen Projekte der Urban Regeneration sind ein Zusammenspiel von einzelnen Projekten, die auf die Stadt und auf die unmittelbare Umgebung ausstrahlen sollen. Dies führt auf der einen Seite zu hoher Flexibilität aber auf der anderen Seite zu der Gefahr, dass die Vernetzung der aufgewerteten Stadtinseln fehlt. Es besteht also die Gefahr, dass Netzinfrastrukturen wie Freiflächenverbindungen sowie Fuß- und Radwegverbindungen nur Bruchstücke bleiben. Zudem zeichnet sich eine weitere Gefahr ab. Diese besteht darin, dass im Zuge der Marginalisierung der hoheitlichen Planung selbsttragende Entwicklungen, in denen mit Auflagen versehene öffentliche Förderungen nicht in Anspruch genommen werden, nicht mehr ausreichend durch die kommunale Planung beeinflusst werden können, was in einigen Fällen zu problematischen städtebaulichen Resultaten geführt hat. Um die städtebauliche und architektonische Qualität zu sichern wurde im Jahr 1998 die „Comission for Architecture and the Build Environment“ (CABE) gegründet, die sich mit beachtlicher Außenwirkung für mehr Qualität in Städtebau und Architektur einsetzt (vgl. Walter 2009: 127). Als bedeutende Institutionen bei der Regenerierung haben sich die 1999 gegründeten „Urban Regeneration Companies“ (URC) und die 2001

gegründeten „Local Strategic Partnerships“ (LSP) erwiesen. Die Aufgabe der LSP's ist es, die unterschiedlichen Interessen aller Akteure, wie der Verwaltung, privater Wirtschaftsverbände, sowie von regionalen und zentralstaatlichen Einrichtungen, auf kommunaler Ebene zu koordinieren. Zudem besteht ihre Aufgabe in der Erarbeitung von Leitbildern und Entwicklungsstrategien für die Stadt und darin die Umsetzung von Maßnahmen vorzubereiten (vgl. ebd.).

Die bis dato erreichte Transformation des postindustriellen Manchesters ist allerdings sozial sehr einseitig, da sich der aktuelle Immobilien- und Bauboom vor allem auf den Bau innerstädtischer Single- oder Paarwohnungen für das obere Preissegment beschränkt. Dieser Trend bezieht sich sowohl auf den Neubau, als auch auf Umnutzungen. Erst mit dem Projekt „New Islington“ wird das einseitige Wohnungsangebot durchbrochen (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 99). Der Mietspiegel von Wohnungen und Büros in der Innenstadt kennzeichnet das Vorhandensein von einer sehr reichen, neuen urbanen Klasse und erfolgreicher Unternehmen (vgl. Jessen 2006: 42). Dies belegt die Fähigkeit Manchesters mit dem Markt und privaten Investoren zu arbeiten und so Wachstum zu fördern. Jedoch ist es absehbar, dass diese Strategie zu einem „beunruhigenden Verhältniss zwischen verbesserter wirtschaftlicher Leistung und der Häufigkeit von sozialen Problemen führen kann.“ (Wilks-Heeg 2003: 105). Auf der anderen Seite zeigt sich nämlich ein Manchester, dass weiterhin von gravierenden sozialen Missständen, Armut und verlassenen Häusern gekennzeichnet ist. Eine Gefahr, die von der „unternehmerischen Stadt“ ausgeht, ist, dass die Fokussierung auf die Förderung des Wirtschaftswachstums die Aufmerksamkeit von einer steigenden sozialen Ungleichheit ablenkt. Bei der steigenden sozialen Ungleichheit handelt es sich häufig um ein Nebenprodukt der Konzentration gehobener Dienstleistungsfunktionen, vor allem wenn in den betroffenen Städten früher handwerkliche oder industrielle Arbeit dominiert hat. Den wirtschaftlichen Niedergang umzukehren und gleichzeitig die soziale Kluft zu überwinden ist in Manchester nur sehr bedingt gelungen (vgl. ebd.).

Manchester bleibt also eine Stadt scharfer sozialer und räumlicher Gegensätze. So befinden sich noch immer große Brachflächen sowie verfallene

und leerstehende Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft zu luxuriös erneuerten Quartieren (vgl. Jessen 2008: 99).

Eine weitere Grenze der „unternehmerischen“ Stadt ist die Abhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen und die Unwahrscheinlichkeit, dass sich in einer Zeit von geringem Wirtschaftswachstum oder Stagnation von Standort- und Kulturmarketing sofort Ergebnisse abzeichnen (vgl. Wilks-Heeg 2003: 104).

Die „unternehmerische“ Stadt verkörpert die Suche nach kreativen Ansätzen in der Stadtpolitik (vgl. ebd.: 105). Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Stadtregierung in der Lage gewesen ist kreativ zu agieren, um so vor allem die wirtschaftliche Erholung voran zu treiben, indem sie mit Organisationen, vor allem aus dem privaten Sektor, zusammengearbeitet hat (vgl. ebd.: 106). Das Beispiel von Manchester zeigt zudem, dass die Stadtverwaltung eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines neuen Images haben kann, indem sie sich z.B. die Dynamik der örtlichen Szene zu eigen macht (vgl. ebd.). Dennoch entstehen kreative politische Ansätze eher in zweckgebundenen Partnerschaften und außerhalb von formellen Strukturen (vgl. ebd.).

Die Urban Regeneration ist weitestgehend erfolgreich, nicht nur wegen der politischen Effekte, sondern auch durch die anhaltende Wachstumsperiode der britischen Wirtschaft (Walter 2009: 131). Die Wettbewerbsfähigkeit und die Lebensqualität sind spürbar angestiegen (vgl. ebd.). Das Risiko, welches die Stadt mit dem „unternehmerischen“ Ansatz eingegangen ist und die damit einhergehende wachsende soziale Ungleichheit die in Kauf genommen wurde, ist aber extrem hoch, da es keine Garantie dafür gibt, dass sich durch Investitionen in ein effektives „unternehmerisches“ Programm verlässlich die wirtschaftliche Leistung der Stadt verbessert (vgl. Wilks-Heeg 2003: 106).

Die Stadt hat es geschafft ihre strategisch wichtigen Probleme, im Bereich der ökonomischen Basis und der Wiederbelebung der Innenstadt, zum Teil zu lösen. Dennoch bleiben soziale Probleme, nicht entwickelte Brachflä-

chen und leerstehende Gebäude weiterhin ein Thema in der Stadt. Nichtsdestoweniger ist Manchester ein besonders einprägendes Beispiel für innovative und kreative Ansätze zum Umgang mit Schrumpfungprozessen und ist deshalb von einer Pionierstadt der Industrialisierung zu einer Pionierstadt der „Urban Regeneration“ geworden und hat so den Wandel von der industriellen zur post- industriellen Stadt in Angriff genommen.

4.2.4 Manchester überprüft auf „städtische Kreativität“

Die in Kapitel 3.1.5 vorgestellten zehn Thesen zur „städtischen Kreativität“ werden nun zur Überprüfung der Stadt Manchester bezüglich ihrer „städtischen Kreativität“ herangezogen.

1. Kreatives Handeln braucht Mut zum kalkulierten Risiko:

Manchesters Strategie einen „Hype“ zu generieren, die positiven Entwicklungen zu übertreiben und die Erwartungen zu übersteigern, um so den Ruf der Stadt zu verbessern, ist mit einem großen Risiko verbunden gewesen. Zudem zeigt sich die Risikobereitschaft Manchesters an der Entscheidung „unternehmerisch“ tätig zu werden. Um ein effektives unternehmerisches Programm zu initiieren und aufrecht zu erhalten bedarf es hoher kommunaler Investitionen, obwohl es keine Garantie dafür gibt, dass solche Investitionen tatsächlich die wirtschaftliche Leistung verbessern. Ein weiteres Risiko des „unternehmerischen“ Ansatzes ist, dass eine solche Strategie häufig zu einer wachsenden sozialen Ungleichheit der StadtbewohnerInnen führt (vgl. Wilks-Heeg 2003: 106).

Die Bereitschaft ein hohes Risiko einzugehen zeigt sich auch darin, dass Manchester behauptete die Kosten für die Commonwealth Games mit Hilfe von Sponsoren selbst tragen zu können. Dies war aber nicht der Fall. Da sich das Projekt aber in einer späten Planungsphase befand eilte die Zentralregierung zur Hilfe, damit Großbritannien keinen Imageschaden erleidet und die Spiele wie geplant stattfinden konnten. Manchester konnte sich, trotz dieser fatalen Fehleinschätzung bezüglich der Kosten, als Stadt der großen Sportereignisse profilieren.

2. Kreative Stadtpolitik beachtet Akteure und bezieht sie mit ein:

Eine kreative Stadtpolitik wird erst durch das Zusammenarbeiten von Akteuren aus dem öffentlichen, privaten und freiwilligen Sektor ermöglicht. In Manchester gibt es eine Vielzahl an privatrechtlich organisierten Partnerschaften für zahlreiche Bereiche der „Urban Regeneration“. In den Partnerschaften finden Verbände, Ämter, Vertretungen der Zentralregierung, staatliche Regionalverwaltungen, Unternehmen und Bürgerinitiativen zusammen und erarbeiten gemeinsam Konzepte. Im Kontext einer partnerschaftsgestützten Umsetzung von Projekten besteht die Gefahr eines „relativen Bedeutungsverlust[es] der lokalen Politik und öffentlichen Verwaltung und der im Verhältnis dazu gestiegenen Einflussnahme und Beteiligung privater Akteure am öffentlichen Handeln“ (Helbrecht 2009: 3) und somit ein Kontrollverlust der Kommune. Dennoch gilt Manchester in diesem Zusammenhang als positives Beispiel, da sich die Stadt durch so genannte „community-led partnerships“ besonders erfolgreich den Einfluss auf die Partnerschaften und deren Ziele, Konzepte und Maßnahmen gesichert und so den Einfluss auf das Gemeinwohlinteresse gewahrt hat (vgl. Jessen/Walther 2008b: 91). Zudem haben die „Local Strategic Partnerships“ (LSP) die Aufgabe die unterschiedlichen Interessen der Akteure zu koordinieren (vgl. Walter 2009: 127).

3. Schlüsselpersonen aktivieren Netzwerke für die kreative Stadtentwicklung:

Die Bewerbung für die Olympischen Spiele 1996 und 2000 gehört zu den Schlüsselereignissen für die Regeneration Manchesters. Die Schlüsselperson, die den Impuls für die Bewerbung gab war Sir Bob Scott, ein Vertreter des privaten Sektors. Obwohl die Bewerbung scheiterte hatte sie außerordentliche Bedeutung für die Stadt, da sie zu einem Umdenken der BürgerInnen und Unternehmen führte. Sir Bob Scott, der aufgrund seines großen Engagements für die Stadt den Beinamen „Mr. Manchester“ bekommen hat, hat bei der Bildung von Kontaktnetzwerken geholfen und viele Prozesse in Manchester vorangetrieben. Aufgrund dessen kann man ihn als eine der wichtigsten Schlüsselpersonen im Zusammenhang mit der Public- Private- Partnership- Politik in Manchester bezeichnen.

4. Kreative Netzwerke schaffen Wissen für die städtische Regeneration:

Kreative Netzwerke können Wissen und Informationen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenführen. Ideen und Impulse, die aus den Netzwerken hervorgehen, bilden ein Innovationspotenzial, das sich in wirtschaftlichen Erfolg einer Stadt oder einer Region umsetzen lässt und einen Beitrag zum Aufbau und zur Erweiterung der ökonomischen Basis leistet (vgl. Liebmann/ Robischon 2003b: 54).

Als Beispiel für ein solches kreatives Netzwerk in Manchester ist die „Creative Industries Networking Group“ (CING) zu nennen. „CING“ ist ein Netzwerk, welches eine Plattform für digital Kreativschaffende, Künstler und Handwerker bietet. Das Netzwerk bietet den Mitgliedern die Möglichkeit sich untereinander zu vernetzen, Ideen auszutauschen, neue Geschäftskontakte und geschäftliche Partnerschaften zu knüpfen, sowie innovative Projekte zu entwickeln und voranzutreiben. Zudem organisiert das Netzwerk alle drei Monate Vorträge und Workshops und bietet damit Hilfestellungen bei unterschiedlichen Themen wie z.B. Marketing oder rechtlicher Beratung. Damit leistet das Netzwerk einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und zur Weiterentwicklung des bedeutenden Wirtschaftsfaktors „Kreativwirtschaft“ in Manchester (vgl. Schegk/ Schraml/ Schwab 2014: 168- 171).

5. „Städtische Kreativität“ lebt von kulturellen Ressourcen:

Die Vielfalt des lokalen Kunst- und Kulturlebens prägt das Image einer Stadt und ist zudem Quelle der Identitätsbildung. Die Zugänglichkeit, Qualität und Vielfalt dieser Einrichtungen ist ein wichtiger Bestandteil „städtischer Kreativität“. In Manchester haben eine Vielzahl an Flaggschiffprojekten und Veranstaltungen aus dem kulturellen Bereiche das Image Manchesters als eine Stadt mit einer freien, vielfältigen und lebendigen Kunst- und Kulturszene verstärkt. Zudem hat sich die Stadt auch die Dynamiken der örtlichen Musikszene zu eigen gemacht, dadurch einen glaubwürdigen Imagewandel vollzogen und sich so als eine Stadt der Kultur positioniert.

6. „Städtische Kreativität“ braucht kooperative Strukturen und klare Verantwortlichkeiten:

Der Umgang mit Schrumpfungprozessen benötigt ein strukturiertes Netzwerk aus öffentlichen und privaten Akteuren, sowie aus der Zivilgesellschaft. Kooperation und Koordination sind hierbei die entscheidenden Stichworte. In Manchester gibt es eine unüberschaubare Programm- und Projektvielfalt von Public Private Partnerships (PPP), um den Schrumpfungprozessen entgegenzuwirken. Da diese Partnerschaften hoch professionell und meistens auch erfolgreich arbeiten, hat die Zentralregierung die Gründung von Partnerschaften als Voraussetzung für Fördermittel beschlossen. Leider muss man aber auch Verselbstständigungstendenzen und einen Funktionsverlust der Kommune feststellen. Jedoch kommt es häufig zu tragfähigen Ergebnissen, da diese Lösungen von vielen verschiedenen Akteuren in den Partnerschaften entwickelt wurden.

7. Schrumpfung schafft Potenziale für Kreativität:

Mit der Schrumpfung von Städten, geht der Leerstand von Immobilien und Flächen über einen meist längeren Zeitraum einher. Experimentelle, kreative Ideen und Projekte können umgesetzt werden. In Manchester konnten in Folge der Schrumpfungprozesse und dem daraus resultierenden Leerstand von Fabriken beispielsweise Clubs wie der „Hacienda Club“ entstehen und eröffnet werden. Die sich um den Club herum entwickelnde Szene machte Manchester bekannt als „Madchester“ und „Clubbinghauptstadt“ Europas, trug zu einem glaubhaften Imagewandel der Stadt bei und bereitete damit den Grundstein für nachfolgende Entwicklungen.

8. Kreativität entsteht im Prozess, Projekte dienen als Initialzündung:

Initialprojekte können wichtige Impulse für die Stadtentwicklung auslösen und einen Beitrag zur Regeneration der Stadt leisten. In Manchester kann man die Flughafenerweiterung als ein solches Initialprojekt zur „Urban Regeneration“ bezeichnen. Der Flughafen von Manchester ist heute der wichtigste Flughafen Großbritanniens außerhalb von London. Der Erfolg der Flughafenexpansion hat zu wesentlichen Mehreinnahmen geführt, die in die weitere wirtschaftliche Entwicklung investiert wurden.

Ein weiteres Initialprojekt in Manchester ist die Bewerbung für die Olympi-

schen Spiele gewesen. Diese hat eine große symbolische Bedeutung gehabt, da sie zu einem Umdenken der BürgerInnen und Unternehmen führte und das Vertrauen in ein neues, modernes Manchester anstieg. Zudem war die Bewerbung um die Olympischen Spiele ein Lernprozess für die spätere Bildung neuer Formen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit (vgl. Wilks-Heeg 2003: 97). Insgesamt hat die Bewerbung zu einer positiven Außenwahrnehmung beigetragen und zu einem Anstieg von Investitionen geführt. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Flughafenerweiterung, die Olympiabewerbung und die neuen innenstadtnahen nutzungsgemischten Wohnquartiere sowie deren verschiedenen „spill-over“ Effekte die positive Entwicklung Manchesters ermöglicht haben.

9. Kreativität braucht lokale Identität und Offenheit nach Außen:

Damit sich eine eigene „städtische Kreativität“ herausbilden kann benötigt eine Stadt Offenheit nach innen und außen. Zudem ist eine ausgeprägte Identifikation mit der eigenen Stadt wichtig, da sich dadurch die Möglichkeit auf eine aktive und kreative Teilnahme an Stadtentwicklungsprozessen sowie die Fähigkeit eigene Wünsche, Vorstellungen und Interessen zu artikulieren, wesentlich erhöht. Die lokale Identität ist dabei sehr wichtig und fungiert als ein verbindendes Element der verschiedenen Kreise und Akteursgruppen. Nach der Industrialisierung hat Manchester nach einer neuen Identität gesucht und in der Kultur- und Kreativszene gefunden. Somit hat die Stadt sein Image als Arbeiter und Industrie Stadt durch das Image einer Stadt für Kreativ- und Kulturschaffende ersetzt und dadurch neben der ebenso neuen, auf Dienstleistungs- und High-Tech- Firmen basierende Ökonomie, eine weitere wirtschaftliche Identität gefunden.

10. Kreativität ist ein Arbeitsprinzip:

Man kann Manchester als gutes Beispiel für eine Stadt nennen, wo „städtische Kreativität“ als ein Arbeitsprinzip von Politik und Verwaltung verstanden wird. Dies zeigt sich vor allem in den Partnerschaften zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die die Zentralregierung zu einer festen Vorbedingung für die Vergabe von Fördermitteln gemacht hat (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 91). Auch hier hat sich die Wahrnehmung von Stadt als ein System und Netzwerk etabliert und dadurch zu einem

breiteren Verständnis von Regenerierung beigetragen, dennoch spielen in Manchester große bauliche Flaggschiffprojekte eine wichtige Rolle bei der Regenerierung. Die „unternehmerische“ Strategie die Manchester eingeschlagen hat verkörpert die Suche nach kreativen Ansätzen in der Stadtpolitik. Die Erfahrung zeigt, dass die Stadtregierung in der Lage gewesen ist kreativ zu agieren und so die wirtschaftliche Erholung voran zu treiben, indem sie mit Organisationen, vor allem aus dem privaten Sektor, zusammengearbeitet hat (vgl. Wilks-Heeg 2003: 106). In Manchester ist durch die „unternehmerische“ Ausrichtung eine Kontextpolitik geschaffen worden, die vor allem zur Bildung von kreativen Partnerschaften geführt hat, die wiederum einen wichtigen Beitrag zur Regenerierung der Stadt geleistet haben.

Grundsätzlich hat die Untersuchung von Manchester bezüglich „städtischer Kreativität“ ergeben, dass eine eigene „städtische Kreativität“ vorzufinden ist. Anhand der ausgewählten wissenschaftlichen Thesen und Ergebnisse zum Thema „städtischer Kreativität“ konnte festgestellt werden, dass kreative Ansätze und neue Herangehensweisen im Umgang mit Schrumpfung vorzufinden sind.

Der kreative Umgang der Stadt Manchester mit den Schrumpfungsprozessen ist vor allem durch eine „unternehmerische“ Ausrichtung gekennzeichnet. Unter der „unternehmerischen“ Denkweise wird die Mehrzahl der Maßnahmen im Umgang mit den Folgen der Schrumpfungprozesse entwickelt. Durch das beispielhafte Aufzeigen von konkreten in der Schrumpfungswirklichkeit angewendeten Maßnahmen, lässt sich die Existenz von Kreativität in Manchester verdeutlichen. Als Beispiele dafür gelten die kreative Vermarktungsstrategie der Stadt, sowie die für Manchester typischen Partnerschaften zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Umsetzung von Projekten. Durch diese wird eine schnelle Umsetzung der Projekte ermöglicht und gleichzeitig eine Vielzahl an Akteuren in die Prozesse eingebunden. Die genannten Beispiele weisen einen neuartigen Charakter auf und haben ein Umdenken der Politik und Planung erforderlich gemacht. Ermöglicht wurde diese Kreativität im besonderen Maße durch

den Mut der Stadt kalkulierte Risiken auf sich zu nehmen. Bei Manchester kann man von einer Stadt sprechen, die durch ihre eigene „städtische Kreativität“ und einen damit einhergehenden Wandel der eigenen Politik und Planung, den Umschwung von einer stark schrumpfenden zu einer wachsenden Stadt vollbracht hat.

4.2.5 Manchester überprüft auf „strategische Planung“

Im folgenden Kapitel soll überprüft werden, ob man im Umgang mit den Schrumpfungsprozessen in Manchester, Regenerationsstrategien nach dem Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung identifizieren kann. Dazu wird nun die Stadt Manchester bezüglich der wichtigsten Kriterien des Modells der strategischen Stadt- und Regionalplanung untersucht.

Strategische Akteurs- Kooperationen:

Strategische Akteurs-Kooperationen entstehen durch Kooperationen verschiedener Ressorts der öffentlichen Verwaltung und durch die Kooperation öffentlicher und privater Akteure. Die Voraussetzung damit Strategische Akteurs-Kooperationen entstehen ist, dass die gängige Arbeitsteilung zwischen der Zielbestimmung durch öffentliche Akteure und der Umsetzung durch private Akteure aufgegeben wird.

In Manchester lassen sich strategische Akteurs-Kooperationen besonders in den typischen Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren identifizieren. In den Partnerschaften finden sich öffentliche Akteure, wie z.B. Ämter, Vertretungen der Zentralregierung, staatliche Regionalverwaltungen und private Akteure wie z.B. Verbände, Unternehmen und Bürgerinitiativen zusammen. Die Zielbestimmung erfolgt direkt durch die aus öffentlichen und privaten Akteuren bestehenden Partnerschaften. In Manchester existiert eine Vielzahl solcher Partnerschaften, die Projekte für zahlreiche Bereiche der „Urban Regeneration“ durchführen. Durch die Partnerschaften wird gewährleistet, dass neben den öffentlichen Akteuren auch private Akteure und die Zivilgesellschaft an der Zielbestimmung beteiligt werden.

Strategische Leitbilder:

Strategische Leitbilder verknüpfen sozioökonomische und baulich-räumliche Ziele der Stadt- und Regionalentwicklung. Zudem werden durch strategische Leitbilder langfristige, gesamtäumliche Ziele und gemeinsame Zukunftsvisionen bestimmt (vgl. Kühn 2008: 235).

In Manchester hatte die Führung eine klare langfristige Vision, wie die Stadt verändert werden sollte. Diese stammt aus der Verständigung zwischen der Kommune und Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei spielt die Wiederherstellung der Position Manchesters, als regionales Zentrum durch die Belebung der Wirtschaft und der City, eine Schlüsselrolle (vgl. Lütke- Daldrup/ Doehler- Behzadi 2004: 83). Aufgrund dessen wurden in den Aushandlungsprozessen Ziele wie der Wiederaufbau einer ökonomischen Basis, die Attraktivierung der Innenstadt und die Positionierung als „Kulturstadt“ als Leitbild/ Vision definiert, mit dem Ziel den Schrumpfungsprozessen und ihren Folgen für Stadt und Gesellschaft entgegenzuwirken. Die aus den Aushandlungsprozessen hervorgegangenen Leitbilderergebnisse dienen als Orientierung, um mit gezielten Projekten einen Imagewandel und eine Regenerierung herbeizuführen und dadurch eine Ansiedlung von Bewohnern und Unternehmen zu fördern (siehe Abb. 63).

Strategische Impulsprojekte:

Strategische Impulsprojekte sind oft zeitlich begrenzt, umsetzungsorientiert, intervenieren räumlich punktuell und dienen dazu sich schrittweise an die Vision oder das Leitbild anzunähern. Bei strategischen Impulsprojekten handelt es sich in der Regel um größere Bauvorhaben oder temporäre Events.

In Manchester lassen sich einige strategische Impulsprojekte identifizieren. Schlüssel- oder Impulsprojekte, die dem langfristigen Ziel des Wiederaufbaus einer ökonomischen Basis dienen, sind der Flughafenausbau in den 1990er Jahren, die Bewerbung für die Olympischen Spiel 1996 und 2000, die gezielte Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen, die Ansiedlung von Einrichtungen aus dem Bereich der Forschung und Entwicklung, die Errichtung von Gründerzentren, sowie die Förderung von kreativen Industrien in der Stadt. Impulsprojekte, die die Vision der Attraktivierung der Innenstadt unterstützen sind die neuen innenstadtnahen, nutzungsge-

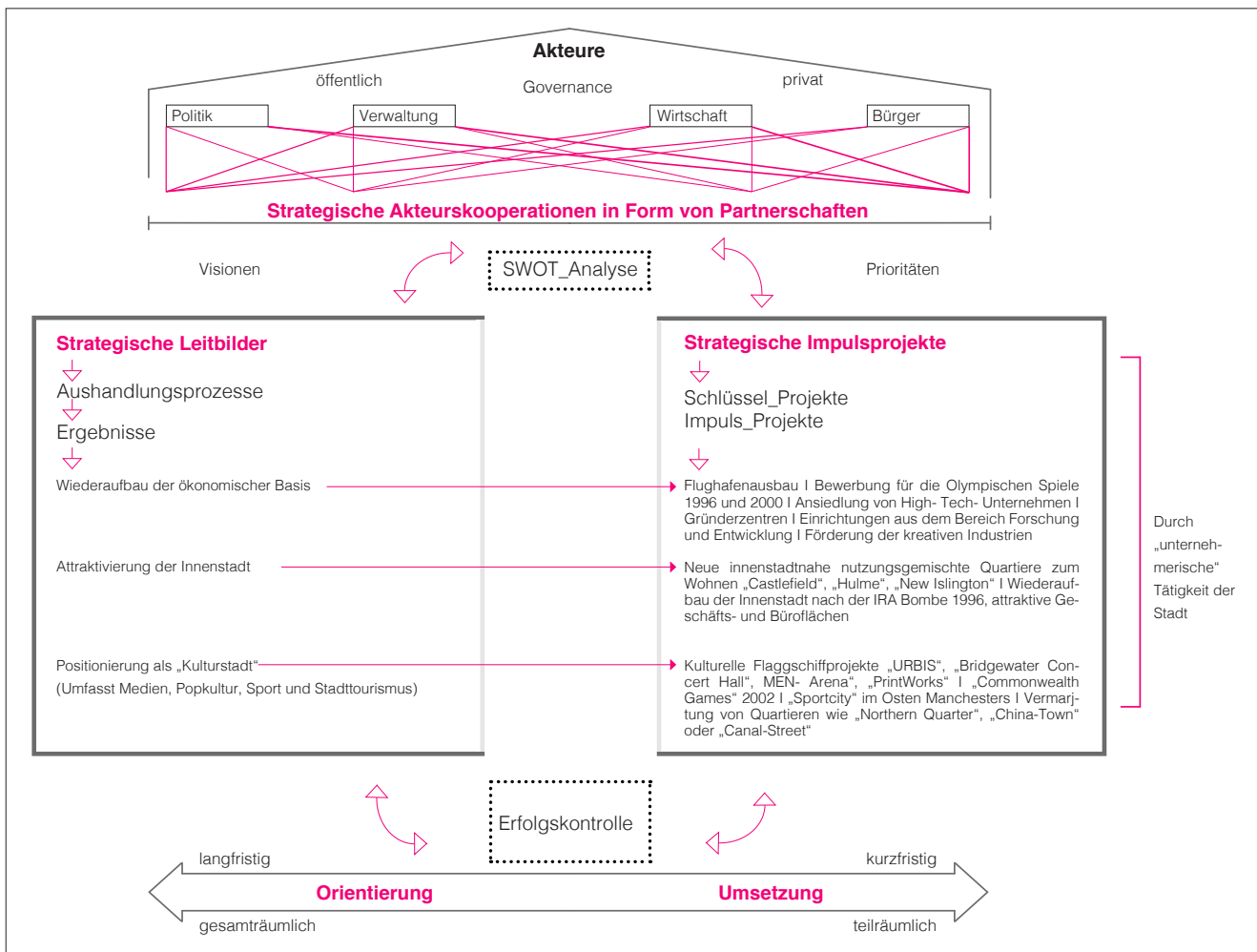


Abbildung 63:
Modell der strategischen
Stadt- und Regional-
planung
bezogen auf Manchester

eigene Darstellung,
nach IRS

Quelle:
(<http://www.irs-net.de/forschung/forschungs-abteilung-4/strategische-stadtplanung/projektziele-diagramm.gif>).

mischten Quartiere wie beispielsweise „Castlefield“, „Hulme“ oder „New Islington“. Die geschaffenen zielgruppenspezifischen Wohnungsangebote sind ein wichtiger Teil des Erfolgs und der Reurbanisierung der Innenstadt. Neben der Leitfunktion des Wohnens, werden in den Quartieren auch Bars, Restaurants, kulturellen Nutzungen und Unternehmen der Medien-, Unterhaltungs- und Designbranche Raum gegeben. Dadurch sind im Laufe der Zeit gemischte und urbane Quartiere entstanden (vgl. Jessen/ Walther 2008a: 109). Als ein weiteres Impulsprojekt, dass das Ziel der Attraktivierung der Innenstadt unterstützt, kann man den Wiederaufbau der Innenstadt nach der von der IRA gezündeten Bombe 1996 bezeichnen. Dieses schreckliche Ereignis wurde vom „City Council“ genutzt, um die „Urban Regeneration“ in Manchester voranzutreiben. Man kann den Wiederaufbau als Impulsprojekt für die Revitalisierung der Innenstadt bezeichnen, da im

Rahmen der Neugestaltung eine Vielzahl an Geschäfts- und Büroflächen, sowie an kulturellen Einrichtungen geschaffen wurde, die bedeutend zur Attraktivierung beigetragen haben. In Manchester hat sich ein sehr breites Verständnis von Kultur entwickelt, das Medien und Popkultur genauso umfasst, wie Sport und Stadttourismus. Als Beispiele für Impulsprojekte, welche die Positionierung als „Kulturstadt“ zum Ziel haben gelten die kulturellen Flaggschiffprojekte „Bridgewater Concert Hall“, die „MEN- Arena“, ein Kunst- und Freizeitkomplex mit dem Namen „PrintWorks“ und „URBIS“ das Museum für urbanes Leben (vgl. Kidd 2004: 412). Zudem sind die „Commonwealth Games 2002“, sowie die Errichtung der „Sportcity“ im Osten der Stadt wichtige Impulsprojekte mit dem Ziel Manchester als „Kulturstadt“ zu positionieren. Dasselbe Ziel verfolgt auch die aktive Vermarktung von einzelnen Quartieren wie z.B. „Northern Quarter“, „China-Town“, oder „Canal-Street“. Alle strategischen Impulsprojekte in Manchester sind unter der Prämisse der „unternehmerischen Stadt“ durchgeführt worden und dienen dem Ziel die städtische Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum zu steigern (siehe Abb. 63).

Erfolgskontrolle:

Die Evaluation/ Erfolgskontrolle ist bei der strategischen Planung ein begleitender Prozess. Der auch häufig als „ongoing evaluation“ bezeichnete Prozess ist wichtig, um das iterative Wechselspiel zwischen Leitbildern und Projekten rückzukoppeln und damit eine Anpassung der Leitbilder und Projekte an veränderte Rahmenbedingungen möglich ist (vgl. Kühn 2008: 236).

Man kann in Manchester von einer etablierten Kultur der Evaluation sprechen. Dies bezieht sich sowohl auf den Bereich der staatlichen Programme und Konzepte, als auch auf die Evaluation von mischfinanzierten Projekten, also von Projekten die durch Public Private Partnerships (PPP) umgesetzt wurden. Allerdings handelt es sich bei dieser Art der Evaluation nicht um eine begleitende Evaluation, sondern in der Regel um Ex-post-Evaluationen von einzelnen Projekten.

Eine begleitende Evaluation erfordert ein laufendes Monitoring als Kontrolle, um eine Anpassung der Leitbilder und Projekte an veränderte Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Eine solche begleitende Erfolgskontrolle

konnte in Manchester jedoch nicht identifiziert werden. Deshalb handelt es sich bei der „Urban Regeneration“ in Manchester um ein Zusammenspiel von einzelnen mehr oder weniger verbundenen Projekten, die die Gefahr bergen, dass übergeordnete Ziele und Visionen aus dem Blickfeld geraten können (vgl. Walter 2009: 130).

Gleichzeitigkeit von Orientierung und Umsetzung:

In Manchester hat sich allmählich ein Ansatz etabliert, der durch die Gleichzeitigkeit von Orientierung und Umsetzung gekennzeichnet ist. So findet man in Manchester sehr allgemeine gesamtstädtische Zielvorgaben, die als Orientierung dienen und die strategische Umsetzung der Zielvorgaben durch komplexe, räumliche und zeitliche eindeutig begrenzte Interventionen auf Quartiersebene und in Quartiersgröße (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 99). Jedoch kommt es immer noch vor, dass Einzelmaßnahmen nicht Hand in Hand mit der strategischen Planung gehen.

Die Untersuchung Manchesters bezüglich „strategischer Planung“ und des Vorhandenseins von Regenerationsstrategien hat ergeben, dass viele Merkmale des Modells der „strategischen Stadt- und Regionalplanung“ nach Kühn wiederzufinden sind. Zu den identifizierten Merkmalen gehören die strategischen Akteurskooperationen, die strategischen Leitbilder, die strategischen Impulsprojekte sowie die Umsetzung und Orientierung. Das Merkmal der begleitenden Erfolgskontrolle konnte in den Prozessen in Manchester nicht nachgewiesen werden. Trotzdem kann im Zusammenhang mit der „Urban Regeneration“ in Manchester von einem strategischen Ansatz gesprochen werden, der versucht Regenerationsstrategien umzusetzen. Die Programme der „Urban Regeneration“ in Manchester gehen über die reine Förderung von baulichen Maßnahmen hinaus, indem bauliche Maßnahmen zur Umfeldaufwertung mit Wirtschaftsförderung und sozialen Maßnahmen kombiniert werden und eine demographische Stabilisierung angestrebt wird. Zudem sind in Manchester allgemeine, langfristig angelegte, gesamtstädtische Zielvorgaben, die zur Orientierung gedient haben durch starke, komplexe, sowie räumlich und zeitliche begrenzte Interventionen auf Quartiersebene umgesetzt worden. Die umgesetzten Projekte

werden dabei als Impulsprojekte verstanden, die eine Ausstrahlungswirkung auf die gesamte Stadt und auf die unmittelbare Umgebung haben sollen (vgl. Walter 2009: 130). Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der strategische Ansatz mit seinen Regenerierungsstrategien einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozio-ökonomischen und baulich-räumlichen Situation Manchesters geleistet hat.

5

Betrachtung der Erkenntnisse / Schlussfolgerungen

Im Abschnitt 5 „Betrachtung der Erkenntnisse/ Schlussfolgerungen“ werden die gewonnenen Erkenntnisse betrachtet, die Relevanz von „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung für den Umgang mit städtischen Schrumpfungsprozessen beurteilt und die Frage beantwortet, ob man von den Prozessen in Leipzig und Manchester lernen kann. Zudem werden abschließend Handlungsempfehlungen für die Planung unter Schrumpfungsbedingungen gegeben.

5.1 Können PlanerInnen von den Erfahrungen von Leipzig und Manchester lernen?

An dieser Stelle soll die Frage beantwortet werden, ob PlanerInnen von Leipzig und Manchester bezüglich des Umgangs mit Schrumpfungprozessen lernen können. Beide Städte blicken auf eine ähnliche Geschichte von Deindustrialisierung und starkem Bevölkerungsrückgang zurück, haben eine ähnliche Größe von ca. 500.000 EinwohnerInnen und haben erfolgreich den Wandel zur post-industriellen Stadt eingeleitet. Beide Städte haben im Umgang mit den Schrumpfungprozessen eine eigene „städtische Kreativität“ entwickelt und beide weisen Elemente von strategischer Planung bzw. Regenerationstrategien auf.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten gibt es auch große Unterschiede. Diese liegen vor allem im wirtschaftspolitischen Kontext der im Kapitel 2.3 beschrieben wurde und in den die untersuchten Städte eingebettet sind. Während es sich bei Großbritannien um einen dezentralen Einheitsstaat handelt, in dem das Modell des liberalen Kapitalismus vorherrscht, ist Deutschland föderalistisch organisiert und es existiert die soziale Marktwirtschaft. In der sozialen Marktwirtschaft ist staatliches Handeln in der politischen Kultur stärker verankert. Zudem handelt es sich beim Beispiel Deutschland, aufgrund der Wiedervereinigung mit Ostdeutschland und dem damit verbundenen Systemwechsel in Ostdeutschland, um einen speziellen Hintergrund, der einen weiteren großen Unterschied bildet.

Man kann Planung nicht losgelöst vom System, in dem geplant wird, betrachten. Durch die verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Systeme ergeben sich Unterschiede in der Planungskultur, den Instrumenten der Planung und darauf, welchen Einfluss private Akteure auf die Planung haben. In Leipzig und Manchester lassen sich z.B. im Bereich der städtischen Haushaltsmittel und dem Stellenwert von Kooperationen mit privaten Akteuren deutliche Unterschiede erkennen.

Manchester bezieht, so wie alle britischen Städte 75% seines Haushaltes

in Form von staatlichen Zuschüssen. Dies führt auf der einen Seite zu einer hohen Abhängigkeit der Stadt von zentralstaatlichen Fördermitteln und dadurch zu einem großen Einfluss der Zentralregierung auf die Prozesse in der Stadt. Auf der anderen Seite sind die Auswirkungen eines EinwohnerInnenrückgangs und der damit verbundenen geringeren Steuereinnahmen eher gering, so dass die Stadt trotz schrumpfender Bevölkerung nicht signifikant an Handlungsspielraum verliert (vgl. Hall/ Mace 2004: 83).

In Leipzig und in anderen deutschen Städten ist das nicht der Fall. Im föderalistischen Deutschland besteht eine weniger große Abhängigkeit der Städte vom Bund, da sich Städte und Kommunen in Deutschland hauptsächlich durch die Steuern und Abgaben ihrer Betriebe, Firmen und EinwohnerInnen finanzieren. Der Verlust von EinwohnerInnen bedeutet für deutsche Städte weniger finanzielle Mittel und dadurch auch einen geringeren Handlungsspielraum, um Problemen entgegen zu wirken. Mit dem Rückgang der EinwohnerInnenzahl ist daher ein Kreislauf sich selbst verstärkender Schwierigkeiten verbunden aus dem man sich nur sehr schwer lösen kann.

In Großbritannien hat das Einschlagen von streng marktwirtschaftlichen Strategien in den späten 1980er Jahren, unter der Zentralregierung Thatchers, zu neuen Kooperationsformen wie den für England typischen Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren (PPP) geführt. In Großbritannien gehört die Bildung von Partnerschaften zur festen Vorbedingung bei der Vergabe von Fördermitteln (vgl. Jessen/ Walther 2008b: 90). Hieraus ergibt sich ein Bedeutungsverlust der lokalen Politik und der öffentlichen Verwaltung, also der demokratisch legitimierten Akteure und eine im Verhältnis dazu gestiegene Einflussnahme und Beteiligung privater Akteure am öffentlichen Handeln und somit auch ein größerer Einfluss privater Akteure auf die Planung (vgl. Helbrecht 2009: 3). Dieses Muster hat sich durch die Privatisierungspolitik Thatchers mit der Zeit etabliert.

In Deutschland gehören Public Private Partnerships (PPP) noch eher zur Ausnahme und sind keine feste Vorbedingung um Fördermittel zu bekommen. Dennoch lässt sich in den letzten Jahren auch hier eine wachsen-

de Zahl an Projekten identifizieren, die durch Public Private Partnerships umgesetzt wurden. Hintergrund und Auslöser der steigenden Anzahl an Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und privaten Akteuren sind beispielsweise eine veränderte, mit einem tendenziellen Rückzug des Staates einhergehende, Schwerpunktsetzung in der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Richtung Deregulierung und Privatisierung, sowie der zu Beginn der 1990er Jahre begonnene Umbau- und Transformationsprozess der kommunalen Verwaltungen, bei der die Privatwirtschaft selbst und oder ihre Prinzipien eine maßgebliche Rolle spielen (vgl. Heinz 2005: 824- 825).

Gemeinsam haben beide Städte, dass sowohl die Stadtregierung von Leipzig, als auch die Stadtregierung von Manchester erkannt und akzeptiert hatten, dass sie von starken Schrumpfungprozessen betroffen sind und dass sie mit der Deindustrialisierung umgehen müssen (vgl. Hall/ Mace 2004: 83). Um sich im Wettbewerb der europäischen Städte zu positionieren und eine Regeneration zu erreichen haben beide Städte den notwendigen Wandel in Richtung einer postindustriellen Dienstleistungs- und Wissensökonomie eingeleitet, im Fall von Leipzig auch begleitet mit dem erfolgreichen Versuch neuer Industrieansiedlungen. (vgl. Bürkner et al. 2005: 30). Dabei spielte in beiden Fällen eine starke Zukunftsvision der Stadtregierung eine bedeutende Rolle, die sowohl in Leipzig als auch in Manchester einen Wiederaufbau der ökonomischen Basis und die Revitalisierung bzw. Attraktivierung der Innenstadt vorsah. Besonders entscheidend war aber auch die Flexibilität bei den Projekten die zur Regenerierung beitragen sollten. Es gab zwar die starke Vision und Strategien, allerdings umrissen diese nur das angestrebte Ziel der Entwicklung. Mit dem Ziel sich stets an veränderte Rahmenbedingungen anpassen zu können, ließ man die Frage offen, wie diese zu erreichen wären. Diese Flexibilität ist zur treibenden Kraft für Veränderungen in Manchester aber auch in Leipzig geworden, als beispielsweise die spektakulären Betriebsansiedlungen von Porsche und BMW im Leipziger Norden gelangen (vgl. Hall/ Mace 2004: 83).

Bis dato ist das Handeln der beiden Städte durch drei wesentliche Punkte gekennzeichnet:

1. Beide Städte haben mit einer gelungenen Kombination von lokalen Ak-

teuren agiert, wobei die Qualität der kommunalen Führung genauso hervorzuheben ist wie die Fähigkeit, effektive Koalitionen zu bilden.

2. Beide Städte haben mit der gesamtstaatlichen Politik zusammengewirkt.

3. Beide Städte haben unter der Beachtung globaler Ereignisse agiert, da die städtische Wirtschaft zunehmend transnationale Verschiebungen wie die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft widerspiegelt (vgl. ebd.: 87).

So ist es gelungen die beiden Städte auf eine solidere wirtschaftliche Basis zu stellen, was den Grundstein für eine nachhaltige Regeneration bildet. Jedoch ist es wichtig bei dem Wiederaufbau einer ökonomischen Basis eine überproportionale Abhängigkeit von Großunternehmen zu vermeiden, da dies die lokalen unternehmerischen Talente schwächen kann. Zudem besteht bei einer hohen Abhängigkeit von Großunternehmen die Gefahr, dass die Stadt unverhältnismäßig stark getroffen würde, sollte nur ein einziger großer Arbeitgeber abwandern. Deshalb ist es wichtig, dass sich städtische Behörden auch den kleinen und mittleren Unternehmen zuwenden. Obwohl es häufig arbeitsintensiver ist mit kleinen und mittleren Unternehmen zusammenzuarbeiten, und durch einzelne mittelständische Unternehmen auch nicht in erheblichen Maße Arbeitsplätze entstehen, haben kleine und mittelständische Unternehmen dennoch eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Gesundheit und die Vulnerabilität der Stadt (vgl. Hall/Mace 2004: 87).

Sowohl in Leipzig, als auch in Manchester kann man eine gewisse „unternehmerische“ Tätigkeit der Stadt feststellen. Der „unternehmerische“ Ansatz beinhaltet, dass die politischen Entscheidungsträger ihre Hauptaufgabe in der Förderung der städtischen Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums sehen (vgl. Wilks-Heeg 2003: 106). „Unternehmerisch“ tätig zu sein, bedeutet aber auch Risiken einzugehen. Manchester aber auch Leipzig haben „unternehmerische“ Tätigkeit bewiesen und gezeigt, dass sie Mut haben Chancen zu ergreifen, die ein gewisses Risiko beherbergen. Als Beispiele können an dieser Stelle die Flughafenerweite-

rung, der Olympiabewerbung und die Commonwealth-Games in Manchester und der Neubau der Messe und die Flughafenerweiterung in Leipzig genannt werden. Dennoch ist der Ansatz der „unternehmerischen“ Stadt in Manchester deutlich ausgeprägter und hat ein deutlich höheren Stellenwert als in Leipzig.

Das Konzept der „unternehmerischen“ Stadt ist in Manchester mitverantwortlich für den Erfolg der Stadt. Dennoch muss man den Ansatz auch kritisch betrachten, da die Fokussierung auf die Förderung des Wirtschaftswachstums die Aufmerksamkeit von einer steigenden sozialen Ungleichheit ablenkt und zu einem bedenklichen Verhältnis „zwischen verbesserter wirtschaftlicher Leistung und der Häufigkeit von sozialen Problemen“ (Wilks-Heeg 2003: 105) führt. So ist Manchester heute immer noch eine Stadt großer sozialer und räumlicher Gegensätze.

Der Ansatz der „unternehmerischen“ Stadt ist, wie bereits erwähnt, u.a. durch die Zusammenarbeit mit privaten Akteuren z.B. in Public Private Partnerships (PPP) gekennzeichnet. Dies hat in Manchester zu einem Interessenskonflikt zwischen Partizipation und der Forderung der Investoren nach schnellen und verbindlichen Entscheidungen geführt. Im Bereich der Einbeziehung der Bevölkerung in Planungsprojekte, hat Manchester in der Vergangenheit Schwächen gezeigt, was sich in Form von angespannten Beziehungen zwischen der Stadt und BürgerInnengruppen geäußert hat. (vgl. Hall/ Mace 2004: 83).

In Leipzig wurde die Regenerierung sozial verträglicher gestaltet und hat nur in geringem Maße zu einer Verstärkung der sozialen und räumlichen Gegensätze geführt. Ein Grund dafür ist mit hoher Wahrscheinlichkeit das große Repertoire an Beteiligungsmöglichkeiten von BürgerInnen an Stadtentwicklungsprozessen und das soziale Netz. Als besonders beispielhaft sind hier das Selbstnutzer-Modell, die Gestattungsvereinbarungen, das kooperative Gutachterverfahren und das Bürgerteam zu nennen (vgl. Heinig/ Weigel 2003: 67).

„Städtische Kreativität“ wird häufig mit der Ausrichtung einer Stadt als

„creative City“ gleichgesetzt. Viel bedeutender als das, ist allerdings die Entwicklung von „städtischer Kreativität“ als ein verändertes Arbeitsprinzip von Politik und Verwaltung (vgl. Liebmann/ Robischon 2003a: 10).

Betrachtet man das, was in beiden Städten als „städtische Kreativität“ identifiziert wurde, dann stellt man fest, dass die „städtische Kreativität“ Leipzigs nicht identisch ist mit der „städtischen Kreativität“ Manchesters. Beide Städte haben ihre eigene „städtische Kreativität“ herausgebildet. Wichtig ist allerdings, dass jeweils die eigene „städtische Kreativität“ in beiden Städten einen wichtigen Beitrag zur Regenerierung geleistet hat.

Die Stadt Leipzig hat eine Vielzahl an neuen Instrumenten, Programmen und Projekten, zur Planung unter Schrumpfungsbedingungen generiert. Viele dieser genannten Beispiele haben ein „neues Denken“ in der Politik und Planung erfordert und weisen einen neuartigen Charakter auf. Ermöglicht wurde dieser offene und kreative Umgang durch das Ablegen der Scheu vor experimentellen Ansätzen und durch den Mut der Stadt zum kalkulierten Risiko. Das Handeln der Stadt Leipzig ist also durch das Brechen mit Routinen, die Abkehr von üblichen Entscheidungs- und Verhaltensweisen, durch die Veränderung nicht mehr adäquater Handlungsmuster, sowie durch ein „neues Denken“ gekennzeichnet. In Leipzig ist ein verändertes Arbeitsprinzip von Politik und Verwaltung entwickelt worden, was im Kern eine eigene „städtische Kreativität“ ausmacht (vgl. Liebmann/ Robischon 2003a: 10).

In Manchester verkörpert die „unternehmerische“ Stadt die Suche nach kreativen Ansätzen, um mit den Schrumpfungsprozessen umzugehen (vgl. Wilks-Heeg 2003: 105). Unter der „unternehmerischen“ Denkweise wird die Mehrzahl der Maßnahmen im Umgang mit den Folgen der Schrumpfungsprozesse entwickelt. Hierzu zählen beispielsweise die mit einem „Hype“ verbundene Vermarktungsstrategie, sowie die für Manchester charakteristischen Partnerschaften. Genau wie in Leipzig haben auch die Instrumente, Programme und Projekte in Manchester ein „neues Denken“ in der Politik und Planung vorausgesetzt. Aufgrund dessen lässt sich der Stadt Manchester auch eine eigene „städtische Kreativität“ attestieren.

Da es unter Schrumpfungsbedingungen, besonders in Deutschland, häufig zu angespannten finanziellen Haushalten der Städte und Kommunen kommt, wird es in Zukunft beim Umgang mit Schrumpfungsprozessen ein sehr wichtiger Aspekt sein mit geringen finanziellen Mitteln eine große Wirkung zu erzielen. Daher werden in Zukunft vor allem ein „neues Denken“ und kreative Planungsinstrumente eine wichtige Rolle spielen, die mit gezielten Maßnahmen große Wirkungen erzielen können.

Neben der „städtischen Kreativität“ konnte in den Leipziger Prozessen zudem eine strategische Planung identifiziert werden, da Ziele und Leitbilder gesamtträumlich und langfristig zur Orientierung gedient haben, während simultan mit kleinteiligen, kurzfristigen und teilräumlich wirkenden Maßnahmen und Projekten agiert wurde. Im Fall von Leipzig handelt es sich um Regenerationsstrategien, da eine demographische, sozioökonomische und städtebauliche Erneuerung der Stadt angestrebt wird.

Auch wenn in Manchester nicht immer alle Einzelmaßnahmen Hand in Hand mit der strategischen Planung gehen, kann doch von einem strategischen Ansatz gesprochen werden, der den Prozessen in Manchester zugrunde liegt. Denn auch hier lassen sich Regenerationsstrategien identifizieren, die eine sozioökonomische, städtebauliche und demographische Erneuerung anstreben, sowie allgemeine, langfristig angelegte, gesamtstädtische Zielvorgaben, die zur Orientierung gedient haben und die durch starke, komplexe, sowie räumlich und zeitliche begrenzte Interventionen auf Quartiersebene umgesetzt worden sind.

Da sich der Umgang mit Schrumpfungsprozessen in der Regel als sehr komplex darstellt, ist der Bedarf am Einsatz einer strategischen Planung hoch (vgl. Scholl 2005: 1126). Da zukünftige Entwicklungen kaum verlässlich vorhersehbar sein werden sind flexible Planungsstrukturen notwendig, da sich diese nicht nur an endgültigen Zielen orientieren, sondern auch an Zwischenzielen. Hierdurch ergibt sich die Möglichkeit die Planungsschritte flexibler an die Rahmenbedingungen anzupassen und eine Beweglichkeit und Flexibilität zu gewährleisten. Diese Herangehensweise bedingt allerdings, dass der Anspruch umfassende Planwerke zu entwickeln reduziert

und zum Teil aufgegeben werden muss.

In beiden untersuchten Fällen ist die positive Entwicklung der Städte im wesentlichen auf die vorhandene strategische Ordnung in Verbindung mit kreativen und neuen Ansätzen, sowie auf einem aktiven Umgang mit Schrumpfungsprozessen zurückzuführen. Demnach handelt es sich bei „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung um eine gelungene Kombination im Umgang mit schrumpfenden Städten. Aufgrund dessen muss die zu Beginn der Arbeit vorgestellte Forschungsfrage positiv beantwortet werden.

„Sind ‚städtische Kreativität‘ und strategische Planung im Hinblick auf städtische Schrumpfungsprozesse eine Erfolgskombination, um zukunftsfähige Problemlösungen zu erarbeiten und eine demographische, sozioökonomische und städtebauliche Regenerierung zu erreichen?“

Zudem konnte die anfangs aufgestellte These durch die Untersuchung der Prozesse in Leipzig und Manchester bezüglich des Vorhandenseins und der Wirksamkeit von „städtischer Kreativität“ und strategischer Planung, bestätigt werden.

„Städtische Kreativität‘ und strategische Planung leisten zusammen einen wichtigen Beitrag zur Erstellung von zukunftsfähigen Problemlösungen im Zusammenhang mit schrumpfenden Städten“

Was auch immer die Unterschiede oder Gemeinsamkeiten zwischen den beiden untersuchten Städten Leipzig und Manchester sind, fest steht, dass beide Städte vor den selben Herausforderungen stehen, wenn sie sich nachhaltig stabilisieren wollen. Wenn sie demographisch weiter wachsen wollen, dann müssen sie zunächst wirtschaftlich wachsen und sicherstellen, dass dieses Wachstum ihrer eigenen Bevölkerung zugute kommt. Sie müssen sich also weiterhin an die globalen wirtschaftlichen Realitäten anpassen und gleichzeitig eine Stadt generieren, in der die Menschen gerne wohnen und in die mobile Arbeitskräfte kommen und dort bleiben (vgl. Hall/Mace 2004: 91).

Wie bereits erwähnt, sind beide Städte auf der kommunalen Ebene gut platziert, um sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen. Beide Städte sind ein positives Vorbild wie man in einer stark schrumpfenden Stadt eine Regenerierung erreichen kann. Zudem haben die Erfolge die Erwartungen auf eine weiterhin positive Entwicklung geweckt. Das heißt jedoch nicht, dass in beiden Städten keine Probleme mehr existieren. Manchester hat, wie bereits erwähnt, Schwächen bei der Einbeziehung der Bevölkerung gezeigt (vgl. ebd.) und hat eine steigende soziale Ungleichheit zu verzeichnen (Wilks-Heeg 2003: 105). In Leipzig wurde beispielsweise zu wenig über die Nachfrage von Wohnraumtypologien nachgedacht. Leipzig hat bereits aus diesem Fehler gelernt und versucht u.a. mit dem Selbstnutzer-Modell das Entstehen eines ausgewogenen innerstädtischen Wohnungsangebots zu unterstützen (vgl. Hall/ Mace 2004: 91).

Rückblickend kann man sagen, dass sich beide Städte, die früher Industriezentren waren, auf ihre historische Rolle als regionale Dienstleistungszentren zurück besonnen haben (vgl. ebd.).

Trotz der positiven Entwicklungen bleibt beiden Städten in Zukunft viel zu tun, damit sie ihre Entwicklungserfolge verstetigen können. Sie müssen beide weiterhin um Ansiedlungen von Unternehmen kämpfen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen, mit dem Ziel, dynamische kleine und mittlere Unternehmen anzuziehen und zu unterstützen. Beide Städte haben verstanden, dass es wichtig ist, auf der internationalen Ebene präsent zu sein und haben durch kulturelle Flaggschiffprojekte, Olympiabewerbungen, sowie durch die Entwicklung von Logistik-, Handels-, Konferenzzentren ihr internationales Ansehen gestärkt (vgl. ebd.).

Abschließend ist festzustellen, dass PlanerInnen von Leipzigs und Manchesters Erfahrungen im Umgang mit Schrumpfungsprozessen lernen können. Auch wenn die erarbeiteten Ansätze, Konzepte, Programme und Projekte nur teilweise übertragbare Lösungen darstellen, so ist doch ein beachtliches Repertoire an Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit schrumpfenden Städten entwickelt worden. Um die aufgezeigten Handlungsmöglichkeiten auf andere schrumpfende Städte übertragen zu kön-

nen, müssten diese aber an ökonomische Rahmenbedingungen sowie an kulturelle und demokratische Traditionen angepasst werden. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Kombination aus einer eigenen „städtischen Kreativität“ und strategischer Planung einen wichtigen Beitrag zur Regenerierung der beiden Städte geleistet hat.

5.2 Handlungsempfehlungen für schrumpfende Städte

Aus der vorliegenden Arbeit lassen sich eine Reihe Handlungsempfehlungen für die Planung in schrumpfenden Städten ableiten. Diese können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- 1. Position zu Schrumpfung beziehen!**
- 2. Begriff Schrumpfung vermeiden!**
- 3. Gezielt strategische Planung einsetzen!**
- 4. Kreativität ermöglichen!**
- 5. Innenentwicklung vor Außenentwicklung!**
- 6. Finanzierung der Städte überdenken!**
- 7. Potenziale von PPP- Modellen nutzen!**
- 8. Um Betriebsansiedlungen kämpfen!**
- 9. Der Staat darf sich nicht weiter zurückziehen!**

1. Position zu Schrumpfung beziehen!

Sicher werden in Zukunft nicht alle Städte von Schrumpfungprozessen betroffen sein. Einige Städte werden gar nicht betroffen sein, andere vielleicht früher und intensiver und wieder andere erst in einigen Jahrzehnten und in einem geringen Ausmaß. Dennoch sollte sich jede Stadt mit dem Thema der Schrumpfung auseinandersetzen, intern eine Position beziehen und kritisch überprüfen ob man selbst betroffen ist oder nicht. Dazu sollten in regelmäßigen Abständen „Schrumpfung- Checks“ durchgeführt werden, die als eine Art Frühwarnsystem fungieren. Von Schrumpfungprozessen betroffene oder bedrohte Städte sollten sich frühzeitig auf die rückläufigen Entwicklungen einstellen und diese nicht ignorieren. Stattdessen sollten man sich aktiv den Herausforderungen stellen und Rahmenbedingungen

schaffen, um die Schrumpfung möglichst gering zu halten. Den PlanerInnen wird dabei die Rolle eines „Managers of Change“ (Doehler- Behzadi 2005: 76) zugeschrieben. Sie sollen die „notwendigen Veränderungsprozesse aktiv gestalten, statt von Veränderungen getrieben zu werden“ (Weber 2012: 10).

2. Begriff Schrumpfung vermeiden!

Der Begriff Schrumpfung wird häufig als Gegenpol zum Begriff Wachstum angesehen und ist im Allgemeinen mit negativen Assoziationen verbunden. Einige ExpertInnen sind sogar der Meinung, dass der Begriff Schrumpfung nach „aktiver Sterbebegleitung“ (Weber 2014: 18) klingt. Um auf der politischen Ebene mit betroffenen Städten und Gemeinden über das Thema Schrumpfung sprechen zu können, kann es sinnvoll sein weniger hart klingende Begriffe wie z.B. „rückläufige Entwicklungen“, „weniger Werden“, „abnehmen“ oder „Schwund“ zu verwenden. Dies sollte jedoch nicht zu Euphemismus führen und damit zu Bezeichnungen wie „Verschlanken“, „Minuswachstum“ oder „Abschwung“ (vgl. Weber 2014: 18). Zudem ist es wichtig, das Thema Schrumpfung im Bewusstsein der Menschen zu verankern und auch positiv zu besetzen. Schrumpfung muss nicht zwangsläufig als ein negativer Prozess wahrgenommen werden. „Das Wenigerwerden darf nicht allein auf irgendein Wegnehmen reduziert werden, vielmehr muss man das ‚Andere‘ herausfinden, das in dem ‚Weniger‘ steckt. Dieses ‚Andere‘ gilt es zu thematisieren, womöglich als ‚Gewinn höherer Ordnung‘. Nur so – überstrapazierte Formel – wird die Krise zur Chance.“ (Kil zit., 2004 in: Weber et al. 2012: 14).

3. Gezielt strategische Planung einsetzen!

Der Umgang mit Schrumpfungsprozessen hat sich als sehr komplex erwiesen. Das liegt vor allem am starken Anpassungsdruck in schrumpfenden Städten, dem verschärften globalen Standortwettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und Haushalten, sowie an den häufig knappen öffentlichen finanziellen Mitteln. Aufgrund dieser Komplexität ist der Bedarf am Einsatz einer strategischen Planung sehr hoch (vgl. Scholl 2005: 1126). Die Ziele und Leitbilder dienen gesamträumlich und langfristig zur Orientierung, während simultan mit kleinteiligen, kurzfristigen und teilräumlich wirkenden Maßnahmen und Impulsprojekten agiert wird. Diese Verbindung

hat sich als positiv im Umgang mit Schrumpfungprozessen erwiesen (vgl. Kühn 2008: 234). Ebenso erfolgsentscheidend ist die Flexibilität, die mit einer strategischen Planung einhergeht, denn oft wird das angestrebte Ziel nur umrissen und nicht festgelegt, wie das Ziel zu erreichen ist. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren.

4. Kreativität ermöglichen!

Die Herausbildung einer eigenen „städtischen Kreativität“ hat sich ebenfalls als sehr bedeutend für den Umgang mit städtischen Schrumpfungprozessen erwiesen. Das „neue Denken“, die Abkehr von üblichen Entscheidungs- und Verhaltensweisen - also ein verändertes Arbeitsprinzip von Politik und Verwaltung sind kennzeichnend für eine eigene „städtische Kreativität“ (vgl. Liebmann/ Robischon 2003a: 10). Im Zusammenhang mit „städtischer Kreativität“ ist es aber auch wichtig, dass sich Städte bewusst machen, dass ihre Zukunft davon abhängig ist, wie gut oder wie schlecht sie mit der Kreativität umgehen, die in ihren BürgerInnen angelegt ist. Diese Kreativität wahrzunehmen, freizusetzen, nutzbar zu machen und gewinnbringend einzusetzen ist die Fähigkeit der Stadt, die im globalen Wettbewerb der Städte über die Zukunft einer Stadt entscheiden kann (vgl. Wood 2003: 29). Wenn eine Stadt also nicht in der Lage ist das richtige Klima und die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, um die latent vorhandene Kreativität ihrer BürgerInnen freizusetzen, dann fehlt ihr eine wichtige Fähigkeit, die für zukünftige Entwicklungen entscheidend sein kann.

5. Innenentwicklung vor Außenentwicklung!

Eine negative Folge von städtischen Schrumpfungprozessen ist, dass sich schrumpfenden Städte trotz des fortschreitenden Verlusts an Nutzungen häufig in ihrer Fläche weiter ausdehnen, an ihren Rädern wachsen und damit doppelt ausdünnen (vgl. Oswald 2004: 12). Somit findet weniger Aktivität auf mehr Fläche statt, womit in der Regel ein Verlust an Vitalität, Attraktivität und Lebensqualität der Stadt einhergeht. Deshalb sollte auch unter Schrumpfungbedingungen stets die Innenentwicklung der Außenentwicklung vorgezogen werden. Dazu sollte weitgehend auf die Ausweisung von Flächen auf der „Grünen Wiese“ verzichtet werden. Stattdessen sollte der Erwerb von innerstädtischen „Althäusern“ gefördert wer-

den. Die finanziellen Mittel, die eine Stadt oder Gemeinde in die Erschließung von neuem Bauland auf der „Grünen Wiese“ investiert, könnte als Anreiz bzw. Förderung für den Kauf von „Althäusern“ verwendet werden (vgl. Weber 2014: 20). Langfristig sollte es unter Schrumpfungsbedingungen das Ziel sein, stabile und funktionsfähige Kerne zu schaffen und auf eine gesunde Größe zu schrumpfen. Damit löst das Planen im Bestand das Planen auf der „Grünen Wiese“ ab (vgl. Weber 2012: 16).

6. Finanzierung der Städte überdenken!

Solange der finanzielle Handlungsspielraum der Städte und Kommunen maßgeblich von der Anzahl ihrer EinwohnerInnen abhängig ist, bedeutet der Rückgang der Bevölkerungszahl für Städte einen Kreislauf sich selbst verstärkender Schwierigkeiten. Insgesamt kommt es durch die Akkumulation der negativen Folgen zu einem sich selbst verstärkenden Abwärtstrend in den von Schrumpfungsprozessen betroffenen Städten. Es gibt in Deutschland zwar neben den kommunal erhobenen Steuern die Schlüsselzuweisung des Bundeslandes als Mittel der Gemeindefinanzierung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, der den Gemeinden unter der Berücksichtigung ihrer Steuerkraft Zuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse garantiert (vgl. Eggert/ Minter 2014: o.S.). Allerdings reichen die finanziellen Mittel in der Regel dennoch nicht aus, damit die Stadt/ Kommune ausreichend stark an Handlungsspielraum gewinnt und aus der Negativspirale ausbrechen kann. Daher sollte, besonders in Deutschland, die Art, wie sich die Städte und Kommunen finanzieren überdacht werden, damit das „weniger werden“ nicht zusätzlich sanktioniert wird (vgl. Weber 2014: 17). Wünschenswert wäre beispielsweise ein Sonderstatus für schrumpfende Städte, der ihnen zusätzliche Bundes- und Landeszuschüsse als Ausgleich zu den geringen Steuereinnahmen garantiert. Dadurch könnte der Handlungsspielraum der Stadt/ Kommune gewahrt bleiben und es könnten Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Schrumpfung möglichst gering zu halten.

Diese Handlungsempfehlung ist besonders für deutsche Städte von Bedeutung, denn die britischen Städte erhalten 75% ihres Haushalts in Form von staatlichen Zuschüssen. Obwohl auch dort der EinwohnerInnenrückgang die Steuereinnahmen beeinflusst, sind die Auswirkungen eher gering (vgl. Hall/ Mace 2004: 83).

7. Potenziale von PPP- Modellen nutzen!

Public Private Partnership (PPP) dient in der Regel als Bezeichnung der unterschiedlichsten, mit der aktuellen Privatisierung von Verwaltungsaufgaben verbundenen, Kooperationsansätze zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft (vgl. Heinz 2005: 825). Die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten, das Gemeinwohlinteresse auf der einen Seite und das Gewinninteresse der privaten Akteure auf der anderen Seite, bieten ein latentes Konfliktpotenzial. PPPs sind in den unterschiedlichsten kommunalen Aufgaben, wie z.B. Infrastrukturmaßnahmen, kommunale Ver- und Entsorgung, Stadtentwicklung, Umweltschutz, sowie beim Betrieb von Kultureinrichtungen und Freizeit- und Sportstätten zu finden. Im Prinzip können PPPs in einer Vielzahl von kommunalen Aufgabenbereichen vorkommen, solange keine gesetzlichen Hinderungsgründe gegen die damit verbundene Teilprivatisierung sprechen (vgl. ebd.: 826). Die Erfahrungen der Praxis zeigen, dass die Ergebnisse von PPPs ambivalent sind. Für die Durchführung von komplexen Projektverfahren ist die Verknüpfung der Stärken von öffentlichen und privaten Akteuren von Vorteil. Vorteilhaft sind die Partnerschaften in der Regel auch für die beteiligten privaten Akteure. Ob das auch für die Partner der öffentlichen Hand, sowie für die Realisierung ihrer spezifischen Interessen gilt, bleibt jedoch häufig fraglich (vgl. ebd.: 828).

Dennoch ist auch in Deutschland eine quantitative Zunahme von PPPs zu beobachten, was u.a. auf die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte, einen tendenziellen Rückzug des Staates (Deregulierung und Privatisierung) und den Anfang der 1990er Jahre beginnenden Umbau- und Transformationsprozess der kommunalen Verwaltungen zurückzuführen ist, bei dem die „Privatwirtschaft und/ oder ihre Prinzipien gleichfalls eine maßgebliche Rolle“ (Heinz 2005: 825) gespielt haben. Durch die Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren in PPPs können auch von Schrumpfungprozessen betroffene Städte und Kommunen mit einem geringen finanziellen Handlungsspielraum Projekte durchführen, da privates Kapital mobilisiert wird. Das PPP-Modell kann eine Möglichkeit bieten, einen Teil dazu beizutragen sich aus einer Negativspirale lösen zu können.

Allerdings ist es wichtig, dass es sich bei den Partnerschaften um gleichberechtigte Partnerschaften handelt. Das ist allerdings nicht immer der Fall

und dann ist der Begriff „Partnerschaft“ unangebracht, da er Unterschiede überdeckt und Gemeinsamkeiten hervorhebt (vgl. Heinz 1993: 145).

Deshalb muss es das Ziel der öffentlichen Hand sein, das Gemeinwohlinteresse auf der einen Seite und das Gewinninteresse der privaten Akteure auf der anderen Seite ins Gleichgewicht zu bringen und gegenüber den privaten Akteuren keinen Einfluss einzubüßen. Es ist also unabdingbar sich der Gefahren für die öffentliche Hand bewusst zu sein, die mit PPPs einhergehen und diese zu minimieren. Erst dann kann trotz einer privaten Beteiligung und dem damit verbundenen Gewinninteresse das Gemeinwohl gewahrt bleiben.

8. Um Betriebsansiedlungen kämpfen!

Um eine nachhaltige Regenerierung zu erreichen und demographisch zu wachsen müssen von Schrumpfungprozessen betroffene Städte zunächst wirtschaftlich wachsen und dafür sorgen, dass das Wachstum der eigenen Bevölkerung zugute kommt (vgl. Hall/ Mace 2004: 87). Sie müssen also um Betriebsansiedlungen kämpfen und versuchen im besonderen Maße kleine- und mittlere Unternehmen anzuziehen und zu unterstützen, da diese eine wichtige Bedeutung für die wirtschaftliche Gesundheit einer Stadt haben (vgl. ebd. 91). Das Beispiel Leipzig zeigt, dass es erstrebenswert ist nicht ausschließlich Dienstleistungsunternehmen, sondern auch Industrieunternehmen anzusiedeln. Um die Entwicklungserfolge letztendlich zu verstetigen, müssen Städte kontinuierlich an ihrer Wettbewerbsfähigkeit, im wirtschaftlichen Bereich, aber auch im Bereich der Lebensqualität, arbeiten.

9. Der Staat darf sich nicht weiter zurückziehen!

Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und privaten Akteuren können in Städten und Gemeinden mit einem schrumpfungsbedingten geringen finanziellen Handlungsspielraum eine Möglichkeit bieten Projekte umzusetzen und so einen Beitrag zum Ausweg aus dem Negativkreislauf leisten. Vermutlich werden PPPs in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen und eine maßgeblich Rolle spielen. Unklarer als ihr Fortbestand ist allerdings die Richtung und Funktion, die die Partnerschaften in Zukunft einnehmen werden (vgl. Heinz 2005: 829). Die Entwicklung sollte jedoch nicht

soweit gehen, dass die PPPs eine Vorstufe zur Vollprivatisierung öffentlicher Aufgaben darstellen (vgl. ebd.). Der Staat sollte sich deshalb nicht weiter zurückziehen, denn mit der fortschreitenden Privatisierung von öffentlichen Aufgaben gehen erhebliche Gefahren für das Gemeinwohl einher. So besteht bei zunehmender (Teil-) Privatisierung öffentlicher Aufgaben die Gefahr des „Rückgags der demokratischen Kontrolle“ (Heinz 1993: 147) durch die Sonderstellung des Privatsektors. Zudem besteht die Gefahr, dass die „Beachtung kurzfristiger betriebswirtschaftlicher Berechnungen“ (Ebd.) die Perspektive der langfristigen strategischen Planung untergräbt. Ein weiteres Problem ist die „ungleiche Verteilung von Risiken“ (Ebd.) zu Lasten der öffentlichen Hand, sowie „die Unschärfe der Rolle der Stadt“ (Ebd.), da sie als „Unternehmer“ im Konflikt zwischen kommerziellem Interesse und des Gemeinwohls steht. Ein weiterer Nachteil ist die Abhängigkeit von Marktkonjunkturen, was Strategien zur Kompensation von negativen Markteffekten und antizyklische Investitionspolitik unmöglich macht, und damit zum Verlust der Marktdistanz führt (vgl. Häußermann 1993: 272).

Eine wesentliche Erklärung für die wachsende Bedeutung von PPP-Modellen sind neben der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte, die vermuteten oder erhofften Effizienzvorteile, die bei bis zu 25% liegen sollen (vgl. Budäus/ Grüb 2008: 34- 35). Eines der Hauptprobleme bezüglich der Aussagen von Effizienzvorteilen ist jedoch, dass sich diese weitgehend auf geplante PPP-Projekte beziehen. Eine systematische Erfolgskontrolle realisierter Projekte existiert bisher nicht. Allerdings ist bekannt, dass zwei PPP-Projekte aus Deutschland (Warnow-Querung und Travetunnel) bisher nicht zu der prognostizierten Effizienz geführt haben (vgl. ebd.). Ohne diese Effizienzvorteile und die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte dürfte es zumindest aus der öffentlichen Sicht kaum Bedarf für eine weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben und als PPP bezeichnete Finanzierungs- und Organisationskonzepte geben. Denn wenn der Staat vermehrt „unternehmerisch“ handeln muss, dann „werden soziale Zielsetzungen zurückgestuft zu Randbedingungen und die negativen Effekte tauchen an anderer Stelle und dort konzentriert auf.“ (Häußermann 1993: 273). Das heißt, dass die neuen Politikformen, die durch den tendenziellen Rückzug des Staates, sowie durch Deregulierung und Privatisierung gekennzeichnet sind,

die Gefahr bergen, eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung und der sozialen Ungleichheit zu fördern (vgl. ebd.).

Aufgrund dessen sollte sich der Staat nicht weiter zurückziehen und die fortschreitende Privatisierung öffentlicher Aufgaben mäßigen. PPP- Modelle sollten daher in der Planung nur als ein ergänzendes Instrument unter klar definierten Bedingungen eingesetzt werden.

6 Verzeichnisse

Im Abschnitt 6 „Verzeichnisse“ befinden sich das Abkürzungsverzeichnis, das Literaturverzeichnis, das Tabellenverzeichnis, sowie das Abbildungsverzeichnis.

6.1 Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CIAM	Congrès Internationaux d'Architecture Moderne
d.h.	das heisst
ebd.	ebenda
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EXPO	Weltausstellung
€	Euro
IBA	Internationale Bauausstellung
Jhdt.	Jahrhundert
o.S.	ohne Seite
PPP	Public Private Partnership
S.	Seite
Tab.	Tabelle
u.a.	unter anderem
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

6.2 Literaturverzeichnis

Albers, Gerd (2005): Stadtplanung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Verlag der ARL, 1085-1092. Quelle: http://www.arl-net.de/system/files/s_s0997-1140.pdf (Zugriff am 14. März 2014).

Albers, Gerd; Wékel, Julian (2008): Stadtplanung. Eine illustrierte Einführung. Darmstadt: Primus Verlag.

Albrechts, L. (2004): Strategic (spatial) planning reexamined. In: Environment and Planning B: Planning and Design, 31, S. 743- 758.

BBR - Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2005): Stadtumbau in europäischen Städten mit Strukturkrise. Anregungen aus 10 Städten, Bonn; Heft 37.

Becker, H. (1999): Stadtebau zur Sprache bringen - Leitbildentwicklung und -umsetzung in Deutschland. In: Becker, H.; Jessen, J.; Sander, R.: Ohne Leitbild? Stadtebau in Deutschland und Europa. Stuttgart, Zürich, S. 454- 474.

Benevolo, Leonardo (2000): Die Geschichte der Stadt. Frankfurt: Campus- Verlag.

BMVBS (2009): Aktive Stadt- und Ortsteilzentren. Quelle: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2009/DL_AktiveStadtOrtsteilzentren.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Zugriff am 19. März 2014)

Brake, K. (2000): Strategische Entwicklungskonzepte für Großstädte - mehr als eine Renaissance der Stadtentwicklungspläne? In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 2, S. 269- 288.

Budäus, Dietrich; Grüb, Birgit (2008): Public Private Partnership (PPP): Zum aktuellen Entwicklungs- und Diskussionsstand. Quelle: http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2009/1731/pdf/kwi_schr01_online_2009_03_18_btr02.pdf (Zugriff am 15. Oktober 2014).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013): (Spät-) aussiedler in Deutschland - eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Quelle: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2013/spaetaussiedler-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 03. April 2014).

Bürkner, Hans-Joachim; Kuder, Thomas; Kühn, Manfred (2005): Regenerierung schrumpfender Städte. Theoretische Zugänge und Forschungsperspektiven. Working Paper, Erkner, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, 2005. Quelle: www.irs-net.de/download/wp_regenerierung.pdf (Zugriff am 15. April 2014).

Choa, Meerha (2007): Selbstgenutztes Wohneigentum im Bestand als Strategie für die Aufwertung innerstädtischer Altbauquartiere in den neuen Bundesländern. Dargestellt am Beispiel Selbstnutzerprogramm in Leipzig. Bochum. Geographisches Institut Ruhr- Universität Bochum.

Clausewitz, Carl von (1980): Vom Kriege. Neudruck der Erstauf. 1832–34. Frankfurt a. M.

Crook, Amanda; Linton, Deborah (2012): It's official: Manchester is Britain's boom city. Quelle: <http://www.manchestereveningnews.co.uk/news/greater-manchester-news/its-official-manchester-is-britains-boom-691227> (Zugriff am 09. September 2014).

Dachsel, Felix (2014): Der vergängliche Reiz der Städte. Zur richtigen Zeit am richtigen Ort. TAZ Onlineausgabe. Quelle: <http://m.taz.de/!137384;m/> (Zugriff am 21. August 2014).

Doehler- Behzadi, Marta; Lütke Daldrup, Engelbert (2004): PlusMinus Leipzig Stadt in Transformation. Wuppertal. Verlag Müller+ Busmann KG.

Doehler-Behzadi, Marta (2005): Die schrumpfende und perforierte Stadt. In: Oswald, Philipp (Hrsg.) (2005): Schrumpfende Städte. Band 2. Handlungskonzepte. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz Verlag.

Doeler- Behzadi, Marta et al. (2005): Planloses Schrumpfen? Steuerungskonzepte für widersprüchliche Stadtentwicklung. In: disP. Bd. 161, 02/2005; S. 71- 78. Quelle: <http://e-collection.library.ethz.ch/eserv/eth:22383/eth-22383-37.pdf> (Zugriff am 24. März 2014).

Eggert, Wolfgang; Minter, Steffen (2014): Kommunaler Finanzausgleich. In : Springer Gabler Verlag (Hrsg): Gabler Wirtschaftslexikon. Quelle: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/5451/kommunaler-finanzausgleich-v9.html> (Zugriff am 13. Oktober 2014).

Ellrich, Mirko; Neuhaus, Christian (2006): Infoblatt Schrumpfende Städte- Shrinking Cities. Ursachen, Auswirkungen und Handlungsstrategien. Quelle: http://www.klett.de/six-cms/detail.php?template=terrasse_artikel__layout__pdf&art_id=1004509 (Zugriff am 23. April 2014).

Esping-Andersen, Gosta (1999): The Social Foundations of Postindustrial Societies. Oxford.

Florida, Richard (2002): The Rise of the Creative Class. And How it's Transforming Work, Leisure and Everyday Life: Basic Books: New York.

Franz, Peter (2005): Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte. In: Städtepolitik, aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 03/2005).

Fürst, Dietrich; Ritter, Ernst-Hasso (2005): Planung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Verlag der ARL; S. 765-769. Quelle: http://www.arl-net.de/system/files/p_s0753-0830.pdf (Zugriff am 13. März 2014).

Gormsen, Niels; Kühne, Armin (2004): Leipzig- Stadt des Wandels. Leipzig. Passage-Verlag.

Gormsen, Niels; Kühne, Armin (2000): Leipzig im Wandel. Leipzig. Edition Leipzig.

Göschel, Albrecht (2003): Schrumpfende Städte: Planerische Reaktion auf Leerstand. Berlin. Quelle: http://alt.irs-net.de/download/RG17_Goeschel.pdf (Zugriff am 06. Mai 2014).

Hall, Peter; Mace, Alan (2004): Von Manchester lernen. In: Doehler- Behzadi, Marta; Lütke Daldrup, Engelbert (Hrsg.): PlusMinus Leipzig Stadt in Transformation. Wuppertal. Verlag Müller+ Busmann KG, S. 82- 91.

HausHalten e.V. (2014): Wächterhäuser- das Modell. Quelle: http://www.haushalten.org/de/waechterhaeuser_modell.asp (Zugriff am 15. August 2014).

Häußermann, Hartmut (1993): Neue Politikformen in der Stadt- und Regionalentwicklung. In: Brech, Joachim (Hrsg.): Neue Wege der Planungskultur. Orientierung in der Zeit des Umbruchs. Verlag für Wiss. Publ., Darmstadt.

Heinig, Stefan; Weigel, Oliver (2003): Zwischen Schrumpfung und Wachstum Kreative Strategien für Leipzig. In: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hrsg.) Städtische Kreativität –Potenzial für den Stadtumbau. Erkner, S. 60– 71.

Heinz, Werner (2005): Public Private Partnership. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Verlag der ARL; S. 824- 829. Quelle: http://www.arl-net.de/system/files/p_s0753-0830.pdf (Zugriff am 13. Oktober 2014).

Heinz, Werner (1993): Chancen und Grenzen öffentlich- privater Kooperationen bei der Stadtentwicklung. In: Brech, Joachim (Hrsg.): Neue Wege der Planungskultur. Orientierung in der Zeit des Umbruchs. Verlag für Wiss. Publ., Darmstadt.

Helbrecht, Ilse (2009): Mehr Leadership! Der Weg in die Urban Governance am Beispiel von Creative City Politics. In: Bornberg, Renate; Habermann- Nieße, Klaus; Zibell, Barbara (Hrsg.): Gestaltungsraum Europäische StadtRegion, Frankfurt am Main u.a..

Hotzan, Jürgen (2004): dtv-Atlas zur Stadt : Von den ersten Gründungen bis zur modernen Stadtplanung. 3. Auflage. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Hölz, Michaela (2011): Die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich. Großbritannien, Deutschland und Schweden. Quelle: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-DC62ADF2-723CBC3E/bst/6-SMW-Internationaler-Vergleich.pdf> (Zugriff am 10. Oktober 2014).

IBA Hamburg GmbH (2010): KREATIVITÄT TRIFFT STADT. Zum Verhältnis von Kunst, Kultur und Stadtentwicklung im Rahmen der IBA Hamburg. Berlin: Jovis Verlag.

IBA Stadtumbau 2010 (2010): Die anderen Städte. Berlin: Jovis Verlag.

ILS/ STADTart (2008): Kreative Ökonomie und Kreative Räume: Kultur- und Kreativwirtschaft in der integrierten Stadtentwicklung. Quelle: http://www.mbwsv.nrw.de/stadtentwicklung/_pdf_container/Kreative_Oekonomie_und_Kreative_Raeume-Bericht.pdf (Zugriff am 15. September 2014).

IRS (2009): Strategische Stadtplanung – Ansätze zur Regenerierung schrumpfender Städte in Ostdeutschland. Quelle: <http://www.irs-net.de/forschung/forschungsabteilung-4/strategische-stadtplanung/> (Zugriff am 18. Juli 2014).

Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2008a): Leipzig. In: Wüstenrotstiftung(Hrsg.): Stadtmachen.eu- Urbanität und Planungskultur in Europa. Ludwigsburg, S. 136- 157.

Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2008b): Manchester In: Wüstenrot Stiftung (Hrsg): Stadtmachen.eu Urbanität und Planungskultur in Europa, Ludwigsburg, S. 88- 105.

Jessen, Johann (2006): Projektbericht: „die postindustrielle Stadt...“. Quelle: <http://home.arcor.de/postindustrielle.stadt/Pdf/Endbericht.pdf> (Zugriff am 09. September 2014).

Kidd, Alan (2004): Aufstieg und Niedergang Manchesters. In: Oswalt, Phillip (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Band1, internationale Untersuchung. 1. Auflage, Ostfildern: Hatje

Cantz Verlag, S. 407- 415.

Kil, Wolfgang; Doehler, Marta; Bräuer, Michael (2003): Zukunft der Städte und Stadtquartiere Ostdeutschlands. In: Politik und Zeitgeschichte (B 28/2003).

Kirchberg, Volker (2010): Kreativität und Stadtkultur: stadtsoziologische Deutungen. In: Kirchberg, Volker (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2009/ 10. Stadtkultur und Kreativität. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 19- 44.

Komm, Stefanie (2014): Interview, geführt vom Verfasser, Wien , 09.04.2014 (auf Tonband).

Kreatives Leipzig e. V. (2014): Kreatives Leipzig. Quelle: <http://www.kreative-deutschland.de/sachsen/kreatives-leipzig.htm> (Zugriff am 02. September 2014).

Kühn, Manfred (2008): Strategische Stadt- und Regionalplanung. RuR 3/ 2008, S. 230 – 243.

Landry, Charles; Bianchini, Franco; Ebert, Ralph; Gnad, Fritz (1996): The creative city in Britain and Germany. Anglo- German Foundation: London. Quelle: <http://www.comedia.org.uk/pages/home.htm> (Zugriff am 19. Mai 2014).

Lang, Thilo; Vogler, Sascha (2004): Neue Leitbilder vor dem Hintergrund stadregionaler Schrumpfungprozesse in Ostdeutschland? In: Wiechmann, Thorsten; Fuchs, Oliver; (Hrsg.): Planung und Migration. Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität. Hannover: Verlag der ARL; S. 71- 84. Quelle: http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/am_307.pdf (Zugriff am 08. Mai 2014).

Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (2003a): Städtische Kreativität: Ein Potenzial für den Umgang mit Schrumpfungprozessen. In: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hrsg.): Städtische Kreativität –Potenzial für den Stadtumbau. 1. Auflage, Erkner/ Darmstadt: Schader- Stiftung, S. 06-13.

Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (2003b): Was ist städtische Kreativität? Zehn Thesen. In: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hrsg.): Städtische Kreativität –Potenzial für den Stadtumbau. 1. Auflage, Erkner/ Darmstadt: Schader- Stiftung, S. 51-59.

Lynch, Kevin (2007): Das Bild der Stadt. 5., unveränderter Nachdruck der 2. Auflage. Basel: Birkhäuser.

Lütke Daldrup, Engelbert (2001): Die Perforierte Stadt. Eine Versuchsanordnung. In: Keim, K.-D. (Hrsg.): Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland. Erkner, IRS Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, S. 193-203.

Maier, Günter; Möhrle, Martin; Specht, Dieter (2014): Kreativität. In: Springer Gabler Verlag (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon. Quelle: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/82522/kreativitaet-v7.html> (Zugriff am 13. Mai 2014).

Manchester City Council (2014): The State of the City Report. Communities of Interest 2014. Quelle: http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CCYQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.manchesterpartnership.org.uk%2Fmanchesterpartnership%2Fdownload%2Fdownloads%2Fid%2F303%2Fcommunities_of_

interest_2014&ei=Tt8_VM6BBMbMyAOvrIKgBw&usg=AFQjCNFgnCLiGHrBlwKNZUF1mWZWiyag&bvm=bv.77648437,d.bGQ (Zugriff am 03. September).

Martens, Bernd (2010): Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Neuanfang nach 1990. Quelle: <http://www.bpb.de/themen/T96TJV> (Zugriff am 11. Oktober 2014).

Matzner, Egon (1982): Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines Zeitgemäßen Modells staatlicher Intervention. Frankfurt/ New York: Campus- Verlag.

Maurer, Jakob (2005): Planerische Strategien und Taktiken. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Verlag der ARL, 758-764. Quelle: http://www.arl-net.de/system/files/p_s0753-0830.pdf (Zugriff am 18. Juni 2014).

Mädig, Heinrich (2000): Wanderungsprozesse – Herausforderung für die Wohnungswirtschaft und die Städte, „Aktuelle Information“ des difu, Berlin.

Meyers Lexikonredaktion (Hrsg.) (1981): Meyers Grosses Taschenlexikon, Band 12, Mannheim/Wien/ Zürich.

Moltke, Helmuth (1912): Militärische Werke, Band I- IV, Berlin.

Munck, Ronaldo (2004): Deindustrialisierung: Grossbritannien. In: Oswald, Phillip (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Band1, internationale Untersuchung. 1. Auflage, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 50- 57.

Müller, Klaus (2004): Globale Geografie. In: Oswald, Phillip (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Band1, internationale Untersuchung. 1. Auflage, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 34- 41.

Nationale Stadtentwicklungspolitik (2008): Aktive Stadt- und Ortsteilzentren. Quelle: http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/nn_251544/DE/Programme/Innenentwicklung/innenentwicklung__node.html?__nnn=true (Zugriff am 19. März 2014).

O'Connor, Justin; Banks, Mark (2003): Cultural Industries and the city. In: Parkinson, M; Boddy, M. (Hrsg.): Changing Cities: Lessons from Research. Policy Press: Bristol.

Oswald, Philipp (2014): Hypothesen zum städtischen Schrumpfen im 21. Jahrhundert. Quelle: <http://www.shrinkingcities.com/index.php?id=400&L=0> (Zugriff am 14. April 2014).

Oswald, Philipp (2004): Einleitung. In: Oswald, Phillip (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Band1, internationale Untersuchung. 1. Auflage, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 12- 17.

Oswald, Philipp; Rieniets, Tim (2006): Atlas der schrumpfenden Städte/Atlas of Shrinking Cities. Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 140- 156.

Oswald, Phillip; Overmayer, Klaus; Prigge, Walter (2003): Schrumpfung als Experiment. In: Garten + Landschaft. Band (3/2003), S. 22- 25.

Owzar, Armin (2008): Schrumpfende Städte in der Geschichte. In: Lampen, Angelika; Owzar, Armin (Hrsg.): Schrumpfende Städte- Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne. 1. Auflage, Köln/ Weimar/ Wien: Böhlau Verlag, S. XX- XXXV.

Pfeiffer, Ulrich; Porsch, Lucas (2005): Chancen und Risiken der Leipziger Stadtentwicklung. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Zukunft von Stadt und Region. Band 1 Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft. Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Prigge, Walter (2004): Schrumpfungspfade. In: Oswald, Phillip (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Band 1, internationale Untersuchung. 1. Auflage, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 42- 47.

Prigge, Walter (2005): Suburbanisierung der Innenstädte. In: Oswald, Philipp (Hrsg.) (2005): Schrumpfende Städte. Band 2. Handlungskonzepte. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz Verlag.

Rieniets, Tim (2004): Weltweites Schrumpfen. In: Oswald, Phillip (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Band 1, internationale Untersuchung. 1. Auflage, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 20- 33.

Robischon, Tobias (2011): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser, Cottbus, 25.01.2011 (auf Tonband).

Romero, Andreas (2011): Was ist Kreativität. PLANERIN, 1/ 2011, S. 7- 8.

Roesler, Jörg (2002): Die Wirtschaft der DDR. Landeszentrale für politische Bildung. Thüringen, Erfurt.

Schegk, Maria-Valerie; Schraml, Christina; Schwab, Martina (2014): People, Places and Networks: Vernetzung und Verortung der Digital- und Kreativszene in Manchester. In: Küpper, Patrick (Hrsg.): Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten. Hannover: Verlag der ARL, S. 162-174. Quelle: http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/ab/ab_008/ab_008_14.pdf (Zugriff am 18. Septemebr 2014).

Schmidt, Rudi (2004): Peripherisierung: Ostdeutschland. In: Oswald, Phillip (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Band 1, internationale Untersuchung. 1. Auflage, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 58- 63.

Scholl, Bernd (2007): Innenentwicklung vor Außenentwicklung. In: Scholl, Bernd (Hrsg.): Stadtgespräche. Zürich: IRL Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung; S. 3- 4. Quelle: http://simlab.tuwien.ac.at/tl_files/docs/scholl_etal_stadtgespraeche_nsl.pdf (Zugriff am 16. März. 2014).

Scholl, Bernd (2005): Strategische Planung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Verlag der ARL; S. 1122-1129. Quelle: http://www.arl-net.de/system/files/s_s0997-1140.pdf (Zugriff am 18. Juni 2014).

Schönwandt, Walter (1999): Grundriss einer Planungstheorie der „dritten Generation“. disP, 136/137, 1999, S. 25-35. Quelle: http://simlab.tuwien.ac.at/tl_files/docs/DISP_136_137_Schoenwandt.pdf (Zugriff am 16. März 2014).

Schönwandt, Walter; Jung, Wolfgang (2007). "problems first" – eine Sichtweise von Planung auf Flächenmanagement. In: Schrenk, Manfred u.a.: REAL CORP 007 Proceedings/ Tagungsband. Schwechat-Rannersdorf: CORP - Competence Center for Urban and Regional Development. S. 773-780. Quelle: http://www.corp.at/archive/corp2007_SCHOENWANDT.pdf (Zugriff am 16. März 2014).

Schönwandt, Walter; Voigt, Andreas (2005): Planungsansätze. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Verlag der ARL; S. 769-776. Quelle: http://www.arl-net.de/system/files/p_s0753-0830.pdf (Zugriff am 13. März 2014).

Schubert, Klaus; Klein, Martina (2011): Das Politiklexikon. 5., aktual. Aufl. Dietz Verlag, Bonn. Quelle: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18224/soziale-markt-wirtschaft> (Zugriff am 12. Oktober 2014).

Sesselmeier, Werner; Somaggio, Gabriele (2009): Funktionswandel der Arbeitsmarktpolitik. Aus Politik und Zeitgeschichte (27), S. 9– 14.

Siebel, Walter; Häußermann, Hartmut (1987): Neue Urbanität. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Siebel, Walter (2004): Die europäische Stadt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Stadt Leipzig (2014a): Arbeitslosenquote sinkt in Leipzig erstmals unter 10 Prozent. Quelle: <http://www.leipzig.de/news/news/arbeitslosenquote-sinkt-in-leipzig-erstmals-unter-10-prozent/> (Zugriff am 11. August 2014).

Stadt Leipzig (2014b): Kunst und Kultur. Quelle: <http://www.leipzig.de/freizeit-kultur-und-tourismus/kunst-und-kultur/> (Zugriff am 02. September 2014).

Stadt Leipzig (2014c): Bevölkerungsbestand. Quelle: [http://statistik.leipzig.de/\(S\(32db3z55fzhfw245eofi1e45\)\)/statcity/table.aspx?cat=2&rub=1&obj=0](http://statistik.leipzig.de/(S(32db3z55fzhfw245eofi1e45))/statcity/table.aspx?cat=2&rub=1&obj=0) Zugriff am 03.09.14).

Stadt Leipzig (2009): Leipzig 2020. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (SEKo). Quelle: http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0CC4QFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.leipzig.de%2Fbauen-und-wohnen%2Fstadtentwicklung%2Fstadtentwicklungskonzept-seko%2F%3FeID%3Ddam_frontend_push%26docID%3D4584&ei=bt4_VKHCGcHXyGPLooH4Ag&usq=AFQjCNHqDYeGC8YdqYVVNyNknyLgk3X-0g&bvm=bv.77648437,d.bGQ (Zugriff am 05. August 2014).

Stadt Leipzig (2004a): Leipzig 2030- Forschungsbericht im Rahmen des Ideenwettbewerbs Stadt 2030. Leipzig. Quelle: http://www.rosental-immobilien.de/file_PDF/2004-01-31%20Forschungsbericht%20Leipzig%202030.pdf (Zugriff am 05. Mai 2014).

Stapleton, Richard (1981): Why Recession Benefits Britain. In: Journal of Economic Affairs, Volume 2, Issue 1, S. 7- 11. Quelle: <http://onlinelibrary.wiley.com/store/10.1111/j.1468-0270.1981.tb01399.x/asset/j.1468-0270.1981.tb01399.x.pdf?v=1&t=i12733u3&s=a4ca6c9404cfa5420c9e25b229e74e4ba31f9a26> (Zugriff am 09. Oktober 2014).

Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060- 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland-2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 31. März 2014).

Statistisches Bundesamt (2014): Annahmen zur Binnenwanderung. Quelle: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Binnenwanderung.html> (Zugriff am 10. April 2014).

Steinführer, Annett; Haase, Annegret; Kabisch, Sigrun (2009): Leipzig – Reurbanisierungsprozesse zwischen Planung und Realität In :Liebmann, Heike; Kühn, Manfred (Hrsg.) Regenerierung der Städte- Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext. Wiesbaden, S. 176- 194.

Streich, Bernd (2005): Stadtplanung in der Wissensgesellschaft. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sunzi, C. (2001): Die Kunst des Krieges. Droemer Knauer Verlag. München.

Swiaczny, Frank (2014): Demographischer Wandel in Deutschland und Europa. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Quelle: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/176229/deutschland-und-europa> (Zugriff am 03. April 2014).

Tiefensee, Wolfgang (2003): Stadtentwicklung zwischen Schrumpfung und Wachstum. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, S. 3- 6.

Topp, Hartmut (2006): Trends, innovative Weichenstellungen und Hebel für Mobilität und Verkehr – von 2030 aus gesehen. TATuP, 3/2006; S. 12- 20. Quelle: http://www.tatup-journal.de/downloads/2006/tatup063_topp06a.pdf (Zugriff am 12. März. 2014).

Walter, Uwe- Jens (2009): Strategien der Urban Regeneration in England In: Liebmann, Heike; Kühn, Manfred (Hrsg.): Regenerierung der Städte Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext, Wiesbaden, S. 124- 140.

Weber, Gerlind (2014): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser, Wien, 14.04.2014 (auf Tonband).

Weber, Gerlind (2014): Schrumpfung – Sand im Getriebe des Wachstumsversprechens in der Planung. Vortrag Club of Vienna, 12. März 2014, Wien. Quelle: <http://www.clubofvienna.org/assets/Uploads/vortragsfolien-weber-12-3-2.pdf> (Zugriff am 28. April 2014).

Weber, Gerlind (2012): Ein Land, zwei demographische Entwicklungen, viele Geforderte Gemeinden. Vorarlberger Standortgespräch, 20. November 2012, Dornbirn. Quelle: <http://www.fhv.at/weiterbildung/media/download/wirtschaft-und-recht/wirtschaft/srm/vortrag-weber> (Zugriff am 29. März 2014).

Weber, Gertlinde et al. (2012): SCHRUMPFUNG- DIE ACHILLESFERSE DER (RAUM) PLANUNG. Wien: Club of Vienna.

Wiechmann, Thorsten; Siedentop, Stefan (2008): Chancen des Schrumpfens- Stadtumbau als kommunale Gestaltungsaufgabe. Bertelsmann Stiftung. Quelle: http://www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/demographie/download/pdf/Chancen_des_Schrumpfens.pdf (Zugriff am 09. Mai 2014).

Wilks-Heeg, Stuart (2003): Kann kreative Kommunalpolitik wirtschaftlichen Niedergang umkehren? Die Politik der „urban Renaissance“ in Liverpool und Manchester In: Liebmann, Heike;; Robischon, Tobias (Hrsg.): Städtische Kreativität - Potenzial für den Stadtumbau, Erkner, S. 90- 109.

Wood, Phil (2003): The Cycle of Urban Creativity. In: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hrsg.): Städtische Kreativität –Potenzial für den Stadtumbau. 1. Auflage, Erkner/ Darmstadt: Schader- Stiftung, S. 26-38.

6.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung des Planungsverständnisses. Eigene Darstellung, nach Albers/Wékel. Quelle: Albers, Gerd; Wékel, Julian (2008): Stadtplanung. Eine illustrierte Einführung. Darmstadt: Primus Verlag, S. 19.

Tabelle 2: Planungsansatz Landschaftsökologie. Eigene Darstellung, nach Schönwandt/Voigt. Quelle: Schönwandt, Walter; Voigt, Andreas (2005): Planungsansätze. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Verlag der ARL; S.773. Quelle: http://www.arl-net.de/system/files/p_s0753-0830.pdf (Zugriff am 13. März 2014).

Tabelle 3: Differenz zwischen Geborenen und Gestorbenen ab 2020 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Eigene Darstellung, nach Statistisches Bundesamt Deutschland. Quelle: Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060- 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, S. 13. Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 31. März 2014).

Tabelle 4: Bevölkerung nach Altersgruppen 2012 und 2020. Eigene Darstellung, nach Statistisches Bundesamt Deutschland. Quelle: Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060- 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, S. 17. Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 31. März 2014).

6.4 **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Vier Entwicklungsphasen der historischen Stadt am Beispiel einer deutsche Stadt um 1250, 1350, 1550 und 1750. Quelle: Albers, Gerd; Wékel, Julian (2008): Stadtplanung. Eine illustrierte Einführung. Darmstadt: Primus Verlag, S. 19.

Abbildung 2: Schema der Gartenstadt. Eigene Darstellung, nach Howard. Quelle: <http://www2.klett.de/sixcms/media.php/76/gartenstadt2.jpg> (Zugriff am 19. Februar 2014).

Abbildung 3: Zeichnungen von Haning, Mitarbeiter von Le Corbusier, verdeutlichen die Ziele der Charta von Athen. Quelle: Albers, Gerd; Wékel, Julian (2008): Stadtplanung. Eine illustrierte Einführung. Darmstadt: Primus Verlag, S. 26.

Abbildung 4: Definition von Planung nach Ellwein. Eigene Darstellung, nach Streich. Quelle: Streich, Bernd (2005): Stadtplanung in der Wissensgesellschaft. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 16.

Abbildung 5: Funktionskreis nach von Uexküll. Eigene Darstellung, nach Schönwandt. Quelle: Schönwandt, Walter (1999): Grundriss einer Planungstheorie der „dritten Generation“. disP, 136/137, 1999, S. 28. Quelle: http://simlab.tuwien.ac.at/tl_files/docs/DISP_136_137_Schoenwandt.pdf (Zugriff am 16. März 2014).

Abbildung 6: Grundschemata Planung. Eigene Darstellung, nach Schönwandt. Quelle: Schönwandt, Walter (1999): Grundriss einer Planungstheorie der „dritten Generation“. disP, 136/137, 1999, S. 28. Quelle: http://simlab.tuwien.ac.at/tl_files/docs/DISP_136_137_Schoenwandt.pdf (Zugriff am 16. März 2014).

Abbildung 7: Kategorien der Innenentwicklung und der Flächenreserven. Eigene Darstellung, nach IRL / ETH Zürich. Quelle: https://www.ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/zukunftsblog/archiv/2013/10/raumplanung-innenentwicklung-vor-aussenentwicklung/_jcr_content/news_content/fullwidthimage_1/image.imageformat.lightbox.1298923601.png (Zugriff am 17. Februar 2014).

Abbildung 8: Zusammenhang möglicher Ursachen, Verläufe und Wirkungen eines raumfunktionalen Ausdünnungsprozesses. Eigene Darstellung, nach Wirth/ Bose. Quelle: Weber, Gertlinde et al. (2012): SCHRUMPFUNG- DIE ACHILLESFERSE DER (RAUM) PLANUNG. Wien: Club of Vienna, S. 15.

Abbildung 9: Auswahl an schrumpfenden Städten mit über 100.000 Einwohnern, die kurzzeitige und dauerhafte Einwohnerverluste von über 10% verzeichnen. Eigene Darstellung, nach „Atlas of Shrinking Cities“. Quelle: http://www.akbw.de/fileadmin/download/Freie_Dokumente/Berufspolitik/Jahresthemen/Scurrrell.pdf (Zugriff am 10. März 2014).

Abbildung 10: Trends der Raumentwicklung. Quelle: http://www.bbr.bund.de/BBSR/DE/Raumentwicklung/RaumentwicklungDeutschland/Raumordnungsberichte/ROB2005/ROB2005KarteTrends.jpg.jpg?__blob=publicationFile&v=3 (Zugriff am 13. März 2014).

Abbildung 11: Bevölkerungszahl von 1950 bis 2060, ab 2009 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Eigene Darstellung, nach Statistisches Bundesamt Deutschland, S. 12. Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 31. März 2014).

Abbildung 12: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland. 1910, 1950, 2008 und 2060. Eigene Darstellung, nach Statistisches Bundesamt Deutschland, S. 15. Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 31. März 2014).

Abbildung 13: Bevölkerung nach Altersgruppen. Eigene Darstellung, nach Statistisches Bundesamt Deutschland, S. 16. Quelle: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 31. März 2014).

Abbildung 14: „Suburb“ in den USA. Quelle: <http://tropicsofmeta.files.wordpress.com/2010/12/suburb1.jpg> (Zugriff am 28. März 2014).

Abbildung 15: Trampelpfad in das Eigenheim. Eigene Darstellung, nach Lütke- Daldrup/ Doehler- Behzadi. Quelle: Doehler- Behzadi, Marta; Lütke Daldrup, Engelbert (2004): PlusMinus Leipzig Stadt in Transformation. Wuppertal. Verlag Müller+ Busmann KG, S. 44.

Abbildung 16: Leerstand im Plattenbau in Weisswasser, 2004. Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0e/Plattenbau_Leerstand_Weisswasser_2004.jpg (Zugriff am 03. April 2014).

Abbildung 17: Rückläufige Entwicklungsspirale. Eigene Darstellung, nach Weber et al. Quelle: Weber, Gertlinde et al. (2012): SCHRUMPFUNG- DIE ACHILLESFERSE DER (RAUM) PLANUNG. Wien: Club of Vienna, S. 61.

Abbildung 18: Optionen für den Stadtumbau. Eigene Darstellung, nach Lütke- Daldrup/ Doehler- Behzadi. Quelle: Doehler- Behzadi, Marta; Lütke Daldrup, Engelbert (2004): PlusMinus Leipzig Stadt in Transformation. Wuppertal. Verlag Müller+ Busmann KG, S. 42 - 43.

Abbildung 19: Siedlungsmorphologische Gliederung Leipzigs. Eigene Darstellung, nach Lütke Daldrup/ Doeler- Behzadi. Quelle: Weber, Gertlinde et al. (2012): SCHRUMPFUNG- DIE ACHILLESFERSE DER (RAUM) PLANUNG. Wien: Club of Vienna, S. 52.

Abbildung 20: Vision zur „Hybriden Stadt“. Oswalt, Overmayer und Prigge. Quelle: Weber, Gertlinde et al. (2012): SCHRUMPFUNG- DIE ACHILLESFERSE DER (RAUM) PLANUNG. Wien: Club of Vienna, S. 53.

Abbildung 21: Plattenbauten transformiert zu Reihenhäusern/ Stadthäusern. Quelle: <http://www.jeder-qm-du.de/platten-doku/platten-wissen/detail/plattenbaukasten/> (Zugriff am 04. April 2014).

Abbildung 22: Sanierete und umgebaute Plattenbauten in Leinefelde. Quelle: http://stiftung-etttersburg.de/getmedia.php/_media/stiftung/image_neu/201110/1318250199-grid_14.jpg (Zugriff am 04. April 2014).

Abbildung 23: Zitat von Christian Morgenstern. Eigene Darstellung. Quelle: <http://gutezitate.com/zitat/192932> (Zugriff am 09. April 2014).

Abbildung 24: Zitat von Liebmann/ Robischon. Eigene Darstellung. Quelle: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (2003a): Städtische Kreativität: Ein Potenzial für den Umgang mit Schrumpfungprozessen. In: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hrsg.): Städtische Kreativität –Potenzial für den Stadtumbau. 1. Auflage, Erkner/ Darmstadt: Schader- Stiftung, S. 11.

Abbildung 25: The Media Centre. Quelle: <http://i1.ytimg.com/i/yEBNqp4hZnIsXu6p1Qh-2jQ/mq1.jpg?v=4fd7c96d> (Zugriff am 19. April 2014).

Abbildung 26: „The Media Centre“ in Huddersfield. Quelle: <http://www.the-media-centre.co.uk/x/downloads/clientarea/media-centre-exterior.jpg> (Zugriff am 19. April 2014).

Abbildung 27: Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung. Eigene Darstellung, nach IRS. Quelle: <http://www.irs-net.de/forschung/forschungsabteilung-4/strategische-stadtplanung/projektziele-diagramm.gif> (Zugriff am 20. Mai 2014).

Abbildung 28: Verortung und EinwohnerInnenentwicklung der Stadt Leipzig Eigene Darstellung, nach Oswalt/ Rieniets. Quelle: Oswalt, Philipp; Rieniets, Tim (2006): Atlas der schrumpfenden Städte/Atlas of Shrinking Cities. Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 140.

Abbildung 29: Vernachlässigte Gründerzeitstruktur. Quelle: <http://s153.photobucket.com/user/leipziger1/media/HPIM5098.jpg.html> (Zugriff am 05. August 2014).

Abbildung 30: Brachflächen im Gründerzeitgebiet. Quelle: <http://idw-online.de/pages/de/image?id=93843&size=screen> (Zugriff am 05. August 2014).

Abbildung 31: EinwohnerInnen der Stadt Leipzig 1850 bis 2020. Eigene Darstellung, nach Oswalt/ Rieniets. Quelle: Oswalt, Phillip (2004): Schrumpfende Städte, Band1, internationale Untersuchung. 1. Auflage, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 628.

Abbildung 32: Neue Messe Leipzig. Quelle: <http://www.leipziger-messe.de/media/mandant/slider/slider3.jpg> (Zugriff am 11. August 2014).

Abbildung 33: BMW Werk Leipzig - Zentralgebäude. Quelle: http://www.erco.com/projects/work/bmw-plant-leipzig-central-area-2380/images/eur-erco-bmw-plant-leipzig-central-area-introp-1-10.jpg?c=2014-03-28_13-31-22 (Zugriff am 12. August 2014).

Abbildung 34: Specks Hof - Ladenpassage in der Leipziger City. Quelle: <http://images.fotocommunity.de/bilder/architektur/architektur-bei-nacht/innenstadt-leipzig-5158552c-8bcc-4638-bc81-f5c6dce801ef.jpg> (Zugriff am 15. August 2014).

Abbildung 35: Isometrie Leipziger Innenstadt heute (geplante Projekte sind aufgenommen). Quelle: Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2008a): Leipzig. In: Wüstenrotstiftung(Hrsg.): Stadtmachen.eu- Urbanität und Planungskultur in Europa. Ludwigsburg, S. 141.

Abbildung 36: Wächterhaus, Haushalten e.V. Quelle: http://www.land-der-ideen.de/sites/default/files/styles/Ort_4-3_460x307/public/orte/bilder/1412.jpg (Zugriff am 22. August 2014).

Abbildung 37: Urbanes Gartenhofhaus (Selbstnutzer Stadthäuser) auf einer ehemaligen Brachfläche. Quelle: <http://www.niehus-architekten-leipzig.de/projektetails.php?projekt=Urbane+Gartenhofhäuser&id=52dd502ebe7b3doc2132445785> (Zugriff am 23. August 2014).

Abbildung 38: Selbstnutzer Stadthäuser auf einer ehemaligen Brachfläche. Quelle: <http://www.leipzig.de/typo3temp/GB/3e071c9ef1.jpg> (Zugriff am 23. August 2014).

Abbildung 39: Stadtumbauprojekt „Stadthalten“. Quelle: http://kuenstler.haz.de/user-fies/059/115/17514/1283766886_17264.jpg (Zugriff am 24. August 2014).

Abbildung 40: Stadumbauprojekt „Stadthalten“. Quelle: <http://www.branchenbuch-kunst-kultur.de/update/content/img/1103629791.jpg> (Zugriff am 24. August 2014).

Abbildung 41: Logo der leipziger Bewerbung. Quelle: http://www.l-iz.de/servlets/images/5351156_2/binary_content_files/store/5351156v2.jpg (Zugriff am 26. August 2014).

Abbildung 42: Olympisches Gesamtkonzept der Stadt Leipzig - kompakte Spiele in einer Stadt der kurzen Wege. Quelle: Doehler- Behzadi, Marta; Lütke Daldrup, Engelbert (2004): PlusMinus Leipzig Stadt in Transformation. Wuppertal. Verlag Müller+ Busmann KG, S. 120.

Abbildung 43: Saniertes Gründerzeitviertel. Quelle: <http://www.flickr.com/photos/aaper-ta/6819855049/in/photolist-boDxiK-cXcH7d-a2uyRk-boDfoV-agfCVT-> (Zugriff am 28. August 2014).

Abbildung 44: Leipzig bei Nacht. Quelle: <http://www.eat-the-world.com/blog/wp-content/uploads/2012/03/Leipzig.jpg> (Zugriff am 28. August 2014).

Abbildung 45: Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung bezogen auf Leipzig. Eigene Darstellung, nach IRS. Quelle: <http://www.irs-net.de/forschung/forschungsabteilung-4/strategische-stadtplanung/projektziele-diagramm.gif> (Zugriff am 20. Mai 2014).

Abbildung 46: Verortung und EinwohnerInnenentwicklung der Stadt Manchester. Eigene Darstellung, nach Oswalt/ Rieniets. Quelle: Oswalt, Philipp; Rieniets, Tim (2006): Atlas der schrumpfenden Städte/Atlas of Shrinking Cities. Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, S. 136.

Abbildung 47: Leerstehende Reihenhäuser in Manchester 1978. Quelle: Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2008b): Manchester In: Wuestenrot Stiftung (Hrsg): Stadtmachen.eu Urbanität und Planungskultur in Europa, Ludwigsburg, S. 90.

Abbildung 48: Victoria Station in Manchester 1978. Quelle: Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2008b): Manchester In: Wuestenrot Stiftung (Hrsg): Stadtmachen.eu Urbanität und Planungskultur in Europa, Ludwigsburg, S. 90.

Abbildung 49: EinwohnerInnen der Stadt Leipzig 1801 bis 2011. Eigene Darstellung. Quelle: http://en.wikipedia.org/wiki/Demography_of_Greater_Manchester#mediaviewer/File:Greater_Manchester_Population.png (Zugriff am 05. September 2014).

Abbildung 50: Landung am Flughafen Manchester. Quelle: http://www.dlr.de/Portaldat/1/Resources/portal_news/newsarchiv2007/landung107.jpg (Zugriff am 08. September 2014).

Abbildung 51: Flughafen Manchester. Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/3e/Manchester_airport_terminal_2.jpg (Zugriff am 08. September 2014).

Abbildung 52: Quartier „Castlefield“. Quelle: <http://www.ourcastlefield.co.uk/wp-content/uploads/2013/06/Castlefield.jpg> (Zugriff am 10. September 2014).

Abbildung 53: Neue Brücke über den „Bridgewater Canal“ ist Symbol für das neue „Castlefield“. Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d6/Castlefield_Merchants_4692.JPG (Zugriff am 10. September 2014).

Abbildung 54: „Hulme“ vor dem Abriss. Quelle: http://38.media.tumblr.com/tumblr_mb-w4hnpmwD1rid0xco1_1280.jpg (Zugriff am 12. September 2014).

Abbildung 55: „Hulme“ heute. Quelle: <http://images.urbed.coop.ccc.cdn.faelix.net/sites/default/files/Hulme%20%20View%203.jpg> (Zugriff am 12. September 2014).

Abbildung 56: Masterplan zu „New Islington“. Quelle: http://www.grant-associates.uk.com/wp-content/uploads/2013/11/MMV112_N19.jpg (Zugriff am 15. September 2014).

Abbildung 57: Häuser für Familien in „New Islington“. Quelle: http://www.urbansplash.co.uk/blog/wp-content/uploads/2012/11/3_131112.jpg (Zugriff am 15. September 2014).

Abbildung 58: Masterplan zum Wiederaufbau des Stadtkerns, nach dem Bombenanschlag der IRA im Jahr 1996. Quelle: <http://www.rudi.net/files/paper/illustrations/Map02-1811A-1999.jpg> (Zugriff am 16. September 2014).

Abbildung 59: URBIS Museum für Stadtkultur. Quelle: http://www.urbanrealm.com/images/news/news_2097.jpg (Zugriff am 16. September 2014).

Abbildung 60: Manchester 2014. Quelle: <http://www.donaheys.co.uk/wp-content/uploads/Manchester-Dance-Weekend.jpg> (Zugriff am 19. September 2014).

Abbildung 61: „Salford Quays“. Quelle: http://www.redspottedhanky.com/images/60/original/salford-quays_manchester_3275088.jpg (Zugriff am 20. September 2014).

Abbildung 62: „Imperial War Museum“. Quelle: http://ad009cdnb.archdaily.net/wp-content/uploads/2009/02/1229175505_portada-528x309.jpg (Zugriff am 20. September 2014).

Abbildung 63: Modell der strategischen Stadt- und Regionalplanung bezogen auf Manchester. Eigene Darstellung, nach IRS. Quelle: <http://www.irs-net.de/forschung/forschungsabteilung-4/strategische-stadtplanung/projektziele-diagramm.gif> (Zugriff am 20. Mai 2014).

